

*soFid – Sozialwissenschaftlicher
Fachinformationsdienst*

02/2006

Osteuropaforschung

GESIS-IZ Bonn 2006

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

soFid

Osteuropaforschung

Band 2006/2

bearbeitet von

Natalija Schleinstein

mit einem Beitrag von
Heiko Pleines

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2006

ISSN: 0942-2498
Herausgeber Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Natalija Schleinstein
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das IZ ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2006 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Heiko Pleines

Wirtschaftskulturelle Ansätze in der deutschen Osteuropaforschung.....	9
--	---

Sachgebiete

1	Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, einschließlich USA / europäische Integrationsprozesse	17
2	Allgemeine Aspekte der Transformation innerhalb der osteuropäischen Länder.....	27
3	Russland / Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	
3.1	Internationale Beziehungen.....	40
3.2	Politische Transformation und ihre Folgen	54
3.3	Geschichte	68
3.4	Wirtschaft / Recht.....	74
3.5	Kunst / Kultur / Medien	84
3.6	Nationalitätenpolitik / Migration.....	88
3.7	Verschiedenes	93
4	Balkanländer	100
5	Baltische Länder.....	111
6	Polen.....	122
7	Rumänien	133
8	Tschechische Republik / Slowakische Republik	138
9	Ungarn.....	144

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	151
Personenregister	153
Sachregister	159
Institutionenregister.....	173

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur	177
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	177

Vorwort zum soFid „Osteuropaforschung“

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.gesis.org/IZ> zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Der soFid „Osteuropaforschung“ ist eine regional ausgerichtete Sammlung von Forschungsprojekten und Literatur der Sozialwissenschaften. Er bietet dem Leser einen Überblick über das breite Spektrum des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den osteuropäischen Staaten.

In den ersten beiden Kapiteln des soFid „Osteuropaforschung“ sind Nachweise zusammengestellt, in denen sich die gesellschaftlichen Veränderungen in Europa widerspiegeln. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen dokumentiert, wie sie sich in Europa, aber auch in der übrigen Welt zur Geltung bringt.

Die historische Aufarbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in der ehemaligen Sowjetunion bzw. die Transformation in den heutigen GUS-Staaten stellt sich innerhalb der

Osteuropaforschung als besonderer Schwerpunkt dar. Diese Tatsache findet auch in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch eine große Anzahl von Nachweisen ihren Niederschlag.

Um dem Leser das Auffinden der Informationen in diesem soFid zu erleichtern, werden die Nachweise dieser Ländergruppe nach inhaltlichen Schwerpunkten wie Internationale Beziehungen, Politische Transformation und ihre Folgen, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Kultur sowie Nationalitätenpolitik und Migration weiter untergegliedert.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Nachweise alphabetisch nach Ländernamen bzw. -gruppen aufgelistet.

In dieser Ausgabe des soFids veröffentlichen wir den Beitrag „Wirtschaftskulturelle Ansätze in der deutschen Osteuropaforschung.“ Er wurde verfasst von Heiko Pleines, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der der Universität Bremen.

Wir bedanken uns bei ihm für die gute Kooperation.

Wirtschaftskulturelle Ansätze in der deutschen Osteuropaforschung

Heiko Pleines

Einleitung

In der Diskussion um die Transformation der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft stand ursprünglich die Frage im Vordergrund, wie sich der Staat am besten aus seiner intervenierenden Rolle zurückziehen könne, um marktwirtschaftliche Prozesse zur Wirkung kommen zu lassen. Strategien zur Privatisierung und Liberalisierung in Verbindung mit monetärer Stabilisierung wurden deshalb zu den zentralen Themen. Während diese Strategien vor allem in den mittelosteuropäischen Staaten zu einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führten, waren viele andere post-sozialistische Volkswirtschaften, darunter auch Russland, Mitte der 1990er Jahre mit einer länger anhaltenden Wirtschaftskrise konfrontiert.

In den Vordergrund trat nun die Suche nach den Faktoren, die eine wirtschaftliche Erholung verzögerten und die Unterschiede zwischen den Transformationsstaaten erklärten. Häufig verwiesen wurde dabei auf den Einfluss kultureller Faktoren.¹ Gleichzeitig wandte sich die Wirtschafts- und auch die Politikwissenschaft allgemein verstärkt kulturell orientierten Erklärungsansätzen zu.² In diesem Kontext wurde 1998 an der Bremer Forschungsstelle Osteuropa unter der Leitung von Hans-Hermann Höhmann der Forschungsschwerpunkt „Wirtschaftskultur“ eingerichtet, der diesen Forschungsbereich erstmalig in der deutschen Osteuropaforschung institutionalisierte. Weitere Schwerpunkte der osteuropabezogenen Forschung zu Wirtschaftskultur entwickelten sich in den folgenden Jahre unter anderem am Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA) und am Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/M. Eine feste Verankerung im Lehrplan erhielt das Thema erstmals an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.³

Hier soll nun ein kurzer Überblick über die wirtschaftskulturelle Osteuropaforschung in Deutschland gegeben werden. Dabei wird eine weite Definition von Wirtschaftskultur verwendet, um alle relevanten Arbeiten erfassen zu können. Wirtschaftskultur umfasst damit alle auf Wirtschaft bezogenen grundlegende Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster einer sozialen Gruppe. Zur Konkretisierung werden im folgenden einige Forschungsprojekte exemplarisch vorgestellt und anschließend

1 Bönker, Frank / Beichelt, Timm / Wielgoß, Jan: Kulturelle Determinanten postsozialistischer Gesellschaftsentwicklung. Ein Diskussionsüberblick, in: Berliner Debatte Initial 5-6/2004 (Jg.15), S. 4-12; Höhmann, Hans-Hermann: Fokus „Transformation und Wirtschaftskultur“, in: ders. (Hg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation. Bremen 1999, S. 8-23.

2 Jones, Eric: The revival of cultural explanation in economics, in: Economic Affairs 4/2003, S. 7-13.

3 Im MA-Studiengang Europäische Kulturgeschichte ist hier das Wahlmodul Europäische Wirtschaftskulturen vorgesehen.

die unterschiedlichen zugrundeliegenden Forschungsansätze der jeweiligen Forschergruppen umrissen.

Forschungsprojekte

Die ersten explizit auf Wirtschaftskultur bezogenen deutschen Forschungsprojekte zu post-sozialistischen Gesellschaften wurden Ende der 1990er Jahre an der Bremer Forschungsstelle Osteuropa unter Leitung von Hans-Hermann Höhmann aufgenommen. Die Forschungsstelle Osteuropa konzentriert sich dabei auf unternehmerisches Verhalten insbesondere in der westlichen GUS und in Ostmitteleuropa.⁴

Dabei lassen sich zwei inhaltliche Schwerpunkte unterscheiden. Zum einen wurde in einer Reihe von Projekten die Beziehungen zwischen Unternehmern untersucht. Ein Projekt beschäftigte sich so mit der Rolle von Vertrauen in Geschäftsbeziehungen und alternativen Mechanismen zur Kompensation fehlenden Vertrauens.⁵ Ein aktuelles Projekt analysiert die Beziehungen zwischen Eigentümern und Managern im Rahmen verschiedener corporate governance-Kulturen.⁶ Zum anderen liegt ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt Bremer Projekte auf den Beziehungen zwischen Unternehmen und Staat. In diesem Bereich gab es etwa Projekte zur russischen Steuerkultur⁷, zu politischer Korruption⁸ und zu Lobbyismus in postsozialistischen Staaten⁹.

Ebenfalls bereits in den 1990er Jahren begann Dirk Holtbrügge wirtschaftskulturelle Aspekte des Unternehmensmanagements in post-sozialistischen Volkswirtschaften zu untersuchen. Als Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Management an der Universität Erlangen-Nürnberg hat er diese

-
- 4 Einen Überblick über Ansatz und empirische Projekte geben die Beiträge in: Höhmann, Hans-Hermann / Pleines, Heiko (Hg.): *Wirtschaftskultur in Osteuropa. Bremer Ansatz und Bremer Projekte*, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 61 (September 2004).
 - 5 Einen Überblick über zentrale Projektergebnisse gibt: Höhmann, Hans-Hermann / Welter, Friederike (Hg.): *Trust and entrepreneurship. A West-East perspective*, Aldershot (Edward Elgar Publishing) 2005.
 - 6 Einen Überblick über das Projektdesign gibt: Heinrich, Andreas / Lis, Aleksandra / Pleines, Heiko: *Corporate governance in the oil and gas industry. Cases from Poland, Hungary, Russia and Ukraine in a comparative perspective*, KICES Working Papers No.3 (2005), www.kices.org
 - 7 Einen Überblick über zentrale Projektergebnisse gibt: Fruchtmann, Jakob / Pleines, Heiko: *Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis*, Münster (LIT) 2002.
 - 8 Siehe etwa: Pleines, Heiko: *Korruptionsnetzwerke in der russischen Wirtschaft*, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): *Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas*, Bremen (Edition Temmen) 2001, S. 141-156 oder Pleines, Heiko: *Informalisierung statt Institutionalisierung von Reformen? Zur Rolle von Korruption*, in: Hans-Hermann Höhmann u.a. (Hg.): *Nur ein Ölboom? Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaft*, Münster (LIT) 2005, S. 247 – 258.
 - 9 Zu diesem Thema werden derzeit mehrere Projekte durchgeführt. Ausgewählte Ergebnisse wurden bereits veröffentlicht als: Pleines, Heiko: *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004*, Münster (LIT) 2005; Pleines, Heiko (Hg.): *Participation of Civil Society in New Modes of Governance. The Case of the New EU Member States*. 3 Parts. Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 67, 74, 78 (2005, 2006), www.forschungsstelle-osteuropa.de

Arbeit fortgesetzt. Der regionale Schwerpunkt wird dabei jedoch zunehmend von Russland auf China verlagert.¹⁰

In Hamburg arbeitet im Bereich der Osteuropaforschung vor allem Joachim Zweynert an der Universität Hamburg sowie am HWWA zu wirtschaftskulturellen Fragen. Er beschäftigte sich dabei zum einen mit dem russischen Wirtschaftsdenken seit dem 19. Jahrhundert¹¹ und zum anderen in einem internationalen Forschungsprojekt mit der historisch-kulturellen Pfadabhängigkeit der wirtschaftlichen Transformationsprozesse in ehemals sozialistischen Ländern des Ostseeraumes.¹²

Am Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/M. setzte sich ein Forschungsprojekt unter Leitung von Melanie Tatur mit Fragen der regionalen Entwicklung in ausgewählten Regionen in Polen, Ungarn und der Ukraine auseinander, wobei wirtschaftskulturelle Elemente als wesentliche Einflussfaktoren mitbetrachtet wurden.¹³

Theoretische Ansätze

Die oben vorgestellten Forschungsprojekte der wirtschaftskulturelle Osteuropaforschung in Deutschland haben ausgehend von ihrem thematischen Fokus und ihrer disziplinären Verortung sehr unterschiedliche theoretische Ansätze und zeichnen sich in ihrer Gesamtheit durch eine beeindruckende Methodenvielfalt aus.

Während Holtbrügge so betriebswirtschaftliche Theorien der Managementkulturen benutzt, beziehen sich sowohl etliche Projekte der Forschungsstelle Osteuropa als auch das aktuelle Projekt von Zweynert auf einen neo-institutionellen Ansatz. Zweynerts erste Arbeit hingegen ist dem Bereich der Ideengeschichte zuzuordnen. Die Projekte von Tatur wiederum orientieren sich an soziologischen Theorien. Dementsprechend wird von den meisten Projekten auch weniger der Begriff der Wirtschaftskultur als solcher verwendet sondern behandelt wird vielmehr ein Aspekt der Wirtschaftskultur, wie zum Beispiel Managementkultur oder regionale Kultur.

Dabei ist die Palette der verwendeten Methoden sehr breit. Da Wirtschaftskultur vorrangig als Ausdruck der Haltungen konkreter Wirtschaftsakteure verstanden wird, dominieren quantitative Umfra-

10 Zentrale osteuropabezogene Publikationen sind: Holtbrügge, Dirk: Personalmanagement multinationaler Unternehmungen in Osteuropa. Bedingungen-Gestaltung-Effizienz. Wiesbaden 1995; Holtbrügge, Dirk: Unternehmenskulturelle Anpassungsprobleme in deutsch-russischen Joint Ventures, in: Journal for East European Management Studies 1/1996 (Jg. 1), S. 7-27; Holtbrügge, Dirk / Puck, Jonas / Rygl, David / Exter, Andreas: Kulturelle Einflüsse auf internetbasierte HR-Managementtechniken. Verliert die nationale Kultur an Bedeutung?, in: Zeitschrift für Personalforschung 1/2004 (Jg. 18), S. 24-38.

11 Die Ergebnisse wurden veröffentlicht als: Zweynert, Joachim: Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland 1805-1905, Marburg (Metropolis) 2002.

12 Zentrale Projektergebnisse werden demnächst in einem Sammelband publiziert: Goldschmidt, Nils / Zweynert, Joachim (Hg.): Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, Münster (LIT), in Vorbereitung.

13 Die Projektergebnisse wurden zusammengefasst in: Melanie Tatur (Hg.): The making of regions in post-socialist Europe, 2 Bände, Wiesbaden (VS-Verlag) 2004.

gen und qualitative Interviews. Hinzu kommen jedoch Fallstudien, Datenanalysen, quellenkritische Textanalysen und etwa auch linguistische Methoden der Textanalyse.¹⁴

Alle hier vorgestellten Forschungsprojekte zeigen, dass Wirtschaftskultur nicht als eine einheitliche Variable für empirische Forschung operationalisierbar ist und damit eine vollständige Wirtschaftskultur bestimmter Gruppen oder gar Gesellschaften nicht in ihrer Gesamtheit analytisch fassbar ist. Dafür lassen sich zwei zentrale Gründe anführen. Erstens umfasst der Begriff selbst in einer engen Definition eine Vielzahl von Aspekten. Die Auswahl relevanter Aspekte und ihre Gewichtung sind nur in Abhängigkeit von konkreten Fragestellungen zu begründen. Eine allgemeingültige Operationalisierung verbietet sich deshalb. Zweitens entziehen sich die meisten Aspekte von Wirtschaftskultur einer direkten Messung. Die Aggregation einer Vielzahl von „weichen Faktoren“ führt zwangsläufig zu extrem unpräzisen Ergebnissen.

Wirtschaftskultur läßt sich deshalb sinnvoll nur als Forschungsfeld verstehen. Innerhalb dieses Forschungsfeldes werden konkrete Faktoren zur Analyse ausgewählt. Operationalisiert wird deshalb nicht Wirtschaftskultur als Ganzes sondern einzelne wirtschaftskulturelle Faktoren. Auch bei der Analyse einzelner wirtschaftskultureller Faktoren stellt sich aber das Problem der schlechten Messbarkeit. Entscheidend ist deshalb die Qualität der Operationalisierung und Messung der konkreten wirtschaftskulturellen Faktoren und die kritische Überprüfung von Korrelationen auf Kausalität. Der größte Teil der Kritik an der Wirtschaftskulturforschung ist auf das Unbehagen an unpräzisen Definitionen, einer eklektischen Auswahl von Indikatoren und einer Überinterpretation von Ergebnissen zurückzuführen.¹⁵

Das Problem der „weichen Faktoren“, mit denen sich die Wirtschaftskulturforschung konfrontiert sieht, erfordert eine präzise Bestimmung der zu untersuchenden Variablen und sozialen Gruppen, methodenpluralistische Messverfahren und ein Forschungsdesign, das Kausalitäten erkennbar macht. Da eine direkte Quantifizierung der Bedeutung einzelner wirtschaftskultureller Faktoren (im Vergleich mit anderen Faktoren) in der Regel nicht möglich ist, muss komparative Forschung als Annäherung dienen. Denn Kausalität ist, wenn man sich nicht auf die Selbsteinschätzung der beteiligten Akteure verlassen will, oft nur erschließbar über die Feststellung von Parallelen (oder fehlenden Parallelen) zu anderen Fällen.¹⁶ Auf diesem mühsamen Weg sind die oben vorgestellten Projekte ein wichtiger, aber vergleichsweise kleiner Schritt.

14 Einen Überblick über die theoretische und methodische Vielfalt von Forschungsansätzen zur Wirtschaftskultur geben ohne expliziten Osteuropabezug die Beiträge in: Blümle, Gerold u.a. (Hg.): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*, Münster (LIT) 2004 sowie Klump, Rainer (Hg.): *Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung*, Marburg (Metropolis-Verlag) 1996.

15 Herrman-Pillath, Carsten: Was ist und wie betreibt man wirtschaftskulturelle Transformationsforschung, in: Hans-Hermann Höhmann (Hg.): *Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation*. Bremen (Edition Temmen) 1999, S. 40 - 60.

16 Pleines, Heiko: Wirtschaftskulturelle Faktoren in der postsozialistischen Transformation. Der Bremer Ansatz, in: *Berliner Debatte Initial* 5-6/2004 (Jg.15), S.55-63.

Internationale Vernetzung

Alle hier vorgestellten Forschungsprojekte basieren zu einem großen Teil auf internationaler Kooperation. Die hohe internationale Vernetzung der wirtschaftskulturellen Osteuropaforschung ist dabei auf zwei wesentliche Faktoren zurückzuführen. Zum einen benötigen die meisten Projekte originäre empirische Daten aus den Untersuchungsländern. Diese Datenerhebung erfolgt am Besten mit Partner vor Ort, die Infrastruktur und Sprachkompetenz besitzen. In der Regel werden so Forscher aus den Untersuchungsländern in die jeweiligen Projekte integriert. Diese Forscher haben dabei aber häufig nicht zu wirtschaftskulturellen Fragen gearbeitet, sondern in anderen Bereichen Kompetenz für die projektrelevante empirische Arbeit demonstriert.

Gleichzeitig ist die wirtschaftskulturelle Forschung in Deutschland so klein, dass eine breite und kontinuierliche Debatte nur unter Hinzuziehung ausländischer Wissenschaftler möglich ist. Die im Zusammenhang mit den hier vorgestellten Projekten durchgeführten Konferenzen hatten dementsprechend häufig mehr Teilnehmer von ausländischen Forschungseinrichtungen als von inländischen. Um die Vernetzung der wirtschaftskulturellen Osteuropaforschung zu fördern, führt die Forschungsstelle Osteuropa seit 1998 jährliche internationale Konferenzen zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren durch, die in der Regel im Dezember in Bremen stattfinden.

Ein erstes Resümee

Forschung zur Wirtschaftskultur ist in der deutschen Wissenschaftslandschaft immer noch ein Randphänomen. Dies hat auch mit der Organisation von Wissenschaft zu tun. Die Wirtschaftswissenschaft ist in der Lehre vergleichsweise stark kanonisiert. Neue Ansätze haben es deshalb grundsätzlich schwer. Gleichzeitig ist die Wirtschaftswissenschaft stärker als andere Sozialwissenschaften mathematisiert. Wirtschaftskulturelle Faktoren sind aber in der Regel schwieriger quantifizierbar als traditionelle Variablen der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse.

Auch wenn sich der Begriff der politischen Kultur in der Politikwissenschaft deutlich schneller etabliert hat als der der Wirtschaftskultur in den Wirtschaftswissenschaften, hat der cultural turn mittlerweile auch die Wirtschaftswissenschaften erreicht.¹⁷ Die deutsche Forschung stellt sich dabei mittlerweile nicht schlechter als die internationale (englischsprachige) Forschung. Anschaulich wird diese Situation durch eine Stichwortsuche im Internet. Google produziert für „Wirtschaftskultur/economic culture“ deutschlandweit knapp 23.000 Ergebnisse, für „politische Kultur/political culture“ hingegen zwanzig Mal so viele Treffer. Im weltweiten Vergleich liegen die Begriffe mit 132.000 bzw. 4,1 Millionen Treffern noch weiter auseinander (eigene Google-Abfrage vom 16.06.2006).

Genau wie in der Politikwissenschaft hat der „cultural turn“ auch in der Wirtschaftswissenschaft zu einer Vielzahl von Studien geführt, die aufgrund unterschiedlicher theoretischer Prämissen, Begriffsdefinitionen und Fragestellungen häufig nicht miteinander vergleichbar sind. Die Wirtschaftskulturforschung hat aber trotzdem bereits zu einer deutlichen Sensibilisierung der etablierten Wissenschaft gegenüber kulturellen Unterschieden geführt. In der gegenwärtigen Forschungssituation besteht ihre Leistung deshalb im Aufzeigen kulturspezifischer Wirkungsfaktoren, die die Generali-

17 Jones, Eric: The revival of cultural explanation in economics, in: *Economic Affairs* 4/2003, S. 7-13; Bönker, Frank / Beichelt, Timm / Wielgohs, Jan: Die „Entdeckung der Kultur“ und die Zukunft der Transformationsforschung. Eine Umfrage, in: *Berliner Debatte* Initial 5-6/2004 (Jg.15), S.64-72.

sierungen der traditionellen ökonomischen Theorien hinterfragen. Der Verweis auf komplexere Wirkungszusammenhänge und fallspezifischen Erklärungsbedarf verbietet aber eine griffige Zusammenfassung zu einer Theorie der Wirtschaftskultur. Auch dieser Aspekt erschwert die Popularisierung dieses Forschungszweiges.

Die Chancen sind deshalb für die Wirtschaftskulturforschung am größten, wenn – wie etwa im Falle der postsozialistischen Transformation – das Versagen traditioneller Theorien offenkundig wird. Die hier vorgestellten Forschungsprojekte und -institutionen haben versucht, diese Chance zu nutzen und ihr jeweils eigenes Profil wirtschaftskultureller Forschung entwickelt. Sie haben damit einen wesentlichen Beitrag zur disziplinären und inhaltlichen Verbreiterung der Osteuropaforschung geleistet.

Literatur

- Blümle, Gerold u.a. (Hg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster (LIT) 2004.
- Bönker, Frank / Beichelt, Timm / Wielgoths, Jan: Kulturelle Determinanten postsocialistischer Gesellschaftsentwicklung. Ein Diskussionsüberblick, in: Berliner Debatte Initial 5-6/2004 (Jg.15), S. 4-12.
- Bönker, Frank / Beichelt, Timm / Wielgoths, Jan: Die „Entdeckung der Kultur“ und die Zukunft der Transformationsforschung. Eine Umfrage, in: Berliner Debatte Initial 5-6/2004 (Jg.15), S.64-72
- Fruchtmann, Jakob / Pleines, Heiko: Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis, Münster (LIT) 2002.
- Goldschmidt, Nils / Zweynert, Joachim (Hg.): Die Interaktion der ökonomischen Kulturen und Institutionen im erweiterten Europa, Münster (LIT), in Vorbereitung.
- Heinrich, Andreas / Lis, Aleksandra / Pleines, Heiko: Corporate governance in the oil and gas industry. Cases from Poland, Hungary, Russia and Ukraine in a comparative perspective, KICES Working Papers No.3 (2005), www.kices.org
- Herrman-Pillath, Carsten: Was ist und wie betreibt man wirtschaftskulturelle Transformationsforschung, in: Hans-Hermann Höhmann (Hg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation. Bremen (Edition Temmen) 1999, S. 40 - 60.
- Höhmann, Hans-Hermann: Fokus "Transformation und Wirtschaftskultur", in: ders. (Hg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation. Bremen 1999, S. 8-23.
- Höhmann, Hans-Hermann / Pleines, Heiko (Hg.): Wirtschaftskultur in Osteuropa. Bremer Ansatz und Bremer Projekte, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 61 (September 2004), www.forschungsstelle-osteuropa.de
- Höhmann, Hans-Hermann / Welter, Friederike (Hg.): Trust and entrepreneurship. A West-East perspective, Aldershot (Edward Elgar Publishing) 2005.
- Holtbrügge, Dirk: Personalmanagement multinationaler Unternehmungen in Osteuropa. Bedingungen-Gestaltung-Effizienz, Wiesbaden 1995.
- Holtbrügge, Dirk: Unternehmenskulturelle Anpassungsprobleme in deutsch-russischen Joint Ventures, in: Journal for East European Management Studies 1/1996 (Jg.1), S. 7-27.

- Holtbrügge, Dirk / Puck, Jonas / Rygl, David / Exter, Andreas: Kulturelle Einflüsse auf internetbasierte HR-Managementtechniken. Verliert die nationale Kultur an Bedeutung?, in: Zeitschrift für Personalforschung 1/2004 (Jg. 18), S. 24-38.
- Jones, Eric: The revival of cultural explanation in economics, in: Economic Affairs 4/2003, S. 7-13.
- Klump, Rainer (Hg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Marburg (Metropolis-Verlag) 1996.
- Pleines, Heiko: Korruptionsnetzwerke in der russischen Wirtschaft, in: Höhmann, Hans-Hermann (Hg.): Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas, Bremen (Edition Temmen) 2001, S. 141-156.
- Pleines, Heiko: Wirtschaftskulturelle Faktoren in der postsozialistischen Transformation. Der Bremer Ansatz, in: Berliner Debatte Initial 5-6/2004 (Jg.15), S. 55-63.
- Pleines, Heiko: Informalisierung statt Institutionalisierung von Reformen? Zur Rolle von Korruption, in: Hans-Hermann Höhmann u.a. (Hg.): Nur ein Ölboom? Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaft, Münster (LIT) 2005, S. 247 – 258.
- Pleines, Heiko: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004, Münster (LIT) 2005.
- Pleines, Heiko (Hg.): Participation of Civil Society in New Modes of Governance. The Case of the New EU Member States. 3 Parts. Part 1: The State of Civil Society. Part 2: Questions of Accountability. Part 3: Involvement at the EU Level. Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 67, 74, 78 (2005, 2006), www.forschungsstelle-osteuropa.de
- Melanie Tatur (Hg.): The making of regions in post-socialist Europe, 2 Bände, Wiesbaden (VS-Verlag) 2004.
- Zweynert, Joachim: Eine Geschichte des ökonomischen Denkens in Russland 1805-1905, Marburg (Metropolis) 2002.

Zur Person

Dr. Heiko Pleines, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Anschrift:

Forschungsstelle Osteuropa
Klagenfurter Str. 3
28359 Bremen
E-Mail: pleines@gmx.net

1 Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, einschließlich USA / europäische Integrationsprozesse

[1-L] Alber, Jens; Merkel, Wolfgang (Hrsg.):

WZB-Jahrbuch 2005: Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung?, Berlin: Ed. Sigma 2006, 427 S., ISBN: 3-89404-005-X

INHALT: "Im Jahr 2004 hat sich die Europäische Union nach Osten erweitert; die Zahl der Mitgliedstaaten stieg von 15 auf 25. In dieser Größenordnung ist das ein einmaliger Vorgang, der die Grenzen der Integrationsfähigkeit der EU auf die Probe stellt. Markiert die Osterweiterung eine Zäsur in der Geschichte der europäischen Integration? Bedeutet sie das Ende der Vertiefung? Das sind die übergreifenden Fragen, die sich die Beiträge des WZB-Jahrbuchs stellen. Sie tun dies in dreifacher Hinsicht: Im ersten Teil, 'Gesellschaft', werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der alten und neuen Mitgliedstaaten analysiert, u. a. im Hinblick auf die Geburtenraten, die familiäre Arbeitsteilung, die Armut und die Strukturen der Zivilgesellschaft. Der zweite Teil, 'Demokratie', thematisiert die verschärften Legitimationsprobleme der erweiterten Union. Der dritte Teil, 'Europäisierung', schließlich wendet sich z. B. folgenden Fragen zu: Wie kann eine 'Gemeinschaft der 25' jene Probleme meistern, die schon von der 'EU der 15' nie zufrieden stellend gelöst wurden? Gehört die Türkei zu Europa? Was bedeutet die Osterweiterung für das transatlantische Verhältnis?" (Autorenreferat).
Inhaltsverzeichnis: Tony Fahey: Fertility Patterns and Aspirations in Europe (35-55); Chiara Saraceno: Family-work Systems in Europe (57-83); Henryk Domanski and Jens Alber: Paradoxes of Housing in the Enlarged Europe (85-106); Petra Böhnke: Einkommensarm, aber beziehungsreich? Zum Zusammenhang von Armut und sozialen Beziehungen in der erweiterten EU (107-134); Eckhard Priller: Zivilgesellschaftliches Engagement in Europa. Gemeinsamkeiten und Unterschiede (135-158); Ulrich Kohler: Die soziale Ungleichheit der Wahlabstimmung in Europa (159-179); Sonja Grimm und Wolfgang Merkel: Die Grenzen der EU: Erweiterung, Vertiefung und Demokratie (183-206); Sascha Kneip und Alexander Petring: Die Reformvorschläge der Verfassung für Europa und das Demokratiedefizit der EU (207-229); Bernhard Wessels: 'Founding Elections' der erweiterten EU und europäische Integration (231-251); Andrea Volkens: Programmatische Stellungnahmen nationaler Parteien zur Europäischen Union (253-279); Dieter Gosewinkel: Europäische Konstruktionen der Staatsangehörigkeit. Gibt es einen west- und einen osteuropäischen Entwicklungspfad? (281-306); Jan Delhey: Erweiterungen contra Integration? Zum Verhältnis von territorialer Expansion und innerer Integration der Europäischen Union (309-323); Hubert Krieger and Bertrand Maitre: Patterns of East-West Migration in Europe (333-357); Jens Alber: Zehn Fragen zum EU-Beitritt der Türkei (359-390); Michael Zürn und Martin Binder: Dekonstruktion oder Rekonstruktion der transatlantischen Beziehungen? Zum Stand des europäisch-amerikanischen Verhältnisses (391-412); Ralf Dahrendorf: Vereint oder offen? Die europäische Alternative (413-423).

[2-L] Bach, Maurizio:

The enlargement crisis of the European Union: from political integration to social disintegration, in: Maurizio Bach, Christian Lahusen, Georg Vobruba (Eds.): *Europe in motion : social dynamics and political institutions in an enlarging Europe*, Berlin: Ed. Sigma, 2006, S. 11-28, ISBN: 3-89404-536-1 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. für Sozialwiss.(6A)-MK5100/564)

INHALT: Der Beitrag diskutiert einige Erfahrungen, die die fünfte Erweiterung der EU (Osterweiterung) für die EU mit sich gebracht hat. Diese betreffen vor allem die soziale Integration der EU als einer supranationalen Gesellschaft sowie die Probleme, wie sie aus den begrenzten institutionellen Kapazitäten der Gemeinschaft im Umgang mit der supranationalen Komplexität und der Lösung der anstehenden Probleme resultieren. Der vorliegende Beitrag thematisiert zwei mit der Osterweiterung verbundene Dimensionen: (1) Analysiert wird die institutionelle Logik des politischen Systems der EU, um die interne Dynamik der mit der Osterweiterung besser zu erfassen. (2) Im zweiten Schritt wird die Verarbeitung der Erfahrungen mit der Osterweiterung in den einzelnen nationalstaatlichen Gesellschaften untersucht. Hier formieren sich ganz neue Konfliktlinien innerhalb der EU. Insgesamt verfolgt der Autor also interne wie externe Grenzen und Restriktionen der Osterweiterung, um die mit ihr verbundene offensichtliche Krise besser zu verstehen und eventuell zu managen. (ICA)

[3-L] Bildt, Carl:

Glauben wir noch an Europa?: ein Abbruch der EU-Osterweiterung hätte Folgen für Sicherheit und Stabilität, in: Internationale Politik, Jg. 61/2006, Nr. 5, S. 54-60 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Statt die bisherige Geschichte der Europäischen Union nach dem Fall des Ostblocks als Erfolgsgeschichte zu begreifen, macht sich im Westen Europa-Pessimismus breit. Wie viele Länder werde man noch aufnehmen können, fragen sich etliche Bürger und Politiker. Doch eine wirtschaftliche und kulturelle Integration des Balkans und langfristig der Kaukasus-Region würde auch Westeuropa mehr Frieden und Wohlstand bringen." (Autorenreferat)

[4-L] Busch, Klaus:

Soziale Konsequenzen der EU-Erweiterung, in: Ludger Kolhoff, Christine Gruber (Hrsg.): Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für die Sozialwirtschaft : Dokumentation einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. (BAG SMW), in Kooperation mit dem fh-campus wien, Department Soziale Arbeit und Sozialmanagement vom 6.-8.11.2003 in Wien, Augsburg: ZIEL, 2005, S. 56-74, ISBN: 3-937210-14-8 (Standort: FHB Köln (832)-63PQZ337)

INHALT: Der Beitrag diskutiert die sozialen Konsequenzen der EU-Erweiterung. Dazu werden zunächst die möglichen Arbeitsmarkteffekte untersucht, die von der Erweiterung ausgehen. Zu unterscheiden sind hier einerseits die Wanderungseffekte, die die Erweiterung der EU auslöst, andererseits die Auswirkungen auf die Tarifpolitik, die angesichts der Lohnniveauunterschiede zwischen MOE-Staaten und der 15er EU bestehen. Des Weiteren wird analysiert, wie die Ausgaben der neuen Mitgliedsstaaten für die soziale Wohlfahrt zu bewerten sind. In der Analyse der Migrationseffekte werden dann die Projektionen einiger makro- und mikroökonomischer Studien vorgestellt. Auf Grund divergierender Modellannahmen gelangen diese Arbeiten zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen über die zu erwartenden Zuwanderungsströme. Wesentlich klarer als die Migrationsströme lassen sich die lohnpolitischen Konsequenzen der Osterweiterung abschätzen. Wegen der strukturellen Schwäche der Gewerkschaften in den MOE-Staaten wird die Lohnpolitik in den höher entwickelten Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach der Erweiterung unter einen erheblichen Anpassungsdruck geraten. Dies gilt insbesondere nach dem möglichen Beitritt der MOE-Staaten zur Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion. Welcher Wettbewerbsdruck von den neuen auf die alten EU-Staaten in der Sozialpolitik ausgehen wird, hängt vor allem von der Entwicklung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse in den Beitrittsländern ab. Sollte es in den MOE-Staaten zu einer stärkeren Entkoppelung von Produktivitätswachstum und den Zuwachsraten der Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme kommen als in den alten EU-Staaten, wird die Politik des Abbaus des Wohlfahrtsstaates auch hier weiter fortschreiten. (ICA2)

[5-F] Charrad, Kristina (Bearbeitung); Zimmer, Annette, Prof.Dr.; Freise, Matthias, Dr. (Betreuung):

Die Integration zivilgesellschaftlicher Akteure aus den postsozialistischen Beitrittsländern in Entscheidungsfindungsverfahren der Europäischen Union (Arbeitstitel)

INHALT: Das Ziel des Dissertationsprojektes ist zu erforschen, wie sich zivilgesellschaftliche Akteure aus den Visegrád Ländern (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) in die Strukturen der Interessenvertretung und die Prozesse der Entscheidungsfindung integrieren und welche Konsequenzen dies für das europäische Regieren hat. Betrachtet man die Entwicklungsgeschichte der europäischen Verbände, so sieht man, dass die Gründung und Vertiefung der EG/EU von einem deutlichen Wachstum der Interessenorganisationen auf der europäischen Ebene begleitet wurde. Es stellt sich nun die Frage, ob sich dieser Prozess auch nach der Osterweiterung der Union fortsetzt und wie sich zivilgesellschaftliche Akteure aus den neuen Mitgliedsländern in die komplexen Strukturen der Entscheidungsfindung einbringen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europäische Union, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn

METHODE: Als Methode für die Dissertation wird die Netzwerkanalyse verwendet.

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaften Nachwuchsgruppe "Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance" (Prinzipalmarkt 38, 48143 Münster)

KONTAKT: Zimmer, Annette (Prof.Dr. Tel. 0251-8325325, Fax: 0251-8329356, e-mail: zimmean@uni-muenster.de); Freise, Matthias (Dr. Tel. 0251-51038-22, Fax: 0251-51038-24, e-mail: freisem@uni-muenster.de)

[6-L] Dauderstädt, Michael:

Wirtschaftliche und soziale Folgen und Probleme der EU-Erweiterung, in: Ludger Kolhoff, Christine Gruber (Hrsg.): Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für die Sozialwirtschaft : Dokumentation einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. (BAG SMW), in Kooperation mit dem fh-campus wien, Department Soziale Arbeit und Sozialmanagement vom 6.-8.11.2003 in Wien, Augsburg: ZIEL, 2005, S. 33-56, ISBN: 3-937210-14-8 (Standort: FHB Köln(832)-63PQZ337)

INHALT: Am 1. Mai 2004 traten zehn neue Mitgliedstaaten der EU (Osterweiterung) bei. Acht der Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) sind postkommunistische Transformationsländer aus Mittelosteuropa. Der vorliegende Beitrag fragt nach den möglichen (Stand 2003) wirtschaftlichen und sozialen Folgen ihres Beitritts für die Altmitglieder der EU und die neuen Mitglieder selbst. Der Autor versteht die Osterweiterung als die Verlängerung und Vertiefung des Integrationsprozesses, der

1989 mit der Öffnung und Assoziierung Mittel- und Osteuropas begonnen. Die bisherigen Folgen sind eher beunruhigend - steigende Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in den meisten beteiligten Ländern begleiteten die Integration. Hinsichtlich der Zukunft ist kaum mehr Optimismus angesagt; denn die Fähigkeit der EU, die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten im vereinigten Europa abzubauen, wird angesichts ihrer bisherigen Leistungen und politischen Möglichkeiten auf diesem Gebiet eher als begrenzt einzuschätzen. Insgesamt handelt es sich ökonomisch um die "Integration eines Riesen und eines Zwerges". Als erstes werden der bisherige Integrationsprozess und seine Ergebnisse dargestellt. Zweitens folgen die voraussichtlichen Wirkungen der Erweiterung aufgrund der Erfahrungen früherer Erweiterungen und von Abschätzungen aus Modellrechnungen. Insbesondere wird drittens nach der Zukunft des europäischen Sozialmodells in einem immer stärker integrierten, aber auch heterogeneren Europa gefragt. Abschließend folgen einige Überlegungen zu den Chancen eines Abbaus regionaler Einkommensunterschiede in der erweiterten EU. (ICA2)

[7-F] Eisele, Gudrun (Bearbeitung); Zimmer, Annette, Prof.Dr.; Freise, Matthias, Dr. (Betreuung): **Die EU und die organisierte Zivilgesellschaft in den Visegrád-Staaten (Arbeitstitel)**

INHALT: Die Bearbeiterin erforscht, welche Rolle die Europäische Union der organisierten Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Governance-Debatte zuschreibt. Weiter untersucht sie, wie sich dies in der Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Visegrád-Staaten widerspiegelt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaften Nachwuchsgruppe "Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance" (Prinzipalmarkt 38, 48143 Münster)

KONTAKT: Zimmer, Annette (Prof.Dr. Tel. 0251-8325325, Fax: 0251-8329356, e-mail: zimmean@uni-muenster.de); Freise, Matthias (Dr. Tel. 0251-51038-22, Fax: 0251-51038-24, e-mail: freisem@uni-muenster.de)

[8-L] **Integration und Ausgrenzung im Osten Europas: Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten**, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 70), (13. Tagung junger Osteuropa-Experten "Integration und Ausgrenzung im Osten Europas", 2005, Berlin), Bremen 2005, 135 S. (Graue Literatur); URL: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP70.pdf>

INHALT: Inhaltsverzeichnis: I. Integration und Ausgrenzung an der EU-Grenze - Elena Kropatcheva: Perspektiven der Integrationsmodelle Russlands (8-11); Silke Skilters: Estland, Lettland und Litauen zwischen Kooperation und Konkurrenz (12-16); Anne Wetzel: Die Grenze(n) zwischen der Ukraine und der EU: gibt es mehr als "drinnen" und "draußen"? (17-20); Katrin Böttger: Die Europäische Nachbarschaftspolitik und ihre integrierenden und ausgrenzenden Faktoren (21-24); Olaf Melzer: Russland im Europarat: Demokratieexport durch den Europarat nach Russland seit 1989 (25-29). II. Identitäten als Grundlage für Kooperation und Konflikte in internationalen Beziehungen - Claudia Anshütz: Vorurteile und Stereotypen in den deutsch-polnischen Beziehungen und ihre innenpolitische Instrumentalisierung (30-34);

Ulrich Best: "Giftgas", "Angst vor dem Bären" oder "Partnerschaft"? Die deutschen und polnischen Debatten um die Yamal-Pipeline (35-37); Gunter Deuber: Europa und eine christliche Identität? (38-44); Malgorzata Anna Czerniak: Die Rolle von Papst Johannes Paul II. bei der polnischen EU-Integration (45-49); Diana Schmidt: "Russische Demokratie" - Werte-Kluft oder geopolitische Herausforderung? (50-57). III. Integration in eine globalisierte Wirtschaft? - Karl Heinz Hausner: Trennlinien durch Wohlstandsgrenzen innerhalb Europas (58-61); Arjan Vliegthart, Laura Horn: Corporate governance in Central Eastern Europe - the role of the European Union (62-66); Ildikó Lajtos: Der Beitritt Russlands in die WTO: landwirtschaftliche Aspekte (67-72); Andreas Gramzow: Institutionenökonomische Analyse von Politikmaßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume in Polen (73-79). IV. Regionalisierung als Integrationsmotor? - Ana-Maria Vidrean: Europa der Regionen: ein Ansatz zur Förderung der Integration im Osten? (80-83); Dana Miskovicova: Einbeziehung der regionalen Ebene in die Entscheidungsprozesse der Europapolitik in der Slowakei (84-86); Lucian-Boian Brujan: Inklusions- und Exklusionsprozesse im Dreiländereck Rumänien-Serbien-Ungarn (87-91); Sebastian Schröder-Esch: Kulturerbe als Bestandteil nationaler und regionaler Legitimierungsstrategien (92-97). V. Integration, Ausgrenzung und Autonomiewunsch: ethnische Minderheiten - Timofei Agarin: Zugehörigkeit trotz Exklusion: Anerkennung zwischen den Minderheiten und Mehrheiten im post-sowjetischen Baltikum (98-101); Márta Fazekas: Ungarische Autonomiekonzeptionen, Rundschau im Karpatenbecken (102-106); Falk Kunadt, Manuel Paffrath-Dorn: Roma und Sinti und ihre Bedeutung für die sich erweiternde Europäische Union (107-110); Malte Brosig: Integration der Desintegrierten? Zu den Perspektiven einer europäischen Minderheitenpolitik (111-113); Damien Tricoire: Partikularistische Forderungen und Assimilation nationaler Minderheiten: die "Deutschen" in Oberschlesien und Böhmen (114-119). VI. Soziale Exklusion und die Grenzen der Sozialpolitik - Patrycja Bielawska-Roepke: Wohnen im Wandel (120-124); Björn Wagner: Die wohlfahrtsstaatliche Transformationstheorie auf dem Prüfstand: Klasse und Staat im polnischen Kapitalismus (125-129); Agnes Gilka-Bötzow: Lokale Sozialpolitik in Russland zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft - eine Forschungsheuristik (130-133).

[9-L] Jongsma, Ard:

Tempus @ 10: zehn Jahre Zusammenarbeit im Hochschulbereich, Brüssel 2003, 87 S. (Graue Literatur; URL: http://europa.eu.int/comm/education/programmes/tempus/doc/ten_de.pdf; http://europa.eu.int/comm/education/programmes/tempus/doc/ten_en.pdf)

INHALT: "TEMPUS (Europaweites Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich) ist eines der älteren EU-Bildungsprogramme, die von der Europäischen Kommission verwaltet werden. Es wurde bereits 1990 - kurz nach dem Fall der Berliner Mauer - eingerichtet. Damit unterstützte die Europäische Union den Umgestaltungsprozess in den mittel- und osteuropäischen Ländern, wobei TEMPUS speziell auf den Bildungssektor und dabei besonders auf den Hochschulbereich zugeschnitten wurde. Der Kreis der Teilnehmerstaaten weitete sich, einhergehend mit den politischen Veränderungen, während der 1990er ständig nach Ost- und Südosteuropa hin aus und schließt seit 2002 auch die Mittelmeeranrainerländer ein. Dieser Studie liegen die Fragen zugrunde, was das TEMPUS-Programm wirklich erreicht hat und warum es so populär war und immer noch ist? Im ersten Teil wird nach einem einführenden, rückblickenden Kapitel über das Hochschulwesen in Mittel- und Osteuropa und in der Europäischen Union im Jahr 1989 und den allgemeinen Veränderungen im Hochschulbereich Mittel- und Osteuropas nach 1989 ein Überblick über die Entwicklung der letzten zehn Jahr des TEM-

PUS-Programms gegeben. Dabei wird auf die zugrunde liegende Philosophie (bottom-up-Ansatz) eingegangen, es wird ein chronologischer Abriss gegeben, die Programm-Modalitäten und das Management werden erläutert und schließlich werden Erfolg und Ergebnisse von TEMPUS resümiert. Im zweiten Teil werden die einzelnen Länder eingehender vorgestellt, wobei jeweils die Erfolge des TEMPUS-Programms vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung in der Bildungspolitik betrachtet werden." (Textauszug)

[10-L] Kannwischer, Christian:

Die Stabilisierungs- und Konsolidierungspolitik der EU gegenüber Mittel- und Osteuropa: Anbindung im Spannungsfeld zwischen konsistenter Politikausrichtung und strategischer Interaktion, (Politikwissenschaft im Gardez!, 6), Remscheid: Gardez!-Verl. 2005, 449 S., ISBN: 3-89796-149-0

INHALT: Kannwischer hinterfragt die Stringenz der EU-Politik, die auf eine ökonomische und politische Annäherung der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) an die EU ausgerichtet ist. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Außenhandelspolitik, da sie 'Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit wirtschaftlicher Konsolidierung und damit politischer Stabilisierung' (118) sichere. Verfolgt die EU gegenüber den Transformationsstaaten eine liberale Außenhandelspolitik? Werden für diese Länder die Marktzugangsbarrieren gesenkt? Wie wird die entsprechende Integrationspolitik gesteuert? Kannwischer liefert einen Einblick in die 'Stabilisierungs- und Konsolidierungspolitik der EU im Kontext der gesamteuropäischen Vergemeinschaftung' (115). Für die gründliche Untersuchung, die mithilfe einer Politikfeldanalyse und einer Interaktionsanalyse erfolgt, wurden drei Länder mit unterschiedlich starker institutioneller Anbindung und unterschiedlich hohem Transformationsstand ausgewählt: Polen, Rumänien und die Ukraine. Das Ergebnis seiner Analyse ist wenig überraschend: Die EU-Außenhandelspolitik weise restriktive Züge auf; die europäische Integrationspolitik sei inkonsistent, was die Glaubwürdigkeit der EU infrage stelle: 'Eine inkonsistente, stark eigennutzorientierte Politikausrichtung konterkariert eine klare Anbindungsperspektive und höhlt den Selbstanspruch der EU aus, Garantin für politische Stabilität und ökonomischen Wohlstand zu sein' (416). (ZPol, VS)

[11-L] Koch, Eckart (Hrsg.):

Osterweiterung der EU - neue Chancen für interkulturelle Kooperation: Beiträge zum Dritten Internationalen Tag, (Texte des Fachbereich Allgemeinwissenschaften, 3), München: Hampp 2005, 141 S., ISBN: 3-87988-919-8

INHALT: Die genannte Veranstaltung fand am Europatag 2004 statt und war Teil des Masterstudienganges 'Interkulturelle Kommunikation und Kooperation' der Fachhochschule München. Die zehn (teilweise kurzen) Beiträge decken ein breites Feld an Themen ab. Sie reichen von der Analyse der Instrumente zur Entwicklung interkultureller Kompetenz am Beispiel deutsch-tschechischer Unternehmen, einem Plädoyer für den Aufbau kultureller Kontakte zu Osteuropa über interkulturelle Aspekte interdisziplinärer Forschung bis hin zu ökonomischen Fragen wie den Konsequenzen der EU-Osterweiterung für deutsche Großhandelsunternehmen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Julia Bürger: Aufbau Interkultureller Kompetenz am Beispiel deutsch-tschechischer Unternehmen (11-27); Eva Feldmann-Woytachnia: Kulturkontakte zu Osteuropa: Schlüsselfaktor interkulturelle Kompetenz (29-40); Alfred Gerauer: Interkul-

turelle Fragen im Personalbereich im Spiegel der EU-Erweiterung (41-47); Christiane Hartnack: Vom Kampf der Kulturen zum Tanz der Kulturen: Ein Plädoyer für die Entwicklung interkultureller Synergien im Neuen Europa (49-56); Eckart Koch: EU-Osterweiterung, eine ökonomische Herausforderung - für wen? 10 Thesen (57-78); Jens Nagel / Nikolai Malanowski: Konsequenzen der EU-Osterweiterung für deutsche Großhandelsunternehmen - Ergebnisse einer Studie des Bundesverbandes für Groß- und Außenhandel (BGA) (79-94); Ingmar Niemann: Die Osterweiterung der Europäischen Union - wirtschaftliche Chancen und Risiken (95-110); Helga Schubert: forost - interdisziplinäre Forschung zur Frage der Integration ost- und südosteuropäischer Staaten in die Europäische Union (111-128); Dieter Boden: Kulturkontakte zu Osteuropa - Einige Thesen (129-133); Karel Klima: Der Beitritt Tschechiens zur EU - ein Gewinn für die EU? (135-137). (ZPol, VS)

[12-L] Melegh, Attila:

Floating East: Eastern Europe on the map of global institutional actors, in: Carol Harrington, Salem Ayman, Tamara Zurabishvili (Eds.): *After communism : critical perspectives on society and sociology*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2004, S. 63-93 (Standort: UB Siegen(467)-31NZP1311)

INHALT: Seit Anfang der 1980er Jahre ist an die Stelle quantitativer Erfolgsmeldungen aus den Welten der beiden unterschiedlichen Modernisierungsmodellen in Ost und West ein Diskurs getreten, der qualitative, regionale Unterschiede betont. Hier wird eine Ost-West-Dichotomie wieder aufgegriffen, die ursprünglich im 18. Jahrhundert entstanden ist. Der Verfasser fragt, welche Bedeutung die Re-Aktualisierung dieser Dichotomie nach dem Ende des Kalten Krieges für das Wiederaufleben nationalistischer Strömungen und ethnischer Konflikte in Osteuropa hat. Er analysiert kulturelle und räumliche Vorstellungen globaler Akteure, wie sie sich auf den Websites multinationaler Konzerne und in Zeitschriften wie *Financial Times* oder *New York Times* finden. Im Mittelpunkt stehen die Konstruktion räumlicher, geokultureller Kategorien mit Blick auf Osteuropa, die Position Osteuropas in der gegenwärtigen Weltordnung und die soziokulturellen Grenzziehungen in dieser Region. Der Verfasser entwickelt die Vorstellung einer "Zivilisationsrutschbahn", auf der die reichen kapitalistischen Gesellschaften ganz oben stehen und die armen Agrargesellschaften ganz unten. Die Grenzziehungen auf dieser Rutschbahn sind jedoch relativ. So können sich Ungarn den Rumänen gegenüber überlegen fühlen, auch wenn ihr Land aus der Sicht "von oben" als minderwertig erscheint. Die Regeln dieses Diskurses setzt der Westen. (ICE)

[13-L] Schild, Georg:

Eine Verfassung für Europa, in: Michael Staack, Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Europa nach dem Irak-Krieg : Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 61-77, ISBN: 3-8329-0940-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005-3302)

INHALT: Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Vertiefung, politischer Erweiterung und mangelnder außen- und sicherheitspolitischer Kooperation innerhalb der Europäischen Union (EU) erörtert der Beitrag das Vorhaben der europäischen Verfassungsgebung. Dabei vertritt der Autor die These, dass die EU Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden ist. Ursprünglich von sechs Staaten als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Abwehr deutscher und sowjetischer Vorherrschaft gegründet, steht die Gemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges vor der Frage, wie Integration und Erweiterung gleichzeitig erfolgen können. Die EU hat diese

Frage bisher nicht zufrieden stellend beantwortet. Statt dessen hat sie sich von Entwicklungen treiben lassen und sich dem Vorhaben einer Verfassung nicht zugewendet, weil eine politische Entwicklung zu einem natürlichen Abschluss gekommen ist und durch die Verfassung gekrönt werden soll. Statt dessen hofft man, im Rahmen der Verfassungsverhandlungen eine Lösung weiterer ausstehender Probleme, namentlich der Abgrenzung der Kompetenzen von Nationalstaaten und Gemeinschaftsinstitutionen, erzwingen zu können. Dies ist angesichts der Größe der bevorstehenden Aufgaben jedoch eine riskante Strategie. Die Erläuterung dieser Position gliedert sich in drei Punkte: (1) konkurrierende Europavorstellungen, (2) der Verfassungsentwurf des Konvents vom Juni 2003 sowie (3) das Fehlen einer Vision beim Verfassungsprojekt. (ICG2)

[14-L] Siedschlag, Alexander:

Der Wandel der NATO - wissenschaftliche Prognosen und politische Realitäten, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.): Wissenschaft, Politik und Politikberatung : Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis, Frankfurt am Main: P. Lang, 2004, S. 91-11, ISBN: 3-631-52004-2 (Standort: UB Paderborn(466)-P31/OVE1761)

INHALT: "Der Beitrag des Autors beginnt mit der Feststellung, dass die politische Beratungskompetenz in der Politikwissenschaft im Allgemeinen im Abnehmen begriffen ist und dass dies auf dem Feld der Sicherheitspolitik umso schmerzlicher zu spüren ist, weil doch dort der Bedarf und das Interesse an politischer Analyse hoch ist. So betreibt die NATO selbst zwei wissenschaftliche Abteilungen und rekrutiert Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen für die von ihr zu besetzenden Stellen. Allerdings tendiert die Sicherheitspolitik selbst dazu, eine technische, auf zweckrationale Beratung hin ausgerichtete Kritik nachzufragen, die weder Ziele noch Entscheidungen angeben soll, sondern lediglich Informationen, die bei einer jeweils zur Beantwortung anstehenden thematischen Frage zu berücksichtigen sind. Auch geht es ihr um die Entwicklung von Szenarien dazu, welche Konsequenzen bei bestimmten Handlungen zu gewärtigen sind. Darauf möchte sich eine ganze Reihe von Politikwissenschaftlern indes nicht einlassen, und Siedschlag diagnostiziert in diesem Kontext auch eine quasi freiwillige Selbstbeschränkung der Politikwissenschaft auf die Funktion des Erklärens. Zudem sperren sich verschiedene theoretische Ansätze anders als die lobend erwähnte Konstellations- und Konfigurationsanalyse sozusagen apriori einer konsistenten und praxisrelevanten Bearbeitung spezifischer sicherheitspolitischer Fragestellungen. Dies legt Siedschlag anhand des Themenfeldes des Wandels der NATO dar. Dieser Umstand schlägt sich dann zwangsläufig in Fehlurteilen zur Veränderung der NATO und ihrer Osterweiterung nieder. Siedschlag endet mit einem Plädoyer für eine technische Kritik, denn nur so sind politikwissenschaftliche Analysen, Prognosen und Empfehlungen in die Praxis hinein transportierbar." (Autorenreferat)

[15-L] Sturm, Roland; Dieringer, Jürgen:

Theoretische Perspektiven der Europäisierung von Regionen im Ost-West Vergleich, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 21-35, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: "Im Vorfeld und im Kontext der Osterweiterung der Europäischen Union scheint sich eine doppelte Angleichung der subnationalen Strukturen in den alten und neuen EU-Mitgliedsländern zu vollziehen. Hier wie dort wächst das Gewicht von Regionen, und hier wie dort ist deren Gestalt und politische Rolle von Europäisierungseinflüssen mit-geprägt. Dies stellt die Forschung nicht nur die Frage der präziseren Erfassung des zu beobachtenden Phänomens, sondern auch vor das Problem, die gesellschaftliche Relevanz dieser Prozesse auch innerstaatlich zu bestimmen und ihre Vergleichbarkeit über die Trennlinie alte und neue Mitgliedstaaten hinweg zu untersuchen. Im Folgenden soll zunächst theoretisch-systematisch nach den Optionen von Regionen im Europäisierungsprozess gefragt werden. In einem zweiten Teil steht die Umsetzung der Europäisierung von Regionen in der Tagespolitik im Vordergrund, wozu theoretische Überlegungen zur Policy-Dimension der Regionalisierung und dem damit verbundenen Europäisierungspotential angestellt werden. Teil 3 macht anhand einiger weniger eklektischer Beispiele den unbefriedigenden Forschungsstand deutlich, für dessen Weiterentwicklung in Teil 4 Hinweise gegeben werden." (Textauszug)

[16-L] Winters, Jutta (Bearbeitung):

Die ersten 180 Tage der neuen EU: bisherige Erfahrungen, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen. (Reihe Wirtschaftspolitische Diskurse, Nr. 159), Bonn 2005, 86 S., ISBN: 3-89892-384-3 (Graue Literatur; URL: <http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/03177.pdf>)

INHALT: Am 1. Mai 2004 vergrößert sich die Europäische Union um zehn mittel- und osteuropäische Staaten auf insgesamt 25 Mitgliedsländer. Im Zuge der Erweiterung werden sie Teil des Binnenmarktes, auf dem die vier Freiheiten für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital - zum Teil eingeschränkt - gelten. 180 Tage nach dem historischen Schritt werden erste Tendenzen erkennbar, wie die Erweiterung gewirkt hat. So fällt die im ersten Schritt skizzierte politische Sicht Deutschlands und Polens auf die EU-25 positiv aus. Der zweite Schritt erläutert die Freiheit des Kapitalverkehrs in der erweiterten EU mit einem Blick nach Mittel- und Osteuropa unter besonderer Berücksichtigung von Polen, Tschechien und Ungarn. Der dritte Schritt betrachtet die neue Dienstleistungsfreiheit und die (beschränkte) Arbeitnehmerfreizügigkeit hinsichtlich der Folgen für die Arbeitsmärkte. Es zeigen sich wirtschaftliche Fortschritte, aber auch neue oder sich verschärfende Probleme und erste Ansätze zu ihrer Bewältigung. Manche vorherigen Befürchtungen stellen sich auch als unbegründet heraus. (ICG2)

[17-L] Zeddies, Götz:

Perspektiven der Gemeinschaftspolitiken in der erweiterten EU, (CeGE-Schriften, 10), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 382 S., ISBN: 3-631-53399-3

INHALT: Zeddies stellt sich zwei hypothetische Fragen: In welcher Weise könnte sich die Europäische Union nach der vollständig vollzogenen Osterweiterung auf 27 Mitgliedstaaten verändern? Welche Konsequenzen würden sich dadurch für die Ausgestaltung der EU-Politiken ergeben? Der Autor nimmt an, dass die politischen Interessen der Mitgliedstaaten in einer erweiterten Union immer vielfältiger werden, sodass möglicherweise andere Interessen dominieren und andere einflussreiche Ländergruppen existieren könnten als bisher. Im Rahmen seiner Untersuchung will er erfassen, welche Faktoren das Abstimmungsverhalten der Mitgliedstaaten im Entscheidungsprozess der EU beeinflussen. Auf dieser Grundlage versucht er, Rückschlüsse auf die Verlagerung der Interessen in einer erweiterten EU zu ziehen. Zunächst

betrachtet Zeddies den Entscheidungsprozess aus politikökonomischer Perspektive, zieht dann die Spieltheorie als Instrument zur Analyse politischer Entscheidungen heran, stellt ökonomische Aspekte der Osterweiterung dar und identifiziert schließlich Länder mit ähnlichen Interessen, um so mögliche Länderkoalitionen zu prognostizieren. Dabei konzentriert er sich auf ausgewählte Politikbereiche, wie die Sozial-, die Umwelt-, die Agrar- und die Handelspolitik. Zeddies empirische Analyse zeigt, dass sich in der erweiterten Europäischen Union verschiedene Ländergruppen mit relativ heterogenen politischen Interessen gegenüberstellen werden: 'In sämtlichen vier Politikbereichen bilden die nord- beziehungsweise die nord- und mitteleuropäischen Länder das eine und die osteuropäischen Länder das andere Extrem entlang der politischen Präferenzskala. Die südeuropäischen Länder (...) sind dagegen immer zwischen diesen beiden Gruppen angesiedelt und bilden das Bindeglied' (340). (ZPol, VS)

[18-L] Zellner, Wolfgang:

The changing political geography of Europe - a key challenge for the OSCE, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): *International security in a time of change: threats - concepts - institutions* : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 251-263, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Für eine relativ kleine internationale Organisation wie die OSZE mit relativ geringer institutioneller Autonomie, aber breitem Aufgabenspektrum, ist die Anpassungsfähigkeit an eine politisch gewandelte Umwelt ein besonders wichtiger Imperativ. Der Verfasser zeigt, welche neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen sich für die OSZE gegenwärtig in Europa stellen: schwache Staaten, Menschen- und Waffenschmuggel, transnationale Bedrohungen, Aufweichung der Grenzen zwischen militärischem, polizeilichem und zivilem Bereich. Schwerpunkte liegen in den östlichen Nachbarländern der EU, im Südkaukasus und in Zentralasien. Als die wichtigsten Kritikpunkte an der Arbeit der OSZE nennt der Verfasser: (1) Kritik an der geographischen Asymmetrie der OSZE-Missionen; (2) Kritik an der unausgewogenen Schwerpunktsetzung; (3) Kritik an der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Staaten. Der Verfasser empfiehlt, die Zusammenarbeit mit den Staaten, in denen OSZE-Missionen stattfinden, zu verbessern und das Element der politischen Führung zu stärken. Er schließt mit einem Zwölf-Punkte-Katalog von politischen Empfehlungen zur Arbeit der OSZE im Allgemeinen und in Bezug auf spezifische Regionen und Probleme im Besonderen. (ICE)

[19-L] Zuleeg, Manfred:

Die Umgestaltung der europäischen Verfassung, in: Gert Brüggemeier (Hrsg.): *Transnationalisierung des Rechts : eine Fachtagung aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des ZERP*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 13-32, ISBN: 3-8329-0661-4 (Standort: UB Hagen(708)-QNF/BRUE)

INHALT: Der Umstand, dass der Europäischen Union mitsamt ihren Gemeinschaften völkerrechtliche Verträge zugrunde liegen, schließt die Verabschiedung einer neuen Verfassung nicht aus. Nicht die Rechtsform, sondern der Inhalt ist entscheidend. Gegenwärtig befindet sich die EU in einer Phase des Umbruchs. Zum einen ist eine Erweiterung der Europäischen Union um zahlreiche Beitrittsstaaten im Gange. Zur Anpassung an diese Entwicklung hat der Gipfel in Nizza einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Das Europäische Parlament hat den

Entwurf einer Verfassung vorgelegt, die ein wesentlicher Schritt zu einer gesteigerten Integration gewesen wäre, wenn die Mitgliedstaaten das Verfassungswerk angenommen hätten. Das geschah (bisher) aber nicht. Der Beitrag zeigt, dass das Vorhaben einer neuen Verfassung für die Europäische Union mit vielen Risiken behaftet ist. Die Vorzüge der bestehenden Verfassung könnten Schaden leiden. Erfüllt der Konvent die Forderungen, die Kompetenzen der Union einzuschränken, wäre die europäische Integration in Gefahr. Die neue Verfassung sollte keine Gelegenheit bieten, die Integration zu verlangsamen oder gar Rückschritte zu machen. Die Chancen liegen in der Aufwertung des Parlaments, der Ausweitung der Verfassungsgrundsätze auf die Bereiche, die derzeit nicht den supranationalen Gemeinschaften unterstehen, und in einer Vereinfachung der Verfassung bzw. Verträge. (ICA2)

2 Allgemeine Aspekte der Transformation innerhalb der osteuropäischen Länder

[20-L] Bachmaier, Peter; Blehova, Beata (Hrsg.):

Der kulturelle Umbruch in Ostmitteleuropa: der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik Tschechiens, der Slowakei, Polens und Ungarns im Kontext der internationalen Beziehungen, (St. Pöltner Osteuropa Studien, Bd. 3), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 342 S., ISBN: 3-631-53011-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.10521)

INHALT: "Der Kommunismus deformierte in Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn die mitteleuropäische humanistische Kultur, wie sie insbesondere im Bildungswesen zum Ausdruck kam, indem er diese verstaatlichte, bürokratisierte, indoktrinierte und auf die Planwirtschaft ausrichtete. Der Einfluss des Westens, der seit dem Umbruch von 1989 und insbesondere seit dem Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union im Jahre 2004 dominierend wurde, führte unter dem Vorzeichen der Globalisierung einen Wertewandel herbei, der die kulturelle Krise aber bisher nicht lösen konnte. Eine kulturelle Erneuerung auf der Grundlage der Bildungstradition dieser Länder erweist sich zunehmend als eine notwendige Aufgabe der Zukunft. Der Sammelband enthält 17 vorwiegend politologische Analysen zu dieser Problematik, die sich auf Ostmitteleuropa vor allem in der Periode von 1989 bis 2005 beziehen. Die Beiträge gehen auf eine internationale Konferenz in St. Pölten zurück." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Peter Bachmaier: Der Wertewandel in Ostmitteleuropa (15-32); Wolfgang Mitter: Perspektiven der Bildungspolitik in den Staaten Ostmitteleuropas (33-52); Hubertus Dessloch: Die Erweiterung der Europäischen Union und der kulturelle Wandel (53-68); Helmut Fehr: Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa (69-92); Petr Fiala: Der Transformationsprozess in Tschechien (93-106); Ivo Bock: Die Kulturpolitik Tschechiens nach der Wende von 1989 (107-130); Bozena Himmel: Aspekte der bildungspolitischen Entwicklung in Tschechien (131-154); Beata Blehova: Die Kulturpolitik der Slowakei in der Zeit der 'Normalisierung' (155-178); Peter Mulík: Die geistig-kulturelle Entwicklung und die Kirche in der Slowakei (179-200); Ján Dudás: Deformationen des slowakischen Hochschulwesens (201-214); Thomas Mianowicz: Die 'Wende' von 1989 in Polen: Ursprung und historische Bedeutung (215-232); Inetta Nowosad: Die polnische Schule nach der Bildungsreform in der öffentlichen Meinung (233-248); Jerzy Przystawa/Ewa Chmielnicka: Die Entwicklung des Bildungswesens in Polen unter dem Einfluss der Europäischen Union (249-264); Magdolna Csath: Ungarn im Zeitalter der Wissensgesellschaft (265-278); László Tökéczki: Die Krise

der liberalen Bildungs- und Kulturpolitik in Ungarn (279-298); Gergely Rosta: Der Wertewandel in Ungarn seit der Wende von 1989 (299-314); Magdolna Rebay: Die Hochschulpolitik Ungarns (315-332).

[21-L] Bachmaier, Peter:

Der Wertewandel in Ostmitteleuropa: der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik im Kontext der internationalen Politik, 1989-2004, in: Peter Bachmaier, Beata Blehova (Hrsg.): Der kulturelle Umbruch in Ostmitteleuropa : der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik Tschechiens, der Slowakei, Polens und Ungarns im Kontext der internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 15-31, ISBN: 3-631-53011-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.10521)

INHALT: Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Mittel- und Osteuropa hat nicht nur zu einem Umbruch im politischen und wirtschaftlichen System, sondern auch im Bereich des Bildungswesens und der Kultur geführt. Die neue Oligarchie, die sich aus den ehemaligen Dissidenten und Teilen der alten Nomenklatur herausbildete, leitete eine Transformation des Bildungswesens ein, die in der ersten Phase aus einer Entstaatlichung und Entideologisierung bestand. Danach fanden eine Dezentralisierung der Bildungsverwaltung und eine Privatisierung staatlicher Schulen durch unterschiedliche Trägerschaften statt. Dieser bildungspolitische Paradigmenwechsel, der gleichzeitig mit der weltweiten Durchsetzung einer neoliberalen Bildungsideologie einher ging, brachte eine Pluralisierung der Bildungslandschaft und eine Stärkung der so genannten "Konsumentensouveränität" in diesen Staaten mit sich. Die Hoffnung, dass der Sturz des kommunistischen Regimes und die Transformation des Systems zu einer kulturellen und geistigen Erneuerung der Bildungsinhalte auf der Grundlage der traditionellen mitteleuropäischen Kultur führt, erfüllte sich nach Einschätzung des Autors jedoch nicht. (ICI2)

[22-F] Bancila, Ramona, M.A. (Bearbeitung):

Arbeitsbeziehungen und Rolle der Gewerkschaften in Ungarn und Rumänien

INHALT: Am Beispiel eines neuen mittelosteuropäischen EU-Mitgliedslandes (Ungarn) und eines Beitrittslandes (Rumänien) wird eine vergleichende Analyse der Arbeitsbeziehungen beider Länder durchgeführt. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, in historisch-genetischer und systematisch vergleichender Perspektive die Strukturentscheidungen und die Institutionensysteme beider Länder zu analysieren. Auf Grundlage einer umfassenden Dokumentenanalyse und der Ergebnisse der qualitativ-empirischen Untersuchung sollen die folgenden Leitfragen beantwortet werden: 1. Sind die zentralen Strukturentscheidungen Resultat einer für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen spezifischen innerpolitischen und gesellschaftlichen Kräftekonstellation? 2. Werden die betrieblichen und sozialen Schutzfunktionen der Gewerkschaften durch ihre tripartistische Einbindung geschwächt? 3. Spiel(t)en die spezifischen EU-Heranhaltungsstrategien und die Übernahme des EU-Besitzstandes eine erkennbare Rolle in der Entwicklung der grundlegenden Strukturen? Der schwerpunktmäßige Zugschnitt der empirisch-qualitativen bzw. explorativen Gewinnung von (Perzeptions-)Daten liegt im Bereich der national repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ungarn, Rumänien

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Fachhochschule Fulda, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Jean Monnet
Chair of European Integration (Marquardstr. 35, 36039 Fulda)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0911-5692711, e-mail: ramonabancila@yahoo.com)

[23-L] Brown, David J.; Earle, John S.; Gimpelson, Vladimir; Kapeliushnikov, Rostislav; Lehmann, Hartmut; Telegdy, Almos; Vantu, Irina; Visan, Ruxandra; Voicu, Alexandru:

Nonstandard forms and measures of employment and unemployment in transition: a comparative study of Estonia, Romania, and Russia, (Discussion Paper / Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH, No. 1961), Bonn 2006, 36 S. (Graue Literatur;

URL: <http://doku.iab.de/externe/2006/k060210f20.pdf>; <ftp://ftp.iza.org/dps/dp1961.pdf>)

INHALT: "Studies of transition economy labor markets have typically relied on standard, publicly available employment and unemployment statistics. This paper analyzes microdata on detailed labor force survey responses in Russia, Romania, and Estonia to measure nonstandard, boundary forms and alternative definitions of labor force status. Our estimates show that measured employment and unemployment rates are quite sensitive to definition, particularly in the treatment of household production (subsistence agriculture), unpaid family helpers, and discouraged workers; while the categories of part-time work and other forms of marginal attachment are still relatively unimportant. We find that tweaking the official definitions can produce alternative employment rates that are sharply higher in Russia but much lower in Romania and slightly lower in Estonia, and alternative unemployment rates that are sharply higher in Romania and moderately higher in Estonia and Russia." (author's abstract)

[24-L] Buhbe, Matthes; Kempe, Iris (Hrsg.):

Russia, the EU and the Baltic States: enhancing the potential for cooperation, (Conference "Russia and the EU - Baltic States. Enhancing the Potential for Cooperation", 2005, Tallinn), Moskau 2005, 32 S. (Graue Literatur; URL: http://www.cap.lmu.de/download/2006/2006_Russia-EU-Baltic.pdf)

INHALT: "The Baltic states and Russia are both working on a return to Europe. The Friedrich-Ebert Foundation Moscow, the Center for Applied Policy Research Munich, and the Centre for Russian Studies, Tallinn started a trilateral dialogue among Russia, the EU and the Baltic states dedicated to enhancing potential for co-operation. The first discussions were held on October 11, 2005 in Tallinn. The participants, policy planners, business representatives and think tank researchers from the Baltic states, the old and new EU member states, and Russia focused on the following agenda: 'Do we understand each other', 'Towards an EU Baltic Eastern Policy' and 'Policy Recommendations'. The goal was to fill in a strategic blank spot on the European map. With the overall goal of reducing a strategic blank spot on the European map of security and stability, the initiators of the dialogue decided to present the state of affairs and outcomes of the debate to broader public. The Baltic states are a particularly sensitive aspect for the enlarged European Union's Eastern policy, and they differ from the other new member states-first and foremost from Poland-in that they have been deploying less vigour in shaping relations towards their eastern neighbours, especially Russia. Coinciding with the Baltic states' almost non-existent Eastern policy, EU institutions and structures have concentrated much more on neglected problems and certain approaches to conflict resolution than on pushing new strategies for co-operation between Russia and the Baltic states." (excerpt). Con-

tents: Iris Kempe: Russia, the EU and the Baltic States. Filling in a strategic white spot on the European map (3-4); Fyodor Lukyanov: Russia and the Baltic states: a moratorium on the past? (5-7); Alexander Duleba: Towards a new Eastern policy of the European Union (8-12); Hanna Smith: Russia, the EU and the Baltic States. Enhancing the potential for cooperation (13-16); Raivo Vare: Towards an EU Baltic eastern policy - a sceptical viewpoint (17-22); Martin Kremer: Towards an EU Baltic eastern policy (23-28).

[25-L] Dimitrova, Daniela V.; Beilock, Richard:

Where freedom matters: internet adoption among the former socialist countries, in: Gazette : the international journal of mass communications studies, Vol. 67/2005, Nr. 2, S. 173-187 (Standort: USB Köln(38)-MAP00647; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://gaz.sagepub.com/cgi/reprint/67/2/173>)

INHALT: Ziel der Untersuchung war es, länderspezifische Unterschiede im Hinblick auf die Zahl der Internetanschlüsse zwischen den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas, der früheren Sowjetunion und der Mongolei herauszuarbeiten. Von besonderem Interesse war es, herauszufinden, ob es in einer Region, in der die Unterschiede des Pro-Kopf-Einkommens und der Infrastruktur nicht extrem sind, andere Faktoren gibt, die sich als dominante Determinanten herausstellen. Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse zeigen, dass die Offenheit einer Gesellschaft und kulturelle Faktoren, für die stellvertretend die Religion steht, eine wichtige Rolle spielen. Länder mit einem höheren Level an bürgerlichen Freiheiten und solche mit christlichen Mehrheitsbevölkerungen tendieren dazu, über mehr Internetanschlüsse zu verfügen. (UNübers.)

[26-L] Ederveen, Sjef; Thissen, Laura:

Can labour market institutions explain unemployment rates in new EU member states?, (ENEPRI working paper, No. 27), Brüssel 2004, 47 S., ISBN: 92-9079-504-2 (Graue Literatur; URL: <http://www.enepri.org/Publications/WP027.pdf>)

INHALT: "This study poses the question about whether labour market institutions can explain unemployment rates in the ten new European Union member states. In five out of the ten new member states, unemployment rates lie above the average in the 15 member states of the European Union (EU-15) that comprised the EU prior to May 2004. The study finds that labour market institutions in the acceding countries are less rigid than in the EU-15. Moreover, labour market institutions explain only a minor part of unemployment in the new EU member states. This does not mean that these countries have no labour market problems. Just as in the EU-15, a great deal of heterogeneity exists among the acceding countries. In some of them, labour market reforms could prove a key issue in improving employment performance. The main worry is the poor labour market performance in Poland and the Slovak Republic, where unemployment has risen to almost 20 percent. The main reasons for this growth are i) postponed restructuring in combination with tight monetary policy; ii) poor governance; and iii) an increasing labour force." (author's abstract)

[27-L] Enste, Dominik H.:

Schattenwirtschaft und Korruption in Mittel- und Osteuropa, in: IW-Trends : Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 31/2004, H. 1, S. 68-73 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: <http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends01-04-8.pdf>)

INHALT: "Die Schattenwirtschaft ist in Mittel- und Osteuropa mit im Durchschnitt 31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts größer als in der bisherigen Europäischen Union mit 18 Prozent. Allerdings zeigt sich in den meisten Ländern eine abnehmende Tendenz. Gründe für das abweichende Ausmaß der Schattenwirtschaft auch zwischen den Transformationsländern sind die Qualität der staatlichen Institutionen, die zwei Drittel der Differenzen erklären können, sowie Unterschiede bei dem Ausmaß an Korruption und dem Grad an ökonomischer Freiheit. Die vordringlichste Aufgabe ist die Bekämpfung der Korruption, die am besten durch mehr Transparenz und Liberalisierung erreicht werden kann." (Autorenreferat)

[28-L] Fehr, Helmut:

Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa: Konzepte und Handlungsstrategien im Vergleich, in: Peter Bachmaier, Beata Blehova (Hrsg.): Der kulturelle Umbruch in Ostmitteleuropa : der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik Tschechiens, der Slowakei, Polens und Ungarns im Kontext der internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 69-90, ISBN: 3-631-53011-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.10521)

INHALT: In Polen und der Tschechoslowakei verbanden sich in den späten 1970er Jahren Forderungen nach Einlösung der Menschenrechte mit universellen Grundannahmen einer Bürgergesellschaft, deren Strukturmerkmale in spontanen Mobilisierungsprozessen von 1980/81 und 1989 zum Ausdruck kamen. In diesen politischen Lernprozessen, die von Bürgerkomitees und Dissidenten gegen Eliten getragen wurden, erfolgte auch eine Wiederaneignung von kulturellen und geschichtlichen Grundlagen der zivilen Gesellschaft. Die Bewegungen für Demokratie und Bürgerrechte in den beiden Nachbargesellschaften sind - so lautet die zentrale These des Autors - nur vor diesem Hintergrund zu interpretieren. Er beschreibt im ersten Teil seines Beitrags das Jahr 1968 als einen historischen Wendepunkt im Verhältnis von Eliten und Intelligenz in beiden Gesellschaften. Er stellt anschließend einige politische Grundannahmen dar, die für die ostmitteleuropäische Perspektive der Zivilgesellschaft vor 1989 grundlegend waren, z.B. Subjekthaftigkeit der Gesellschaft, Selbstorganisation sowie Menschen- und Bürgerrechte. Im zweiten Teil untersucht der Autor die Entwicklungsprobleme nach 1989, die mit der Umsetzung zivilgesellschaftlicher Verfahrensregeln im Transformationsprozess auftraten. Im dritten Teil geht er näher auf neu entstehende kulturelle und politische Potentiale für eine Bürgerkultur in Polen und der Tschechischen Republik ein, die sich in den vergangenen Jahren herausgebildet haben. (ICI2)

[29-F] Fuchs, Dieter, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Die Entwicklung der Demokratien in Mittel- und Osteuropa

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Mittel- und Osteuropa

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. II Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung (Breit-scheidstr. 2, 70174 Stuttgart)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0711-685-83431, Fax: 0711-685-83432, e-mail: dieter.fuchs@sowi.uni-stuttgart.de)

[30-L] Gabrisch, Hubert; Buscher, Herbert:

The unemployment-growth relationship in transition countries, (Diskussionspapiere / Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 05/2005), Halle 2005, 26 S. (Graue Literatur;

URL: <http://doku.iab.de/externe/2005/k051230f12.pdf>)

INHALT: "Does the disappointingly high unemployment in Central and East European countries reflect non-completed adjustment to institutional shocks from transition to a market economy, or is it the result of high labour market rigidities, or rather a syndrome of too weak aggregate demand and output? In the case of transitional causes, unemployment is expected to decline over time. Otherwise, it would pose a challenge to the European Union, particular in case of accession countries, for it jeopardizes the ambitious integration plans of, and may trigger excessive migration to the Union. In order to find out which hypothesis holds 15 years after transition has started, we analyze the unemployment-growth dynamics in the eight new member countries from Central-Eastern Europe. The study is based on country and panel regressions with instrument variables (TSLS). The results suggest to declare the transition of labour markets as completed; unemployment responds to output and not to a changing institutional environment for job creation. The regression coefficients report a high trend rate of productivity and a high unemployment intensity of output growth since 1998. The conclusion is that labour market rigidities do not to play an important role in explaining high unemployment rates. Rather, GDP growth is dominated by productivity progress, while the employment relevant component of aggregate demand is too low to reduce substantially the high level of unemployment." (author's abstract)

[31-L] Germann, Wilhelm N.; Karkoszka, Andrzej (Hrsg.):

Security sector reform in Central and Eastern Europe: difficult paths towards success, (BICC Schriften zur Abrüstung und Konversion, 10), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 340 S., ISBN: 3-8329-1158-8

INHALT: Im Rahmen des Konzepts der Security Sector Reform (SSR) wird in elf Länderstudien untersucht, in welchem Umfang bisher eine für jeden Bürger gleichermaßen geltende öffentliche Sicherheit hergestellt wurde. Diese Studien schließen an die bisherigen Analysen einer Arbeitsgruppe an, die 2001 im Genfer Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) gegründet wurde. Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass das Maß der Durchsetzung von öffentlicher Sicherheit ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung von Transformationsprozessen ist. Denn ohne diese Sicherheit könne keine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden, schreiben die Herausgeber. In den Beiträgen geht es insgesamt nicht um eine abschließende Antwort auf die Frage, ob die diesbezüglichen Transformationsprozesse erfolgreich verlaufen, sondern auch um die Erarbeitung allgemeiner Kriterien für eine Beurteilung dieser Prozesse. Dabei zeigt sich, dass vor allem die Anforderungen von EU, NATO, OECD u. ä., in die sich die osteuropäischen Länder integrieren oder mit denen sie zusammenarbeiten

wollen, maßgeblich für die Entwicklung sind. Aus dem Inhaltsverzeichnis: National Efforts and Lessons learnt Jan Jires: Czech Republic: lessons from the break-up of a federation (13-54); Zoltan Martinusz: Hungary: reform under a strong parliament (55-83); Andrzej Karoszka: Poland: the challenge of overcoming the cohabitation hurdle (85-113); Robertas Sapronas: Lithuania: building from scratch in the Baltic setting (115-127); Ljubica Jelusic: Slovenia: reform in the vicinity of conflict (129-144); Valeri Ratchev: Bulgaria: towards delayed success (145-179); Mihaela Matei: Romania: progress despite hard legacies (181-207); Leonid Polyakov: Ukraine: transformation between strain and uncertainty (209-229); David Darchiashvili: Georgia: achievements and failures in an insecure environment (231-251); Ognjen Pribicevic: Serbia and Montenegro: transforming the security sector under particular post-conflict conditions (253-272); Yuri E. Fedorov: Russia: non-transformation of authoritarian legacies in a quasi-liberal state (273-296); The problem of evaluating success Wilhelm N. Germann / Malcom Chalmers: Methodological aspects of evaluating success (299-308); Silvia Hyka: Assisting political evaluation: an illustrative selection of frameworks and tools (309-323); Sebestyen Gorka: Security sector reform: Suggestion of a 'minimum criteria' approach (325-330). (ZPol, VS)

[32-L] Gorzka, Gabriele (Hrsg.):

Transformation der Wissenschaften in Mittel- und Osteuropa: Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechien, Ungarn, (Ost-West-Dialog, Bd. 6), Kassel: Kassel Univ. Press 2003, 222 S., ISBN: 3-89958-011-7

INHALT: "Die Wissenschaftslandschaft in Mittelost- und Osteuropa ist seit Ende der 80er Jahre einem enormen Transformations- und Erneuerungsprozess unterworfen. Alle Länder haben die Ziele und Werte von Bildung und Wissenschaft neu definiert und die Strukturen in Forschung und Lehre entsprechend reformiert. Demokratisierung, Meinungspluralismus, marktwirtschaftliche Orientierung bzw. Ausrichtung der Hochschulausbildung und Wissenschaft auf den gesellschaftlichen Bedarf an Akademikern und wissenschaftlicher Expertise in der jeweiligen Volkswirtschaft bestimmen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme die Neuausrichtung in der Wissenschaft. In der Hochschul- und Forschungspolitik wurden neue Leitlinien gesetzt: die Orientierung an westlichen Standards und die Schaffung von gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Integration in die internationale scientific community. Diese allgemeinen Trends zu beleuchten, aber auch die länderspezifischen Unterschiede herauszuarbeiten, ist Ziel des hier vorgelegten Sammelbandes. Für die mittelosteuropäischen Länder Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Rumänien bzw. Russland als osteuropäisches Land werden die Reformschritte und Innovationen in der Wissenschaft und die Wege und Erfolge der internationalen Integration nachgezeichnet. Die Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge beschreiben und interpretieren die jeweilige Länderentwicklung aus der Perspektive der wissenschaftlichen Praxiserfahrung bzw. der Perspektive externer Beobachtung und Analyse." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Meinolf Bickmann: 10 Jahre Transformation und Innovation in der Wissenschaftslandschaft Polens - Aussichten und Trends (9-46); Thomas von Ahn, Holger Fischer: Systemwechsel und Entwicklung der Wissenschaftslandschaft in Ungarn 1989/90 - 2002 (47-122); Magdalena Piscová: Wissenschaft und Forschung in der Slowakei nach 1989 (123-132); Gabriele Gorzka, Isabella Raszczyk: Transformation von Wissenschaft und Forschung in Tschechien seit 1989 (133-156); Robert D. Reisz: Hochschulbildung in Rumänien nach 1990 (157-192); Manfred

Füllsack: Ab-, Um- oder Aufbruch? Die Transformation der Wissenschaften in Russland (193-221).

[33-L] Ismayr, Wolfgang (Hrsg.):

Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen: Leske u. Budrich 2004, 966 S., ISBN: 3-8100-4053-3 (Standort: USB Köln(38)-30A8626)

INHALT: "Der vorliegende Band enthält systematische Darstellungen aller politischen Systeme Osteuropas. In dieser Darstellung finden sich neben den Staaten Mittel- und Osteuropas auch die Länder Südosteuropas, die Türkei und die Mittelmeerinsel Zypern vertreten. Die Beiträge sind regional angeordnet und behandeln folgende Themen: Staatsbildung und Systemtransformation; Verfassungsentwicklung und -prinzipien; Staatspräsident, Regierung und Verwaltung; Parlament, Gesetzgebungsprozess; Wahlsystem und Wählerverhalten; Parteiensystem und innerparteiliche Willensbildung; Interessenvermittlung und Verbandswesen; Massenmedien; politische Kultur und Partizipation; Rechtssystem und Verfassungsgerichtsbarkeit; Regional- und Kommunalpolitik; Internationale Beziehungen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich (9-69); Mikko Lagerpetz / Konrad Maier: Das politische System Estlands (71-110); Thomas Schmidt: Das politische System Lettlands (111-151); Joachim Tauber: Das politische System Litauens (153-188); Klaus Ziemer / Claudia-Yvette Matthes: Das politische System Polens (189-246); Karel Vodicka: Das politische System Tschechiens (247-284); Rüdiger Kipke: Das politische System der Slowakei (285-321); Andras Körösenyi, Gabor G. Fodor: Das politische System Ungarns (323-372); Margareta Mommsen: Das politische System Russlands (373-427); Silvia von Steinsdorff: Das politische System Weißrusslands (Belarus) (429-467); Ellen Bos: Das politische System der Ukraine (469-514); Klemens Büscher: Das politische System Moldovas (515-552); Anneli Ute Gabanyi: Das politische System Rumäniens (553-592); Sabine Riedel: Das politische System Bulgariens (593-636); Igor Luksic: Das politische System Sloweniens (637-675); Nenad Zakosek: Das politische System Kroatiens (677-726); Dusan Reljic: Das politische System Jugoslawiens (727-738); Wolf Oschlies: Das politische System Bosnien-Herzegovinas (739-768); Heinz Willemsen: Das politische System Makedoniens (769-804); Michael Schmidt-Neke: Das politische System Albaniens (805-845); Christian Rumpf / Udo Steinbach: Das politische System der Türkei (847-886); Peter A. Zervakis: Das politische System Zyperns (887-942).

[34-F] Krasnodebski, Zdzislaw, Prof.Dr.; Gattig, Alexander, Dr.; Maatsch, Sönke; Packham, Kathrin; Evas, Tatjana; Rakusanova, Petra; Vedder, Anja; Wyrozumska, Aleksandra, M.A.; Lysiak, Gisela; Morata, Francesco, Prof.Dr.; Fossum, John Erik, Ph.D.; Mansfeldová, Zdenka, Ph.D. (Bearbeitung); Liebert, Ulrike, Prof.Dr. (Leitung):

Bürgerschaft und Verfassungsprozess: zur Transformation politischer Öffentlichkeit in der Integration Ost- und Westeuropas

INHALT: Dieses Projekt soll einen wichtigen und innovativen Beitrag zum sozial- und kulturwissenschaftlichen sowie praktischen Wissensstand über Transformationen im Integrationsprozess leisten, welche infolge des Beitritts von acht osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union zu beobachten sind. Der Hintergrund des Vorhabens liegt in jüngeren, paradoxen Entwicklungen der Europäischen Union. Mit der Einführung der "Unionsbürgerschaft" im

Maastrichter Vertrag von 1992 begann ihr Versuch, im Verhältnis zu den Bürger/innen von seinerzeit zwölf Mitgliedsstaaten an direkter Legitimation zu gewinnen. Der zwölf Jahre später vom Konvent und der Regierungskonferenz für die EU-25 vorgelegte Verfassungsvertrag konstituiert eine Union der Bürger und Staaten. Der Ausgang dieses historisch beispiellosen, transnationalen Verfassungsexperiments - einer Vertiefung trotz Erweiterung der Union, einer demokratisch legitimierbaren Konstitutionalisierung trotz der sich vervielfältigenden Identitäten, Staatstraditionen und Bürgerschaftsnormen - ist offen. Öffentliche Kontroversen zwischen "neuem" und "altem" Europa - in der Frage des Irak-Krieges, des Gottesbezugs in der Verfassung, zur Machtverteilung im Rat oder den Begrenzungen der Freizügigkeit - politisieren bewährte Formen funktionaler Integration und stellen die Verfassungsfähigkeit des erweiterten Europa auf die Probe. Über Erfolg oder Misserfolg dieses Verfassungsexperiments werden letztlich die Bürger/innen der Mitgliedsstaaten befinden - sei es indirekt, über ihre nationalen parlamentarischen Repräsentanten, oder direkt, in Volksabstimmungen. Von konstitutiver Bedeutung für das Ergebnis der Verfassungsratifikationen ist, ob und wie weit sich im Verfassungsprozess sowie im Medium (trans-)nationaler Öffentlichkeiten - nationalstaatlich definierte bürgerschaftliche Identitäten und Praxen verfestigen, europäisch erweitern oder gar transformieren. Internationale des Projektes: Univ. Autonoma de Barcelona, Institut Universitari d'Estudis Europeus; Jagiellonian Univ. Krakau; Univ. of Oslo, Arena, Centre for European Studies; Czech Academy of Sciences, Institute of Sociology, Prag. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Ost- und Westeuropa, insb. Tschechische Republik, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Litauen, Polen, Spanien

METHODE: Als Beitrag zu einer im Lichte der Bürgerschafts- und Öffentlichkeitsforschung zu revidierenden transnationalen Integrationstheorie ist eine ost-/ westeuropäisch vergleichende empirische Studie zur BRD sowie zu Dänemark, Lettland, Polen, Spanien, Tschechien und dem Vereinigten Königreich im Zeitraum 2002-5 geplant. Diese umfasst drei Abschnitte: I. Die Rekonstruktion öffentlicher Verfassungs(legitimitäts)-Diskurse in den folgenden Arenen: a) institutionalisierten, deliberativen Öffentlichkeiten (Verfassungskonvent; Europäisches Parlament; nationale Parlamente und Parteien); b) sektoralen Teilöffentlichkeiten, am Beispiel wirtschafts- und kulturpolitischer Journale, kirchlicher und Frauenzeitschriften, interaktiver Medien; c) Massenmedien. II. Die Erforschung subjektiver Reflexions- und Verhaltensmuster des Laienpublikums im Verfassungsratifikationsprozess, unter dem Gesichtspunkt seiner Bürgerschaftsidentitäten: Als Erklärungshypothesen werden die Strukturen von Öffentlichkeit, insbesondere Transmissions- und Übersetzungsfunktionen/ -defizite von Parteien und Medien überprüft. III. Identifikation der Transformationen von Bürgerschaft in Europa, im Zusammenhang mit längerfristig wirksamen, institutionell begründeten Divergenzen und Konvergenzen von Öffentlichkeit: Lassen sich Trends zu gesamteuropäischen Mustern feststellen? Wie weit reproduzieren sich alte Trennungslinien zwischen Ost und West? Welche Mechanismen befördern nationale Eigensinnigkeiten und Fragmentierungen, und welche die transnationale Vernetzung der Meinungs- und Willensbildungskreisläufe von Eliten und Bürgerschaft? Welcher Übersetzungsmechanismen bedarf es, um verfassungspolitische Normen und bürgerschaftliche Praxen im Medium europäischer Öffentlichkeit legitimitätswirksam zu vermitteln?

VERÖFFENTLICHUNGEN: Liebert, U.; Falke, J.; Maurer, A. (eds.): Postnational constitutionalisation in the new Europe. Publication series of the Centre for European Law Politics, University of Bremen, Vol. 46. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006. ISBN 3-8329-1678-4. +++Liebert, U.; Falke, J.; Packham, K.; Allnoch, D. (Hrsg.): Verfassungsexperiment. Europa auf dem Weg zur transnationalen Demokratie? Reihe Europäisierung - Beiträge zur transnati-

onalen und transkulturellen Europadebatte, Bd. 1. Münster: Lit Verl. 2003. ISBN 3-8258-7102-9.

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-04 *ENDE:* 2008-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Universität Bremen, Jean Monnet Centre for European Studies -CEuS- (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0421-218-9033 o. -9037, Fax: 0421-218-9143, e-mail: liebert@uni-bremen.de)

[35-L] Nospickel, Claudia:

Armut und soziale Ausgrenzung in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten im Kontext der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung, in: Alexandra Baum-Ceising, Anne Faber (Hrsg.): *Soziales Europa? : Perspektiven des Wohlfahrtsstaates im Kontext von Europäisierung und Globalisierung ; Festschrift für Klaus Busch*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 95-114, ISBN: 3-531-14644-0

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, in wie weit sich die länderspezifisch unterschiedliche Ausgangslage in den neuen Mitgliedstaaten mit den auf EU-Ebene entwickelten Definitionen und Indikatoren erfassen lässt. Die Armutsdefinitionen in den alten und den neuen Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Dies gilt auch für ihre Auswirkungen auf Strategien der Armutsbekämpfung. Die aktuellen Armutsdefinitionen und Lösungsvorschläge der EU in Gestalt der Laeken-Indikatoren und ihrer sozialpolitischen Umsetzung sind für die neuen Mitgliedstaaten unzureichend. Es gilt, einen multidimensionalen Ansatz zu entwickeln, der neben dem Beschäftigungssektor auch das niedrige Lohn- und Gehaltsniveau, das Ausmaß der Schattenwirtschaft, das Phänomen der ländlichen Armut und die Langzeitarbeitslosigkeit berücksichtigt. (ICE2)

[36-L] Reisz, Robert D.; Stock, Manfred:

Zwischen Expansion und Kontraktion: zur Entwicklung der Hochschulbildung in Osteuropa 1950-2000, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Bd. 16/2006, H. 1, S. 77-93 (Standort: USB Köln(38)-XG07112; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Komparative Forschungen der Bildungssoziologie, die in der Perspektive des neoinstitutionalistischen 'world polity'-Ansatzes unternommen werden, sprechen der Expansion der Schulen und Hochschulen einen universellen Charakter zu. Vor dem Hintergrund dieser Forschungen wird im Beitrag die Hochschulentwicklung in West- und Osteuropa im Zeitraum von 1950 bis 2000 verglichen. Es wird gezeigt, dass sich die osteuropäischen Länder durch ein spezifisches Profil der Inklusion ins Hochschulsystem auszeichnen, welches vom globalen Muster abweicht. Expansive Phasen stehen hier neben kontraktiven Phasen. Während der Zeit des Staatssozialismus wurde die Entwicklung der Hochschulen an politischen Programmen auszurichten versucht. In diesen Programmen verschafften sich unterschiedliche und auch gegensätzliche normative Erwartungssyndrome Ausdruck. Zwischen den politischen Vertretern dieser gegensätzlichen Orientierungen kam es zu Konflikten, die in allen sozialistischen Ländern zum Abbruch der Hochschulexpansion führten. Im Zuge der postsozialistischen Transformation nähert sich der Expansionsverlauf in Osteuropa dem im Westen an." (Autorenreferat)

[37-L] Schnepf, Sylke Viola:

Gender equality in Central and Eastern Europe: a comparison of labour market attitudes, educational achievement and poverty between east and west, Hamburg 2005, VIII, 222 S. (Graue Literatur; URL: http://www.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2005/2657/pdf/Schnepf_GenderEqualityCEEC.pdf; http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977183459&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=977183459.pdf)

INHALT: "Die Systemtransformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa hat zu einem dramatischen Fall des BSP und einem erheblichen Anstieg von Armut und Einkommensungleichheit geführt. Ein großer Teil der Literatur vertritt die Auffassung, dass die Bürden der Systemtransformation nicht gleichmäßig verteilt worden sind und damit Frauen einen größeren Teil der Kosten des Transformationsprozesses zu tragen hatten. Das Ziel dieser Doktorarbeit ist es, den heutigen Stand von 'gender equality' in Transformationsländern in drei Bereichen, welchen für das 'economic empowerment' von Frauen eine wesentliche Bedeutung zukommt, zu bewerten: Arbeitsmarkt, Bildung und Armut. Große und komplexe Datensätze zu Einstellungen und Urteilen der Bevölkerung sowohl über die 'Bildungsqualität' von Schülern in Transformationsländern werden mit unterschiedlichen statistischen Methoden untersucht, um eine Vielzahl von Aspekten und Determinanten von 'gender inequality' zu analysieren. Mitgliedsländer der OECD (vor dem Jahre 1990) dienen als Kontrollgruppe, um die Resultate von Transformationsländern zu bewerten. Der 'value added' dieser Studie ist die Verwendung von umfangreichen neuen Datensätzen sowie alternativen Indikatoren zur Messung von 'gender inequality', die Ergebnisse ökonomischer Indikatoren, welche normalerweise für die Analyse von 'gender inequality' angewandt werden, wesentlich ergänzen. Die Verwendung dieser Indikatoren führt zu wichtigen neuen Resultaten bezüglich verschiedener Aspekte von 'gender inequality' in Transformationsländern. Weiterhin wird hinterfragt, inwieweit bisher diskutierte Ergebnisse von der Wahl der verwendeten Indikatoren abhängig waren. Zum Beispiel ist ein Resultat dieser Studie, dass die Bevölkerung in Transformationsländern relativ homogen der traditionellen Aufteilung der Arbeit nach den Geschlechtern zustimmt und sich daher wesentlich von der Bevölkerung in OECD-Ländern unterscheidet, die größtenteils der Partizipation von Frauen im Arbeitsmarkt positiv gegenübersteht. Die in dieser Studie gefundenen großen Unterschiede zwischen Ost und West in den Einstellungen zu der Arbeit von Frauen stehen im Gegensatz zu Resultaten, die aus der Analyse ökonomischer Indikatoren folgen und darauf hinweisen, dass Transformationsländer gleich hohe Standards von 'gender equality' erreichen wie OECD-Länder. Daten über Bildungsabschlüsse, die normalerweise für die Bewertung von 'gender inequality' im Bildungssektor verwendet werden, zeigen, dass 'gender equality' in Transformationsländern erreicht wurde. Im Gegensatz dazu stehen die Resultate dieser Studie, die mit dem Indikator "Bildungsqualität" darauf hinweisen, dass Schüler und nicht Schülerinnen einen wesentlichen Nachteil bezüglich ihrer Leistungen erfahren. Diese Ungleichheiten sind größer in Transformations- als in OECD-Ländern. Bezüglich der 'feminisation of poverty' zeigen die Daten über 'subjective well-being', dass Frauen in Transformationsländern schlechter gestellt sind als Männer und dass diese Ungleichheit größer im Osten als im Westen ist. Im Gegensatz zu der generellen Auffassung, dass mehr Frauen als Männer während des Transformationsprozesses in Armut gefallen sind, zeigt der 'economic well-being'-Indikator, dass dieses Muster von Ungleichheit schon vor der Transformation bestanden hatte." (Autorenreferat)

[38-L] Schroeder, Wolfgang:

Change and continuity of industrial relations in Central and Eastern Europe, in: Maurizio Bach, Christian Lahusen, Georg Vobruba (Eds.): Europe in motion : social dynamics and political institutions in an enlarging Europe, Berlin: Ed. Sigma, 2006, S. 97-117, ISBN: 3-89404-536-1 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. für Sozialwiss.(6A)-MK5100/564)

INHALT: Obgleich der Gesamtprozess der europäischen Integration in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich beschleunigt worden ist, bleiben erhebliche Differenzen bei den institutionellen Strukturen der industriellen Beziehungen. Diese haben sich unter spezifischen nationalen, regionalen und lokalen Bedingungen entwickelt und es ist daher ein Pfad zur Konvergenz kaum auszumachen. Weiterhin ist es wenig überraschend, dass sich auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach dem Ende des Kommunismus und nach der Osterweiterung von 2004 die unterschiedlichsten arbeitspolitischen Systeme und Formen des kollektiven Verhandeln entwickelt haben. Der vorliegende Beitrag arbeitet heraus, dass dieser Pluralismus in den postkommunistischen Ländern weiterhin durch Globalisierung und die Integration in den Weltmarkt beschleunigt wird. Die Entwicklung geht von einer moderaten Transformationsphase der sozialistischen Arbeitsbeziehungen über zum "freien Spiel der Kräfte" der Marktgemeinschaft, einem "free collective bargaining" der industriellen Beziehungen und den damit verbundenen deregulierten Arbeitsbeziehungen. (ICA)

[39-L] Schubert, Marlene:

Reformen der Alterssicherung in Mittel- und Osteuropa: Erklärungsgrößen für Reformentscheidungen, Berlin: Logos-Verl. 2005, 271 S., ISBN: 3-8325-1021-4

INHALT: "Die Reformen der Alterssicherungssysteme in Mittel- und Osteuropa finden international viel Beachtung. Der Hauptfokus liegt hierbei auf jenen Ländern, die ihre umlagefinanzierten Systeme aus sozialistischer Zeit durch obligatorische kapitalfundierte Versicherungen teils substituiert haben. Diese Reformen unterscheiden sich jedoch zum einen in der Radikalität der ihnen zugrunde liegenden Konzepte. Zum anderen haben einige Länder der Region ihre umfassenden umlagefinanzierten Systeme beibehalten. Die vorliegende Studie versucht, für acht Länder Mittel- und Osteuropas die Reformentscheidungen im Bereich der Alterssicherung systematisch zu erklären. Hierzu werden mögliche Einflussgrößen aus den Theorien der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung abgeleitet. Entsprechend wird überprüft, welchen Einfluss die ökonomische Ausgangslage in den Ländern, spezifische Größen der Finanzierung von Alterssicherung, organisierte Interessengruppen, wie Gewerkschaften, die politische Orientierung von Regierungsparteien, Veto-Spieler im Institutionengefüge der Länder sowie Akteure und Faktoren auf internationaler Ebene auf die Reformentscheidungen hatten. Im Ergebnis werden schließlich drei Ländertypen unterschieden, die jeweils spezifische Ausprägungen bestimmter Erklärungsgrößen aufweisen." (Autorenreferat)

[40-F] Tiemann, Guido, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Pollack, Detlef, Prof.Dr. (Betreuung):

Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa

INHALT: Das Projekt beschäftigt sich mit den Effekten von Wahlsystemen auf Parteiensysteme und die Qualität politischer Repräsentation in elf osteuropäischen Vergleichsstaaten (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, der Slowakei, der Tschechischen

Republik, der Ukraine und Ungarn). Dabei ist die leitende These, dass Wahlsysteme, im Kontext des osteuropäischen Systemwechsels, nicht die in theoretischer Perspektive erwarteten und in etablierten Demokratien beobachteten politischen Konsequenzen erzeugen. Insbesondere kaum institutionalisierte Parteiensysteme und der volatile Kontext politischer Konkurrenz entziehen Wählern und Parteieliten diejenigen Informationen, die für abgestimmtes strategisches Handeln von Wählern und von Parteieliten notwendig sind. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine

VERÖFFENTLICHUNGEN: Tiemann, Guido: Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentation in Osteuropa. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006. ISBN 3-531-15005-7.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN*: 2003-01 *ENDE*: 2005-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Europa-Fellowship

INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine BWL, insb. betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung (Postfach 1768, 15207 Frankfurt an der Oder)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0335-5534-16467, e-mail: tiemann@euv-frankfurt-o.de)

[41-F] Universität Konstanz:

(Re-)establishing local government in Central and Eastern Europe: the impact of legacies

INHALT: In many Central and Eastern European countries the reform of local government was one of the first wide-reaching institutional changes that paved the way for democracy after the fall of communism. Handling under severe time constraint and under the conditions of uncertainty, the architects of local government draw inspiration from other countries as well as from the past of their own country. Thereby, we can observe significant differences between the Central and Eastern European countries as to what extent they have emulated models from abroad or from their own past. This project explores the different paths of local government reforms in Estonia, the Czech Republic and Hungary. It tries to explain the outcomes of the reforms combining insights from the transformation research and studies on policy transfer and diffusion. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Central and Eastern Europe, especially Czech Republic, Hungary, Estonia

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Policy Forschung und Verwaltungswissenschaft (D 91, 78457 Konstanz)

[42-F] Universität Konstanz:

Vergleichende Bildungspolitik in Mittel- und Osteuropa: Konvergenz oder Divergenz?

INHALT: Das Forschungsvorhaben befasst sich mit den gegenwärtigen Reformprozessen im Hochschulwesen der Länder Mittel- und Osteuropas. Sowohl in Westeuropa als auch in den post-kommunistischen Staaten unterliegen die Strukturen und Organisations- und Steuerungsformen des Hochschulwesens nicht zuletzt infolge des 1999 initiierten Bologna-Prozesses weit reichenden Wandlungsprozessen. Ausgehend von diesen Forschungsdefiziten wird ein theoretischer Rahmen entwickelt, der von den folgenden Forschungsfragen geleitet ist: Wie

hat sich die Hochschulpolitik in den Ländern Mittel- und Osteuropas seit 1989 entwickelt? In welchem Umfang lässt sich hierbei eine Konvergenz der Hochschulpolitiken beobachten? Steuern die mittel- und osteuropäischen Länder auf ein gemeinsames Hochschulmodell zu, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Staat und Universität? Welche externen (Grad an internationaler Vernetzung, Nachahmung von dominanten Policy-Modellen) und internen Faktoren (insbesondere vorkommunistische und kommunistische Legacies) beeinflussen den Entwicklungspfad? Für die empirische Untersuchung werden vier mittel- bzw. osteuropäische Staaten analysiert - Polen, die Tschechische Republik, Bulgarien, Rumänien - die sich im Hinblick auf die jeweiligen nationalen Faktorenkonstellation (vorkommunistisches Modell, kommunistische Steuerungsform, Entwicklungspfad nach 1989) deutlich unterscheiden. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Mittel- und Osteuropa, insb. Polen, die Tschechische Republik, Bulgarien, Rumänien

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Policy Forschung und Verwaltungswissenschaft (D 91, 78457 Konstanz)

[43-L] Zagorovskaya, Olga:

Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich,

(SCHIFF-texte, Nr. 79), Kiel 2005, 35 S. (Graue Literatur; URL: [http://www.schiff.uni-kiel.de/pdf_files/079\(Zagorovskaya\).pdf](http://www.schiff.uni-kiel.de/pdf_files/079(Zagorovskaya).pdf))

INHALT: "Der Beitrag zeigt anhand eines Vergleiches von Belarus und Polen, welche Faktoren für einen erfolgreichen Reformprozess von Bedeutung sind und warum infolgedessen einige Transformationsländer trotz weitgehend ähnlicher Ausgangsbedingungen wesentlich erfolgreicher diesen Prozess meistern als andere. Vier Faktoren erweisen sich als relevant: nationale Identität, Elitenwechsel, marktwirtschaftliche Mentalität sowie internationale Verflechtung." (Autorenreferat)

3 Russland / Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

3.1 Internationale Beziehungen

[44-L] Adomeit, Hannes; Lindner, Rainer:

Die "Gemeinsamen Räume" Russlands und der EU: Wunschbild oder Wirklichkeit?, (SWP-Studie, S 34), Berlin 2005, 25 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1471)

INHALT: "Auf ihrer Gipfelkonferenz im Mai 2005 in Moskau haben sich die Europäische Union (EU) und Russland auf die Schaffung von vier 'Gemeinsamen Räumen' geeinigt: Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung und Bildung sowie kulturelle Aspekte. 'Wegekarten' sollen dazu dienen, die Räume zu schaffen. Aber schon im Zusammenhang mit dem Londoner EU-Russland-Gipfel Anfang Oktober 2005 wurde die Unzulänglichkeit des Moskauer Dokuments deutlich. Die Routenpläne enthalten zwar eine Vielzahl

konkreter Zielsetzungen und möglicher spezifischer Maßnahmen. Entgegen dem äußeren Anschein reichen sie jedoch als Hilfsmittel nicht aus, um die gemeinsamen Räume zu gestalten. Vor allem fehlt darin noch eine langfristige Strategie zur Bestimmung der Beziehungen. Die 'Gemeinsamen Räume' und die Wegekarten dorthin sind darüber hinaus völkerrechtlich verbindlich. Ein Zeitplan zur Umsetzung der Vorhaben wurde den Wegekarten nicht beigelegt. Trotzdem könnte das Dokument praktische Bedeutung erlangen, denn es enthält - allen Auffassungsunterschieden und divergierenden Wertevorstellungen zum Trotz - einen umfangreichen Katalog konkreter zu lösender Aufgaben. Sollte der politische Wille dazu vorhanden sein, könnten die jeweiligen Verwaltungen damit beauftragt werden, diesen Katalog abzuarbeiten. EU und deutsche Politik sollte sich allerdings nicht in einer Politik kleiner Schritte verlieren, sondern unbeirrt am Ziel einer Transformation Russlands festhalten. Russischen Forderungen nach einem Assoziierungsvertrag und neuen institutionellen Regelungen sollte nur dann stattgegeben werden, wenn dieses Ziel dabei berücksichtigt würde." (Autorenreferat)

[45-L] Alizada, Sevinj:

Die Europäische Union als politischer und wirtschaftlicher Akteur im Südkaukasus, (agenda Frieden), Münster: agenda Verl. 2005, 155 S., ISBN: 3-89688-248-1 (Standort: UB Siegen(467)-31PEN10294)

INHALT: "Der Südkaukasus ist durch seine Energieressourcen und Transportwege zu einem geopolitisch wichtigen Interessengebiet der staatlichen Akteure in- und außerhalb der Region geworden. Um diese Region entbrennt der harte Kampf um Macht und Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Kräfte: sein Ergebnis ist noch offen. Die Kooperation innerhalb der Region wird durch bislang ungelöste politisch- ethnische und -territoriale Konflikte wie die um Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien gestört. Die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Situation im Südkaukasus erfordert ein erhöhtes Engagement der Europäischen Union in Form politischer Strategien und Projekte. Wie präsentiert sich die EU heute im Südkaukasus? Wie kann sie mit ihrem Einfluss in der Region Entwicklungsrisiken abbauen, die aus einem Gegensatz geopolitischer und geo-ökonomischer Interessen resultieren? Entsprechend der inhaltlichen Logik setzt sich die vorliegende Arbeit aus zwei Teilen zusammen: dem theoretischen und dem empirischen. Der Teil I Balance of Power bildet den theoretischen Fokus der Arbeit, die Aufarbeitung, Systematisierung und Diskussion des aktuellen Forschungsstandes über Balance of Power. Darauf aufbauend wird der Frage nachgegangen, ob die Politik nun ein Streben nach Gleichgewicht oder ein Streben nach Hegemonie ist. Der empirische Teil II Traditionelle und neue Spieler im Südkaukasus verknüpft die Interessen der regionalen und außerregionalen Akteure in der Region. Im einzelnen soll untersucht werden: Welche Mittel steuern regionale und außerregionale Akteure zur Stabilisierung des Südkaukasus bei? Wie präsentiert sich die EU heute im Südkaukasus? Welche Anliegen und Zielsetzungen sollte die EU im 21. Jahrhundert im Südkaukasus verfolgen? Wie kann die EU mit ihrem Einfluss in der Region Entwicklungsrisiken abbauen, die aus einem Gegensatz geopolitischer und geo-ökonomischer Interessen resultieren?" (Textauszug)

[46-L] Elo, Kimmo:

Deutsch-russische strategische Partnerschaft: eine kurzsichtige Strategie oder Handeln zum Wohle Europas, (Zukunftsforum Politik, Nr. 71), Sankt Augustin 2006, 45 S., ISBN: 3-937731-81-4 (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_8056_1.pdf)

INHALT: "Das erste Hauptkapitel skizziert die Eckpunkte der gegenwärtigen russischen Westpolitik; das zweite stellt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der EU und Russland dar; das dritte schließlich geht auf die 'strategische Partnerschaft' zwischen Deutschland und Russland ein, indem es die bilateralen Beziehungen in den Kontext der russischen Westpolitik und der europäischen Ostpolitik einbettet. Der zeitliche Schwerpunkt des Papiers liegt auf der Präsidentschaft Wladimir Putins seit dem Jahre 2000, der thematische Schwerpunkt auf den Beziehungen Deutschlands und der EU, weniger auf denen der NATO zu Russland." (Textauszug)

[47-L] Fischer, Sabine:

Dissonante Diskurse und fragmentierte Außenpolitik - Russland und der Krieg der NATO im Kosovo, in: Cornelia Ulbert, Christoph Weller (Hrsg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 157-189, ISBN: 3-531-13715-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005/9148)

INHALT: Die Studie untersucht aus einer konstruktivistischen Perspektive die unterschiedlichen Weltbilder und Konzepte Russlands in den 1990er Jahren und ihre Wirkung auf das außenpolitische Verhalten der Russischen Föderation während des Kosovo-Krieges. Um die Frage nach den Ursachen für die außenpolitischen Schwankungen zu beantworten, wird im ersten Schritt die russische Außenpolitik während des Krieges auf dem Balkan betrachtet. Dabei wird deutlich, dass die russische Politik in diesem Zeitraum in zwei Phasen zerfiel, in denen offensichtlich unterschiedliche Ideen für das außenpolitische Verhalten der Russischen Föderation bestimmend sind. Im Anschluss werden in einer Diskursanalyse die in der russischen Debatte über den Krieg der NATO erkennbaren Interpretationen des Krieges und seiner Implikationen herausgearbeitet. Die Interpretationen entspringen bestimmten Sichtweisen auf die Welt und die Identität und Interessen Russlands, die sich idealtypisch in (1) liberale, (2) realistische und (3) nationalistische Weltbilder fassen lassen. Diese Weltbilder werden von Akteuren bzw. IdeenträgerInnen artikuliert, die sich in den inneren Strukturen des in der Transformation befindlichen politischen Systems bewegen. Ziel dieser Akteure ist es, ihr jeweiliges Weltbild als dominanten Diskurs zu etablieren und das außenpolitische Verhalten nach seinen Vorgaben zu gestalten. Um also Aussagen über die Wirkung der Ideen bzw. Weltbilder auf das außenpolitische Verhalten machen zu können, werden diese Ideen im dritten Schritt zunächst bestimmten Akteursgruppen zugeordnet und diese dann in einem abschließenden vierten Analyseschritt in den Strukturen des russischen (außen)politischen Entscheidungsprozesses verortet. Im Ergebnis wird deutlich, wie unterschiedliche Konstellationen der inneren Strukturen den Einfluss der Ideenträger und damit ihrer Weltbilder auf das außenpolitische Verhalten bestimmen. Die Schwankungen der russischen Außenpolitik lassen sich so aus konstruktivistischer Sicht mit der Konkurrenz unterschiedlicher bis gegensätzlicher Ideen, deren Träger in den ständig fluktuierenden inneren Strukturen des Transformationssystems um Einfluss streiten, erklären. (ICG2)

[48-L] Götz, Roland:

Deutschland und Russland - "strategische Partner"?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 11, S. 14-23 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: <http://www.bpb.de/files/HM5NZ3.pdf>

INHALT: "Deutschland und Russland befinden sich in einem Prozess der Annäherung, der weit über die wirtschaftliche und außenpolitische Kooperation hinausreicht. Die beabsichtigte 'strategische Partnerschaft' wird ihr Potenzial aber nicht ausschöpfen, solange darunter nur eine Interessenallianz verstanden wird." (Autorenreferat)

[49-L] Halbach, Uwe:

Der Kaukasus in neuem Licht: die EU und Russland in ihrer schwierigsten Nachbarschaftsregion, (SWP-Studie, S 35), Berlin 2005, 36 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1475)

INHALT: "Nach Aufnahme der südkaukasischen Staaten in die Europäische Nachbarschaftspolitik ist zu erwarten, dass sich europäische und russische Politik im Kaukasus stärker berühren als zuvor. Wo liegen in diesem kompliziertesten Abschnitt des postsowjetischen Raums Herausforderungen an eine europäische Nachbarschaftspolitik? Wo tauchen Konflikte mit Russland auf, wenn es um Fragen der Stabilität im Kaukasus geht? Zur Erörterung dieser Fragen werden neuere Entwicklungen in beiden kaukasischen Regionshälften berücksichtigt. Zwei äußerst unterschiedliche Ereignisse rückten beide in ein neues Licht. Die 'Rosenrevolution' in Georgien gab den Anstoß zu der um ein Jahr verzögerten Aufnahme des Südkaukasus in die EU-Nachbarschaftspolitik. Das Geiseldrama von Beslan im September 2004 und nachfolgende Gewaltereignisse in den kaukasischen Teilrepubliken Russlands richtete die Aufmerksamkeit europäischer und deutscher Russlandpolitik über Tschetschenien hinaus auf den Nordkaukasus als die brisanteste Krisenzone in Großeuropa, die überdies bislang außerhalb auswärtiger Stabilisierungshilfe und konstruktiver Konfliktbearbeitung liegt. In Berlin und Brüssel werden nun entwicklungs- und stabilitätspolitische Initiativen in der kaukasischen Peripherie Russlands erörtert. Die Handlungsrahmen auswärtiger Politik bleiben im Süd- und Nordkaukasus zwar höchst unterschiedlich. Aber für die europäische Kommunikation mit Russland und den kaukasischen Staaten entstehen neue Ansatzpunkte. So scheint der Kreml allmählich zu begreifen, wie explosiv die Lage im Nordkaukasus geworden ist. Was den Südkaukasus betrifft, muss jedes noch so zarte Anzeichen von Konfliktransformation in Bezug auf 'frozen conflicts' von Europa aufgegriffen und verstärkt werden." (Autorenreferat)

[50-L] Heinrich, Hans-Georg:

Russia's policy towards the 'near abroad', in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 119-130, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit den außenpolitischen Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarstaaten. Dazu gehören Weißrussland, Kasachstan, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Moldawien, Kirgisien, Tadschikistan und die baltischen Staaten, deren Verhältnisse zu dem post-kommunistischen Land gemäß folgenden Aspekte aus russischer Perspektive beschrieben werden: (1) sicherheitspolitische Erwä-

gungen im Zuge der NATO-Osterweiterung, (1) wirtschaftliche Interessen, insbesondere an den großen Rohstoffvorkommen, (3) Konflikte mit Ländern und Regionen im Kaukasus sowie (4) zukünftige Szenarien im Zuge der Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die USA. (ICG2)

[51-L] Kremenyuk, Victor:

Russian national security doctrine: Russia and NATO, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 151-162, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem Verhältnis der russischen Sicherheitspolitik zur NATO. In einem ersten Schritt wird das Konzept der nationalen Sicherheit in Russland beschrieben. Im Anschluss folgt die Darstellung der geteilten Meinung in dem post-kommunistischen Land gegenüber der NATO: Die pro-westlichen Vertreter sehen in Russland ein zukünftiges Voll- oder Teil-Mitglied der Allianz, Gegner befürchten stattdessen eine Isolation und Bedrohung Russlands im Zuge des Ausbaus der euro-atlantischen Sicherheit. Diese Kontroverse tritt insbesondere bei der Diskussion um die erfolgte NATO-Osterweiterung offen zu Tage. Die aktuelle Situation erklärend, erörtert der dritte Schritt aus historischer Perspektive die Entwicklung der Sicherheitspolitik in Russland und der Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich Russland heute als ein Staat im Nachkriegszustand, dessen Institutionen und Strukturen aus früheren Zeiten entweder zerstört oder handlungsunfähig sind, wodurch die althergebrachte Sicherheitspolitik irrelevant geworden ist. Der vierte Schritt skizziert abschließend einige Empfehlungen zum weiteren Verlauf bzw. zur Ausrichtung der russischen Sicherheitspolitik. (ICG2)

[52-F] Kropatcheva, Elena, M.A. (Bearbeitung):

Russische Politik gegenüber der Ukraine

INHALT: Dieses Promotionsprojekt konzentriert sich auf die russische Außenpolitik in Bezug auf die Ukraine und deren Einfluss auf russisch-westliche Beziehungen. Das Ziel der Forschung ist es zu erklären, welche Maßnahmen russischer Politik die Rolle der Ukraine als Brücke oder als "Pufferzone" der Konkurrenz zwischen den Akteuren Russland und dem Westen (die EU, die USA und NATO) fördern. Dieses Konkurrenzfeld bezieht sich auf den wirtschaftlichen, politischen, als auch ideologischen Bereich. Die Dissertation beschäftigt sich mit dem Zeitraum seit der Präsidentschaft Putins im Jahre 2000, berücksichtigt aber auch das Erbe der Vergangenheit, das die russisch-westlichen als auch russisch-ukrainischen Beziehungen weiter beeinflusst. Zusätzlich zur Analyse der Primär- und Sekundärquellen, basiert die Forschung auf semi-strukturierten Interviews mit den Vertretern der politischen und wissenschaftlichen Elite in der Ukraine und in Russland. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland, Ukraine

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Kropatcheva, Elena: Perspektiven der Integrationsmodelle Russlands. in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen (Hrsg.): *Integration und Ausgrenzung im Osten Europas*. Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten, veranstaltet von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Arbeitspapiere und Materialien, No. 70. Bremen 2005.

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Friedrich-Naumann-Stiftung

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- (Falkenstein 1, 22587 Hamburg)

KONTAKT: Institution (Tel. 040-866-0770, e-mail: core@ifsh.de)

[53-L] Lindner, Rainer:

Die Ukraine und Deutschland im neuen Europa: Hypotheken und Chancen ihrer Partnerschaft, in: Gerhard Simon (Hrsg.): Die neue Ukraine : Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001), Wien: Böhlau, 2002, S. 297-319, ISBN: 3-412-12401-X (Standort: UB Bonn(5)-2002-4100)

INHALT: Der Verfasser beschreibt, welche Entwicklungen sich in den Bereichen der Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik in den Beziehungen zwischen der unabhängig gewordenen Ukraine seit Beginn der 1990er Jahren vollzogen haben. Während sich die deutschen Direktinvestitionen noch auf einem bescheidenen Niveau befinden, zeigen sich im kulturellen Bereich Wachstumstendenzen. Hochschulkooperationen und Städtepartnerschaften sind Investitionen in die Zukunft. Der Verfasser sieht Deutschland mit seiner Erfahrung als Nachbarstaat von Transformationsländern in einer besonderen Pflicht, die Staaten an den Schengener Außengrenzen bei der Erfüllung bestehender Kooperationsverträge zu unterstützen. Hier liegen gegenwärtig die Perspektiven der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit. (ICE2)

[54-L] Lobova, Ludmilla:

Außen- und Sicherheitspolitik Russlands zwischen 'Terrorbekämpfung' und 'islamischer Dimension': wichtiger Alliierter im Kampf gegen den Terror, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung -ÖSFK- (Hrsg.): Der Krieg der Armen? : der internationale Terrorismus in der neuen Weltordnung ; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2005, Münster: agenda Verl., 2005, S. 192-211, ISBN: 3-89688-259-7 (Standort: UB Eichstätt(824)-00MK3500S332-48)

INHALT: Der "Kampf gegen den internationalen Terrorismus" hat in der strategischen Planung Russlands höchste Priorität, denn auf dieser Basis werden die Beziehungen mit den Hauptpartnern der "Antiterrorkoalition" - den USA und der EU - gestaltet. Daneben sucht Putins Russland intensiv eine Partnerschaft in der anderen Richtung, nämlich in der islamischen Welt. Was auf den ersten Blick als Widerspruch erscheint - der "Kampf gegen den islamischen Terrorismus" und die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den islamischen Ländern - ist tatsächlich die neue russische Strategie eines Spiels auf zwei Feldern. Im vorliegenden Beitrag werden diese beiden strategischen Grundkomponenten des außenpolitischen Kurses Moskaus genauer analysiert, um zu zeigen, wie sich die Beziehungen Russlands mit potentiellen Bundesgenossen der "Koalition" gestalten und welche Auswirkungen dies für die Entwicklung eines umfassenden Dialogs zwischen Russland und der EU hat. (ICI2)

[55-L] Lukov, Vadim:

Russia and the European Union: co-operation for a common, democratic and flourishing Europe, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 141-149, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union (EU). Dabei werden folgende Aspekte aus russischer Sicht beschrieben: (1) Russland und die EU-Erweiterung, (2) die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes sowie (3) der russische Handel mit den EU-Staaten 2002 in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Maschinenbau, Transportwesen, Chemie und Textilien. (ICG2)

[56-L] Mangott, Gerhard; Trenin, Dmitrij; Senn, Martin; Timmermann, Heinz:

Russlands Rückkehr: Außenpolitik unter Vladimir Putin, (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 7), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 264 S., ISBN: 3-8329-1408-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006-1123)

INHALT: "Der vorliegende Band will eine Skizze über Machtressourcen, Handlungsfelder, Optionen und Grenzen russländischer Außenpolitik unter Vladimir Putin geben. Ein Autorenteam aus Russland, Deutschland und Österreich hat die vorliegende Studie aufgrund der Förderung durch den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in den vergangenen beiden Jahren erstellt. Das Buch wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien gedruckt. Die Studie beginnt mit einer neorealistischen Fähigkeiten- und Ressourcenanalyse russländischer Außenpolitik im Einleitungskapitel von Gerhard Mangott (Universität Innsbruck, Österreichisches Institut für Internationale Politik in Wien); darüber hinaus werden darin zentrale miteinander konkurrierende, aber einander nicht ausschließende Handlungsoptionen und Orientierungsmuster russländischer Außenpolitik skizziert. Im nächsten Abschnitt analysiert Dmitrij Trenin (Carnegie Centre, Moskau) die Grundcharakteristika der russländischen Außenpolitik unter Putin. Im dritten Kapitel wird von Martin Senn (Universität Innsbruck) das Verhältnis zwischen den USA und Russland v.a. im Bereich der strategischen Rüstungskontrolle diskutiert und eine neorealistische Analyse des Mächtegleichgewichts zwischen den beiden Staaten erarbeitet. Im abschließenden Kapitel untersucht Heinz Timmermann (ehemals Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union. Das Buch will damit der Westorientierung Russlands als der Hauptachse außenpolitischer Aktionen unter Putin besondere Aufmerksamkeit schenken. Insgesamt soll der Band damit einen Einblick in die Hauptfelder und -instrumente russländischer Außenpolitik unter Putin geben; die Studie maßt sich aber nicht an, eine umfassende Bewertung und Einschätzung russländischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Russlands seit dem Amtsantritt Putins im März 2000 zu geben. Die Kapitel sind in deutscher und englischer Sprache verfasst. Der Projektleiter dankt dem Jubiläumsfonds der OeNB für die großzügige Finanzierung des Projektes und dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) für umfassende organisatorische und infrastrukturelle Unterstützung. Außerdem gebührt dem österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur Dank für die finanzielle Unterstützung der Drucklegung der Studie." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Gerhard Mangott: Russlands Außenpolitik. Fähigkeiten und Optionen (15-122); Dmitri Trenin: Russia's Foreign and Security Policy under

Putin (123-152); Martin Senn: Russia and the United States' National Missile Defense System (153-202); Heinz Timmermann: Die Beziehung zwischen Russland und der EU (203-261).

[57-L] Medvedev, Sergei:

Rethinking the national interest: Putin's turn in Russian foreign policy, (Marshall Center Papers, No. 6), Garmisch-Partenkirchen 2004, 68 S. (Graue Literatur; URL: http://www.marshallcenter.org/site-graphic/lang-en/page-pubs-mcpapers-1/static/xdocs/coll/static/mcpapers/mc-paper_6-en.pdf)

INHALT: "The paper examines the historical and political roots behind a turn in Russian foreign policy undertaken by President Vladimir Putin in the wake of the terrorist acts of September 11, 2001. Current Russian foreign policy vastly differs from the previous decade in that, using the opportunity and the rhetoric of the war on terrorism, Putin made a normative choice in favor of Westernization and strategic partnership with the United States and Europe. The paper posits that the realignment in Russian foreign and security policy is revolutionary and has lasting value. This is neither an ad hoc marriage of convenience nor a policy of playing a weaker hand, but a profound reappraisal of Russia's national interests and place in the world, defying centuries-old imperial paradigms. In order to appreciate the magnitude of this change, one has to look beyond the Putin presidency and transformations of the past decade into the historical roots of Russian statehood and foreign policy." (author's abstract)

[58-F] Michaleva, Galina, Dr.; Eichwede, Wolfgang, Prof.Dr.; Ryshenkov, Sergej; Kuszniir, Julia (Bearbeitung):

Russlands Regionen auf dem Weg zu Europa

INHALT: Im Zentrum des Forschungsprojektes steht die Frage, in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen Russlands Wege nach Europa über seine Regionen führen. Der Blick auf die europäischen Interessen der Provinzen mit der Berücksichtigung der Europapolitik des Zentrums der Russischen Föderation liefert Antworten auf die weitreichende Frage nach Chancen und Hindernissen für die Integration Russlands in Europa. Die komparative Analyse der unterschiedlichen Regionen Russlands soll einen besonderen Einblick in die "Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europa" geben. Dabei gilt es, sowohl die konkurrierenden Pfade nach Europa auszuloten, als auch sich ergänzende und gegenseitig verstärkende Initiativen zu berücksichtigen. Nach der ersten Etappe der Arbeit sind folgende Zusammenhänge deutlicher geworden: Einschränkung der Spielräume für die Verhandlung der regionalen Eliten mit dem föderalen Zentrum, die ihre Selbständigkeit weitgehend eingebüßt haben. Mittlerweile kann man sogar die führenden Vertreter der regionalen Eliten kaum als selbständige politische und wirtschaftliche Akteure betrachten. Die Rezentralisierung des Landes ist deutlich geworden. Die wichtigste Forderung des föderalen Zentrums neben der unbedingten Loyalität der Leiter der Regionen zum Zentrum ist, dass eine effektive Wirtschaftspolitik durchgeführt wird. Dies zwingt die regionalen Eliten dazu, effektive Methoden der Verwaltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuführen. Westliche Verwaltungsmethoden werden inkonsequent und eklektisch übernommen. Während in Karelien und im Gebiet Perm die westlichen Verwaltungsmethoden direkt übernommen werden, spielen in Gebiet Saratov, und in der Republik Tschuwaschien die föderalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine vermittelnde Rolle. Inwieweit die westlichen Governance-Methoden in den Re-

gionen schon vorhanden sind, hängt von der unmittelbaren Anwesenheit westlicher Organisationen in der Region ab. Gleichzeitig versuchen die Leiter der Regionen bei der Durchführung der effektiven Wirtschafts- und Sozialpolitik alle potentiellen Quellen der Opposition auszuschalten, seien es die freien Medien oder die NGOs. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland, Europa

METHODE: 1. Auswertung der vorhandenen Sekundärliteratur, Ausbau und Weiterführung der vorhandenen Datenbank zur aktuellen politischen Entwicklung in den Regionen; inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Forschungsreisen, die Koordination des Forschungsvorhabens mit russischen Koordinationspartnern: Professor Dr. Irina Bussygina, Dr. Elena Belokurova, Dr. Natalia Borissova, Dr. Natalia Zubarjevitsh (Winter - Frühjahr 2003). 2. Zwei Arbeitsseminare aller Projektteilnehmer in Moskau, genaue Absprache der Recherche in den Regionen, Vergabe der Auftragsarbeiten (Frühjahr 2003). 3. Empirische Datenerhebung in den Regionen: Presse- und Dokumentenanalyse; Archivarbeit; Leitfadeninterviews mit politischen Akteuren; Arbeitsverteilung: Durchführung von empirischen Untersuchungen in der Republik Karelien und im Gebiet Novgorod (Dr. Belokurova), in Tschuwaschien (Prof. Bussygina), in den Gebieten Perm und Saratov (Dr. Borissova und Dozent Ryzenkov), im Gebiet Archangelsk (Dozent Ryzenkov); Ausweitung der Datenbankrecherche (Sommer - Herbst 2003). 4. Auswertung von empirischen Daten, Präzisierung von Hypothesen, empirische Analyse (Herbst 2003 - Winter 2004). Das Projekt wurde in enger Kooperation mit dem Zentrum für moderne Politik (Moskau) und der RGGU (Moskau) durchgeführt; Russländische Geisteswissenschaftliche Staatsuniversität (RGGU), Fakultät für Geschichte, Politikwissenschaft und Recht, Moskau; Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Fakultät für Politikwissenschaft, Moskau.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Michaleva, Galina: Oprosy obszestvennogo mnenija: instrument izucenija dejstvitel'nosti ili sredstvo manipulacii obszestvennym mneniem. in: Otkrytyj forum, 2003, 4, pp. 50-51.+++ Michaleva, Galina: Osobennosti izbiratel'nych sistem. in: Zurnal o vyborach, 2003, 1, pp. 53-55.+++ Michaleva, Galina: Vektor sootnosenija sil. in: Effektivnoe antikrizisnoe upravlenie, 2003, 3, pp. 53-56.+++ Michaleva, Galina: Russland vor den Dumawahlen. Wer hat Chancen? in: Wostok, 2003, Nr. 4, S. 10-12.+++ Michaleva, Galina: At the starting line: September and the Duma vote. in: Russian Election Watch/ Harvard University and Indiana University, Bloomington, vol. 3, 2003, no. 1, pp. 6-8.+++ Michaleva, Galina: October: The players and the Yukos affair. in: Russian Election Watch/ Harvard University and Indiana University, Bloomington, vol. 3, 2003, no. 2, pp. 7-8.+++ Michaleva, Galina: Election results 2003: another step towards autocracy. in: Russian Election Watch/ Harvard University and Indiana University, Bloomington, vol. 3, 2004, no. 4, pp. 9-10.

ART: gefördert *BEGINN:* 2003-01 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen)

KONTAKT: Michaleva, Galina (Dr. Tel. 0421-218-3257, e-mail: luchterh@osteuropa.uni-bremen.de); Eichwede, Wolfgang (Prof.Dr. Tel. 0421-218-2216, e-mail: eichwede@osteuropa.uni-bremen.de)

[59-L] Moroff, Holger:

Die EU als Akteur und Regisseur in ihren Beziehungen zu Russland, in: Patricia Bauer, Helmut Voelzkow (Hrsg.): Die Europäische Union - Marionette oder Regisseur? : Festschrift für Ingeborg Tömmel, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 257-272, ISBN: 3-531-14430-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005/283)

INHALT: Die EU erscheint durch ihre zahlreichen Mitspieler auf all ihren Ebenen eher als ein zusammengesetzter Akteur, dessen Teile in einem Fall mit- und in einem anderen Fall gegeneinander arbeiten. Ihr zentrales Strukturelement liegt in einem "bizyphalen" Wechselspiel zwischen Kommission und Rat, zwischen supranationalen und intergouvernementalen Handlungslogiken, zwischen Verfahrens- und Entscheidungsmacht sowie zwischen informellen und formellen Machtgeflechten. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, einen theoriegeleiteten Analyserahmen für die Untersuchung der bilateralen EU-Außenpolitik zu skizzieren und anhand einer kurzen Beschreibung der EU-Russlandpolitik aufzuzeigen, inwieweit diese Aufschluss über die externe Handlungsfähigkeit und Akteursqualität der EU geben kann. Das Analyseraster erschließt folgende Dimensionen der institutionalisierten Formen und Entwicklungsdynamiken der EU-Politik: vertikale und horizontale Kohärenz und die damit verbundene Problematik der Regelbefolgung (compliance), die Unterscheidbarkeit der EU als Akteur von den Politiken ihrer Mitgliedstaaten und ihrem Autonomiegrad (Vollmachten und Aufgaben), ihr absichtsvolles Handeln (purpose) sowie ihre Rolle als Interaktionspartner mit Russland. Die Analyse der bilateralen EU-Außenpolitik gegenüber Russland erstreckt sich dabei auf den Zeitraum von 1989 bis 2002. (ICI2)

[60-L] Onyszkiewicz, Janusz:

Ukraine and NATO, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): International security in a time of change: threats - concepts - institutions : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 376-391, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Der Verfasser stellt die politische Entwicklung der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion dar. Die Ukraine trat 1992 der GUS bei, lehnte jedoch eine Mitgliedschaft im postkommunistischen Militärbündnis des Vertrages von Tashkent ab. Stattdessen suchte die Ukraine schon früh Kontakte zum Westen. 1994 wurde ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU unterzeichnet und die Ukraine trat dem "Partnerschaft für den Frieden"-Programm der NATO bei. Gleichwohl war die Politik der Ukraine zwischen Ost und West nicht immer stringent, oft sogar schwankend. Ein Grund hierfür liegt in der ausgeprägten wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit des Landes von Russland. In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wandte sich die Ukraine jedoch eindeutig dem Westen zu. Sie strebt jetzt eine Mitgliedschaft in EU und NATO an. Im Unterschied zu vielen anderen Beitrittskandidaten kann die Ukraine einen spürbaren Beitrag zum Militärpotenzial des Bündnisses leisten. Die Chancen einer Aufnahme in die NATO stehen heute besser als die auf einen EU-Beitritt. EU- und NATO-Mitgliedschaft sind allerdings zwei Seiten einer Medaille. (ICE)

[61-L] Sajdik, Martin:

The EU and Russia - the end of illusions, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 131-140, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit den schwierigen Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union (EU). Dabei werden folgende Aspekte aus Sicht der EU beschrieben: (1) die Unzufriedenheit mit dem Demokratisierungsprozess in Russland, (2) die ständige Unausgewogenheit der Handelsbeziehungen und die Verletzungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens, (3) unterschiedliche Konzeptionen zur 'strategischen Partnerschaft', (4) geringe Direktinvestitionen in Russland durch EU-Länder bzw. umgekehrt der bemerkenswerte hohe Kapitalfluss von Russland in EU-Staaten sowie (5) die Energielieferungen aus dem post-kommunistischen Land. (ICG2)

[62-L] Schwabecher, Heinrich:

Russische Interessen im Nahen Osten, (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 28), Sankt Augustin 2006, 5 S. (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/analysen_und_argumente/7_dokument_dok_pdf_8371_1.pdf)

INHALT: "Seit Januar 2006 intensiviert der russische Präsident Wladimir Putin seine Politik im Nahen Osten. Einen Höhepunkt erreichten diese Bemühungen in der ersten Märzhälfte. Am 1. und 2. März besuchte eine iranische Delegation Moskau, um Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und über das russische Angebot zur Uran-Anreicherung in Russland zu führen. Anschließend, zwischen dem 3. und 5. März, trafen führende Mitglieder der radikalen Palästinensergruppe Hamas auf Einladung von Präsident Putin in der russischen Hauptstadt ein. Am 13. März wurde in der Presse kolportiert, dass Russland und Iran hinter verschlossenen Türen weitere 'Geheimverhandlungen' führen würden. Wie ist eine solche Intensivierung der russischen Nahostpolitik zu bewerten und welche Ziele verfolgt Russland in der Region?" (Autorenreferat)

[63-L] Sherr, James:

Eine gescheiterte Partnerschaft?: die Ukraine und der Westen, in: Gerhard Simon (Hrsg.): Die neue Ukraine : Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001), Wien: Böhlau, 2002, S. 321-346, ISBN: 3-412-12401-X (Standort: UB Bonn(5)-2002-4100)

INHALT: Die Hoffnungen der Ukraine auf den Westen sind am Ende des ersten Jahrzehnts der Unabhängigkeit von wechselseitigen Frustrationen überdeckt. Mangelhafte Reformfortschritte in der Ukraine sind dafür ebenso verantwortlich wie mangelnder Enthusiasmus der westlichen Politik. In der Ukraine wird befürchtet, das Land könne nach der Osterweiterung eher zu einem Teil von Europas Grenzen als zu einem Teil Europas werden. Demgegenüber ist mit der Osterweiterung der NATO eine Kooperation im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden in Gang gekommen. Die "mehrgleisige" Außenpolitik der Ukraine zwischen Russland und der EU lässt eindeutige Aussagen über die zukünftige Position des Landes gegenwärtig nicht zu. (ICE2)

[64-L] Siegl, Walter:

Russia as a partner in world politics, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 163-176, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Frage, in welcher Form Russland an der Weltpolitik teilnimmt und insbesondere bei den Lösungsversuchen großer internationaler Sicherheitsprobleme eingebunden ist. Dazu wird in einem ersten Schritt die russische Außen- und Sicherheitspolitik beschrieben. Der zweite Schritt widmet sich sodann den Beziehungen zu den USA als internationalem Partner unter besonderer Berücksichtigung der NATO-Osterweiterung. Der dritte Schritt erörtert schließlich die Partnerschaft Russlands zu der Europäischen Union (EU), die durch großes Vertrauen zwischen den politischen Führungen und den beiderseitigen Wunsch nach enger politischer Zusammenarbeit geprägt ist. Eine vertiefte kooperative Sicherheitspolitik wird auch durch das trilaterale Ministertreffen von Russland, der EU und den USA 2000 in Lissabon unterstrichen, das hier abschließend skizziert wird. (ICG2)

[65-L] Sumper, Andreas Michael:

Die Beziehung zwischen der erweiterten Europäischen Union und der Russischen Föderation, (Studien 2004), Hamburg: Diplomica 2005, IV, 187 S., ISBN: 3-8324-8766-2 (Standort: ZLB Berlin(109)-Pol795/618)

INHALT: "Die Beziehungen zwischen der erweiterten Europäischen Union und der Russischen Föderation werden die zukünftige Entwicklung unseres Kontinentes enorm beeinflussen. Nur wenn beide Akteure ihre Kooperation fortsetzen und vertiefen sind Frieden und Stabilität in Europa gesichert. Diese Studie untersucht die Beziehungen in mehreren Bereichen. Im theoretischen Teil wird in einem ersten Schritt die Lage der internationalen Beziehungen nach dem Ende der Bipolarität und des Kalten Krieges untersucht. In einem nächsten Schritt wird eine Theorie der internationalen Kooperation formuliert, wobei hier die Frage warum Staaten kooperieren im Mittelpunkt steht. Im empirischen Teil werden zunächst die Rahmenbedingungen analysiert. Dies beinhaltet neben einer kurzen Darstellung der geschichtlichen Ereignisse die zum Zusammenbruch der Sowjetunion führten, auch eine Analyse und Gegenüberstellung der jeweiligen außenpolitischen Konzeptionen und Strategien der beiden Akteure. Im Hauptteil der Studie erfolgt eine umfassende Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Hier wird unter anderem aufgezeigt wie die politische und institutionelle Zusammenarbeit organisiert ist, welche Struktur die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen ausweisen, wo es in wirtschaftlichen Angelegenheiten Abhängigkeiten und Potentiale gibt, welche finanziellen Unterstützungsmaßnahmen die Europäische Union für die Russische Föderation bereit hält und wie die Zusammenarbeit im sensiblen Bereich der Sicherheitspolitik bis jetzt gestaltet wurde. Zum Abschluss wird die konkrete Zusammenarbeit am Beispiel der russischen Enklave Kaliningrad, die seit der Erweiterung vom 1. Mai 2004 vollständig von Staaten der Europäischen Union umgeben ist, untersucht." (Autorenreferat)

[66-F] Timmermann, Heinz; Trenin, Dimitri, Dr.; Mangott, Gerhard, Univ.-Prof.Dr.; Höll, Otmar, Univ.-Prof.Dr. (Bearbeitung):

Russlands Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter der Administration Putin

INHALT: Die Außenpolitik Russlands seit der Unabhängigkeit war durch den Widerstreit zwischen drei rivalisierenden Orientierungsprofilen gekennzeichnet - der Konzentration der Ressourcen und Interessen auf den post-sowjetischen Raum, der Bildung von anti-hegemonialen,

gegen die USA gerichteten Allianzen mit China und Indien und der Orientierung auf die Anbindung mit dem OECD-Raum. Putin hat diesen Streit aus pragmatisch-ökonomischen Gründen zugunsten einer engen Westanbindung entschieden. Akteure, Motive, Interessen, Widersprüche und Perspektiven der reorientierten Außenpolitik Russlands 2000-2004 werden durch ein Autorenkollektiv untersucht. *ZEITRAUM: 2000-2004 GEOGRAPHISCHER RAUM: Russland*

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2003-01 **ENDE:** 2004-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Österreichisches Institut für Internationale Politik -ÖIIP- (Operngasse 20B, 1040 Wien, Österreich)

KONTAKT: Mangott, Gerhard (Prof.Dr. e-mail: gmangott@oiiip.at)

[67-L] Timmermann, Heinz:

Russland und die EU-25 nach der Erweiterung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 35/2006, H. 2, S. 141-156 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Russland und die EU verzeichnen eine Vielzahl gemeinsamer Interessen. Dazu gehören: die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Schwerpunkt Energiedialog, die friedliche Gestaltung Gesamteuropas, die wechselseitigen Beziehungen in den Bereichen Forschung, Bildung und Kultur sowie die Intensivierung der menschlichen Kontakte. Dass sich die anfänglich hochgesteckten Erwartungen nur unzureichend erfüllten und phasenweise von Krisen überlagert wurden, hat seinen Grund insbesondere in objektiven und subjektiven Asymmetrien zwischen den Partnern, in der unterschiedlichen Interpretation der Geltung von Werten für die Partnerschaft, in der Einflusskonkurrenz über die 'Zwischenzone' Ukraine, Belarus und Moldau sowie in russischen Befürchtungen vor einer Verhärtung der EU-Politik als Folge des EU-Beitritts 'russophober' Länder Ostmitteleuropas. Die vier praxisorientierten Wegearten zur Konkretisierung der anvisierten Gemeinsamen Gesamteuropäischen Räume bieten die Chance, im Rahmen einer Neufassung des 2007 auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens die EU-Russland-Beziehungen zu verdichten. Um dem Vertragswerk Dauer und Nachhaltigkeit zu verleihen, dürfe darin allerdings nach Ansicht der Europäer der Bezug auf die im PKA und in den Gipfelerklärungen genannten gemeinsamen Werte nicht fehlen. Angesichts wachsender autoritärer Tendenzen im 'System Putin' empfiehlt sich ein konstruktiv-kritischer Ansatz der EU gegenüber Russland." (Autorenreferat)

[68-L] Umbach, Frank:

Russland als Rüstungskontrollakteur zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Götz Neuneck, Christian Mölling (Hrsg.): Die Zukunft der Rüstungskontrolle, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 102-119, ISBN: 3-8329-1254-1

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst mit der Frage auseinander, in wie weit die mit den Proliferationsproblemen im Zuge des Zerfalls der UdSSR nach 1991 verbundenen Gefahren noch akut sind und welche Bedeutung einzelne Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime für die russische Sicherheitspolitik haben. Am Beispiel der strategischen und taktischen Nuklearwaffenpolitik wird dann nach dem Stellenwert der internationalen Rüstungskontrollpolitik für die russische Regierung unter Putin gefragt. Hier geht es um den SORT(Strategic Offen-

sive Reduction)-Vertrag, um das bilaterale Rüstungskontrollverhältnis zu den USA (unilaterale Aufkündigung des ABM-Vertrags) und um Auswirkungen auf die russische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Abschließend wird die russische Sicht der Problematik sub-strategischer Nuklearwaffen in Europa sowie der Problematik eines mit Massenvernichtungswaffen ausgestatteten internationalen Terrorismus skizziert. (ICE2)

[69-L] Vogel, Heinrich:

Die verletzte Großmacht: Voraussetzungen für einen Umgang mit Russland, in: Erich G. Fritz (Hrsg.): *Russland unter Putin : Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?*, Oberhausen: Athena Verl., 2005, S. 69-79, ISBN: 3-89896-213-X

INHALT: Der Autor zieht eine Bilanz der derzeit schwierigen Verhältnisse zwischen Russland und den westlichen Staaten. Angesichts des autoritären Trends und der rechtsstaatlichen Defizite in der russischen Innenpolitik reagieren die Bundesrepublik Deutschland und die europäischen Länder eher irritiert, der Westen schwankt zwischen Wegschauen und dezenten Warnungen vor den Kollateralschäden brutaler Aktionen Moskaus. Spätestens mit den angekündigten Eingriffen in die Substanz der Verfassung ist die These nicht mehr haltbar, die Konsolidierung der Zentralmacht sei eine unumgängliche Voraussetzung für die Wahrung der inneren Sicherheit. Nach Meinung des Autors findet in Russland eine weitere Verfestigung eines Systems statt, dass sich seine innere und äußere Legitimation nur teilweise durch ehrliche Reformanstrengungen verdient hat. Die Erfolgsaussichten einer klaren Vertretung europäischer Interessen steigen in dem Maße, wie in zentralen Kooperationsfeldern auf bilaterale Sonderarrangements verzichtet wird. (ICF)

[70-L] Warkotsch, Alexander:

Russlands Rolle in Zentralasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 2006, H. 4, S. 19-25 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/ZEV3LM.pdf>)

INHALT: "Russlands Verhältnis zu seinen ehemaligen Bruderrepubliken schwankt seit jeher zwischen kostensparendem Rückzug und großmachtherrlichen Schutzbekundungen. Enttäuschte Hoffnungen Russlands auf eine 'strategische Rente' für seinen Schulterchluss mit dem Westen nach dem 11. September 2001 stimulieren nun wieder ein realistisches Außenpolitikverständnis im Kreml. In Zentralasien wirkt dieser Politikwechsel in Form restaurativ-neo-imperialer Stimmungen." (Autorenreferat)

[71-L] Wipperfürth, Christian:

Putins Russland - ein vertrauenswürdiger Partner?: Grundlagen, Hintergründe und Praxis gegenwärtiger russischer Außenpolitik, (Soviet and post-soviet politics and society), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2004, 225 S., ISBN: 3-89821-401-X (Standort: UB Bielefeld(361)-IE390/FM00/W797)

INHALT: Das Buch bietet komprimierte Informationen über die Grundlagen, Hintergründe und zentralen Handlungsfelder der russischen Außenpolitik in den Jahren 2002 bis 2004, wobei die Kernfrage sich auf die grundlegenden Motive dieser Politik richtet. Dabei stehen folgende

Themen im Mittelpunkt: (1) innenpolitische Entwicklungen in Russland unter Putin, Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit; (2) Wertgrundlage und Paradigmenwechsel der russischen Außenpolitik unter Putin; (3) Wirtschaftsentwicklung; (4) die russische Politik in der GUS und gegenüber den GUS-Staaten; (5) bilaterale Beziehungen Russlands zu den USA; (6) Beziehungen Russlands zur EU; (7) bilaterale Beziehungen Russlands zu Deutschland. Der Verfasser gibt abschließend einen Ausblick auf die künftige russische Außenpolitik. Er verweist auf Unterschiede in der Selbst- und Fremdwahrnehmung, die teilweise gravierende Verständigungsprobleme aufwerfen, und plädiert für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Russland jenseits aller Illusionen der Vergangenheit. (ICE2)

[72-L] Zagorski, Andrei:

Die russisch-amerikanischen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Ausblick, in: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2004, Herford: Mittler, 2004, S. 657-680, ISBN: 3-8132-0829-X (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IE790/J2I6S/2004)

INHALT: "Der Dialog zwischen Wladimir Putin und George W. Bush hat eine Phase der Redefinition der russisch-amerikanischen Beziehungen eingeleitet. Sie ist durch eine neue Tagesordnung und die Ausdehnung der Kooperation insbesondere auf den Bereich der Terrorismusbekämpfung gekennzeichnet. Das spiegelt einen Wandel des bilateralen Verhältnisses, das für die neue Weltordnung nicht mehr zentral ist. Das gemeinsame Interesse der zwei Staaten konzentriert sich auf drei Gebiete: Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bekämpfung des Terrorismus sowie regionale Stabilität. Das kooperative Verhältnis zwischen Russland und den USA bedeutet aber alles andere als eine Westwendung Moskaus. Es soll eher die Umsetzung der politischen Ziele der Putin-Regierung ermöglichen. Moskau will sich nicht einbinden lassen und Russland gegen westliche Kritik immunisieren. Russland trägt dem Wandel des russisch-amerikanischen Verhältnisses Rechnung, indem es die Rolle eines Junior-Partners der USA akzeptiert oder die Rolle eines Beobachters einnimmt. Es kann sich eine Konfrontation mit den USA nicht leisten und will deswegen auch nicht mit Europa gegen die USA Politik machen." (Autorenreferat)

3.2 Politische Transformation und ihre Folgen

[73-L] Ahrens, Geert-Hinrich:

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine: die schwierige Mission der OSZE/ ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005), (ZEI Discussion Paper, C 151), Bonn 2005, 38 S., ISBN: 3-936183-51-1 (Graue Literatur;
URL: http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c151_ahrens.pdf)

INHALT: Der Autor, Leiter der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, beschreibt den dortigen Wahlverlauf für den Zeitraum August 2004 bis Januar 2005. Die Durchführung der Wahlen spiegelt sowohl die Schwierigkeiten der Wahlbeobachtung als auch der politischen Kultur im Land wider, mündet aber schließlich, nach Vorgängen, die jetzt allgemein als 'orange Revolution' bezeichnet werden, in eine Lösung, die dem Willen der Wählermehrheit entspricht. Diese Lösung läuft auf eine Neube-

stimmung der innen- und außenpolitischen Koordinaten der ukrainischen Politik hinaus. In das Thema einführend, wird zunächst die innere Konfrontation zwischen den beiden politischen Lagern um die Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch und Juschtschenko dargestellt. Ferner werden die Stellungnahmen des internationalen Umfelds skizziert, insbesondere aus den USA, Kanada und Russland. Im Anschluss folgt eine Skizzierung der Struktur der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtungsmission (EOM) sowie der Grundlagen der EOM-Tätigkeit. Die EOM (Election Observation Mission) umfasst drei Teile: eine seit Ende August/Anfang September 2004 in Kiew arbeitende Kerngruppe (KG), die seit Anfang September im ganzen Land stationierten Langzeitbeobachter (LZB) und die jeweils zum Wahltag anreisenden Kurzzeitbeobachter (KZB). Das Mandat der EOM besteht darin, die Wahlen daraufhin zu beobachten, ob sie den von allen OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen entsprechen. Zudem wird ein Einblick in die Arbeit der Wahlbeobachter vermittelt, indem die Beziehungen der EOM zu den Beteiligten beschrieben werden. Sie ist durch den Anspruch der Transparenz geprägt. Die Resultate der Wahlbeobachtung gliedern sich in folgende Wahlen bzw. politische Entwicklungen: (1) die Bürgermeisterwahlen in der Kleinstadt Mukatschewo am 18. April 2004, (2) die erste Runde der Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober 2004, (3) die Stichwahl vom 21. November 2004, (4) die 'orange Revolution' sowie (5) den wiederholten zweiten Wahlgang vom 26. Dezember 2004. In einem Ausblick merkt der Autor an, dass in der Ukraine im März 2006 Parlamentswahlen stattfinden, deren ordnungsgemäße Durchführung nicht gesichert ist, wenn es nicht zu erheblichen Verbesserungen in Wahlgesetz und -praxis kommt. (ICG2)

[74-L] Aphrasidse, David:

Der neue Nationalismus in Georgien: Chancen für eine erfolgreichere Staatsbildung?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 193-204, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Verfasser stellt die gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozesse in Georgien seit Anfang der 1990er Jahre dar und arbeitet strukturelle Probleme heraus, die Chancen und Hindernisse für die Entwicklung des georgischen Staates darstellen, den Regierungsstil Schewardnadses geprägt und schließlich zu seinem Sturz geführt haben (Bürgerkrieg, Milizen, inszenierte demokratische Prozesse). Er wendet sich im Folgenden den ersten 10 Monaten nach der "Rosenrevolution" zu (November 2003 bis Oktober 2004) und stellt die ersten Schritte der neuen georgischen Regierung auf innen- wie außenpolitischem Gebiet dar. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Stärkung der Zentralregierung und die Konsequenzen für die Lösung des Konflikts in Adscharien sowie die russisch-georgischen Beziehungen. Der Verfasser sieht einen Anlass zur Hoffnung, dass der hybride Staat Georgien sich langsam zu einem modernen Staat entwickeln wird. Hierbei wird Georgien von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. (ICE2)

[75-L] Berg, Andrea:

Dynastie oder Demokratie?, in: Raimund Krämer (Hrsg.): Autoritäre Systeme im Vergleich, Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam, 2005, S. 159-168, ISBN: 3-937786-68-6 (Standort: UB Siegen (467)-31/PDB/1717)

INHALT: Die These, dass der Umbruch in der ehemaligen Sowjetunion auf geradem Weg zur Etablierung demokratischer Regime führen würde, hat lange die Transformationsforschung dominiert. Die Realität des politischen Wandels in den postsowjetischen Staaten lässt sich jedoch nicht durch das Drei-Phasen-Modell politischer Transformation - Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung - erklären. Im Umfeld der Präsidentschaftswahlen in Kirgistan (2005), Kasachstan (2006), Tadschikistan (2006) und Usbekistan (2007) muss eher konstatiert werden, dass die zentralasiatischen Herrschaftssysteme einen Grad politischer Konsolidierung erreicht haben, ohne gleichzeitig das Kriterium der Demokratisierung zu erfüllen. Ziel des vorliegenden Artikels ist es zu zeigen, dass es nach der Unabhängigkeit in der gesamten Region zu einer zunehmenden Konzentration der Macht in den Händen der Präsidenten und dadurch zu einer "Personalisierung des Staates" gekommen ist. Dabei werden die unterschiedlichen Strategien des politischen Machterhalts dargestellt; darüber hinaus wird gefragt, mit welchen Entwicklungen in Bezug auf die Nachfolge dieser Herrscher in den kommenden Jahren zu rechnen ist. Im ersten Teil des Artikels werden unterschiedliche Herrschaftsauffassungen dargestellt und zur Region Zentralasien in Beziehung gesetzt. Im zweiten Teil wird die am Machterhalt orientierte Politik der Präsidenten exemplarisch an der Einbindung regionaler und tribaler Gruppen in den zentralasiatischen Staaten sowie an der Präsidentschaft in Kirgistan verdeutlicht. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den möglichen Nachfolgeregelungen in den Staaten der Region. Es wird argumentiert, dass dort die Etablierung von Dynastien statt Demokratien am wahrscheinlichsten ist. (ICA2)

[76-L] Buhbe, Matthes:

Russlands Parteiensystem, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2006, H. 2, S. 125-144 (URL: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG2_2006/BUHBE.PDF)

INHALT: "Im neuen politischen System Russlands hat der Präsident eine derart starke Position, dass Kritiker von einer Tendenz zum Neo-Zarismus sprechen. Die politischen Parteien wollen diese Entwicklung gar nicht aufhalten, denn gerade die wichtigen sind 'Parteien der Macht', die sich durch Wohlverhalten um die Gunst des Kreml bemühen statt als Gegengewicht zu wirken. Demokratisierungsfortschritte und eine Annäherung des Parteiensystems an westeuropäische Vorbilder stellen lediglich eines der denkbaren Szenarien dar." (Autorenreferat)

[77-L] Conkievich, Elaine M.:

Armenien: Die Unterstützung des Reformprozesses durch die OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 205-216, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Armenien hat auf dem Weg demokratische Reformen schon ein gutes Stück zurückgelegt, hat jedoch auch noch einen weiten Weg vor sich. Auf diesem Weg ist die Unterstützung durch die OSZE eine wichtige Hilfe. Das OSZE-Büro in Eriwan beobachtet die politische Entwicklung und unterstützt die Demokratisierung Armeniens auf politisch-militärischer Dimension (Polizeireform, Terrorismusbekämpfung), auf ökonomisch-ökologischer Dimension (Kordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten) und auf der menschlichen Dimension (politische Willensbildung, öffentliche Verwaltung, Grundrechte). Ein Problemfeld stellt gegenwärtig noch das Gebiet der Medienfreiheit dar. (ICE)

[78-L] Danilov, Dmitrij:

Russian armed forces in transformation, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 75-96, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Neuausrichtung der russischen Streitkräfte. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) die Struktur der russischen Streitkräfte in den 1990er Jahren unter Präsident B. Jelzin, (2) die neuen Hoffnungen für militärische Reformen mit Beginn der Präsidentschaft von V. Putin 2000, (3) die weiterhin stark ausgeprägte Macht der Generäle und die sogenannte 'General-Reform', (4) die Grundstruktur der Streitkräfte, (5) die Notwendigkeit einer qualitativen Reform der militärischen Organisation, (6) zwei Projekte des Reformprogramms, (7) die Einleitung qualitativer Veränderungen in der Militärorganisation mit der Verabschiedung eines entsprechenden Zielprogramms 2003 und (8) dabei auftretende Schwierigkeiten. Hinsichtlich der Perspektiven einer erfolgreichen Reformierung der russischen Streitkräfte bzw. der militärischen Organisation merkt der Autor abschließend an, dass einerseits ein Konservatismus unter den Militärzirkeln besteht, der eine weitreichende Modernisierung verhindern möchte. Andererseits bedeutet die angestrebte zivile Kontrolle der Streitkräfte nicht nur eine Reform des Militärs, sondern liefert auch einen wichtigen Baustein bei der Bildung einer Zivilgesellschaft in Russland. (ICG2)

[79-L] Durkot, Juri:

Ukraine: die durchwachsene Bilanz für "Orange", in: KAS-Auslands-Informationen, 2005, Nr. 12, S. 151-167 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_7827_1.pdf

INHALT: "Ein Jahr nach der 'orangenen' Revolution in der Ukraine ist die Bilanz eher durchwachsen. Die Revolutionäre haben sich zerstritten, man tut sich schwer mit den radikalen Reformen. Die Ukrainer zeigen sich zunehmend enttäuscht über die Grabenkämpfe in der Koalition. Die erste Regierung nach der Revolution hat sich nur sieben Monate im Amt gehalten, das Wirtschaftswachstum hat sich deutlich verlangsamt. Trotzdem war das vergangene Jahr nach dem Wechsel in der Ukraine keineswegs eine verlorene Zeit." (Autorenreferat)

[80-L] Fenz, Hendrik:

Grenzen der Demokratisierung in postautoritären Staaten am Beispiel Aserbaidshans, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 179-191, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Verfasser gibt einen Überblick über die politische Entwicklung in Aserbaidshans im Jahrzehnt der Transformation zwischen 1992 und 2003. In dieser Zeit stellten zunächst die "Aserbaidshansische Volksfront" (Elcibey), dann die Partei "Neues Aserbaidshans" (H. Alijew, I. Alijew) die Präsidenten. Der Prozess des "state building" kann heute in Aserbaidshans als konsolidiert bezeichnet werden, wobei Aserbaidshans auf der Grenze zwischen defekter Demokratie und semiautoritärem System zu verorten ist. Nationalismus und politische Gleichschaltung behindern den politischen Fortschritt des Landes. Erst eine Enthierarchisie-

rung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft würde verbesserte Möglichkeiten einer politischen Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen eröffnen. (ICE2)

[81-L] Fischer, Sabine:

Integrationsprozesse im post-sowjetischen Raum: Voraussetzungen, Erwartungen, Potenziale, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2006, H. 1, S. 134-149

(URL: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG1_2006/FISCHER.PDF)

INHALT: "Die Staaten des postsowjetischen Raums sind durch Interdependenzen aber auch Verträge verbunden und gehören zusammen diversen regionalen Organisationen an. Doch von zwischenstaatlicher oder gar supranationaler Integration sind sie weit entfernt. Zur Stabilisierung der Region ist es deshalb notwendig, Russland und die neuen unabhängigen Staaten in ein Netz aus regionalen und sub-regionalen Kooperationsstrukturen einzubinden, das eng mit der EU verknüpft sein könnte." (Autorenreferat)

[82-L] Fritz, Erich G. (Hrsg.):

Russland unter Putin: Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?, (Forum internationale Politik, 3), Oberhausen: Athena Verl. 2005, 248 S., ISBN: 3-89896-213-X

INHALT: Ist die Konsolidierung der derzeitigen Machtverhältnisse eine wichtige Voraussetzung für eine Demokratisierung? Oder vollzieht sich in Russland eine neue Transformation von einer unvollkommenen formalen Demokratie in eine Autokratie? Ausgehend von diesen Fragen werden die neuesten Entwicklungen seit den Wahlen zur Duma und dem Beginn der zweiten Amtszeit Präsident Putins analysiert. Zu den Autoren zählen deutsche und russische Parlamentarier und Wissenschaftler, zu den Themen gehören u. a. der Zustand der russischen Demokratie, Moskaus Kaukasuspolitik, der Umgang mit den neuen Reichen, die Stellung der Religionsgemeinschaften sowie das deutsch-russische Verhältnis. Der Band sei als Diskussionsbeitrag zu verstehen, so der Herausgeber. Man wolle damit zur Beteiligung an der Diskussion über die Zukunft Russlands auffordern. In seinem eigenen Beitrag macht er ausdrücklich deutlich, dass er angesichts der Demokratiedefizite und mangelnden Rechtsstaatlichkeit nichts von politischer Leisetreterei gegenüber Russland hält. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Wladimir Ryschkow: Die Vierte Duma als Ballast für die russische Demokratie (9-26); Margarete Wiest: Stärkung oder Schwächung des Demokratieprinzips? Der Föderationsrat unter Putin (27-44); Claudia Nolte: 'Gelenkte Demokratie'. Weg zum autoritären Staat? (45-54); Friedbert Pflüger: Die Präsidentschaftswahl und ihre Folgen. Russland darf kein Ausnahmepartner sein (55-68); Heinrich Vogel: Die verletzte Großmacht. Voraussetzungen für einen Umgang mit Russland (69-79); Gernot Erlen: Beslan und die Folgen. Moskaus Kaukasuspolitik und die russische Transformation (81-94); Jens Siegert: Tschetschenien, der Kampf gegen den Terror und für Menschenrechte (95-109); Erich G. Fritz: Stabilität und Ordnung ohne Freiheit und Demokratie? Chancen und Voraussetzungen einer demokratischen Entwicklung Russlands (111-137); Ruslan Grinberg: Ordnung und wirtschaftlicher Erfolg ohne Entwicklung zur Demokratie? (139-153); Alexander Rahr: Gute und schlechte Oligarchen. Der Umgang Putins mit den neuen Reichen (155-172); Wolfgang Schäuble: Das deutsch-russische Verhältnis (173-181) Andreas-Renatus Hartmann: Die russische Außenpolitik, die neue Nachbarschaftspolitik der EU und die Beziehungen EU-Russland aus Brüsseler Sicht (183-193); Kristina Schmelzer-Schwind: Formlose Gesellschaft? Die Rolle gesellschaftlicher Or-

ganisationen in Russland. Eine deutsche Sicht (195-212); Andrei Kortunov: Formlose Gesellschaft? Die Rolle gesellschaftlicher Organisationen in Russland. Eine russische Sicht (213-223); Markus Ingenlath / Konstantin Kostjuk: Religionsgemeinschaften in Russland. Eine deutsche Sicht (225-232); Elena Miroshnikova: Die Stellung der Religionsgemeinschaften in Russland. Eine russische Sicht (233-243). (ZPol, VS)

[83-L] Gruska, Ulrike:

Separatismus in Georgien: Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung am Beispiel Abchasien, (Arbeitspapier / Universität Hamburg, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Nr. 1/2005), Hamburg 2005, 118 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/ap1-05.pdf>)

INHALT: "Das südkaukasische Georgien und sein separatistischer Landesteil Abchasien liegen seit mehr als zehn Jahren offiziell miteinander im Krieg. Im Konflikt um die Unabhängigkeit der abtrünnigen Region haben es nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen 1992/93 weder einzelne Staaten noch die internationale Gemeinschaft geschafft, zwischen den verfeindeten Parteien zu vermitteln. Warum der Friedensprozess zwischen Tiflis und Suchumi trotz umfangreicher und intensiver Bemühungen der internationalen Vermittler bislang derart erfolglos ist, will die vorliegende Studie erklären. Sie stützt sich dabei in erster Linie auf Interviews der Autorin mit georgischen Politikern und Wissenschaftlern und mit an den Verhandlungen beteiligten Diplomaten. Die Analyse der Interessen der wichtigsten Akteure im Friedensprozess zeigt, dass dieser durch die unnachgiebigen und kaum zu vereinbarenden Positionen der Konfliktparteien ebenso behindert wird wie durch die ambivalente Politik der Russischen Föderation im Krisengebiet und durch die geostrategische Konkurrenz der internationalen Hauptakteure Russland und USA. Auch die zögerliche Haltung der Vereinten Nationen als Schirmherrin des Verhandlungsprozesses und die unentschlossene Politik der europäischen Länder gegenüber dem Südkaukasus spielen hier eine Rolle. Nach der Untersuchung der zentralen Probleme bei der Konfliktlösung zeigt die Studie Ansätze für einen erfolgreicheren Friedensprozess auf. Sie geht dabei neben der Wiederbelebung der klassischen Verhandlungsformate der UN unter anderem auf wirtschaftliche Anreize zur Konfliktlösung und auf zivilgesellschaftliche Initiativen ein. Ein abschließendes Kapitel analysiert die aktuellen innenpolitischen Ereignisse vom friedlichen Machtwechsel in Georgien im November 2003 bis zu den umstrittenen Präsidentschaftswahlen, die Abchasien ein Jahr später an den Rand eines Bürgerkrieges brachten, und fragt nach ihrer Bedeutung für die Konfliktlösung." (Autorenreferat)

[84-L] Heinemann-Grüder, Andreas:

Putins Russland: Föderation ohne Föderalismus, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 339-355, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Seit 1990 - dem Jahr der Souveränitätserklärung der RSFSR - haben die föderalen Beziehungen der Teilrepubliken mehrere Kehrtwenden durchlebt. Die russische Föderation kann heute mitnichten als konsolidiert gelten. Konsolidierungsmängel sind auf Verschiebungen in den tiefer liegenden Kräftekonstellationen zwischen der Zentralmacht und den Regio-

nen, auf einen nicht abgeschlossenen Institutionalisierungsprozess und das instrumentelle Verhältnis der Akteure zu föderalen Normen und Legitimationsmustern zurückzuführen. Die Kräfteverhältnisse zwischen Zentrum und Regionen sind dabei maßgeblich durch drei Faktoren bestimmt worden - die Kapazitäten des Präsidialregimes, die Ressourcenverfügung der Regionen und die Konstitution regionaler Interessengruppen. Der vorliegende Beitrag diskutiert institutionelle Charakteristika der russischen Föderation, die Besonderheiten des ethnischen Föderalismus und die antidemokratischen Effekte föderaler Machttrennung. Insgesamt drückt sich in Putins Reformen eine Geringschätzung föderaler Autonomie aus. Die Reformen sind an der Einheit des Rechtsraumes orientiert, nicht jedoch an dem Gedanken der föderalen Gewaltentrennung, der unabhängigen Legitimation der Regierungsebenen und dem Schutz von Residualvollmachten. Für den Föderalismus erweist sich dauerhaft gerade die Stellung des Präsidenten als stärkste Bedrohung. Es ist die gleichsam jenseits der föderalen Gewaltenteilung stehende Rolle des Präsidenten und seines Apparates, die das Einfallstor für Machtfusion eröffnet. (ICA2)

[85-L] Huber, Mária:

Demokratieexport nach Osteuropa: US-Strategien in der Ukraine, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50/2005, H. 12, S. 1463-1472 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Regimewechsel in der Ukraine kam mit massiver US-amerikanischer Unterstützung zustande. Die Trägerorganisationen dieser Hilfe repräsentieren laut US-Regierung die zivile Alternative zur militärischen Intervention. Zu den politischen Akteuren gehörten USAID, deren Demokratie- und Regierungsprogramme laut eigener Einschätzung einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang hatten, sowie die National Endowment for Democracy (NED). Ein Blick auf das berufliche Profil der Spitzenakteure und -funktionäre zeigt zudem, dass die behauptete Trennung von ziviler und militärischer Strategie eine bloße Chimäre ist. Nach dem Sturz des Kutschma-Regimes offerierte der neu gewählte Präsident Juschtschenko folgerichtig den USA eine "aufrichtige strategische Partnerschaft". (ICE2)

[86-L] Jawad, Pamela:

Democratic consolidation in Georgia after the "Rose Revolution"?, (PRIF-Report, No. 73), Frankfurt am Main 2005, 38 S., ISBN: 3-937829-26-1 (Graue Literatur; URL: <http://www.hsfk.de/downloads/prif73.pdf>)

INHALT: Der Beitrag untersucht die für die demokratische Konsolidierung relevanten Bedingungen in Georgien. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Rosenrevolution von 2003 eine entscheidende Wendung in der Entwicklung des Landes darstellt. Ist die Administration unter Saakashvili in der Lage, die Hoffnungen nach einer demokratischen und damit politischen Reform zu verwirklichen? Worin bestehen die Chancen und Herausforderungen der politischen Dynamik, die sich nach dem Regierungswechsel entfaltet haben? Und welche Einstiegsmöglichkeiten lassen sich für externe Akteure ausmachen, um hier einen positiven Einfluss auf die politische Situation zu nehmen? Gemäß der Ausgangsfragen werden folgende Bedingungen in Georgien betrachtet und bewertet: (1) die Prozesse der Nationen- und Staatenbildung, (2) die politische Stabilität, (3) die sozioökonomische Entwicklung, (4) die Erfahrungen mit Demokratie und die Traditionen der Zivilgesellschaft

sowie (5) der internationale Kontext. Die Untersuchung offenbart sehr schwierige Bedingungen für einen Demokratisierungsprozess in Georgien. Somit stellt die Rosenrevolution nach Einschätzung der Autorin bislang keine entscheidende Wende für den politischen Prozess einer demokratischen Konsolidierung dar. (ICG)

[87-L] Kunze, Thomas:

Russlands Hinterhof: Turkmenistan - Selbsterstörung durch Autokratie, in: KAS-Auslands-Informationen, 2006, Nr. 2, S. 75-98 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_8095_1.pdf)

INHALT: "Turkmenistan, das unlängst der zerfallenden Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) den Rücken gekehrt hat, ist unter den früheren asiatischen Sowjetrepubliken ein Sonderfall. Von seinem exzentrischen Präsidenten Saparmurat Nijasow in einer Mischung aus stalinistischer Diktatur und orientalischer Despotie geführt, versucht das Land, sich dem Einfluss Moskaus zu entziehen, obwohl es bei der Vermarktung seiner enormen Gasvorräte doch der russischen Infrastruktur bedarf. Nijasow, der sich selbst als Turkmenbashi, als Führer der Turkmenen, sieht und seinem Volk einen bizarr anmutenden Personenkult nach der Maxime 'Halk, Vatan, Turkmenbashi' (Ein Volk, ein Land, ein Turkmenenführer) verordnet hat, steht für die Missachtung von Menschenrechten, die Diskriminierung von Minderheiten und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Er steht aber auch für die nationalistische Ideologie der 'Ruhnama', eines abstrusen, von Geschichtsfälschungen strotzenden Buchs, das den Turkmenen von seinem Autor, dem Staatschef selbst, als geistig-weltanschauliche Richtschnur oktroyiert worden ist. Wie die Zukunft Turkmenistans, das durch seine 'immer währende Neutralität' in der Außenpolitik, aber auch wegen seiner attraktiven Gasvorkommen keineswegs der Paradedeind des Westens war, aussieht, bleibt auch angesichts der allmählich schärfer werdenden internationalen Kritik an dem Regime in Aschgabad abzuwarten." (Autorenreferat)

[88-L] Lindner, Rainer:

"Präsidentchaftswahl" in Belarus: autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation, (SWP-Studie, S 6), Berlin 2006, 27 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1638)

INHALT: "Belarus ist ein ebenso wichtiger wie problematischer Nachbarstaat der EU. In diesem Land werden derzeit die autoritären Machtstrukturen dramatisch ausgeweitet. Die manipulierte Präsidentchaftswahl und der massive Gewalteininsatz gegen friedliche Demonstranten haben den Charakter der Minsker Herrschaft verdeutlicht. Ausgehend von den Wahlen am 19. März 2006 und dem anschließenden Protest der Opposition, erläutert die Studie die vier zentralen Säulen, auf denen das Machtsystem von Präsident Alexander Lukaschenko beruht: das sowjetische Erbe, die autoritäre Herrschaft, die abhängige Staatswirtschaft und die internationale Abschottung. Darüber hinaus wird die Frage nach Stabilität oder Fragilität der Herrschaft angesichts der abhängigen Wirtschaft, wachsender innerer Widersprüche und internationaler Selbstisolation Belarus' gestellt. Die maßgebenden europäischen und amerikanischen Akteure haben sich Anfang 2006 auf gemeinsame politische Schritte gegenüber Belarus verständigt. Nachdem Washington und Brüssel in der Vergangenheit in den Beziehungen mit dem

EU-Nachbarn Belarus unterschiedliche Strategien verfolgt hatten, hat der Druck des vom Regime überstürzt angesetzten Urnengangs USA und EU zu konzertiertem Handeln veranlasst. Neben einer Politik der ausgestreckten Hand gegenüber dem Staat Belarus und seinen Einwohnern sind die EU und USA entschlossen, die Wahlergebnisse gemeinsam zu bewerten und abgestimmt auf sie zu reagieren." (Autorenreferat)

[89-L] Lorenz, Astrid:

Belarus: Politische Kultur und Systemwechsel, in: Raimund Krämer (Hrsg.): *Autoritäre Systeme im Vergleich*, Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam, 2005, S. 195-207, ISBN: 3-937786-68-6 (Standort: UB Siegen(467)-31/PDB/1717)

INHALT: Belarus an der westlichen Peripherie der ehemaligen Sowjetunion gelegen, klein, mit offener Volkswirtschaft und einem im osteuropäischen Vergleich hohen Wohlstand und Human Development Index ausgestattet, kann in seiner Demokratisierung derzeit als unterbrochen oder gescheitert bezeichnet werden. Der vorliegende Beitrag sucht nach Erklärungen für diesen Tatbestand. Üblicherweise sollen zwei Thesen die politische Entwicklung im autoritären Belarus erklären: Zum einen jene, dass der seit 1994 amtierende Präsident Lukaschenko als Alleinherrscher sämtliche Geschicke des Landes lenkt. Zum anderen jene von einer speziellen politischen Kultur der Belarussen, die gewissermaßen "diktaturanfällig" seien. Nicht selten werden beide Thesen miteinander kombiniert: Lukaschenko sei eine - teils sogar als gesetzmäßig bezeichnete - Folge der historischen und politisch-kulturellen Eigenarten von Belarus. Der Beitrag setzt sich genauer mit den Charakteristika und der möglichen Prägekraft der politischen Kultur in Belarus auseinander. Er diskutiert die Grenzen ihrer Erklärungskraft hinsichtlich politischer Prozesse und bespricht weitere bedeutsame Variablen. Unter politischer Kultur versteht die Autorin die Gesamtheit der das politische System (polity), das politische Verhalten (politics) und die politischen Inhalte (policy) betreffenden Einstellungen. Hierzu zählen insbesondere das Verhältnis der Bürger zum Staat und zur Eigenstaatlichkeit, ihre kollektive Identität, politische Ideen und Wertehierarchien, die Wahrnehmung abstrakter politischer Institutionen (Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung u.a.), politischer Wettbewerb und politische Partizipation. (ICA2)

[90-L] Mangott, Gerhard:

Russia - the emergence of a (mis-)managed democracy, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 49-74, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem Aspekt der Demokratisierung in dem post-kommunistischen Land. Dabei erörtert die Verfasserin die kritische Feststellung, dass der bisherige politische Prozess im Großen und Ganzen das Ergebnis eines schlecht ausgearbeiteten politischen Fahrplanes ist, an dem der nicht-demokratische Bestandteil der politischen Eliten sehr prägend mitwirkt. In einem ersten Schritt werden sodann die verpassten Gelegenheiten bei der Installierung eines demokratischen Systems seit Anfang der 1990er Jahre beschrieben, insbesondere in den Bereichen der Exekutive und Legislative. Der zweite Schritt stellt die Defizite des russischen politischen Regimes dar, die sich aus der neuen Verfassung von 1993 ergeben. Dazu gehören (1) das Mehrparteiensystem und damit einhergehende Wahlen sowie (2) die umfassende politische Macht des Präsi-

dentem. Auf dieser Grundlage befasst sich der dritte Schritt schließlich mit dem politischen Werdegang und der späteren Vormachtstellung des seit 2000 amtierenden Präsidenten V. Putin in der russischen Demokratie. (ICG2)

[91-L] Nuriyev, Elkhan:

Wahlen in Aserbaidschan: innenpolitische Machtkämpfe und strategische Interessen der Großmächte, (SWP-Aktuell, 2005/55), Berlin 2005, 8 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1496)

INHALT: "Zwei Jahre nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten Aserbaidschans sieht sich Ilham Alijew mit einer an Schärfe gewinnenden innenpolitischen Krise konfrontiert. Am 6. November 2005 fanden Parlamentswahlen statt, bei denen die Opposition und westliche Wahlbeobachter zahlreiche schwerwiegende Verstöße und Fälschungen registrierten. Das Regierungslager wiederum versichert, alle Voraussetzungen für faire, transparente und demokratische Wahlen seien erfüllt gewesen. Internationale Organisationen waren schließlich weit im Vorfeld der Wahlen bemüht, für solche Voraussetzungen zu sorgen. Die USA, der wichtigste externe Spieler in der Region, gaben zu verstehen, dass sie auf Wahlmanipulationen deutlich reagieren würden. So sehr sich im Umfeld der Wahlen die internationale Aufmerksamkeit auf das Kräftespiel zwischen der Staatsmacht und Oppositionellen richtet, dürfen darüber die Dynamiken innerhalb der Elite nicht außer acht gelassen werden. Vor den Parlamentswahlen kamen Trennlinien innerhalb des Regierungslagers deutlich zum Vorschein." (Autorenreferat)

[92-L] Ryabov, Andrei:

Political parties and the multiparty system in Russia today: the role played by parties in contemporary Russian politics, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 31-47, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Rolle und dem Einfluss der politischen Parteien in der post-kommunistischen Politik. In einem ersten Schritt werden die Gründe für die geringe politische Macht der Parteien beschrieben: (1) das wenig ausgeprägte Verhältnis zwischen den Machtinstitutionen und der Gesellschaft, der 'negative Konsens', (2) das gegenwärtige 'konstitutionelle Design' sowie (3) Eigenschaften der traditionellen politischen Kultur. Der zweite Schritt stellt sodann die Grundlagen und die Struktur des heutigen Mehrparteiensystems in Russland dar, deren Entwicklung Anfang der 1990er Jahre beginnt. Der dritte Schritt skizziert abschließend die Entwicklungsaussichten des russischen Multiparteiensystems zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Hier spielt die politische Elite des Landes gewissermaßen den Gegenpart des Demokratisierungsprozesses, allerdings wird ihr hemmender Einfluss auf die Weiterentwicklung des Mehrparteiensystems nur von kurzer Dauer sein. Der gegenwärtige gesetzliche Rahmen, die Veränderungen der Sozialstruktur sowie die Tendenz hin zu einem offenen politischen Prozess gelten stattdessen als wichtiger Auftrieb für die weitere Etablierung des Mehrparteiensystems. (ICG2)

[93-L] Schatte, Julia:

"Die Illusion von Freiheit - Russlands Rückzug von der Demokratie", in: Kultursoziologie : Aspekte Analysen Argumente ; wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V. Leipzig, Jg. 14/2005, H. 1, S. 105-124 (Standort: USB Köln(38)-XG7307; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der letzten Zeit äußern westliche Politiker immer häufiger, dass angesichts der Entwicklung in der Russländischen Föderation unter Putin die Hoffnung schwindet, Russland werde zu einer Demokratie nach westlichen Standards. Der in Putins erster Amtszeit eingeführte Begriff 'gelenkte Demokratie' soll eine demokratische Entwicklung kennzeichnen, die der russischen Tradition und Geschichte gemäß, aber nicht neu erfunden ist. Während der russische Präsident Putin versichert, dass Russland nicht von der Demokratie abkehren wird, sprechen die politischen Fakten für das Gegenteil. Der folgende Beitrag soll einen Überblick über die letzten Entwicklungen in den Bereichen Medien, Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik geben und darstellen, unter welchen antidemokratischen Vorzeichen die Russländische Föderation in das Jahr 2005 ging. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Vergleich der russischen und der westlichen Sicht und Argumentation gelegt. Am Schluss steht die Frage, ob es Alternativen zur derzeitigen politischen Entwicklung gab und gibt." (Textauszug)

[94-L] Schneider, Eberhard:

Die Entwicklung des demokratischen Systems in Russland, in: Guido Thiemeyer, Hartmut Ullrich (Hrsg.): Europäische Perspektiven der Demokratie : historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 283-305, ISBN: 3-631-39755-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/648)

INHALT: Der Beitrag zum Demokratisierungsprozess in Russland umfasst die Betrachtung des politischen Transformationsprozesses auf drei Ebenen: Der erste Abschnitt beschreibt die institutionelle Transformation auf der Makroebene, wobei sich die Ausführungen in folgende Aspekte gliedern: (1) die verfassungsmäßigen Grundwerte des russischen politischen Systems, (2) Wahlen und präsidentiale Demokratie sowie (3) der Weg zum Rechtsstaat. Der zweite Abschnitt widmet sich sodann der Transformation auf der Mesoebene. Dazu gehören (1) die Entwicklung des Parteiensystems, (2) die Entstehung informeller gesellschaftlicher Gruppierungen, (3) die Herausbildung von Protoparteien 1989, (4) die Parteibildung gemäß der Antinomie 'Demokraten-Kommunisten' 1990/91, (5) die Parteienbildung im Dreieck 'Demokraten-Zentristen-Opposition' 1991-1993, (6) die Etablierung der 'Partei der Macht' zwischen 1993 und 1995, (7) die Entstehung neuer politischer Kräfte nach 1995, (8) die Einführung des Parteiengesetzes unter Präsident Putin sowie (9) die Ausformung der Verbände und Gewerkschaften. Der dritte Abschnitt skizziert abschließend mit der Entwicklung einer Zivilgesellschaft die Transformation auf der Mikroebene. Während auf der zentralen Ebene die Transformation formal weitgehend vollzogen wurde, hat sich auf der Mesoebene noch kein einheitliches Parteiensystem entwickelt, das die unterschiedlichen politischen Interessen bündeln und artikulieren und so die Vermittlung zwischen der Gesellschaft und dem Staat übernehmen könnte. Die auf der zentralen Ebene weitgehend vollzogene politische Transformation ruht auf einem unzureichenden Unterbau, was Risiken für den dauerhaften Bestand des Transformationsgebäudes beinhaltet. (ICG2)

[95-L] Schneider, Eberhard:

Das politische System der Ukraine: eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 210 S., ISBN: 3-531-13847-2 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5299)

INHALT: Vor dem Hintergrund begrifflich-theoretischer Konzepte zur politischen Transformation und des konkreten Transformationsprozesses in der Ukraine stellt der Verfasser die konstituierenden Elemente des politischen Systems der Ukraine vor: die Verfassung von 1996, die Grundwerte des politischen Systems, Parlament, Präsident, Regierung, Justiz, Staatsstruktur, kommunale Selbstverwaltung, politische Parteien, Massenmedien, politische Elite, Außenpolitik. Der Verfasser wertet den Erfolg der Transformation in der Ukraine differenziert. Während sie auf der zentralen institutionellen Ebene formal abgeschlossen ist, lässt die mittlere Ebene der repräsentativen Transformation noch viel zu wünschen übrig (Parteiensystem, politische Clans). Von der Herausbildung einer Zivilgesellschaft an der Basis schließlich ist die Ukraine noch weit entfernt. Die Unabhängigkeit der Richter lässt oft zu wünschen übrig. Insgesamt charakterisiert der Verfasser die Ukraine als defekte Demokratie illiberaler Form. (ICE2)

[96-L] Schünemann, Manfred:

Selbstvertrauen und Kontinuität: Russland am Beginn der zweiten Amtszeit Präsident Putins, in: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2004, Herford: Mittler, 2004, S. 681-700, ISBN: 3-8132-0829-X (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IE790/J2I6S/2004)

INHALT: "Im Ergebnis der sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung seit der Amtsübernahme Wladimir Putins im Jahr 2000 hat sich die innere und äußere Situation Russlands wesentlich stabilisiert. Am Beginn der zweiten Amtszeit Putins zeigt sich Russland mit wieder gewonnenem Selbstvertrauen, es ist in die internationale Arena als ernst zu nehmender Faktor zurückgekehrt. Erreicht wurde diese Entwicklung vor allem durch einen Ausbau autoritär-bürokratischer Herrschaftsstrukturen, durch eine weitgehende Anpassung der demokratischen Institutionen an dieses System und durch eine Paralyse aller kritisch-oppositionellen Kräfte, sobald sie zu einer realen Gefahr für das Herrschaftssystem werden. Bei einer Fortdauer der äußeren und inneren Rahmenbedingungen kann davon ausgegangen werden, dass sich die stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Russlands auch in der zweiten Amtszeit Putins fortsetzen wird. Wesentliche Änderungen an der innen- und außenpolitischen Strategie sind nicht zu erwarten. Nach westlichen Maßstäben wird sich in Russland demzufolge nur eine bedingt demokratische und wenig pluralistische Gesellschaft entfalten. Russland wird sich aber innenpolitisch weiter stabilisieren und außenpolitisch berechenbar bleiben." (Autorenreferat)

[97-L] Shevtsova, Lilia:

Bürokratischer Autoritarismus: Fallen und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 11, S. 6-13 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.bpb.de/files/HM5NZ3.pdf>)

INHALT: "Das Hauptproblem der Demokratie in Russland liegt nicht in der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern in der herrschenden Klasse. Wenn Russland weiter in den Autoritaris-

mus hineinschlittert, so geschieht das nicht, weil die Mehrheit der Gesellschaft dies will, sondern weil niemand dem Volk eine überzeugende liberaldemokratische Alternative angeboten hat." (Autorenreferat)

[98-L] Shevtsova, Lilia:

Evolution of Vladimir Putin's political regime, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 19-29, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der politischen Arbeit von Präsident V. Putin. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Herausforderungen bzw. Aufgaben: (1) Umgang mit dem politischen Vermächtnis des Amtsvorgängers B. Jelzin, (2) die außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Westen, (2) die politische und institutionelle Neuausrichtung des bisherigen russischen Systems, das durch die politische Macht einer Elite geprägt ist, (3) Abbau der Bürokratie, (4) die Möglichkeit einer politischen Krise, hervorgerufen durch Spannungen zwischen Anhängern eines voranschreitenden Dezentralisierungsprozesses und Unterstützern des derzeitigen Regimes sowie (5) die Förderung der politischen und sozialen Emanzipation der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Reformbedarfs steht Putin vor einer wichtigen politischen Entscheidung: Entweder er behält den Kurs aus Jelzins Amtszeiten bei und gewährt den russischen Führern bzw. der einflussreichen politischen Klasse weiterhin große Macht im Land. Oder aber er beschreitet den Weg der politischen Konfrontation mit dieser Elite im Zuge einer Reformierung des russischen Systems, was jedoch mit dem Risiko des eigenen politischen Endes verbunden ist. (ICG2)

[99-L] Trenin, Dmitri:

Russland: die gestrandete Weltmacht, Hamburg: Murmann 2005, 352 S., ISBN: 3-938017-16-3

INHALT: Der Autor fordert eine weit reichende Integration Russlands in den Westen und begründet das mit geopolitischen Argumenten. Er stellt den Zusammenhang zwischen Grenze, Sicherheit und Identität dar und geht auf die Folgen der NATO- und EU-Erweiterung ein. Darüber hinaus werden die islamische Militanz und der Aufstieg des Nachbarn China problematisiert. Russland laufe Gefahr, zwischen den Machtzentren an seinen drei Fronten aufgerieben zu werden. Die politische Instabilität in Zentralasien und die wachsende Macht Chinas ließen Russland keine andere Wahl, als sich dem Westen anzuschließen. Deshalb müsse sich Russland bewusst für Europa entscheiden. Aber auch die EU, zu deren künftigen Mitgliedern Bulgarien und die Türkei gehören werden, könne Russland langfristig einen Beitritt nicht verweigern, jedenfalls nicht aus 'kulturellen Gründen' (258). Trenin analysiert die postsowjetischen Territorialverhältnisse an der russischen Landesgrenze und legt die politischen, wirtschaftlichen, demografischen, religiösen und strategischen Herausforderungen dar, mit denen Russland hinsichtlich seiner heterogenen Nachbarstaaten zu kämpfen hat. Russland sei nicht länger der vorherrschende Staat in der Region und habe seine Eigenschaft 'als Zentrum des Kontinents' (12) verloren. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist die historische Erfahrung Russlands. Die Muster der territorialen Entstehung des russischen Staates und die Auswirkungen des sowjetischen Untergangs als Umkehrung einer 500-jährigen Entwicklung werden in Zusammenhang gestellt. Auf dieser Grundlage untersucht Trenin die Rolle der GUS und die Ursache für das Scheitern einer Eurasischen Union. (ZPol, VS)

[100-L] Wiest, Margarete:

Stärkung oder Schwächung des Demokratieprinzips?: der Föderationsrat unter Putin, in: Erich G. Fritz (Hrsg.): Russland unter Putin : Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?, Oberhausen: Athena Verl., 2005, S. 27-44, ISBN: 3-89896-213-X

INHALT: Es wird analysiert, inwieweit die Reform des Föderationsrats zu einer Reform des föderalen Systems in Russland geführt hat bzw. dazu beigetragen hat, die autoritären Tendenzen zu festigen. Im Föderationsrat verliert die Idee der regionalen Interessenvertretung zunehmend an Bedeutung, da mehr als die Hälfte der Senatoren aus St. Petersburg und Moskau stammen. Bei der Gesetzgebung nimmt der Föderationsrat eine passive Rolle ein, auch die Kontrollbefugnisse gegenüber dem Präsidenten können nicht mehr effektiv wahrgenommen werden. Der eigentliche Zweck der Reform scheint nach Meinung der Verfasserin weniger darin zu bestehen, den Föderationsrat effizienter zu gestalten und damit die demokratische Entwicklung Russlands zu fördern, sondern sich der Konkurrenz der mächtigen Regionalgouverneure zu entledigen. Die Marginalisierung des Föderationsrats, seine Instrumentalisierung durch den Kreml und seine unsichere Existenz sind ein Gradmesser für den demokratischen Entwicklungsstand Russlands unter Putin, das sich immer mehr in Richtung auf einen autoritären Staat bewegt (ICF)

[101-L] Zlepko, Dmytro:

Die Ukraine - diesseits oder jenseits der europäischen Grenzen?, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 57/2006, H. 405, S. 59-71 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.hss.de/downloads/PolitischeStudien405.pdf>)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit der Frage nach der europäischen Zugehörigkeit der Ukraine bzw. der zukünftigen Einbindung des Landes in den europäischen Integrationsprozess. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Aspekte: (1) die historische Einordnung seit dem 13. Jahrhundert, (2) die ukrainischen Grenzprobleme im 20. Jahrhundert mit Russland (Krim), Rumänien (Schlangeninsel), der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik (Karpatho-Ukraine) und der Republik Moldau (Dnjestrepublik), (3) die neue Sprachregelung zu Europa seit 1991, (4) die Frage nach dem möglichen EU-Beitritt sowie (5) die Wertediskussion und die nationale Identität in der Ukraine. In einem Fazit merkt der Autor an, dass die Ukraine historisch, kulturell und religiös gesehen zu Europa gehört. Unabhängig von dem EU-Beitritt knüpft das Land an seine durch die Sowjetzeit unterbrochene Europäisierung an. Im Land bestehen noch Regionalisierungstendenzen, die sich bis zur Autonomie wie in der Krim äußern. Für territorialen Separatismus gibt es aber keine Grundlage. Das größte Hindernis im Europäisierungsprozess liegt im Land selber, da es erst ein eigenes Europabewusstsein entwickeln muss. (ICG2)

3.3 Geschichte

[102-L] Baberowski, Jörg:

Stalinismus und Nation: die Sowjetunion als Vielvölkerreich 1917-1953, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 3, S. 199-213 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: Die Sowjetunion war ein Vielvölkerreich, ein Imperium, das von einer multiethnischen Elite beherrscht wurde. Stalin, ihr Repräsentant, war an der kaukasischen Peripherie des Imperiums, in Georgien aufgewachsen. Jeder konnte sehen und hören, woher der Diktator kam. Mit der Ankunft der nationalen Minoritäten im Zentrum der Staatsmacht verwandelte sich das Imperium in einen Ort, der allen Völkern gehörte. Der Beitrag rekonstruiert, dass und wie die Bolschewiki von Anfang an versuchten, das Imperium zu nationalisieren, um es in eine Ordnung zu zwingen, in der sie sich selbst wiedererkannten. Für sie bestand die Bevölkerung des Imperiums aus Klassen und Nationen. Ihnen konnten Rechte zugestanden oder aberkannt werden, die sich aus ihrem Platz in der bolschewistischen Gesellschaftspyramide ergaben. Völkern wurden Sprachen und Territorien zugeordnet und Nationalgeschichten zugewiesen. Ein Kasache war nicht mehr nur ein Nomade. Er gehörte jetzt einer Nation an, die über ein Territorium und eine politische Ordnung verfügte. Und er genoss, weil er einer "rückständigen" Nation angehörte, Vorrechte gegenüber anderen Völkern. Die Modernisierung der Sowjetunion konnte nur gelingen, weil sie sich in diesen nationalen Formen vollzog. Weil aber auch der Widerstand gegen das bolschewistische Projekt in nationaler Verkleidung auftrat, nahmen Stalin und seine Gefolgsleute nicht nur Klassen, sondern auch Völker und Nationen als Feinde der sozialistischen Ordnung wahr und behandelte sie entsprechend. (ICA2)

[103-L] Bruder, Franziska:

Kollaboration oder Widerstand?: die ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 1, S. 20-44 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: In der Geschichtswissenschaft spielt die Beschäftigung mit Kollaboration und Widerstand vor allem für die Analyse der nationalsozialistischen Besatzungspolitik und der Durchführung des Holocaust eine Rolle. Aufgrund von Personal- und Zeitmangel war das NS-Besatzungsregime auf die Kollaboration vor Ort angewiesen. In der Forschung standen bislang insbesondere die Kollaboration politisch-gesellschaftlicher Organisationen und die Beteiligung Einheimischer an Hilfspolizei- oder anderen so genannten militärischen Fremdverbänden im Fokus. In diesem Zusammenhang liegen auch über die Ukraine wichtige Forschungsergebnisse vor. Eine detaillierte und differenzierte Analyse der nationalistischen Partei OUN-UPA fehlt jedoch bis heute. Der vorliegende Beitrag will hier die häufig zu eindimensionalen Geschichtsbilder korrigieren: die aktuell in der westukrainischen Historiografie vorherrschende Perspektive auf die OUN-UPA als nationale Helden wie auch das verzernte Propagandabild, das bis vor kurzem in Polen und in der sowjetischen Historiografie von den "ukrainischen Banden" gezeichnet wurde. Anhand eines knappen Abrisses der Organisationsgeschichte wird die komplexe Rolle der OUN-UPA als Mittäter und Kollaborateure einerseits, aber phasenweise ebenso als Gegner und auch Opfer nationalsozialistischer Politik dargestellt. Einen größeren Raum erhält die Darstellung der zweiten Kollaborationsphase seit

Frühjahr 1944, da diese, im Gegensatz zur ersten Phase bis Herbst 1941, in der ukrainischen Historiografie weitgehend verschwiegen wird. (ICA2)

[104-L] Fedtke, Gero:

Wie aus Bucharern Usbeken und Tadschiken wurden: sowjetische Nationalitätenpolitik im Lichte einer persönlichen Rivalität, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 3, S. 214-231 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: Die Sowjetunion war ein Vielvölkerimperium, das sich nach ethnisch-nationalen Kriterien konstituierte. Die Sowjetmacht identifizierte ihre Nationalitäten, versuchte sie durch wissenschaftliche Untersuchungen und Volkszählungen möglichst genau zu beschreiben und zu erfassen und betrieb auch aktiv ihre Bildung bzw. Entwicklung. Wo die Realität nicht zu zentral vorgegebenen Kriterien passte, wurde den Menschen eine Nationalität von oben zugeschrieben. Diese Politik wie auch das Selbstverständnis des Sowjetstaates war jedoch von Beginn an von dem Anspruch geprägt, dass die verschiedenen Völker gleichberechtigt und in Freundschaft miteinander leben sollten. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass dieser Anspruch nicht eingelöst wurde. Am Beispiel der sowjetischen Nationalitätenpolitik in Mittelasien wird gezeigt, wie die sowjetische Politik dazu führte, dass Interessen, die ursprünglich keinerlei ethnisch-nationale Konnotationen aufwiesen, in ethnisch-nationaler Sprache vertreten und Konflikte in ihr ausgefochten wurden. Der Konflikt zwischen Usbeken und Tadschiken wird aus der Perspektive der Verhältnisse zwischen zwei Protagonisten der tadschikischen bzw. usbekischen Seite untersucht. Eine solche Perspektive gestattet es, neue Aussagen zum Verhältnis zwischen der Zentralgewalt und der "Peripherie" in der Sowjetunion zu machen. (ICA2)

[105-L] Frick, Pius:

Lev Petrazickij und das Eigentum: Beobachtungen zum Frühwerk, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 527-539

INHALT: Der Beitrag stellt das Werk bzw. das praktisch-politische Denken des Rechtswissenschaftlers Lev Petrazickij (1867-1931) vor, in dessen Mittelpunkt das Eigentum steht. Dabei lassen sich in seinen frühen Publikationen Veränderungen in der Wertung des Eigentums feststellen, die hier nachgezeichnet und erklärt werden. Zunächst lassen seine Ausführungen zum Eigentum eine gewisse Nähe zu sozialistischen Theorien und ein Eintreten für den Altruismus erkennen. Der Liberalismus wird als Irrtum bezeichnet, dem ein falsches Gesellschaftsmodell zugrunde liegt. Petrazickijs Einschätzung des Eigentums spiegelt jedoch im späteren Verlauf den Standpunkt des klassischen Liberalismus wider. Ferner spricht sich Petrazickij später hinsichtlich des Eigentumsrechts für ein unbedingtes Festhalten am Buchstaben des Gesetzes aus. Deshalb muss auch schlechtes Recht angewendet werden. Petrazickij hat sich entschlossen, für ein starkes Eigentumsrecht zu kämpfen, nicht weil er die negativen Seiten nicht erkannt hätte, sondern weil er im Eigentum ein Erziehungsinstrument sieht, für welches in Russland noch großer Bedarf besteht. (ICG2)

[106-L] Grünewald, Jörn:

Der Kaukasus und die Ursprünge stalinistischer Gewalt, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 3, S. 232-250 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: Parallel zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust wird der Stalinismus als das andere große "Menschheitsverbrechen" des 20. Jahrhunderts im Kontext von Modernisierungsprozessen zu deuten versucht. Auch für den "roten Terror" unter der Herrschaft Stalins werden Erklärungsansätze herangezogen, die auf die ambivalente Natur der europäischen Moderne verweisen. Terror, Gewalt und diktatorische Herrschaftsausübung - so die These - gehören demnach zur dunklen Seite einer historischen Entwicklung, in deren Kontext sich das Verständnis eines rational denkenden und freien Individuums herausbildete und die Entstehung von Demokratie und Liberalismus, von Wissenschaft und rasantem technischen Fortschritt möglich wurde. Der vorliegende Vergleich will die terroristische Natur beider Regime nicht gleichsetzen. Trotz der gemeinsamen Verortung im Kontext der europäischen Moderne werden die jeweils spezifischen Entstehungsbedingungen für beide Terrorregimes hervorgehoben. Der Autor geht der Frage nach, inwiefern sich der stalinistische Terror aus dem Zusammenhang revolutionierender Modernisierung und gegebener Lebensweisen erklären lässt. Der Text geht dabei weniger auf die Ereignisse der 1930er Jahre selbst ein. Im Vordergrund steht vielmehr die Frage nach der Vorgeschichte des Stalinismus, nach Ereignissen und Entwicklungen, die erklären sollen, wie und weshalb die Katastrophe des stalinistischen Terrors möglich wurde. Von der Suche nach direkten Zusammenhängen im Sinne kausaler Handlungsfolgen wird insgesamt Abstand genommen. (ICA2)

[107-L] Heller, Klaus; Plamper, Jan (Hrsg.):

Personenkulte im Stalinismus, Göttingen: V&R unipress 2004, 472 S., ISBN: 3-89971-191-2

INHALT: Mit den Personenkulten werde ein Thema aufgegriffen, das 'neben Brachialindustrialisierung, Zwangskollektivierung und Terror oft als Signum des Stalinismus überhaupt gilt' (7), schreiben die Herausgeber. Die Autoren nähern sich diesem Phänomen aus sehr unterschiedlichen Blickrichtungen, als Ausgangspunkt dienen u. a. Prosa und dramatische Literatur, Filme und Memoiren, aber auch die Geschenke, die Stalin zu seinen Geburtstagen erhielt und die öffentlich ausgestellt wurden. Im ersten Teil wird der Rahmen geografisch wie zeitlich erweitert, nach den russischen Vorläufern des Stalinkultes vor 1917 gefragt sowie der Kontext zu anderen europäischen Diktaturen hergestellt. Im zweiten Teil geht es anhand von Filmen, Memoiren und Geschenken um den Stalinkult im engeren Sinne, während im dritten Teil weitere stalinistische Personenkulte thematisiert werden. Dazu gehören u. a. die Verehrung in den Jahren 1937/38 des 1263 gestorbenen Nowgoroder Fürsten Aleksandr Nevskij, der einst die Schweden und den Deutschen Orden besiegte, sowie der Einfluss des Dichters Maxim Gorkis auf die Entstehung der sozialistischen Kultur. Der umfangreiche und umfassende Band geht auf einen internationalen Gießen-Berkeley Workshop zurück, der im Juli 2002 auf Schloss Rauischholzhausen stattfand. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Jan Plamper: Introduction: Modern Personality Cults (13-42); I. Russische Anfänge, Europäische Vergleiche: Barbara Walker: Iosif Stalin, 'Our Teacher Dear': Mentorship, Social Transformation, and the Russian Intelligentsia Personality Cult (45-59); Klaus Heller: Der Unternehmer als pater familias in der russischen Literatur vor 1917: Gesellschaftliche Vorurteile gegenüber dem Kaufmann im alten und neuen Russland (61-82); Simonetta Falasca-Zamponi: 'The Culture' of Personality: Mussolini and the Cinematic Imagination (83-107); Henning Bühmann:

Der Hitlerkult. Ein Forschungsbericht (109-157); II. Der Stalinkult: Benno Ennker: 'Struggling for Stalin's Soul': The Leader Cult and the Balance of Social Power in Stalin's Inner Circle (161-195); Malte Rolf: The Leader's Many Bodies: Leader Cults and Mass Festivals in Voronezh, Novosibirsk, and Kemerovo in the 1930s (197-206); Nikolas Hülbusch: Dzugasvili der Zweite: Das Stalin-Bild im sowjetischen Spielfilm (1934-1953) (207-238); Ursula Justus: Stalins Drama: Inszenierung einer literarischen Figur zwischen Personenkult, Text und Bühne (239-276); Nikolai Ssorin-Chaikov / Olga Sosnina: The Faculty of Useless Things: Gifts to Soviet Leaders (277-300); Jan Plamper: 'The Hitlers Come and Go...', the Führer Stays: Stalin's Cult in East Germany (301-329); Irina Paperno: Intimacy with Power: Soviet Memoirists Remember Stalin (331-361); III. Kult/urpersönlichkeiten im Stalinismus: Oksana Bulgakowa: Der erste sowjetische Filmstar (365-389); Frithjof Benjamin Schenk: 'Ein so guter Fürst darf nicht sterben!' Die Rehabilitierung und Verehrung Aleksandr Nevskijs in der UdSSR in den Jahren 1937/38 (391-413); Katerina Clark: The Cult of Literature and Nikolai Ostrovskii's 'How the Steel Was Tempered' (415-441); Irene Masing-Delic: Purges and Patronage: Gor'kii's Promotion of Socialist Culture (443-468). (ZPol, VS)

[108-L] Kramer, Mark:

Entstalinisierung und die Krisen im Ostblock, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 17/18, S. 8-16 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/YGW4OX.pdf>)

INHALT: "Die richtungweisende Entscheidung Chruschtschows, eine offizielle Kampagne zur Entstalinisierung zu führen, hatte Aufstände und Unruhen im gesamten Ostblock zur Folge. Die Folgen der 'Geheimrede' hätten das kommunistische Machtgefüge im Herbst 1956 beinahe zum Einsturz gebracht." (Autorenreferat)

[109-L] Kunze, Thomas:

Der Tschetschenienkonflikt: Geschichte, Stereotypen und Ausblick, in: KAS-Auslands-Informationen, 2005, Nr. 10, S. 4-21 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_7509_1.pdf)

INHALT: "Seit Jahren hält der tschetschenisch-russische Konflikt die Welt in Atem - ein Konflikt, der durch Gewaltaktionen und -reaktionen auf beiden Seiten in Gang gehalten wird und dessen Komplexität keine einseitigen Schuldzuweisungen erlaubt. Bombenattentate und Geiselnahmen seitens der Tschetschenen sowie Vergeltungsaktionen und Militäreinsätze seitens der Russen zeugen von einer Spirale der Gewalt, die eine lange Tradition hat und die ihren Anfang im 16. Jahrhundert nahm, als Iwan der Schreckliche ein erstes Kosakenheer in den Nordkaukasus schickte. Die Expeditionen Katharinas II. gegen die kaukasischen Bergvölker und die Verschleppung von Tschetschenen und Inguschen unter Stalin, das Nein des postsowjetischen Moskau zur Unabhängigkeit Tschetscheniens sowie, daraus resultierend, zwei blutige Kriege sind weitere Stationen einer traurigen Entwicklung, die für das zunehmend in Chaos, Bandenkonflikten und Kriminalität versinkende Tschetschenien wohl auch in naher Zukunft keine hoffnungsvolle Perspektive zu erkennen gibt." (Autorenreferat)

[110-L] Musial, Bogdan:

"Wir werden den ganzen Kapitalismus am Kragen packen": sowjetische Vorbereitungen zum Angriffskrieg in den dreißiger und Anfang der vierziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 1, S. 45-64 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: Die internationale Forschung ist sich seit Jahrzehnten darüber einig, dass der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ein ideologisch bedingter Krieg gewesen ist, geplant und durchgeführt als Vernichtungs- und Lebensraumkrieg. Dafür gibt es ausreichend Beweise, u. a. Äußerungen von Hitler selbst. Es steht damit außer Frage, dass die Sowjetunion im Sommer 1941 einem von langer Hand vorbereiteten Angriffskrieg zum Opfer fiel. Die sowjetische Kriegs- und Nachkriegspropaganda stellte diesen Überfall entsprechend heraus, blendete aber zugleich das fast zwei Jahre währende deutsch-sowjetische Kriegsbandnis aus. Der vorliegende Beitrag zeigt im Licht der neuesten Forschungen, dass sich die Sowjetunion spätestens seit Anfang der dreißiger Jahre ebenfalls auf einen ideologisch bedingten Angriffskrieg vorbereitete. Ziel war, die kommunistische Herrschaft in Europa und der Welt mit Waffengewalt zu verbreiten. Mit dem Einmarsch in Polen im September 1939 begann die Sowjetunion dieses Ziel in der Praxis zu realisieren. Stalin betrachtete Deutschland als den Schlüssel zur Beherrschung Europas und der Welt. Mit dem deutschen Wirtschafts- und Menschenpotenzial hoffte die Sowjetunion, Europa zu beherrschen und zu sowjetisieren. Der deutsch-sowjetische Krieg brachte Hitler die totale Niederlage, die Sowjetunion konnte aber ihre Herrschaft und das kommunistische System bis an die Elbe ausbreiten - mit dem Nimbus des Befreiers von der faschistischen Terrorherrschaft. (ICA2)

[111-L] Orlov, Boris:

Erfahrungen mit dem totalitären Regime in der ehemaligen Sowjetunion, in: Totalitarismus und Demokratie : Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Jg. 2/2005, H. 1, S. 153-177

INHALT: Der Verfasser kombiniert die autobiographischen Erfahrungen eines im totalitären System geformten Mannes (Oktober-Kind im Kindergarten, Pionier in der Schule, Komsomolze an der Universität, Parteimitglied und Mitglied der Propagandaabteilung) mit akademischer Kontemplation. Er stellt den allmählichen Bruch der sowjetischen Intellektuellen mit dem System dar und skizziert die Entwicklung der Sowjetunion von der Oktoberrevolution 1917 bis zu ihrem Zerfall 1991. Abschließend fragt er nach Besonderheiten der sowjetischen Totalitarismus-Variante. (ICEÜbers)

[112-L] Pushkareva, Natalia:

Feminism in Russia: two centuries of history, (IWM Working Papers, No. 3/2004), Wien 2004, 17 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.iwm.at/publ-wp/wp-04-03.pdf>)

INHALT: Der Beitrag zum Feminismus in Russland beschreibt die sozialen, ökonomischen und intellektuellen Faktoren, welche die Frauenbewegung in den letzten zweihundert Jahren beeinflusst haben. Dabei gliedern sich die Ausführungen chronologisch in folgende Abschnitte bzw. Aspekte: (1) der prä-historische Hintergrund des russischen Feminismus, geprägt durch die Französische Revolution 1789, (2) der Beginn der Frauenbewegung (1859 - 1904), (3) Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Geschichte des russischen und westlichen Feminis-

mus, (4) die russische Frauenbewegung von 1905 bis 1917, (5) der Hintergrund der 'zweiten Welle' des russischen Feminismus in Form der Lösung von 'Frauenthemen' in der UdSSR ab 1918, (6) die Wiederbelebung des Feminismus in den späten 1970er Jahren im Zuge der Menschenrechtsbewegungen sowie (7) der russische Feminismus der 'zweiten Welle' von den späten 1980er Jahren bis zur Gegenwart. (ICG2)

[113-L] Rolf, Malte:

Das sowjetische Massenfest im Stalinismus (1932-1941), in: Geschichte und Gesellschaft : Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Jg. 32/2006, H. 1, S. 69-92 (Standort: USB Köln(38)-Einzelsignatur; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf theoretischer Ebene mit dem Zusammenhang von Diktatur und öffentlichem Schauspiel auseinander. In diktatorischen Regimen sind Feiern immer Zurschaustellungen des politischen Regimes und Instrumente zur Verwandlung der Teilnehmer in neue Personen. Ein Blick auf die Mechanismen der Massenfeste und die Veränderungen ihrer symbolischen Grammatik zeigt, dass Anfang der 1930er Jahre ein spezifisch stalinistischer Festtypus entstand. Im Stalinismus setzten die Massenfeste neue Standards für die Festchoreographie und festigten neue Konzepte von Körper, Raum und Kollektivität in der Sowjetunion. Sie waren Manifestationen der utopischen Vision einer "leuchtenden sozialistischen Zukunft" in der Gegenwart und priesen die Freizeitqualität glücklichen Lebens. Vor allem aber waren sie eine Demonstration der Exklusion des Unerwünschten und Fremden aus dem Kollektivkörper der Sowjetbürger. Die Massenfeste der 1930er Jahre marginalisierten und stigmatisierten Individuen, Milieus und soziale und kulturelle Gruppen. Sie standen damit nicht im Widerspruch zum Terror, sondern waren sein komplementärer Ausdruck im Stalinismus. (ICEÜbers)

[114-L] Saage, Richard:

Utopie und Staatsästhetik: das russische Beispiel in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Otto Depenheuer (Hrsg.): Staat und Schönheit : Möglichkeiten und Perspektiven einer Staatskalokagathie, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 89-117, ISBN: 3-531-14768-4 (Standort: UB Freiburg(25)-SW20051266)

INHALT: "Wenn es zu den Überlebensbedingungen eines totalitären Systems gehört, seine Trägerschichten aus ihren tradierten Lebensbezügen zu lösen, um sie sich zuverlässig verfügbar zu machen, muss es zu deren Stabilisierung alternative Integrations- und Orientierungsmuster anbieten. Dies kann, wie im "Dritten Reich", durch die Kreation und Ausbeutung nationaler und rassistischer Mythen geschehen. Doch wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt, ist es auch möglich, dass man sich zu diesem Zweck des Mediums der utopischen Antizipation bedient. Umgekehrt darf auf der Seite der betroffenen Individuen die Versuchung nicht unterschätzt werden, die von einem solchen Angebot ausgeht. Konfrontiert mit der sozialen und kulturellen Krise der eigenen Herkunftsgesellschaft, kann das Versprechen des weltimmanenten Aufbruchs in eine neue perfekte Gesellschaft dann attraktiv sein, wenn sie attraktiv überhöht - die Wiedergeburt in Gestalt eines "neuen Menschen" verheißt, der die Defizite und Depravationen der alten Welt angeblich überwunden hat. Den folgenden Überlegungen dieses Beitrags liegt die Prämisse zugrunde, dass sich Russlands schon vor dem Ersten Weltkrieg einsetzender Weg in die Moderne in einem Drei-Phasen-Modell abbilden lässt, das den Zusammen-

hang zwischen Utopie und Staatsästhetik von der Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg über die Periode des so genannten Kriegskommunismus während des Bürgerkriegs bis zur Herrschaft Stalins sichtbar macht. Zwar ist das utopische Technokratiemuster in allen drei Phasen präsent, doch verändert er sein Profil in charakteristischer Weise gemäß den verschiedenen Kontexten der Entwicklung Russlands während dieses Zeitraums. Die Darstellung dieses Vorgangs soll abschließend zu Überlegungen führen, welche vielleicht dazu beitragen können, diese Paradigmenwechsel ebenso erklären wie das schließliche Scheitern des gesamten Experiments" (Textauszug)

[115-L] Sahm, Astrid:

Dimensionen einer Katastrophe, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 13, S. 12-18 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/YG0KVJ.pdf>)

INHALT: "Die Katastrophe von Tschernobyl zeichnet sich nicht nur durch komplexe radioökologische und medizinische Konsequenzen aus, sondern hatte auch erhebliche politische und sozioökonomische Folgen für die betroffenen Gesellschaften. Auch 20 Jahre später gibt es dabei keine einheitliche Bewertung." (Autorenreferat)

[116-L] Scherrer, Jutta:

Russlands neue-alte Erinnerungsorte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 11, S. 24-28 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/HM5NZ3.pdf>)

INHALT: "Mit Erinnerungsarbeit im westlichen Verständnis hat der öffentliche Umgang mit Geschichte in Russland nichts gemein. Es geht darum, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion angeschlagene Selbstdarstellung als Großmacht zu rekonstruieren." (Autorenreferat)

3.4 Wirtschaft / Recht

[117-L] Abdolvand, Behrooz; Adolf, Matthias; Sadegh-Zadeh, Kaweh:

Gas-Gigant Russland: Garant der europäischen Energiesicherheit?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 51/2006, H. 4, S. 469-482 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit folgender Befürchtung auseinander: Eine zu hohe Abhängigkeit der Energieversorgung von Russland kann, wie die Beispiele Georgien und Ukraine gezeigt haben, sehr schnell zu politischer und wirtschaftlicher Erpressbarkeit führen. Der Beitrag zeigt, dass bis heute im Gassektor weder ein einheitlicher Markt noch ein einheitlicher Weltmarktpreis besteht. Auf diese Weise ist Russland zum "natürlichen" Energielieferanten Europas, der USA und Ostasiens herangereift; die umfangreichen Energievorräte wie die geographische Nähe, aber auch die genannten Kooperationen, finanziellen Möglichkeiten und

die militärische Macht, die Sicherheit der Transporte zu garantieren, begründen diesen einzigartigen Status. Im Unterschied zum energiereichen, aber politisch instabilen Nahen Osten ist Russland bisher ein insgesamt stabiler und verlässlicher Handelspartner. Weitere Gewinner sind europäische Banken und Energiekonzerne, die über Joint Ventures an den russischen Energieressourcen partizipieren. Aber auch die EU gewinnt bei der Zusammenarbeit, nicht zuletzt über den Handel der russischen Energieressourcen in Euro. Die entscheidende Frage, wie lange und in welchem Umfang Russland die Energiesicherheit Europas tatsächlich garantieren kann, bleibt jedoch weiter offen. (ICA2)

[118-L] Cede, Franz:

The development of the rule of law in Russia: justice, human rights and civil society, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 379-398, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Entwicklung der Administration unter Präsident V. Putin. In das Thema einführend, wird zunächst der Wandel von einem totalitären hin zu einem demokratischen Regime beschrieben. Der zweite Schritt skizziert sodann die Grundzüge des Konzeptes der Rechtsstaatlichkeit im 'neuen' Russland. Im Anschluss folgt die Darstellung des administrativen Reformprozesses unter Präsident Putin. Der vierte Schritt widmet sich der Reform des Rechtssystems und der Landreform. Der fünfte Schritt erörtert die Situation der Menschenrechte in Russland, während der sechste Schritt die Ausprägung der Zivilgesellschaft beleuchtet. Nach Einschätzung des Autors durchschreitet Russland derzeit eine schwierige Periode auf dem Weg zu einem politischen System, das auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beruht. Bei der weiteren Etablierung des bisher Erreichten kommt der russischen Bevölkerung eine bedeutende Rolle zu. Ferner liegen viele Hoffnungen auf der entstehenden Zivilgesellschaft, um den Rückfall in ein autokratisches System zu verhindern. (ICG2)

[119-L] Engelbutzeder, Olesia:

EU anti-dumping measures against Russian exporters: in view of Russian accession to the WTO and the EU enlargement 2004, (Schriften zum Europa- und Völkerrecht und zur Rechtsvergleichung, Bd. 12), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 206 S., ISBN: 3-631-53161-3

INHALT: Die russische Autorin bietet eine ausführliche Analyse der EU-Antidumpingpolitik gegenüber Russland und deren Auswirkungen auf die bilateralen Handelsbeziehungen - dies vor dem Hintergrund des Beitritts Russlands zur Welthandelsorganisation und der EU-Erweiterung 2004. Die Untersuchung ist rein juristisch orientiert. (ZPol, VS)

[120-F] Färber, Gisela, Univ.-Prof.Dr.; Baranova, Kira, Dr. (Bearbeitung):

Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa - eine empirische Untersuchung ausgewählter föderativer Steuersysteme in Europa und Russland im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration

INHALT: Nationale Steuern haben gewichtigen Einfluss auf Erfolg und Misserfolg wirtschaftlicher Integrationsprozesse. Nicht zuletzt deshalb übertrug bereits der EWG-Vertrag bestimmte

steuerpolitische Kompetenzen auf die Union. Im Laufe der Zeit kam es zu Harmonisierungen, z.B. im Umsatzsteuerrecht und bei den speziellen Verbrauchsteuern sowie zu einheitlichen Formen grenzüberschreitender Erhebung direkter Steuern. Tendenzielle Zielkonflikte wohnen diesen Zentralisierungstendenzen allerdings gegenüber den Selbstbestimmungsrechten der Gliedstaaten und Kommunen in den föderativ verfassten Mitgliedstaaten inne. Denn nicht nur die nationalstaatliche Ebene, sondern auch die Ebene der Gliedstaaten und Kommunen müssen ihre Besteuerungsrechte sowohl bei der Art der Besteuerung als auch bei der Detailgestaltung auf die Integrationsinteressen abstimmen, sie ihnen gegebenenfalls unterordnen. So schließt das EU-Recht die Übertragung z.B. autonomer Rechte zur Erhebung einer Umsatzsteuer auf die Gliedstaaten zumindest nach heutigem Europarechtlichen Verständnis aus. Auch in steuertechnischer Hinsicht würden sich größere Probleme ergeben. Ziele: Russland zählt insbesondere nach den Beschlüssen zur Osterweiterung der EU zu den bilateral attraktivsten europäischen Integrationspartnern in der Welt. Als föderativ verfasster Staat wohnen den Integrationsbeziehungen zwischen Russland und Europa allerdings auch die Zielkonflikte zwischen den nationalen bzw. supranationalen Integrationsinteressen einerseits und den für eine wirtschaftliche Entwicklung ebenso wichtigen Autonomieinteressen der russischen Regionen andererseits inne. Dieser Zielkonflikt soll Gegenstand des Projektes sein, wobei die Darstellung und Erklärung des Einflusses steuerpolitischer Parameter auf den Integrationsprozess ein inhaltlicher Schwerpunkt sein wird. Das Projekt sollte letztendlich zu Vorschlägen führen, wie einerseits das russische föderative Steuersystem und andererseits auch die europäische föderative Steuerverfassung verändert werden müssen, damit sie einen positiven Integrationsbeitrag leisten können. Zentrale Forschungsfragen: Nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber Drittstaaten, welche im Rahmen der Globalisierung ihre wirtschaftlichen Beziehungen zum europäischen Handelsraum intensivieren, ergeben sich Zielkonflikte zwischen nationaler und regionaler Steuerautonomie einerseits und wirtschaftlicher Integration andererseits. Das heißt, auch die Steuersysteme von Ländern, die eine stärkere wirtschaftliche Integration mit Europa anstreben, müssen dahingehend umgestaltet werden, dass sie diese Prozesse begünstigen, statt sie zu behindern. Dies ist eine der Bedingungen, unter denen Integration und Globalisierung Wahlfahrtsgewinne freisetzen können, welche das wirtschaftliche Wachstum der beteiligten Länder erhöhen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland, Europa

METHODE: Das Thema soll von zwei Seiten angegangen werden: Auf der einen Seite soll eine normativ-theoretische Analyse von Integrationsfragen und ihren steuerpolitischen Konsequenzen stehen. Auf der anderen Seite soll eine empirische Analyse der Entwicklung nationaler Steuersysteme von föderativ verfassten europäischen Ländern, deren Analyseparameter aus den theoretischen Überlegungen abgeleitet werden sollen, Hinweise darauf ergeben, wie sich diese Steuersysteme während des fortschreitenden Integrationsprozesses in Europa bereits verändert haben. Eine Beurteilung, ob diese Veränderungen die Integration unterstützt haben und wie die Nationalstaaten mit dem Konflikt föderativer Autonomie auch nachgeordneter Gebietskörperschaften und der Abgabe steuerpolitischer Kompetenzen an die EU umgegangen sind, soll Gegenstand der empirischen Analyse sein. Sowohl aus der theoretischen wie aus der empirischen Analyse können dann Vorschläge für die Weiterentwicklung der europäischen Steuerverfassung als auch für Russland entwickelt werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Färber, G.: Aspekte einer bedarfsgerechten Steuerverteilung. in: Junkernheinrich, Martin (Hrsg.): Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich. Theorie, Methodik, Instrumente (im Erscheinen).+++Färber, G.: Centralism and fiscal federalism. in: Chiesi, Antonio; Dallago, Bruno; Woelk, Jens (eds.): Organising co-habitation - the Trentino-South Tyrol experience and prospects for the Balkans (forthcoming).+++Färber, G.: Fi-

nanzverfassung, Besteuerungsrechte und Finanzausgleich. in: Färber, Gisela; Fisch, Stefan; Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.): *Föderalismus: Hält er noch, was er verspricht? Seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, auch im Lichte ausländischer Erfahrungen*. Referate der 67. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 17. bis 19. März 1999 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 2000, S. 125-166.+++
Baranova, K.: *On local finance and fiscal equalization at the local level in Russia*. Paper presented at the ALPES Conference "Reforms of Local Fiscal Equalisation in Europe", 30.9.-2.10.2002 in Speyer. in: *Speyerer Forschungsberichte*, Nr. 232. Speyer 2003, S. 377-400.+++
Baranova, K.: *Föderative Steuersysteme und Wirtschaftsintegration zwischen Russland und Europa*. FÖV Discussion Paper, Nr. 9. Speyer 2004.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2003-07 *ENDE:* 2006-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik (Postfach 1409, 67324 Speyer); Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insb. Allgemeine VWL und Finanzwissenschaft (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Färber, Gisela (Prof.Dr. Tel. 06232-654363, e-mail: faerber@foev-speyer.de)

[121-L] Gambold Miller, Liesl L.:

Interdependence in rural Russia: the postsocialist mixed feudal economy, (Max Planck Institute for Social Anthropology Working Papers, No. 51), Halle 2003, 25 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.eth.mpg.de/pubs/wps/pdf/mpi-eth-working-paper-0051.pdf>)

INHALT: "The concept of 'feudalism' has been, for better or for worse, bound to an economic and social system that many argue has not existed since most western European serfs made the transition to free peasant status in the 1300s. Russia, however, poses a challenge to this structure. It is not until the late 15th and into the 16th century that serfdom finally emerged in Russia. This distinctly Russian style of feudalism laid the foundation for the agricultural systems found in Russia even today. This paper examines village life in post-Soviet Russia and elaborates on what appear to be clear connections to feudal systems. The decollectivisation of farming has resulted not in a growing market-driven independent farming trend, but instead a reworking of the collective organisation resulting in a distinct symbiotic, but unequal, agricultural situation. Relationships among the villagers, between the villagers and the farm director, and between the director and local authorities all contain strands that are best understood as feudal in nature. The privatisation of property, intended to destroy any vestiges of feudalism in rural Russia, has not encouraged an increase in economic productivity in the rural areas. The question remains, what will it take to free the serfs in 21st century Russia?" (author's abstract)

[122-L] Karabeshkin, Leonid; Wellmann, Christian:

The Russian domestic debate on Kaliningrad: integrity, identity and economy, (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, 11), Münster: Lit Verl. 2004, 102 S., ISBN: 3-8258-7952-6

INHALT: Die Autoren kritisieren, dass die innerrussische Sicht bei der Beurteilung der russischen Politik hinsichtlich der Exklave Kaliningrad selten nachvollzogen wird. Sie möchten

diese Informationslücke schließen. Anhand einer Auswertung von Zeitungsberichten, Protokollen von Duma-Sitzungen sowie weiteren Dokumenten identifizieren sie die zentralen Argumentationslinien der innerrussischen Debatte zum Thema. Aus diesem Grund wurden ausschließlich russischsprachige Dokumente in die Analyse einbezogen. Die Autoren zeigen u. a., dass die häufig inkonsistent und sprunghaft wirkende Politik der russischen Regierung in darüber hinausreichende, gesamttrussische Diskurse eingebettet ist, wie beispielsweise die Angst um die eigene territoriale Integrität und die Befürchtung, dass eine Vorzugsbehandlung von Königsberg entsprechende Forderungen beziehungsweise sogar separatistische Bestrebungen in anderen Regionen nach sich ziehen könnten. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen und Befürchtungen werden im Schlusskapitel knappe Handlungsempfehlungen für die Königsberg-Politik des Westens entwickelt. (ZPol, VS)

[123-F] Pleines, Heiko, Dr.; Yakovlev, Andrei, Dr. (Bearbeitung):

Negotiating and implementing economic reforms in Russia. The case of corporate governance regulation in comparative perspective

INHALT: The project analyses the political processes of negotiating and implementing corporate governance regulation in the Russian case. In order to get a better understanding of decision making processes in the legislative and implementation process, the interests, strategies and successes of all relevant actors will be examined. The guiding question is which actors have an interest and the means to promote or block specific regulations in legislation and practice. As none of these actors can exert decisive influence unilaterally, this includes the analysis of strategic interaction between the relevant actors. This analysis will have a comparative dimension, considering other policy fields in Russia as well as the policy field 'corporate governance regulation' in other countries. Since the wave of corporate governance scandals in Western countries, started by the Enron case, deficits of corporate governance regulations are again one of the major concerns of economists, investors and politicians alike. In transition countries like Russia the urgency of the topic is even bigger. Many analysts claim that Russia can achieve sustainable growth only after a far reaching reform of enterprise behaviour, based on sound corporate governance principles. As the focus here is on the role of corporate governance regulation in shaping company behaviour towards open competition in line with market principles, it makes sense to apply a broad definition of corporate governance which covers all relevant mechanisms which enable investors and creditors to control a company's management. There already is a huge amount of literature on different models of corporate governance and on the corporate governance regulation needed in specific countries and situations. However, the question of how the adequate corporate governance regulation can be embodied into legislation and enforced economy-wide has so far been neglected. (S.a. <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/index.php?option=content&task=view&id=221>). **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Russia

ART: gefördert **BEGINN:** 2005-09 **ENDE:** 2007-08 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Alexander von Humboldt-Stiftung

INSTITUTION: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen)

KONTAKT: Pleines, Heiko (Dr. Tel. 0421-218-7890, e-mail: pleines@gmx.net)

[124-L] Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Die Jukos-Affäre: Russlands Energiewirtschaft und die Politik, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 64), Bremen 2005, 54 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP64.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Heiko Pleines: Einleitung: Die Jukos-Affäre im Überblick (4-7). I. Das staatliche Vorgehen gegen Jukos - Heiko Pleines: Die Steuerschulden von Jukos (8-10); Julia Kuszniir, Heiko Pleines: Der Streit um Förderlizenzen. Fallbeispiel Talakanskoe-Feld (11-12); Europarat: "Rechtliche Unzulänglichkeiten". Resolution vom 25. Januar 2005 (13-15); Ann-Kathrin Reichardt, Hans-Henning Schröder: Chronik der Jukos-Affäre von Mai 2003 bis Februar 2005 (16-23). II. Die Jukos-Affäre in der russischen Öffentlichkeit - Josephine Bollinger-Kanne: Die russische Debatte zur Jukos-Affäre. Rechtsstaatlichkeit contra Staatsinterventionismus (24-26); Der Jukos-Prozess und die öffentliche Meinung 2003-2005. Umfrageergebnisse (27-35). III. Staat und Wirtschaft im Zuge der Jukos-Affäre - Valery Kryukov: "Lenkbarkeit" statt Effizienz. Die Rolle des Staates in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft (36-38); Maria Ordzhonikidze: Michail Chodorkowskij und die Jukos-Affäre. Ein Kommentar (39-40); Heiko Pleines: Der Anteil des Staates an der Erdölwirtschaft (41-43); Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder: Die Verwaltung staatlicher Unternehmen (44-47); Julia Kuszniir, Heiko Pleines: Die Besteuerung der Erdölwirtschaft (48-51). IV. Ausländische Investitionen - Julia Kuszniir, Heiko Pleines: Ausländische Investoren in der Erdölwirtschaft (52-53).

[125-L] Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen für Russland, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 62), Bremen 2004, 115 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP62.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: I. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreformen - Hermann Clement: Ist das Wachstum Russlands stabil? (8-11); Pekka Sutela: Langfristige Perspektiven der russischen Wirtschaftspolitik (12-16); Roland Götz: Russland und die Energieversorgung Europas (17-20); Andreas Heinrich: Going global. Internationalisierung und corporate governance in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft (21-22); Michaela Hinner: Bankensystem und Bankenaufsicht in Russland. Stand und Perspektiven fünf Jahre nach der Finanzkrise (23-27); Nikolai Beketov: Forschung und Innovationsförderung in Russland (28-33). II. Rechts- und Verwaltungsreform - Georgij Satarow: Korruption in Russland zu Beginn des 21. Jahrhunderts (34-39); Diana Schmidt: Die Agenda für die zweite Amtszeit - der Kampf gegen Korruption (40-44); Stefanie Harter: Reformen des öffentlichen Sektors in Russland im Jahr 2004 (45-50); Elena Malieva: Kleinunternehmer und Behörden: das Beispiel Nishnij Nowgorod (51-53); Angelika Nußberger: Zur Entwicklung der Rechtskultur in Russland (54-58); Rainer Wedde: Rechtsschutz vor russischen Gerichten. Fehlende Rechtssicherheit als Investitionshemmnis (59-60); Sergej Gerasin: Das russische Bodenrecht in Gesetz und Praxis (61-67). III. Soziale Probleme und Sozialpolitik - Petr Bizyukov: Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland (68-71); Jakob Fruchtmann: Arme in Russland (72-78); Maria Kudrjawzewa, Soja Solowjowa: Obdachlose und Bettler in Russland (79-83); Elfie Siegl: Eine tickende Zeitbombe. Die schnelle Verbreitung von HIV/ Aids, Drogen und Tuberkulose in Russland und ihre sozialen und ökonomischen Folgen (84-89); Dmitrij Trawin: Wladimir Putins Sozialpoli-

tik (90-92); Jakob Fruchtmann: Die sozialpolitische Konzeption Putins: Wirtschaftsliberalisierung als Sozialpolitik? (93-99). IV. Einflussgruppen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik - Julia Kuznir: Russlands "Oligarchen": eine neue Basis in den Regionen? (100-107); Jakob Fruchtmann: Das Image der "Oligarchen" (108-110); Heiko Pleines: Aufstieg und Fall der Bergarbeitergewerkschaften (111-112); Heiko Pleines: Freier Weg für Reformen. Die Ausschaltung der russischen Agrarlobby (113).

[126-L] Pleines, Heiko (Hrsg.):

How to explain Russia's post-Soviet political and economic system, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, No. 69), (World Congress of the International Council for Central and East European Studies (ICCEES) "How to explain Russia's Post-Soviet Political and Economic System?", 2005, Berlin), Bremen 2005, 71 S. (Graue Literatur; URL: http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP69_web.pdf)

INHALT: "The analyses presented in this working paper provide a genuinely interdisciplinary view on Russia's society since the end of socialism. A historian, Hans-Henning Schröder, describes the political sphere, a political scientist, Diana Schmidt, covers civil society, a sociologist and a geographer, David Lane and Denis Eckert, deal with the economic sphere. They all develop a comparative dimension to put the Russian case in context. As the panel title suggests, all papers are concerned with general trends characterising the post-Soviet development of Russia. In order to describe these trends, the authors refer to analytical frameworks of reference provided by their specific discipline and research orientation. Nevertheless, as Valerie Bunce points out in her comment, a number of conclusions on the state of Russian society is supported by all four papers. The most important one seems to be that Russia is marked by a high degree of inequality, fragmentation and political alienation; this in turn questions the stability of the political, economic and social system which has emerged in Russia. However, the main aim of all papers is not to depress the reader or to criticize developments, but to understand what is going on. Here, the authors provide an original, rich and broad overview of ways to analyse and interpret current trends. They present many interesting insights and data and integrate them into a general line of argument which offers a rather comprehensive answer to the question of how to explain Russia's Post-Soviet Political and Economic System." (excerpt). Contents: Hans-Henning Schröder: What kind of political regime does Russia have? (6-22); Diana Schmidt: What kind of civil society does Russia have? (23-45); David Lane: Russia's asymmetric capitalism in comparative perspective (46-60); Denis Eckert: Russia 15 years later: contemporary paradoxes in the organization of economic space (61-67); Valerie Bunce: Commentary on the papers (68-71).

[127-L] Pleines, Heiko:

Ukrainische Seilschaften: informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004, (Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, 19), Münster: Lit Verl. 2005, 198 S., ISBN: 3-8258-8283-7

INHALT: Pleines untersucht das Phänomen des Reformstaus in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit. Der Analyse liegt eine These von Joel Hellman zugrunde. Sie besagt, dass der Widerstand gegen weitergehende Wirtschaftsreformen in post-sozialistischen Staaten nicht von den klassischen Verlierern dieser Reformen, sondern im Gegenteil von den ersten Reformgewin-

nen geleistet wird. Die zentrale Frage sei dabei, welche wirtschaftlichen Interessen mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg Einfluss auf die Politik nehmen. In drei Fallstudien wendet Pleines den analytischen Rahmen auf die Strategien der Oligarchen, der Kohle- und der Agrarlobby an, die Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Alle Akteure setzten auf Seilschaften mit den verantwortlichen Politikern, verwendeten jedoch unterschiedliche Mittel zu ihrer Herstellung und Aufrechterhaltung. Während Agrarier und Bergbauern als Verlierer der Reformen auf das sozialistische System der kollektiven Einflussmöglichkeiten und die vorhandenen organisatorischen Kontinuitäten zurückgriffen, nutzten die Oligarchen als Gewinner der Reformen politische Nischen ohne starke Vertretung der Kollektivinteressen aus. Dennoch seien alle untersuchten Gruppen bislang für die Bewahrung des Status Quo in der Ukraine verantwortlich. Das Buch ist im Rahmen des Forschungsprojektes 'Wirtschaftseliten und Politik' an der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) entstanden. Es enthält zusätzlich eine thematisch sortierte Bibliografie und eine Datensammlung zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine. (ZPol, VS)

[128-L] Plotnikov, Nikolaj:

Das "Recht auf menschenwürdiges Dasein": zur rechtsphilosophischen Begründung des Sozialliberalismus in Russland, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 547-561

INHALT: Der Beitrag liefert eine Begriffsgeschichte der Formel 'Recht auf menschenwürdiges Leben', welche die Kontinuitäten und Brüche in der Entwicklung der politischen Sprache Russlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts darstellen. Die Ausführungen machen auf die philosophische, rechtliche und politische Konstellation aufmerksam, in der sich in Russland ein rechtsphilosophisches Verständnis von 'Person' herausbildet. In das Thema einführend, wird zunächst die Erörterung des 'Rechts auf menschenwürdiges Dasein' im liberalen wie auch im sozialistischen ideologischen Spektrum skizziert. Im Anschluss folgt die Beschreibung der rechtstheoretischen Fassung des 'Rechts auf menschenwürdiges Dasein' und die damit einhergehende philosophische und juristische Diskussion, die von den sozialrechtlichen Ansätzen der europäischen Rechtswissenschaft geprägt ist. Daran knüpfen die rechtsphilosophischen Grundlagen der rechtstheoretischen Deutung, also der Idee eines Rechts auf menschenwürdiges Dasein an (P. Novgorodcev u.a.). Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Hauptströmung des sozialliberalen Denkens in Russland eine Synthese von Liberalismus und Sozialismus mit einer stark antibürgerlichen Färbung anstrebt, was sich in einer kritischen Haltung gegenüber dem Eigentumsprinzip manifestiert. Paradoxerweise dient hier gerade der Begriff der Person als Kampfbegriff einer Antibürgerlichkeit, die in der russischen Intelligencija seit A. Gercen kursiert und eine feste Tradition der Intellektuellen-Kritik am Privateigentum bildet. (ICG2)

[129-L] Rahr, Alexander:

Die neue OPEC: wie Russland zur globalen Energie-Supermacht werden will, in: Internationale Politik, Jg. 61/2006, Nr. 2, S. 15-23 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Wladimir Putin hat ein großes Ziel: Russland soll zur globalen Energie-Supermacht werden. Enttäuscht vom Westen, wendet sich Moskau dem asiatischen Raum zu und schmie-

det neue geostrategische Allianzen. Dabei setzt der Kreml Russlands riesige Energieressourcen gezielt als Instrument ein, um die verlorene Weltmachtstellung wieder zu erobern. Europa und der Westen müssen diese geopolitische Herausforderung sehr ernst nehmen." (Autorenreferat)

[130-L] Schlüchter, Anita:

Gabriel Feliksovic Sersenevic: eine rechtspositivistische Verteidigung des Rechts und des Rechtsstaates in Russland, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 563-575

INHALT: Der Übergang von einem totalitären zu einem rechtsstaatlichen, demokratischen System in Russland birgt nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie Schwierigkeiten. Seit Beginn dieser politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen wird daher die Frage gestellt, ob vorrevolutionäre Argumente für einen Rechtsstaat und für Demokratie auch im heutigen Russland noch immer Gültigkeit besitzen und ob man die damaligen Diskussionen und Theorien heute 'wiederbeleben' könnte. Meist wird dabei auf die naturrechtliche Tradition bzw. idealistisch geprägte Strömung zurückgegriffen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts beispielsweise durch V. Solev'ev, P. Novgordcev oder V. Gessen vertreten ist. Demgegenüber vertritt die Autorin hier die These, dass gerade auch eine rechtspositivistische Argumentation für den Rechtsstaat und demokratische Institutionen wie diejenige von G. F. Sersenevic heute hilfreich sein kann. Nach einer Skizzierung von Sersenevics Biographie (1863-1912) wird seine rechtspositivistische Position dargestellt. Sersenevic definiert das Recht als Gesamtheit von Normen, welche zwischenmenschliche Beziehungen regeln und bei deren Verletzung eine Strafe durch die Staatsorgane erfolgt. Im Anschluss wird die Kritik von Sersenevic an Solo'evs 'Rechtfertigung des Guten' und damit die Ablehnung der naturrechtlichen Tradition erörtert. In diesem Zusammenhang wird ferner der Frage nachgegangen, auf welcher Grundlage und mit welchen Kriterien Sersenevic das Recht als staatliche Zwangsordnung begründet und verteidigt. Auf dieser Grundlage wird schließlich ein Blick auf die heutigen rechtstheoretischen Diskussionen geworfen. Dabei werden zuerst die Schwierigkeiten einer naturrechtlichen Argumentation zur Verteidigung des Rechts und des Rechtsstaates aufgezeigt und sodann die Nach-, insbesondere aber die Vorteile der rechtspositivistischen Argumentation vorgestellt. Aufgrund des präsentierten rechtspositivistischen Schemas kann man nach Ansicht der Autorin davon ausgehen, dass die Vorbildfunktion und die Erfahrung für das Gelingen des Projekts 'Rechtsstaat und Demokratie' von entscheidender Bedeutung ist. (ICG2)

[131-L] Schomacher, Georg:

Geschichte, Mentalität und Recht: zum Problem der Differenz respektive des Gegensatzes von 'westlicher' und russischer Rechtskultur, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 427-436

INHALT: Der Beitrag erörtert die Differenz bzw. den Gegensatz der westlichen und russischen Rechtskultur entlang von Betrachtungen zu den Aspekten der Geschichte der russischen Rechtswissenschaft, der Mentalität und dem Recht. Diese Begriffe werden so miteinander in Beziehung gesetzt, dass sie einen Überblick über die Thematik ermöglichen und die Grundli-

nien der historisch-kulturgeschichtlichen Entwicklung markieren. Dabei wird die Verzahnung von Geschichte und Recht aufgezeigt, aber auch die ausschlaggebende Bedeutung dieses Zusammenhangs für das Geschichtsbewusstsein des russischen Volkes veranschaulicht. (ICG2)

[132-L] Simon, Gerhard (Hrsg.):

Die neue Ukraine: Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001), Köln: Böhlau 2002, VIII, 363 S., ISBN: 3-412-12401-X (Standort: UB Bonn(5)-2002-4100)

INHALT: "Seit zehn Jahren ist die selbständige Ukraine ein gewichtiger Machtfaktor im Osten Europas. Dennoch erscheint bislang weder die innen- noch die außenpolitische Orientierung eines der größten Länder Europas eindeutig geklärt. Diplomatisch strebt die Ukraine nach Westen, im Innern bleibt die Westorientierung dagegen weitgehend Rhetorik. Die Europäische Gemeinschaft verfolgt gegenüber der Ukraine eine Politik der halboffenen Tür. Man eröffnet ihr nicht die Perspektive einer vollen Integration in die EU, befürchtet aber zugleich, die Ukraine könnte sich abwenden und in den russischen Hegemonialbereich zurückkehren. Ein Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit der Ukraine zieht dieses Buch Resümee: International ausgewiesene Autoren untersuchen die Entstehungsbedingungen der ukrainischen Unabhängigkeit, die Verfassungsorgane und ihr labiles Zusammenwirken. Weitere Schwerpunkte sind die Schwäche der zivilen Gesellschaft, Regionalismus, die Kirchen und der Umbau der Wirtschaft sowie das Ringen um eine außenpolitische Standortbestimmung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Gerhard Simon: Die Ukraine auf dem Weg - wohin? (5-28); Jaroslaw Hryzak: Die kommunistische Vergangenheit in der Gegenwart (29-50); Taras Kuzio: Staatskapazität, nationale Integration und Zivilgesellschaft (51-74); Alexander Ott: Präsident, Parlament, Regierung - Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? (75-98); Oleksij Haran: Der regionale Faktor in der ukrainischen Politik (99-126); Gwendolyn Sasse: Die Autonome Republik der Krim zwischen Separatismus und Einheitsstaat (127-148); Peter Hilkes: Nationswerdung und die Ukrainisierung des Bildungswesens (149-174); Myroslaw Marynowitsch: Die Rolle der Kirchen in der postkommunistischen Gesellschaft (175-196); Igor Burakowskij: Wirtschaftsreformen: die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen (197-224); Heiko Pleines: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen: Fallbeispiel Energiesektor (225-244); Volkhart Vincentz: Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft (245-266); Oleksij Haran: Innenpolitische Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik (267-296); Rainer Lindner: Die Ukraine und Deutschland im neuen Europa. Hypotheken und Chancen ihrer Partnerschaft (297-320); James Sherr: Eine gescheiterte Partnerschaft? Die Ukraine und der Westen (321-246).

[133-L] Sproede, Alfred:

"Rechtsbewusstsein" (Pravosoznanie) als Argument und Problem russischer Theorie und Philosophie des Rechts, in: Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 437-506

INHALT: Der Beitrag untersucht im Rahmen einer Literaturanalyse die Handhabung und die Interpretation des Begriffes des Rechtsbewusstseins in der russischen Theorie und Philosophie des Rechts seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute. Auf diese Weise wird die Begriffsgeschichte des Rechtsbewusstseins formuliert und in der jeweiligen Ausprägung des Begriffs

Gestalten russischer Rechtskultur ausgemacht. Ferner werden die neueren Etappen der Geschichte russischer Rechtsphilosophie beleuchtet und hier insbesondere die mögliche Kontinuität zwischen vorrevolutionärer Rechtsphilosophie und den Entwicklungen nach der Wende von 1991 nachgezeichnet. Die Betrachtung des Rechtsbewusstseins in den rechtstheoretischen und rechtsphilosophischen Schriften umfasst folgende Autoren und ihre Werke: (1) B. Kistjakovskij zur Rechtsform und der gesellschaftlichen Modernisierung, (2) P. Novgorodcev und die neo-idealistische Wende, (3) Rechtsbewusstsein als Staatsloyalität bei I. Il'in, (4) L. Petrazyckis gespaltener Positivismus, eine Rechtslehre zwischen Motivationspsychologie und Phänomenologie der juristischen Lebenswelt, (5) sowjetische Peripetien von Rechtsbewusstsein sowie (6) neuere russische Theorien des Rechtsbewusstseins zwischen nationaler Rechtskultur und kommunikativer Philosophie des Rechts. Die russischen Theorien des Rechtsbewusstseins sind Zeugnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtspositivismus. Diese Auseinandersetzung findet unbelastet von romantischen Vorgaben statt: Die Volksgeistlehre ist an den russischen Juristen vorübergegangen, Auffassungen über Rechtsbewusstsein als rechtserzeugende Kraft bzw. Rechtsinhaltsquelle bleiben marginale Erscheinungen. In der postsowjetischen Rechtsphilosophie kommt die Naturrechts-Renaissance von 1900 zu neuer Wirkung, allerdings nicht in ihrer frühen, liberalen Spielart. Es dominiert vielmehr Il'ins Theorie des 'staatlichen Rechtsbewusstseins'. (ICG2)

[134-F] Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche -WIIW-:

Die ukrainische Wirtschaft zwischen Russland und der erweiterten EU: Auswirkungen auf Handel und Investitionen

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ukraine

ART: keine Angabe *BEGINN:* 2004-07 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche -WIIW- (Oppolzergasse 6, 1010 Wien, Österreich)

KONTAKT: Institution (e-mail: wiiw@wiiw.at)

3.5 Kunst / Kultur / Medien

[135-F] Davis, Howard; Giro, Xavier; Ponarin, Eduard (Bearbeitung); Angermüller, Johannes, Dr. (Leitung):

Toleranz und Intoleranz in der post-sowjetischen Presse

INHALT: The key themes of the project are tolerance and intolerance in the recent post-Soviet press (in the Russian Federation, Kazakhstan and Uzbekistan). The research addresses the topic of identities in transformation and responds to current concerns about the rise of racism and ethnic discrimination in public communication, aiming to provide an objective basis for evaluating the performance of a broadly representative sample of periodicals. It builds on the achievements of recent research on the media and ethnic relations by the 5 NIS members of the consortium, including the RF Ministry of Education initiative on tolerance. The proposed project follows on from debates about theory and method generated in this framework and

aims to break new ground in terms of the theory of tolerance, the scope of the research, methods of analysis and application to the practice of journalism. Tolerance is assumed to be revealed through mutual recognition and access to the understanding of different worldviews in the context of common rights and if any of these components are absent there is a risk of intolerance. The methodology reflects this by treating all expressions relating to the Other as relevant data, not simply those which are extreme or overtly racist. The research design will include the following steps: the creation of a comparative database using common software, an inventory of the main thematic fields of ethno-cultural representation, a quantitative analysis of formal text characteristics, a qualitative interpretation of the language of difference and expressions of the Other, and the construction of indices of tolerance and intolerance (TI) for each publication. The analysis will be innovative in a number of ways: the sample will include the press in Russian and other languages (Tatar, Kazakh, Uzbek and Tadzhik) not so far studied in a comparative framework; secondly, the contrast between capitals and regions, a key issue in the federal and NIS context, will be made explicit; thirdly, it will combine quantitative and qualitative data; and fourthly it will bring together the multidisciplinary expertise of the partners from INTAS as well as the NIS (in social and political sciences, language and interaction, and journalism). The make-up of the consortium is designed to bring new expertise in text description, discourse analysis and membership categorization analysis to bear on the research questions. The policy objective of the project is to use the results to deliver a scientifically sound and replicable methodological instrument in the form of simplified TI indices for the comparative evaluation of press performance. These outcomes will be disseminated to journalism researchers, editors and other professionals in the field, including NGOs active in communications and human right issues. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Russische Föderation, Kasachstan, Usbekistan

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-05 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Union

INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Bereich Makrosoziologie (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0391-7337336,
e-mail: johannes.angermueller@gse-w.uni-magdeburg.de)

[136-L] Kolesnik, Svetlana:

The media system of the Russian federation: transformation of the state role, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 417-430, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Reformierung des Mediensystems nach marktorientierten Gesichtspunkten und der entsprechenden Rolle des Staates seit den 1990er Jahren. Dabei werden folgende Aspekte der Medienpolitik erörtert: (1) die Rechtsgrundlage, (2) die Entstehung privater Fernseh- und Radioanstalten sowie Zeitungsverlage, (3) die Dezentralisierung bei dem politischen Einfluss des Staates auf die Massenmedien, (4) die Macht der Oligarchen, (5) die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch den Staat, (6) die Arbeit und Besetzung staatseigener Fernsehkanäle sowie (7) die Medienwirtschaft nach US-amerikanischem Vorbild. Die Medienpolitik der Regierung Putin lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass hier die Ansprüche der Demokratie, Modernisierung, Zivilgesellschaft und kapitalorientierten Marktwirtschaft bisher nicht in die Realität umgesetzt wurden. (ICG2)

[137-L] Schatte, Julia:

Pressefreiheit contra "Putinisierung": zum Wandel der politischen Kultur in Russland, in: Kultursoziologie : Aspekte Analysen Argumente ; wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V. Leipzig, Jg. 13/2004, H. 2, S. 91-110 (Standort: USB Köln(38)-XG7307; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im folgenden soll das russische Verständnis des Rechtes zu informieren und informiert zu sein sowie die Wahrnehmung von Zensur betrachtet werden. Im weiteren wird veranschaulicht, welche Veränderungen und Tendenzen sich in den letzten Jahren in der Medienlandschaft abzeichnen und wie diese im demokratischen Kontext zu bewerten sind. Das aktuelle Fallbeispiel der Entlassung des Moderators Leonid Parfjonovs und die Absetzung seines Politmagazins 'Namedni' beim TV-Sender NTW soll die Wichtigkeit einer komplexen und kontextbezogenen Betrachtung der Ereignisse und Vorgänge auf dem russischen Medienmarkt betonen." (Textauszug)

[138-L] Simons, Greg; Strovsky, Dimitry:

Censorship in contemporary Russian journalism in the age of the war against terrorism: a historical perspective, in: European journal of communication, Vol. 21/2006, Nr. 2, S. 189-211 (Standort: USB Köln(38)-MXH04914; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://ejc.sagepub.com/cgi/reprint/21/2/189>)

INHALT: Die russischen Massenmedien haben seit dem Ende der Sowjetära einen enormen Wandlungsprozess durchgemacht. Es wird behauptet, dass immer noch einige Ähnlichkeiten zwischen dem alten sowjetischen System und den neuen postsowjetischen Medien existieren, wie etwa die Praxis der Selbstzensur. Der Druck auf das Niveau der redaktionellen Freiräume hat sich seit der späten Jeltsin-Ära verstärkt. Das beginnt mit einer ganzen Reihe von Gesetzen, deren Einbringung sich hinter der Forderung verkleidete, dass die Medien "ehrlich" bleiben müssten. Ein aktueller Einfluss, der die Entwicklung der Medien einschränkt und formt ist Russlands "Krieg gegen den Terrorismus". Seit den schändlichen Bombenanschlägen auf Wohnhäuser im August 1999 sind mehr als 1.000 Menschen getötet und zahllose physisch und emotional durch terroristische Akte auf russischem Boden verletzt worden. Die politischen, sozialen und ökonomischen Kosten sind erheblich. Russlands "Krieg gegen den Terrorismus" liefert den Herrschenden die hinreichenden Begründungen für Einschränkungen der Medienberichterstattung, wie z.B. den Schutz der Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung terroristischer Aktivitäten, das Verhindern der Ausbreitung terroristischer "Propaganda" und den Schutz von Opfern terroristischer Akte. In der Duma wurden zahlreiche Gesetzesvorlagen beraten, die zum Ziel hatten, die Medienberichterstattung während eines Zwischenfalls zu verbieten. Leitende Repräsentanten der Medien wurden zu den Gesprächen mit den staatlichen Autoritäten zu diesem Thema und zur Ausarbeitung von Richtlinien über die Berichterstattung über terroristische Akte hinzugezogen. (UNübers.)

[139-F] Smyshliaeva, Maria (Bearbeitung); Ebert, Christa, Prof.Dr. (Betreuung):

Werte im Wandel. Begriffe "Geld", "Erfolg", "Unternehmer" in der russischen Presse der Transformationszeit

INHALT: Der gesamtgesellschaftliche Umbruchsprozess in Russland und in ganz Osteuropa hat nicht nur das alltägliche Leben der Bevölkerung tiefgreifend beeinflusst, sondern auch einen fundamentalen kulturellen Wertewandel zur Folge. Besonders auffällig sind diese Veränderungen im Bereich der ökonomischen Wertvorstellungen. Begriffe wie "Geld", "Erfolg", "Unternehmertum" erleben eine Konjunktur, weil sie in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft wichtig werden, zugleich werden sie zum Gegenstand der Kontroverse: in ihnen prallen alte und neue Ansichten aufeinander. Das Ziel der Arbeit besteht darin, den Wertewandel und damit verbundenen Wandel im Verständnis von Begriffen wie "Geld", "Erfolg", "Unternehmertum" in der Transformationszeit mit Hilfe von Text- und Diskursanalyse zu untersuchen. Zu erforschen wäre, wie sich die Wertvorstellungen und Verhaltensmuster geändert haben, inwieweit sie im Konflikt mit den alten Orientierungen stehen, wie die neuen politischen und wirtschaftlichen Kräfte mit neuen Begriffen operieren oder sie neu definieren?
ZEITRAUM: 1985/86, 1991, 1998, 2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Osteuropa, insb. Russland

METHODE: Das allgemein methodische Konzept, das hinter diesen Fragestellungen steht, ist die Text- und Diskursanalyse (diskurstheoretische Ansätze von Link (1990), Maas (1984) und Jäger (1993, 1994). Diese Ansätze sind für die Untersuchung von Presstexten deshalb besonders geeignet, weil sie erlauben, den Wertewandel als kulturgeschichtliches und sozialpolitisches Zeitphänomen aus dem Leitdiskurs zu rekonstruieren und gesellschaftlichen Zusammenhänge, die die Inhalte und den Gebrauch der ökonomischen Begriffe prägen, zu erfassen. Es werden die Texte aus den überregionalen, meinungsbildenden russischen Zeitungen (*Nezavisimaja Gazeta*, *Izvestija*, *Moskovskije Novosti*, *Kommersant*, *Ogonek*) untersucht. Diese Blätter bieten ein breites Informationsangebot auf relativ hohem journalistischen Niveau. Als Untersuchungszeitraum sind vor allem die jeweils relevanten Phasen der Transformation vorgesehen: Die Jahre 1985/86 (Perestroika), 1991 (Putsch), 1998 (Börsenkrach), 2000 (Machtwechsel).

ART: Dissertation; gefördert *ENDE:* 2004-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Brandenburg

INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für Literaturwissenschaft, insb. osteuropäische Literaturen (Postfach 1786, 15207 Frankfurt an der Oder)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0335-5534-2835, e-mail: maria_sm@web.de)

[140-L] Swiderski, Edward M.:

Conceiving social reality in post-Soviet Russia: a question of familiar or innovative representations?, in: *Rechtstheorie : Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Rechtsinformatik, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts*, Bd. 35/2004, H. 3/4, S. 507-524

INHALT: Der Beitrag untersucht im Kontext der Transitionstheorie die kulturelle Hermeneutik des Transformationsprozesses in Russland mit der Rekonstruktion der institutionellen Strukturen. Die Grundannahme der Untersuchung lautet, dass der Übergangsprozess von einem totalitären zu einem demokratischen rechtsstaatlichen System begleitet wird von Diskontinuitäten, insbesondere auf der Verständnisebene des gesamten Spektrums gesellschaftlicher Praktiken. Frühere, weit verbreitete Verständnisse und ihre Bedeutungskategorien sind aus der sozialen Umwelt verschwunden und tauchen teilweise wieder in neuen sozialen Zusammenhängen auf, was eine Identitätskrise zur Folge hat. Die Ausführungen konzentrieren sich bei der

Betrachtung dieses Phänomens auf das russische Verständnis von 'sozialem Sein' bzw. 'Gesellschaftlichkeit'. In diesem Zusammenhang wird auf den russischen Sozial- und Kulturhistoriker A. S. Achiezer zurückgegriffen, der diesen Aspekt als ein mögliches Problem einer 'großen Gesellschaft' thematisiert. Dabei lässt sich der Schlüsselbegriff der 'großen Gesellschaft' als Kontrast zu dem Verständnis von F. Tönnies in seinem Werk 'Gesellschaft und Gemeinschaft' verorten. Einen wichtigen Untersuchungsgegenstand stellt hier ferner die von der russischen Intelligenzia aus Wissenschaft und Kultur verwendete Sprache dar, woraus sich eine Lücke zwischen Sprache und sozialer Wirklichkeit ableiten lässt. (ICG2)

[141-L] Thomas, Amos Owen:

Television dependency in independent Kazakhstan: programming via relay ; import and adaption, in: Gazette : the international journal of mass communications studies, Vol. 67/2005, Nr. 4, S. 325-337 (Standort: USB Köln(38)-MAP00647; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://gaz.sagepub.com/cgi/reprint/67/4/325>)

INHALT: Es gibt wenig Arbeiten über die Medien in diesem oft vergessenen Teil Asiens. Der Beitrag versucht, ein Modell der Fernsehentwicklung in einem der Schlüsselstaaten der ehemaligen Sowjetunion herauszuarbeiten. Die Untersuchung fand heraus, dass es kaum eigene Programmproduktionen oder -adaptionen in Kasachstan gibt, diese aber vom russischen Fernsehen geliefert werden, von dem das kasachische Fernsehen abhängig ist. Die russischen Programme werden entweder direkt gesendet, wobei sie zum Teil über inländische Kanäle ausgestrahlt werden oder umfassen individuelle Programme, die für den lokalen Gebrauch erworben wurden. Auf diese Weise fungiert Russland als ein Subunternehmer bei der Verteilung globaler kreativer Produkte, unter Ausnutzung der Gemeinsamkeiten eines geolinguistischen Marktes, der durch den vergangenen kommunistischen Imperialismus geschaffen wurde. Eine nationale Politik, die eine wachsende Betonung auf eine Kasachisierung der Medien legt, hatte die Nachfrage nach Programmen mit lokalem Bezug in dieser zentralasiatischen Übergangswirtschaft zur Folge. Unter den Marktbedingungen der privatisierten Medien hat dies in erster Linie dazu geführt, erfolgreiche regionale und globale Programmformate in russischer Sprache zu synchronisieren und zu übernehmen und nicht dazu, lokale Originalprogramme zu produzieren. Auf diese Weise wird Kasachstan als ein Land wahrgenommen, das Russland in seiner Rolle eines semiperiphären Landes bei der Produktion und dem Export globaler Kulturgüter unterstützt und so zur Verbreitung des Kapitalismus in der außereuropäischen Region der Übergangswirtschaften beiträgt. (UNübers.)

3.6 Nationalitätenpolitik / Migration

[142-L] Auch, Eva-Maria:

Der Konflikt in Abchasien in historischer Perspektive, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 237-252, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick über die historischen Wurzeln des Konflikts in Abchasien, eines 8600 Quadratkilometer umfassenden Gebietes am Ostufer des Schwarzen Meeres, seit der Antike. Er stellt die spannungsreichen Beziehungen zwischen Georgien und Abchasien in Mittelalter und Neuzeit bis zur Gründung der Sowjetunion dar. Zur militärischen Eskalation kam es nach dem Zerfall der UdSSR mit dem Einmarsch georgischer Truppen in Abchasien im August 1992. Die Abspaltung vom "Mutterland" Georgien, der Krieg und die internationale Isolation Abchasiens haben die Region in eine permanente wirtschaftliche und soziale Krisensituation ohne Entwicklungsperspektive gestürzt. Für anhaltende Spannungen sorgt neben dem ungeklärten völkerrechtlichen Status Abchasiens die Frage der Heimkehr und der rechtlichen Stellung der aus Abchasien vertriebenen Georgier. (ICE)

[143-L] Cornell, Svante E.:

Russlands Stillstand in Tschetschenien: 'Normalisierung' oder Verschlechterung der Lage?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 267-276, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Russland sieht seine Aktivitäten in Tschetschenien offiziell als Kampf gegen den Terrorismus und verfolgt eine Strategie der "Tschetschenisierung" des Konflikts. Tatsächlich ist die extremistisch-terroristische Dimension des Konflikts eine Folge, nicht eine Ursache der Kämpfe. Der Kriegszustand hat zur einer "Afghanisierung" Tschetscheniens geführt, zum Zusammenbruch aller gesellschaftlichen Strukturen, was wiederum den Nährboden für Terrorismus und Gewaltbereitschaft bildet. Eine ganze Generation von Tschetschenen wächst in zerstörten Dörfern oder in Flüchtlingslagern auf. Zudem haben die Rebellen ihre Aktivitäten auf Inguschetien ausgeweitet. Je länger Russlands Krieg gegen die tschetschenische Bevölkerung andauert, desto mehr Zulauf werden die Extremisten gewinnen. (ICE)

[144-L] Kappeler, Andreas:

Von ethno-nationalen Laboratorien zu selbständigen Staaten: die Konstruktion von Nationen in der Sowjetunion und ihr Erbe, in: Johanna Riegler (Hrsg.): Kulturelle Dynamik der Globalisierung : ost- und westeuropäische Transformationsprozesse aus sozialanthropologischer Perspektive, Wien: Verl. d. Österreich. Akad. d. Wiss., 2005, S. 235-256, ISBN: 3-7001-3547-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6367)

INHALT: Die UdSSR war weitgehend nur auf dem Papier eine Föderation. Zwar gab die Verfassung den Unionsrepubliken weitgehende Rechte bis hin zum Sezessionsrecht. In der Realität unterstanden sie jedoch der politischen Kontrolle durch die zentralisierte kommunistische Partei. Als die Zentralmacht zusammenbrach, wurden die weitgehend formalen föderativen Strukturen indessen zum Rahmen für die politische Neuordnung des postsowjetischen Raumes. Die 15 bisherigen Unionsrepubliken wurden als selbständige Staaten anerkannt, und zahlreiche der innerhalb einzelner Unionsrepubliken bestehenden Autonomen Republiken (ASSR), die eine im wesentlichen nur kulturelle Autonomie besessen hatten, drängten auf mehr politischen und wirtschaftlichen Freiraum oder, wie Tschetschenien, auf Unabhängigkeit. Die formale administrative Gliederung der Sowjetunion, die ethno-territorialen Kriterien folgte, wurde unerwartet zum Rahmen für die Neuordnung Eurasiens. Der vorliegende Beitrag bietet einen historischen Überblick über das sowjetische Experiment des "nation-

building" und verfolgt dessen Erbe bis in die postsowjetische Gegenwart. Insgesamt zeigt sich, dass die Ethnien- und Nationenfrage sowohl vom Westen als auch von der späten sowjetischen Reformpolitik unter Gorbatschow unterschätzt wurde. (ICA2)

[145-L] König, Marietta:

Der georgisch-südossetische Konflikt, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 253-266, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Machtwechsel des Jahres 2003 in Georgien hat die Lethargie im georgisch-südossetischen Konfliktlösungsprozess beendet. Die Hintergründe des Konflikts gehen auf das Jahr 1918 zurück, als mit der Gründung der Demokratischen Republik Georgien georgische Truppen in Südossetien einmarschierten. Seit 1992 gibt es eine OSZE-Mission in Georgien, unter deren Schirmherrschaft zwei wichtige Verhandlungsmechanismen etabliert wurden: die "Gemeinsame Kontrollkommission" und die "Expertengruppe für den georgisch-südossetischen Konfliktbeilegungsprozess". Nach den international nicht anerkannten Parlamentswahlen in Südossetien kam es jedoch im Verlauf des Jahres 2004 zum erneuten Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen. (ICE)

[146-L] Lobova, Ludmilla:

Der politische Islam im postsowjetischen Russland, in: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2004, Herford: Mittler, 2004, S. 701-716, ISBN: 3-8132-0829-X (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IE790/J2I6S/2004)

INHALT: "Seit Mitte der achtziger Jahre und der zunehmenden Verselbstständigung der Regionen der ehemaligen UdSSR bemühten die moslemischen Führer des Landes ihre Religion als einheitsbildendes Element. Diese Neubelebung des Islam hatte einen wesentlichen Einfluss auf die gesamte polyreligiöse russische Gesellschaft. Der Islam findet sowohl in der Innenpolitik als auch in der außenpolitischen Strategie Russlands mehr und mehr Berücksichtigung. Es geht nicht nur um die Lage in der umkämpften nordkaukasischen Republik Tschetschenien, sondern auch um eine neue Einstellung Moskaus gegenüber der gesamten islamischen Welt. Die Politisierung des russischen Islam zeigte sich auch in der Entstehung islamischer Parteien und Bewegungen seit dem Beginn der neunziger Jahre. Die wichtigsten inneren Voraussetzungen für die Radikalisierung des Islam in Russland sind die Wirtschaftskrise, die soziale Frustration und der ungelöste Tschetschenienkonflikt. Eine äußere Bedingung der Radikalisierung mancher russischer Moslems ist die Beeinflussung durch ihre Glaubensbrüder im Nahen und Mittleren Osten. Moskau versucht, gemeinsam mit dem Westen aufzutreten und gleichzeitig auf dem 'muslimischen Feld' zu agieren. Der mit Unterbrechungen seit 1991 andauernde Konflikt in Tschetschenien sowie die mit teilweise undifferenzierten antiislamischen Stimmungen aufgeladene öffentliche Meinung haben Russlands Image in der islamischen Welt kaum Schaden zugefügt. Gleichzeitig ist keine 'gemeinsame Front' des Westens - oder auch nur der USA - und Russlands gegen den islamischen Fundamentalismus entstanden. Russland begrüßte zwar den Fall des Taliban-Regimes, von dem es seine eigenen Interessen vor allem im postsowjetischen Mittelasien bedroht gesehen hatte, sucht aber ansonsten

- unter anderem mit Hinweis auf den eigenen beträchtlichen islamischen Bevölkerungsteil - durchaus die Nähe zur islamischen Welt." (Autorenreferat)

[147-L] Malashenko, Alexei:

Islam in Russia: some results of a religious renaissance, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 431-444, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem Wiederaufkommen des Islam in der russischen Gesellschaft seit Mitte der 1990er Jahre. Dabei werden folgende Punkte erörtert: (1) Islam als politische Bewegung und die Gründung der Islamischen Partei Russlands (IPR), (2) die soziale und politische Integration des Islam, (3) die Differenzierung zwischen russischem und kaukasischem Islam, (4) die religiöse Struktur der moslemischen Gemeinschaft, (5) die Islamisierung im Nordkaukasus sowie (6) Terrorismus im Namen Allahs. (ICG2)

[148-L] Mangott, Gerhard:

Cecnja: die russländische Tragödie und die verlorene Generation, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung -ÖSFK- (Hrsg.): Der Krieg der Armen? : der internationale Terrorismus in der neuen Weltordnung ; Ergebnisse der State-of-Peace-Konferenz 2005, Münster: agenda Verl., 2005, S. 176-191, ISBN: 3-89688-259-7 (Standort: UB Eichstätt(824)-00MK3500S332-48)

INHALT: Cecnja ist eine verarmte Region im nördlichen Kaukasus und ein Lehrbeispiel für einen ökonomisch, ethnisch und zunehmend auch religiös motivierten Separatismus, der das Ergebnis struktureller sozial-ökonomischer Verwahrlosung und politischer Vernachlässigung einer Region durch die russische Zentralmacht darstellt. Das Land verdeutlicht aber auch den Zerfall staatlicher Autorität, den Übergang zu einer die Nachbarregionen destabilisierenden Staatsruine und die Usurpation des lokalen Konfliktes durch internationale terroristische Netzwerke. Der vorliegende Beitrag zeichnet die russländische Strategie gegenüber dem ethnisch motivierten Separatismus nach und fragt nach der Adäquatheit von Reaktionsmustern für die Eindämmung und Bewältigung der Sezessionsabsichten unter Wahrung der staatlichen Souveränität Russlands. Die Darstellung richtet sich insbesondere auf die Entwicklung der Position des zentralstaatlichen Akteurs und ordnet dieser die Sichtweise des Sezessionsakteurs unter. Ziel ist es, die bisher wenig differenzierten Analysen russländischer Motive und Absichten im Sezessionskrieg in Cecnja zu vertiefen. (ICI2)

[149-L] Missong, Alfred:

Chechnya - will peace ever come?, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): Russia - continuity and change, Berlin: Springer, 2004, S. 97-117, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem militärischen Konflikt gegenüber der nach Unabhängigkeit strebenden Republik Tschetschenien. Dabei geht der Autor der Frage nach, warum Russland dem nordkaukasischen Land die Unabhängigkeit verwehrt und dort seine 'Souveränitätsrechte' ohne Kompromisse gewaltbereit

verteidigt, während es den Nachbarstaaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan eine politische Eigenständigkeit zugesteht. Die Beantwortung gliedert sich in folgende Punkte: (1) die Unabhängigkeitsbestrebungen von Tschetschenien seit 1944, (2) die massiven Menschenrechtsverletzungen des russischen Militärs, (3) Terroranschläge durch tschetschenische Kamikazekämpferinnen, (4) die alltägliche Korruption in Tschetschenien, (5) die russische Einschätzung des Tschetschenien-Krieges und seine angestrebte Lösung, (6) die Ausrufung des Dschihad gegen Russland durch den religiösen Führer A. Kadyrow, (7) Tschetschenien und der weltweite Krieg gegen den Terrorismus, (8) die Konsequenzen der 'antiterroristischen Kampagne' für die russische Demokratie sowie (9) die Formulierung einer Roadmap für den Frieden in Tschetschenien. (ICG2)

[150-F] Rahmanova-Schwarz, Delia, M.A. (Bearbeitung):

Transnational migration and socio-political change in Central Asia: a cross-country study on labour migration from Kyrgyzstan, Tajikistan, and Uzbekistan to Russia

INHALT: Labour migration in Central Asia has become a crucial issue. One can hardly find a family there that does not have a member working in Russia. To what extent do transnational Central Asian migrant networks in Russia contribute to sociopolitical changes in their home countries? This is the question that this PhD project aims to answer. While post-Soviet state elites try to advance sovereignty and national self-consciousness in the process of state- and nation-building, a gamut of actions among migrant networks can be observed that extend beyond the territorial framework of nation states. As migrants' actions circumvent territorial borders, there is a need to go beyond state-related 'container' conceptions of migration processes. The project is therefore based on a transnational approach that looks at cross-border communication through the prism of the global movement of capital, goods, information and cultural symbols. Since the research concerns countries in a transition period, the transnationalist approach to migration will be integrated into the area of development sociology. It is for this reason that the PhD project will be implemented at the International Graduate School in Sociology at the University of Bielefeld in co-operation with CORE. The project requires field research, surveys on migrants and individual interviews. Preliminary field research has already been carried out within the framework of a Marie Curie Predoctorate Fellowship Programme in Moscow. Further field trips to Russian cities are planned for 2006.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Kyrgyzstan, Tajikistan, Uzbekistan, Russia

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- (Falkenstein 1, 22587 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-866077-43, e-mail: schwarzdelia@web.de)

[151-L] Souleimanov, Emil:

Der Konflikt um Berg-Karabach, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 217-236, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Beitrag behandelt zunächst die Hintergründe des Konflikts in Berg-Karabach, der auf den armenisch-tatarischen Krieg von 1905 zurückgeht. Er geht dabei besonders auf die

Entstehung des Nationalismus bei beiden Volksgruppen (Armenier, Aseri) ein. In einem zweiten Teil wird dann der Einfluss internationaler Akteure (Russland, Türkei, USA) auf die Dynamik des Konflikts dargestellt. Abschließend werden sowohl militärische als auch friedliche Optionen zur Beilegung des Konflikts erörtert, wobei die Bemühungen der OSZE als Vermittler besondere Berücksichtigung finden. Eine friedliche Lösung, so wird deutlich, kann nur auf Kompromissen beruhen, auf die die Öffentlichkeit auf beiden Seiten vorbereitet werden muss. (ICE2)

3.7 Verschiedenes

[152-L] Andreeva, Elena:

Mortality due to external causes of death in the Russian Federation: spatial aspects and explanatory models, Berlin 2005, IX, 254 S. (Graue Literatur;

URL: http://opus.kobv.de/tuberlin/volltexte/2006/1213/pdf/andreeva_elena.pdf)

INHALT: "In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ging der sozioökonomische Wandel mit einem dramatischen Anstieg der Sterblichkeit einher. Während der Umbruchszeit spielten äußere Ursachen von Mortalität eine bedeutsame Rolle in der Entwicklung der Sterblichkeitstrends. Die Dissertation befasste sich mit den wichtigsten Todesursachen aus dementsprechenden ICD-10-Kapitel: Selbsttötung, Tötung und akzidentelle Vergiftung durch Alkohol. Die Arbeit verfolgte das vorrangige Ziel, die Ätiologie dieser Todesursachen in den Regionen Russlands auf der aggregierten Ebene zu erforschen. Dazu wurden neue theoretische Konzepte entwickelt, um eine umfassende Analyse der Sterblichkeit infolge von Stress und Marginalisierung zu ermöglichen. Diese theoretischen Modelle wurden mit Hilfe einer Paneldatenanalyse getestet. Die multivariate Analyse beruhte auf jährlichen Daten (1990-2001) aus amtlichen statistischen Quellen für 77 Gebietseinheiten der Russischen Föderation. Für akzidentelle Vergiftungen durch Alkohol wurde zum ersten Mal eine empirische Untersuchung der Mortalitätsdeterminanten in den Regionen Russlands durchgeführt. Die Studie hat einen signifikanten Einfluss der Marginalisierungsprozesse auf die Sterblichkeit infolge von Alkoholvergiftungen festgestellt. Die weiteren Ergebnisse bestätigten die ausschlaggebende Bedeutung der ökonomischen Coping-Strategien der Bevölkerung für die Prävention der hohen Suizid- und Mordraten. Bemerkenswert sind auch die Befunde der ungünstigen Auswirkung der Hyperinflation auf die Suizidraten. Dieser Effekt wurde bis jetzt noch nicht beschrieben. In klimatisch benachteiligten Regionen wurden die Produktions- und Lebenskosten durch die Inflation noch stärker beeinflusst. Diese Wechselwirkung der Inflation und schlechten klimatischen Bedingungen führte zu signifikant höheren Mordraten. Das vermeidende Verhalten bzw. eine exzessive Risikobereitschaft wurden als wichtige Risikofaktoren für Suizid und Mord hypothesiert. Durch eine Approximation dieser Verhaltensformen auf der aggregierten Ebene mit regionalen Paneldaten wurde die Annahme bestätigt. Aufgrund der Studienergebnisse können effektive Maßnahmen zur Senkung der Sterblichkeit in Transformationsländern empfohlen werden." (Autorenreferat)

[153-L] Brixa, Bettina:

Der Mythos vom Westen im postsozialistischen Russland, in: Johanna Riegler (Hrsg.): *Kulturelle Dynamik der Globalisierung : ost- und westeuropäische Transformationsprozesse aus sozialanthropologischer Perspektive*, Wien: Verl. d. Österreich. Akad. d. Wiss., 2005, S. 257-280, ISBN: 3-7001-3547-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6367)

INHALT: Der Beitrag versucht die Mechanismen zu beleuchten, mit denen das "Motiv Westen" im gegenwärtigen Russland in den Alltagsdiskurs eingebunden ist. Vor allem die Enttäuschung über den nicht erfolgten wirtschaftlichen Aufschwung und den Verlust des weltpolitischen Stellenwerts, die spätestens seit Ende der 1990er-Jahre die Hoffnung auf eine rasche Eingliederung in die "globale erste Liga" verdrängt haben, führte nicht nur zu einer Stärkung der Vorstellung vom eigenen Weg, den Russland gehen müsse, zur Rückbesinnung auf die eigenen "Mythen", sondern auch zu einer Renaissance des "guten alten" Umgangs mit dem Westen. Die diskursive Verarbeitung des Westens hat wenig mit einer reflexiven Einstellung zu ihm zu tun. Die beiden zentralen Motive, die in nahezu anachronistischer Weise bis heute erhalten geblieben sind und in neuen Kontexten transformiert werden, wenn es um das Verhältnis Russlands zum Westen geht, sind das "Fenster", das Peter der Große mit seinen Reformen Anfang des 18. Jahrhunderts metaphorisch nach Europa geöffnet hat, und der "eigene Weg", den Russland abseits westlicher Pfade gehen müsse - eine für das Slawophilentum charakteristische Vorstellung. Am Beispiel von Medien- und Zeitungsanalysen und mittels des methodischen Instrumentariums von Roland Barthes zeichnet die Autorin die aktuellen Facetten des "Mythos vom Westen" im postsowjetischen Russland nach. (ICA2)

[154-L] Chubarova, Tatiana V.:

Social policy and health care reform in Russia, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 399-416, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Entwicklung der Sozialpolitik und den Reformen im Gesundheitswesen seit den 1990er Jahren. Dem gemäß beschreibt der erste Schritt die Ausrichtung der Sozialpolitik im Zuge marktorientierter Reformen. Der zweite Schritt skizziert das veränderungsbedürftige System aus den Zeiten der Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund wird im Anschluss die Implementierung der Pflichtkrankenversicherung als ein Schlüsselement der Gesundheitsreform in Russland dargestellt. Ferner wird die Dezentralisierung des Gesundheitswesens beleuchtet, bei der den Regionen eine größere Verantwortung bzw. Eigenständigkeit zukommt. Im fünften und sechsten Schritt kommt es zu einer Einschätzung der ersten Auswirkungen der Gesundheitsreformen sowie zu einer Erörterung der dabei auftretenden Schwierigkeiten. Die Ausführungen enden mit einer Einbettung der Gesundheitsreformen in den Kontext der russischen Sozialpolitik. Hierbei wird deutlich, dass Russland hinsichtlich der Neuausrichtung des Gesundheitswesens zwar dem europäischen Diskurs folgt, praktische Resultate jedoch bescheiden ausfallen. (ICG2)

[155-L] Clément, Carine:

Neues von den sozialen Bewegungen in Russland, in: *Ost-West-Gegeninformationen*, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 49-51

INHALT: "Trotz der zunehmend autoritären politischen Landschaft in Russland entstehen neue soziale Bewegungen, die gegen unsoziale Reformen der Regierung ankämpfen. Initiativen zur Zusammenarbeit und Koordination dieser Gruppen geben durchaus Anlass zu Optimismus für deren zukünftige Vitalität." (Autorenreferat)

[156-L] Hilarion, Bishop:

The Russian orthodox church and Europe, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 457-470, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Rolle der Religion im modernen Europa, also mit dem möglichen Beitrag der Kirchen und religiösen Gemeinschaften zum Prozess der europäischen Integration sowie mit Wegen, auf denen die Kirchen ihr Verhältnis zu der säkularen Welt entwickeln können. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen auf die russische orthodoxe Kirche und ihren Dialog mit der Europäischen Union (EU) und ihren politischen Institutionen. Hierzu werden folgende Aspekte erörtert: (1) das Wiedererstarken der orthodoxen Kirche in Russland, (2) die europäische Verfassungsgebung, (3) die EU-Osterweiterung, (4) die Einbindung der orthodoxen Kirche in das 'neue' Europa, (5) die Integrationspolitik der EU, (6) das Recht der Kirchen auf die Verbreitung ihrer Werte und Ansichten sowie (7) das Verhältnis von Kirche und Staat. (ICG2)

[157-L] Kalenyuk, Iryna; Kutscherenko, Diana:

Strategie für die Bildungsreformen in der Ukraine, in: *Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung*, Jg. 13/2004, H. 2, S. 176-186

INHALT: "Im Oktober 2001 wurde in der Ukraine die nationale Bildungsdoktrin verabschiedet, die eine Strategie zur beschleunigten innovativen Entwicklung von Bildung und Wissenschaft im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts beinhaltet. Darin wird der Bildung politische Priorität zuerkannt. Die Autoren erörtern, wie diese Leitidee durch entsprechende Finanzierung umgesetzt werden kann. Gliederung: 1. Bildung als politische Priorität in der Ukraine; 2. Zielorientierte Bildungsfinanzierung; 3. Bildungsfinanzierung in der Transformationsgesellschaft. Diversifizierung der Finanzierungsquellen; 4. Bildungsfinanzierung in der Ukraine der 1990er Jahre - privat vs. staatliche?; 5. Demokratisierung und Dezentralisierung - mehr Autonomie für die Bildungseinrichtungen; 6. Gemeinnützige (nicht-kommerzielle) Bildungseinrichtungen - ein Novum in der Ukraine; 7. Entwicklungsperspektiven des ukrainischen Bildungswesens." (Textauszug)

[158-L] Koehler, Jan; Zürcher, Christoph:

Der Staat und sein Schatten, in: Raimund Krämer (Hrsg.): *Autoritäre Systeme im Vergleich*, Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam, 2005, S. 182-194, ISBN: 3-937786-68-6 (Standort: UB Siegen (467)-31/PDB/1717)

INHALT: Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich anhand der drei südkaukasischen Länder Armenien, Aserbaidschan und Georgien mit der Frage, wie korrupte Staaten mit offensichtlichen institutionellen Schwächen sich selbst stabilisieren und ihre politische Steuerungsfähigkeit behaupten. Erhalt von Ordnung in Krisen ist - so vermutet man aus europäischer Sicht

- eine Kernfunktion verlässlicher staatlicher Institutionen. Diese gibt es aber in der Region nicht. Außerplanmäßige Stabilität muss also erklärt werden. Die Autoren rücken daher die Frage nach Formen der alternativen Herstellung von Staatlichkeit in den Mittelpunkt. Dazu wird zunächst der zeitweilige Niedergang des Staates im Südkaukasus seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion skizziert. Daran anschließend werden Aspekte der Rekonsolidierung des Staates diskutiert. Anhand der Rolle zentraler Zwangsstäbe und deren staatlicher Finanzierung werden die Hybridisierung von Institutionen erläutert, die für funktionale Stabilität südkaukasischer Staatlichkeit entscheidend sind. (ICA2)

[159-F] Lücke, Matthias, Dr.; Mahmoud, Toman Omar, M.Sc. (Bearbeitung):

Migrant remittances, poverty reduction, and economic growth in CIS countries

INHALT: The project assesses how the rapid growth of migrant remittances in many CIS countries has contributed to poverty reduction and economic recovery. So far, the migration literature has focused on the direct effects of remittances on household consumption and investment. However, remittances in many CIS countries have become so large that indirect, i.e. general equilibrium effects (reduced unemployment, higher demand for non-tradable goods and services, higher imports, higher tax revenue and public expenditures) should also be taken into account. Using both microeconomic analysis and computable general equilibrium models, we will try to answer the following questions for selected CIS countries: What is the full economic impact of labor migration and remittances, in particular on income distribution? How do host country immigration policies affect migrants' countries of origin? How can immigration policy be refined to become an effective instrument of development assistance? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* CIS countries

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Programm 2 Öffentliche Güter und Wirtschaftspolitik (Düsternbrooker Weg 120, 24105 Kiel)

KONTAKT: Lücke, Matthias (Dr. Tel. 0431-8814-497, e-mail: matthias.luecke@ifw-kiel.de)

[160-L] Mitrofanova, Anastasija V.:

The politicization of Russian orthodoxy: actors and ideas, (Soviet and post-soviet politics and society), Stuttgart: Ibidem-Verl. 2005, 240 S., ISBN: 3-89821-481-8 (Standort: SB München(12)-2005.53199)

INHALT: "This book analyzes the ideologies of politicized Orthodox Christianity in today Russia including fundamentalism, pan-Slavism, neo-Eurasianism, Orthodox communism and nationalism. Apart from textual analysis, the volume provides a description of the specific subculture of political Orthodoxy, i.e. its language, symbols, art, mass media, hangouts and dress-code. This study represents the first scholarly examination of these topics. Unlike other publications on the politicization of Orthodoxy, it is focused not on the political ambitions of the Russian Orthodox Church (ROC), but on political movements ideologically based on their own interpretations of the Orthodox doctrine, often contravening the canonical version. The book demonstrates that the 'political Orthodox' or 'Orthodox patriots' are a specific branch of believers who frequently do not practice Orthodoxy properly, inventing, instead, their own quasi-Orthodox rituals. The study shows that the community of the political Orthodox is guided less by the ROC, than by religiously oriented lay intellectuals who are briefly intro-

duced. Finally, the volume demonstrates that, even in the absence of significant electoral achievements, some religio-political Orthodox movements-namely, fundamentalists and nationalists-have been able to gain public support at the grassroots level. They have been able to infiltrate larger and more moderate political organizations thus contributing to a general 'Orthodoxization' of Russian political discourse." (author's abstract)

[161-L] Orlov, Boris S.:

Russland: Antisemitismus und Xenophobie ; eine explosive Mischung, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 31-34

INHALT: "In Russland sind antisemitische Haltungen weit verbreitet. In letzter Zeit ist insbesondere ein Erstarken des ideologischen Antisemitismus zu bemerken, der sich mit Xenophobie und Rechtsextremismus verbindet. Angesichts der desolaten sozialen Lage ist dies eine explosive Mischung." (Autorenreferat)

[162-L] Pankov, Vladimir:

Der Wandel in der Sozialpolitik Russlands im Zuge des Übergangs zur Marktwirtschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 31/2005, H. 4, S. 555-582 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das sowjetische System einer totalen sozialen Sicherheit und Versorgung, wenn auch auf einem mäßigen qualitativen Niveau, wurde bereits in den ersten Jahren der postsowjetischen Transformation Russlands weitgehend zerstört, was wegen der totalen Verarmung der Masse der Bevölkerung und der scharfen Einkommenspolarisierung ein beträchtliches Konfliktpotenzial erzeugt hat. Dem im Zuge der tiefen makroökonomischen und gesellschaftlichen Transformationskrise von 1992-99 von vielen Faktoren verursachten Desaster im russischen Sozialwesen konnte in den nachfolgenden Jahren entgegengewirkt werden. Insgesamt hat sich die Situation in diesem Bereich seit 2001 stabilisiert und teilweise sogar leicht verbessert, doch ist sie nach wie vor widersprüchlich und sehr unterschiedlich. Die Reformen im Sozialwesen sind bisher nicht so weit wie in der Binnen- und erst recht in der Außenwirtschaft fortgeschritten, obwohl die makroökonomische Situation in der RF seit der Jahrtausendwende für diese Umgestaltungen recht günstig gewesen ist. Die heutige Sozialordnung in Russland ist eine Mischung aus planwirtschaftlichen und leistungsbezogenen, auf Sozialversicherung fußenden Spielregeln. Allerdings weisen die marktwirtschaftlichen Ansätze in diesem Bereich bereits ein deutliches Übergewicht auf." (Autorenreferat)

[163-L] Rentrop, Petra:

Weißrussland: Antisemitismus im öffentlichen Raum, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 35-38

INHALT: "Antisemitismus stellt in Weißrussland spätestens seit den ausgehenden 1990er Jahren ein ernstes Problem dar. Von Seiten der staatlichen Autoritäten bleiben Reaktionen auf das Wiedererstarken jüdenfeindlicher Tendenzen aber weitgehend aus. In einem Land, in dem Juden während des 2. Weltkriegs besonders zahlreiche Opfer brutalster Verfolgung gewesen

sind, erschüttert auch, dass der Holocaust kaum Platz in der nationalen Erinnerungskultur hat." (Autorenreferat)

[164-L] Riegler, Johanna:

Der Fall des Proletarierstaates und die Neustrukturierung sozialer Ungleichheit, in: Johanna Riegler (Hrsg.): Kulturelle Dynamik der Globalisierung : ost- und westeuropäische Transformationsprozesse aus sozialanthropologischer Perspektive, Wien: Verl. d. Österreich. Akad. d. Wiss., 2005, S. 281-301, ISBN: 3-7001-3547-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6367)

INHALT: Der vorliegende Beitrag über die Transformation der Sozial- bzw. Klassenstruktur im postkommunistischen Russland zeigt, dass die postsowjetischen Klassenstrukturen generell die Ungleichheit in Bezug auf materielle Standards und berufliche Chancen verschärft haben und dass es den politischen Eliten sowjetischen Typs gelungen ist, ihre politischen Netzwerke und Ressourcen in ökonomisches Kapital zu transformieren. Die Autorin beschreibt das post-sowjetische Marktsystem als eine hybride Form des Kapitalismus, die hinter den Fassaden einer kapitalistischen Marktwirtschaft die nur geringfügig veränderten sowjetischen Regimestrukturen in den globalen Kapitalismus integriert. Die Problematik gesamtrossischer Einkommens- und sozialer Stratifizierungsmodelle besteht darin, dass die enormen Unterschiede einerseits zwischen Stadt und Land und andererseits zwischen einzelnen Regionen und Republiken darin kaum repräsentiert werden. Durch regionale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Rohstoffen, der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung, der vorhandenen wirtschaftlichen und technischen Infrastruktur und des territorialen Lobbyismus verschärfen sich insgesamt regionale Konflikte um wirtschaftliche Alternativen und Ressourcen massiv. (ICA2)

[165-L] Schatte, Julia:

Macht und Ohnmacht der russischen Nichtregierungsorganisationen im Transformationsprozess, in: Kultursoziologie : Aspekte Analysen Argumente ; wissenschaftliche Halbjahreshefte der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V. Leipzig, Jg. 14/2005, H. 2, S. 51-72 (Standort: USB Köln(38)-XG7307; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Erst nach dem Beginn von Gorbacev's Reformpolitik bekamen selbstorganisierte gesellschaftliche Initiativen in der Russländischen Föderation wirkliche Entwicklungsmöglichkeiten und bekamen mit dem 'Gesetz über gesellschaftliche Vereinigungen' von 1991 zum ersten Mal eine rechtliche Grundlage. In den 90er Jahren haben die Organisationen eine bestimmte Aufmerksamkeit erreicht und sich Gehör verschafft. Seit dem Beginn der Präsidentschaft Putins sind die Beziehungen zwischen den Nichtregierungsorganisationen und dem Staat jedoch gespannt. Verschiedene Aspekte sprechen dafür, dass sich die Handlungsspielräume für die Organisationen in den letzten Jahren verkleinert haben und das Verhältnis zwischen dem staatlichen und dem nichtstaatlichen Sektor von einem Dialog zwischen zwei unabhängigen Partnern weit entfernt ist. Im folgenden Beitrag wird ein Überblick über die Entstehungsgeschichte und den Begriff der Nichtregierungsorganisationen gegeben, bevor auf ihre aktuelle Situation in der Russländischen Föderation eingegangen wird." (Textauszug)

[166-L] Schmelzer-Schwind, Kristina:

Formlose Gesellschaft?: die Rolle gesellschaftlicher Organisationen in Russland, in: Erich G. Fritz (Hrsg.): *Russland unter Putin : Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?*, Oberhausen: Athena Verl., 2005, S. 195-212, ISBN: 3-89896-213-X

INHALT: Es wird die Rolle der Zivilgesellschaft in Russland untersucht. Nach einer überblicksartigen Darstellung der Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft seit dem Amtsantritt Putins werden sowohl die Erschwernisse als auch die Errungenschaften des zivilgesellschaftlichen Engagements aufgezeigt. Nachdem das Verhältnis westlicher Regierungen zur Politik Putins erörtert worden ist, widmet sich die Autorin zum Schluss den Zukunftsaussichten der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland. Sie vertritt die Meinung, dass Nichtregierungsorientierte Organisationen dauerhaft keine rechtsstaatliche, die Menschen- und Bürgerrechte achtende Ordnung ersetzen können, dass die staatliche Ordnung vielmehr selbst demokratisch reformiert werden muss. Seit der Amtsübernahme Putins scheinen sich die Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung zivilgesellschaftlicher Aufgaben verschlechtert zu haben. Entscheidend für den Erfolg zivilgesellschaftlicher Organisationen wird die Unterstützung von Seiten der EU und Deutschlands sein. (ICF)

[167-F] Shkolnikov, Vladimir, Dr.; Houle, Rene, Dr.; Magun, Vladimir, Dr. (Bearbeitung); Bühler, Christoph, Dr. (Leitung):

Education and employment histories in Russia

INHALT: Retrospective survey of education and employment of Russian men and women. Educational systems and labor markets underwent significant changes after the breakdown of the socialist regimes in Central and Eastern Europe. People spend more time on their education but they also have to face unemployment, unstable employment relations, low wages, and the need to have two or more jobs to accumulate a sufficient level of income. Their educational and occupational biographies became more complex. The purpose of the Education and Employment Survey (EES) is to collect retrospectively data on these new biographies. It will provide detailed information on periods of education, gainful employment, unemployment, parental leave, and other non-working activities. A special emphasis is drawn on parallel activities, to cover periods of for example two or more income generating activities at the same time, education and parallel work, or parental leave and part-time employment. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russia

METHODE: Methodical approach: The EES is carried out as an intermediary survey between the first and the second wave of the Russian Gender and Generations Survey (GGS). The survey therefore follows the panel design of the GGS. As the EES collects information about education and employment histories to explain processes of leaving parental home, family formation, and fertility, it considers only respondents that were 18 to 54 at the first wave of the GGS. Personal interviews are carried out using a modified version of the 'Life History Calendar', which is especially designed for recording parallel working activities.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0381-2081-174, e-mail: buehler@demogr.mpg.de)

4 Balkanländer

[168-L] Atanasov, Petar:

Macedonian reform perspectives, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): *The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism*, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 169-183, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Die Bereitschaft zur Reform von Militär und Sicherheitsdiensten sowie zur Etablierung einer demokratischen Kontrolle des Militärs in Mazedonien sind gewachsen. Was die Terrorismusbekämpfung angeht, so liegt den Mazedoniern die Bekämpfung der albanischen kriminellen Gruppen im Nordwesten des Landes am meisten am Herzen. Bei den Bemühungen um die Etablierung demokratischer Kontrolle des Militärs hat es neben positiven Ansätzen auch Rückschläge gegeben. Als Hindernis erweist sich der hohe Zentralisierungsgrad des mazedonischen Staates. Der internationale Einfluss auf den Reformprozess in Mazedonien ist hoch. (ICE)

[169-L] Bandelj, Nina:

Cultural understandings of economic globalization: discourse on foreign direct investment in Slovenia, (MPIfG Discussion Paper, 06/1), Köln 2006, 35 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_dp/dp06-1.pdf)

INHALT: "Dieses Discussion Paper bringt Perspektiven der neuen Wirtschaftssoziologie und der neuen Kultursoziologie zusammen und schlägt vor, ökonomische Phänomene als kulturelle Objekte zu betrachten, da ihnen eine besondere Bedeutung zugeschrieben wird. Ziel ist, durch eine Analyse der öffentlichen Diskussionen um die Verkäufe nationalen Vermögens im post-sozialistischen Slowenien an internationale Eigner herauszufinden, wie Individuen diese grenzüberschreitenden Transaktionen verstehen und was ihre Interpretationen prägt. Die Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln zeigt, dass die Debatte über ausländische Einflüsse sich nach den nationalen Interessen richtet. Geprägt durch die historischen und makrostrukturellen Bedingungen sowie die sozialen Identitäten der Akteure sind die Einschätzungen des Einflusses, den ausländische Investitionen auf nationale Interessen haben, jedoch zahlreich und auch gegensätzlich. Akteure legitimieren ihre unterschiedlichen Ansichten mit den variierenden, häufig widersprüchlichen institutionellen Ordnungen in der sich wandelnden postsozialistischen Landschaft. Durch ihr kulturelles Verständnis können sie die unsicheren Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung leichter eingrenzen, mögliche Aktionsstrategien festlegen und Begründungen für ihre Meinung in öffentlichen Diskussionen bereithalten." (Autorenreferat)

[170-L] Barna, Claudia; Panchugov, Hristo; Tatar, Marius; Todorakov, Vladimir:

Europeanization of regions and the partnership principle: the Bulgarian case, in: *Südosteuropa* : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 53/2005, H. 4, S. 557-572

INHALT: Der Beitrag zu dem Transformationsprozess in Bulgarien gemäß der EU-Richtlinien für einen Beitritt untersucht die funktionelle Angemessenheit der durchgeführten institutionellen Reform. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen auf das Partnerschaftsprinzip als eines der Schlüsselaspekte für die strukturelle EU-Politik. Die Ausgangsfrage lautet in diesem Zusammenhang aus der EU-Perspektive, in welchem Ausmaß Dezentralisierung die Implementierung des Partnerschaftsprinzips in Bulgarien beeinflusst. Hierzu werden bulgarische Regionen, die zu der NUTS 2-Kategorie gehören, gemäß ihrer rechtlichen, politischen und finanziellen Autonomie untersucht. Dabei zeigt sich, dass hier Dezentralisierung sowohl zu steigender wie zu abnehmender Partnerschaft führt. Somit liefert der bulgarische Fall Gründe zu der Annahme, dass die Absorbierung der regionalen Entwicklung nach EU-Vorstellungen eine über-institutionalisierte und eingeschränkte Regionalstruktur in Bulgarien bewirkt. (ICG2)

[171-L] Bieber, Florian:

Serbien und Montenegro: Provisorium oder Modell des minimalistischen Föderalismus?, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 322-338, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Im Februar 2003 entstand auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien der jüngste Staat: Serbien und Montenegro. Ähnlich wie Bosnien-Herzegowina kam diese zweigliedrige Föderation durch massive internationale Intervention zustande. Im Gegensatz zu Bosnien, blieb der Disput zwischen Serbien und Montenegro um die Zukunft des gemeinsamen Staates stets gewaltfrei. Der neue Staat kann auf eine Tradition des Föderalismus in Jugoslawien zurückgreifen, der bis in die ersten Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges zurückgeht. Die einseitigen Änderungen Serbiens unter Slobodan Milosevic ab 1988 schwächte diese föderale Struktur und insgesamt die Föderation. Vor diesem Hintergrund zeigt der vorliegende Beitrag, dass die neue Staatengemeinschaft Serbien und Montenegro keinen langfristigen staatlichen Rahmen für Serbien und Montenegro bieten kann. Die begrenzte Funktionalität der Institutionen schränkt die Union in der Ausführung ihrer Kompetenzen ein und hat zur Stärkung des Legitimitätsdefizits der Union beigetragen. Die Schwäche der Union liegt in erster Linie am mangelnden politischen Willen der beiden Mitgliedsstaaten und weniger an der institutionellen Ausgestaltung der Union an sich. Einige Aspekte der Union, so etwa die Charta für Menschen- und Minderheitenrechte, sind sogar vorbildlich. Insgesamt hat die Schaffung der Union, entgegen der Absicht ihrer Förderer, nicht zu einer Beschleunigung des Reformprozesses und der Annäherung an die EU beider Gliedstaaten beitragen können. (ICA2)

[172-L] Brcic, Ivan:

Ex-Jugoslawien: der Zerfall Jugoslawiens aus der Sicht des kroatisch-serbischen Historikerdialogs, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 4, S. 40-43

INHALT: "Konfligierende Auffassungen über die gemeinsame Geschichte waren ein essenzieller Bestandteil der post-jugoslawischen Kriege in den 1990ern. Insbesondere zwischen kroatischen und serbischen Historikern tobten schon seit den 1980ern emotional ausgetragene Auseinandersetzungen. Der so genannte Historikerdialog zwischen Historikern aus Kroatien und Serbien, der seit 1998 alljährlich stattfindet, will einen Beitrag zur Lösung des historiografischen Konfliktes leisten." (Autorenreferat)

[173-L] Bühler, Christoph:

On the structural value of children and its implication on intended fertility in Bulgaria, (MPIDR Working Paper, 2006-003), Rostock 2006, 41 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2006-003.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: WP-2006-003

INHALT: "Personal networks receive increasing recognition as structural determinants of fertility. However, the network perspective also helps to explain personal motivations for having children. Using theories of interpersonal exchange and of the value of children, it is argued that children can substantively alter and improve their parents' social networks. Individuals perceive this potential advantageous development as a structural benefit and consider this value in their reproductive decisions. Data from Bulgaria, collected in 2002, support this argument. The intentions of females and males to have a first or second child are positively influenced by at least one structural value. Women's intentions are promoted by the prospect that a child will bring their parents and relatives closer or will strengthen the bond with the partner. Male's intentions are closely associated with the expectation that a child will improve their security at old age." (author's abstract)

[174-L] Daxner, Michael; Jordan, Peter; Leifer, Paul; Roth, Klaus; Vyslonzil, Elisabeth (Hrsg.):

Bilanz Balkan, (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd. 30), Wien: Verl. f. Geschichte u. Politik 2005, VII, 301 S., ISBN: 3-7028-0422-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005/7930)

INHALT: "In der Region 'Balkan' finden sich nach der Erweiterungsrunde der Europäischen Union am 1. Mai 2004 bereits die nächsten Kandidaten für einen EU-Beitritt, und es mag besonders interessant sein, wie weit diese Länder in ihrer Entwicklung fortgeschritten sind; der Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde im Sommer 1999, nach dem NATO-Einsatz in Jugoslawien, begründet und es schien uns nach fünf Jahren am Platze, eine erste Bilanz zu ziehen; nach wie vor stellen sich in diesen Ländern viele offene politische Fragen (Bosnien und die Herzegowina, Kosovo/Kosova, Montenegro, Makedonien, Serbien), die auch einer wissenschaftlichen Erörterung bedürfen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Ewald Nowotny: Wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur (5-6); Peter Brezinschek: Wirtschaftsaussichten und Kapitalmärkte in Südosteuropa (7-13); Alexander Patsch: Rechtssicherheit in den Balkanländern (14-23); Roumiana Preshlenova: Der Balkan: Bilanz misslungener Annäherungsversuche (24-46); Klaus Roth: Institutionelles und persönliches Vertrauen: Südosteuropa auf dem schwierigen Weg in die Europäische Union (47-53); Karl Kaser: Klientelismus: Positive Potenziale und Risiken eines traditionellen Modells sozialer Beziehungen (54-67); Robert Pichler: Makedonien im Dilemma ethnisch divergierender Entwicklungsprozesse Über die Schwierigkeit, auf der Basis des Ohrider Rahmenabkommens eine sozial gerechte Ordnung zu etablieren (68-100); Rudolf Richter: Soziales Kapital und Zivilgesellschaft: Ein Befund zu Kroatien, Serbien und Montenegro (101-117); Irena Ristic: Zwischen Autoritarismus und Demokratie: Politische Kultur in Serbien (118-136); Michael Daxner: Kultur, Bildung, Migration (137-139); Manfred Pittioni: Bildungswesen, Humanressourcen, Migrationen, Kulturprozesse (140-151); Anna Hausmaninger: Ethnische Identität - eine Notwendigkeit? Slawische Muslime in einem westmakedonischen Dorf zwischen Zuweisung und Selbstwahrnehmung (152-165); Mariana Mocanu: IT in Rumänien. Fachkräfte nach Bedarf: Bericht über ein internationales Postgraduierten-Programm (166-176); Andrea Christiane Mayr, Klaus

Schuch: Höhere Bildung in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien: Eine Herausforderung für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (177-188); Zoran Terzic: Von Phantomkulturen und nationalen Logiken: Vier Thesen zur postjugoslawischen Befindlichkeit (189-219); Paul Leifer: Der Balkan im internationalen Kontext (220-221); Henriette Riegler: Sicherheitspolitische Aspekte (222-223); Klaus Bachmann: Die Rolle des Internationalen Jugoslawien Tribunals bei der Stabilisierung und Versöhnung im ehemaligen Jugoslawien (224-248); Vedran Dzihic: Die Perspektiven der europäischen Integration für Südosteuropa am Beispiel von Bosnien-Herzegowina und Kosovo (249-266); Arben Hajrullahu: Der serbisch-kosovarische Konflikt zwischen ethno-nationalen Ideen und EU-Integrationsprozess (267-279); Valeria Heuberger: Die Muslime im Balkanraum und die islamische Welt von 1945 bis in die Gegenwart. Ein Überblick (280-299).

[175-L] Doka, Dhimiter:

Regionale und lokale Entwicklungen in Albanien: ausgewählte Beispiele, (Potsdamer geographische Forschungen, Bd. 24), Potsdam: Univ.-Verl. Potsdam 2005, 169 S., ISBN: 3-937786-61-9 (Standort: UB Bonn(5)-2006/2136)

INHALT: "Das Buch beschäftigt sich mit ausgewählten räumlichen Beispielen Albaniens auf verschiedenen räumlichen Ebenen, weil damit die Differenziertheit der Problemfelder der sozialen und ökonomischen Entwicklungen leichter erfasst werden kann als durch eine Beschränkung der Studien auf eine einzige Ebene. Als erstes Beispiel wird die Hauptstadtregion Tirana als der wichtigste Zuwanderungsraum Albaniens behandelt, und zwar zum einen als Region insgesamt und zum anderen hinsichtlich der innerstädtischen Wohnquartiere und der suburbanen Zone. Als zweites Beispiel wird auf die periphere Region Korça im Südosten des Landes eingegangen, eine der vielen Abwanderungsregionen Albaniens. Die Untersuchungen dort konzentrieren sich auf die Provinzhauptstadt Korça und auf ausgewählte ländliche Gemeinden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Darstellungen der Entwicklungen und ihrer Probleme aus der Sicht von Vertretern der Verwaltung und der von den Entwicklungen betroffenen Wohnbevölkerung sowie auch aus der Sicht von Nicht-Regierungsorganisationen und anderen Experten, die sich mit räumlichen Entwicklungen befassen." (Autorenreferat)

[176-L] Hadzikadunic, Emir:

Bosnien-Herzegowina: Pläne und Hoffnungen für die europäische Integration, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 4, S. 21-25

INHALT: Seit dem Beginn der Verhandlungen über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) im November 2005 ist Bosnien-Herzegowina in eine neue Phase europäischer Integration eingetreten. Die offizielle Politik beschwört einen Wechsel von der Dayton- zur Brüssel-Phase und beteuert, dass eine schrittweise Einführung von EU-Standards positive Veränderungen in der Wirtschaft, in der Rechtsstaatlichkeit und in der Demokratie bewirken wird." (Autorenreferat)

[177-L] Hensell, Stephan:

Polizei in Albanien: öffentliche Verwaltung zwischen Klientelismus und illegaler Aneignung, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 54/2006, H. 1, S. 83-106

INHALT: Ansätze von Weber und Bourdieu verknüpfend charakterisiert der Verfasser die Strukturbesonderheiten des Staates in Albanien als quasi-patrimoniale Staatlichkeit. Politischer Klientelismus und Schmuggel bilden den politischen und wirtschaftlichen Kontext, in dem sich die Transformation der albanischen Polizei seit 1992 vollzogen hat. Eine autonome und eigengesetzliche polizeiliche Verwaltung hat sich in Albanien allerdings nicht etabliert. Die bürokratische Praxis der Polizei folgt der patrimonialen Logik des politischen Felds. Rekrutierung und Beförderung von Personal erfolgen nach dem Prinzip des Klientelismus. Durch die Beteiligung am lukrativen Schmuggel akkumuliert die Polizei zusätzliches ökonomisches Kapital. Allein drei internationale Missionen sind seit 1997 auf dem Polizeisektor tätig. (ICE2)

[178-L] Höpken, Wolfgang:

Innere Befriedung durch Aufarbeitung von Diktatur und Bürgerkriegen?: Probleme und Perspektiven im ehemaligen Jugoslawien, in: Alfons Kenkmann, Hasko Zimmer (Hrsg.): Nach Kriegen und Diktaturen : Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem ; Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Essen: Klartext-Verl., 2005, S. 153-191, ISBN: 3-89861-531-6 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-hisj400k33)

INHALT: Bei der Vergangenheitsbewältigung im ehemaligen Jugoslawien gibt es drei für die betroffenen Länder spezifischen Aspekte. Erstens geht es um die Bewältigung von Vertreibungen, Vergewaltigung und Massenmord, nicht um das Erbe einer Diktatur; zweitens bedeutet Vergangenheitsbewältigung für die einzelnen Staaten jeweils etwas ganz Unterschiedliches; drittens sind die Grenzen zwischen Opfer- und Täterstatus fast überall fließend. Der Verfasser verdeutlicht dies anhand der Vergangenheitsbewältigung in Kroatien, Serbien und Bosnien sowie im Kosovo. Die geringe Neigung zur Vergangenheitsbearbeitung, die in diesem Überblick deutlich wird, hat jeweils länderspezifische Ursachen. Es gibt jedoch auch Parallelen: das mangelnde Interesse von Öffentlichkeit und Eliten, das allseitige Beharren auf einem Opferstatus und die Auffassung, die Beschäftigung mit der Vergangenheit schade der nationalen Identität. (ICE2)

[179-L] Jabandzic, Nada:

Wenn der Krieg patriotisch ist, ist der Frieden matriotisch?: zur Krise der bosnischen Identität, Klagenfurt: Wieser 2005, 248 S., ISBN: 3-85129-567-6 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.33606)

INHALT: "Das vorliegende Buch von Nada Jabandzic ist eine sozialpsychologische und psychotherapeutische Untersuchung der Auswirkungen des Krieges am Balkan auf die ökonomische Existenz, die kulturelle Identität und das individuelle, beziehungsweise kollektive Seelenleben jener Menschen aus Bosnien, und Exjugoslawien die - durch die politischen Ereignisse traumatisiert - den schwierigen Schritt der Neuanpassung an sich dramatisch geändert habende Lebensumstände, entweder in ihrer Heimat oder in einem anderen Land, vollziehen muss-

ten. Dabei geht die Arbeit insofern über die traditionellen Erklärungsmodelle für kriegsbedingte Psychotraumata, die sowohl die geflüchteten als auch die zu Hause gebliebenen Bosnier betreffen, hinaus, als sie versucht, die bei den Betroffenen aufgetretenen post-traumatischen Störungen und Haltungen wie Passivität, Symbiose, Depression und Hilflosigkeit über die wissenschaftlichen Methoden der Ethnopschoanalyse und der Transaktionsanalyse mit den tatsächlichen Lebensmöglichkeiten innerhalb der nunmehr 'erneuerten' bosnischen Stammkultur einerseits, und einer 'fremden' europäischen Kultur andererseits, in Beziehung zu setzen. Dies geschieht jedoch nicht nur mithilfe der Analyse von Phänomenen wie Krieg, Nationalismus, Unterdrückung, Gewalt gegen die Frau, Flucht oder Entfremdung, sondern, auf der Basis von Georges Devereux' und Paul Parins Konzepten der Ethnopschoanalyse, auch durch die Fallstudien, die im Rahmen der Feldforschung für diese Arbeit durchgeführt wurden. Die komplexen Prozesse der Identitätsfindung, der Anpassung an das Leben im Exil sowie der ambivalenten Bewältigung der traumatischen Vergangenheit werden anhand der Erfahrungen und Schicksale Betroffener dokumentiert." (Autorenreferat)

[180-L] Kempe, Iris; Klotzle, Kurt:

The Balkans and the Black Sea region: problems, potentials and policy options. (CAP Policy Analysis, 2/2006), München 2006, 19 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Policy-Analysis-2006-02.pdf>)

INHALT: "In the decade and a half since Western leaders began to sketch out their vision of a Europe whole and free, the European Union and NATO have succeeded in extending a zone of security and stability across much of the continent. However, two key regions - the Balkans and the Black Sea - are not yet fully incorporated into this vision, and the lack of coherent strategies addressing these regions threatens to prevent Europe from achieving its full potential. The Balkans and the Black Sea region are characterised by numerous common risks and challenges, including fragile statehood, a shared history of violent conflict, unconsolidated democratisation and economic underdevelopment. Given the crucial geopolitical position of both regions as (a) direct neighbours to the EU, NATO, and Russia, (b) a bridge to the Middle East and Central Asia, and (c) an increasingly important energy transport route, instability in either region can have significant ramifications for domestic, regional, and international security. External actors have developed different policies for the two respective regions. The Western Balkans are on a path toward European integration, albeit with an unclear plan and timetable. The European Union has introduced the European Neighbourhood Policy as a means to prevent new dividing lines within Europe; this policy is directed toward all non-candidate countries in the Black Sea, although its scope is primarily bilateral rather than regional in nature. Russia, pursuing a strategy that combines personalised networks and economic pressure, has yet to develop an attractive policy to promote cooperation in its immediate neighbourhood. Given the internal challenges and external linkages of the Balkans and Black Sea region, three strategic trajectories for addressing these regions present themselves. Given the diverse and often opposing interests of the various actors involved, business as usual may be the most likely policy outcome. This carries with it numerous risks, however. A more proactive policy that seeks to shape, rather than simply react to, events in both regions would involve intensified engagement, including (a) a clearly formulated plan and timetable for the accession of Western Balkan states into the EU and (b) a more comprehensive policy to address the security, economic, and political needs of the Black Sea region. While intensified engagement represents a desirable policy orientation toward the current challenges in the

Balkans and the Black Sea, European leaders and their allies must continue to keep an eye on longer-term processes of Europe-wide integration by engaging in a pan-European debate on Europe's future." (author's abstract)

[181-F] Koytcheva, Elena (Bearbeitung):

Socio-demographic differences in family formation and fertility before and after the transition in Bulgaria

INHALT: An event history analysis is performed to follow the changes in the fertility and family formation patterns in Bulgaria that occurred after the start of the transition in the country towards a market economy. Particular interest is given to the effects of the educational attainment and level and the transition to first and second births as well as to entering a union. The differences in the trends are also analysed according to the three main ethnic groups in Bulgaria (Bulgarians, Turks and Romany). The preliminary results show that there is a significant drop and delay of childbearing and forming a family in the last decade. The educational attainment didn't play any role for the timing of birth and marriage in the years before 1989. Only after 1990 they show some effects. The highly educated women have fewer children and start childbearing in later ages, but they behave more "traditional" in the family formation behavior. Obviously, the higher educated women are experiencing higher opportunity costs. The transition to childbearing and family formation has been always different between the ethnic groups. For the first period the Romany group holds the higher intensity of entering a marriage and starting childbearing, while for the second period they show a highest delay in entering a marriage. Cohabitation is much more spread in the Romany group, compared to the Turks and Bulgarians. The explanation for their low risk of getting married should lay in the cultural differences and in the coping strategies for overcoming the difficult economic situation in the country. *ZEITRAUM:* 1980-2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bulgaria

METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten. Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2002-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0381-2081-255, Fax: 0381-2081-555, e-mail: koytcheva@demogr.mpg.de)

[182-L] Lindstrom, Nicole:

Europeanization and sub-national governance in Slovenia, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 53/2005, H. 4, S. 500-519

INHALT: Vor dem Hintergrund des EU-Beitritts 2004 beleuchtet der Beitrag den Einfluss der Europäisierung auf die Muster der sub-nationalen Governance in Slowenien. Der erste Abschnitt skizziert den Rahmen der Europäisierung und betrachtet den möglichen Umfang der Anwendung auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa. Der zweite Abschnitt beschreibt den Prozess des institutionellen und politischen Wandels in der slowenischen Regionalpolitik als eine Antwort auf die EU-Beitrittsbedingungen, wobei hier auf das Konzept von Börzel und Risse zur Europäisierung und den innenpolitischen Wandel zurück-

gegriffen wird. Der dritte Abschnitt vergleicht zwei von insgesamt zwölf neu geschaffenen NUTS-3-Regionen bzw. regionalen Behörden innerhalb Sloweniens im Hinblick auf drei Fragen: (1) In welchem Umfang hat die Europäisierung der regionalen Politik in Slowenien die Entstehung sub-nationaler regionaler Netzwerke gefördert? (2) Wie haben sich diese sub-nationalen Netzwerke zwischen verschiedenen sub-nationalen Regionen entwickelt? (3) Was könnte die inter-regionale Variation erklären? Der Text endet mit einer Betrachtung der Lektionen in Slowenien für das Verständnis des politischen Prozesses der Europäisierung und daraus resultierender Veränderungen in der sub-nationalen Governance in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. (ICG2)

[183-L] Mileva, Janeta:

Die Rolle der neuen Verfassungen der mittel- und osteuropäischen Staaten in der Zeit der Transformation (dargestellt am Beispiel Bulgariens), in: Peter Ullrich, Thomas Kachel (Hrsg.): *EUropa - transnationale Normierung und nationales Beharren* : drittes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin: Dietz, 2005, S. 27-46, ISBN: 3-320-02902-9 (Graue Literatur; URL: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_57_IH.pdf)

INHALT: "Der Beitrag befasst sich mit der Entwicklung, die die Verfassungen der Transformationsstaaten seit dem Fall des Realsozialismus genommen haben, und damit, welche Herausforderungen ihnen nun mit dem EU-Beitritt bevorstehen. Der rechtspositivistisch bestimmte Verfassungsbegriff, der dem westlichen Demokratieverständnis entspricht und gegenwärtig mehrheitlich geteilt wird, wird von der Autorin im konkreten historischen Kontext (am Beispiel Bulgariens) hinterfragt und es wird auf den Kompromisscharakter der neuen Verfassungen in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten hingewiesen. Es handelte sich bei diesen um einen Kompromiss, der von den politischen Akteuren in der jeweiligen politischen Umbruchsituation gestaltet wurde. Mit der Auseinandersetzung im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess, die mit der Anpassung der nationalen Rechtssysteme an das Europäische Recht verbunden ist (einem Vorgang, der bis zum Zeitpunkt des EU-Beitritts vollzogen werden muss), wird der Normierungsdruck deutlich, den die EU auch auf die Rechtsgrundlagen der mittel- und osteuropäischen Staaten ausübt." (Autorenreferat)

[184-L] Riegler, Henriette (Hrsg.):

Beyond the territory within the nation: diasporic nation building in South Eastern Europe, (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, 6), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 99 S., ISBN: 3-8329-1152-9

INHALT: Welchen Einfluss haben die im Ausland lebenden ethnisch-nationalen Flüchtlingsgemeinden (engl.: 'diaspora') auf die Prozesse ausüben können, die zur Etablierung neuer Staaten auf dem Gebiet des früheren Jugoslawiens geführt haben? Es ist das Anliegen der fünf Fallstudien dieses Bandes, der Beantwortung dieser Frage von Fall zu Fall näher zu kommen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Henriette Riegler: *Setting the Context: Diasporic Nation-Building and the Yugoslav Wars* (7-11); Gabriel Sheffer: *Ethno-National Diasporas in Politics* (13-31); Sasa Bozic: *From Diaspora to Transnation and back: Croatian migrant institutions and the re(making) of Croatia* (33-57); Daphne Winland: *Nation-Building, Nation-Bonding: Croatian Diaspora and the Homeland* (59-68); Fron Nazi: *The role of the Albanian Diaspora and Nation Building* (69-74); Carol Hodge: *Lobbying in the Milosevic Era and af-*

ter: The Serb Diaspora in the UK (75-86); Zvone Zigon: The role of Slovenes abroad in the International Recognition of Slovenia (87-98). (ZPol, VS)

[185-L] Salamun, Michaela:

Albanien: ein langer Weg in die EU, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 4, S. 17-20

INHALT: "Nach dreijähriger Verhandlungszeit unterzeichnete Albanien im Februar 2006 endlich das ersehnte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Die Freude darüber im Land ist groß. In der Zielsetzung zur EU-Integration herrscht auch zwischen den beiden großen, sich oft feindselig gegenüberstehenden Lagern prinzipielle Einigkeit. Dennoch hat ihr politischer Konflikt die Ausräumung vieler struktureller Hindernisse bisher gehemmt." (Autorenreferat)

[186-L] Santiago Fink, Helen; Baumeister, Sebastian; Muco, Ledia:

Geldwäsche: Der Fall Albanien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 445-460, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Der Beitrag zeigt, auf welche Art und Weise Geldwäsche die Sicherheit und Stabilität eines Landes oder einer Region beeinträchtigt. Dies wird im Folgenden für den Fall Albanien konkretisiert, wobei insbesondere das Ausmaß des Problems, die Auswirkungen auf die Sicherheit und der Umgang der albanischen Behörden mit diesem Thema angesprochen werden. Darüber hinaus werden die Ursachen der Geldwäsche in Albanien herausgearbeitet und in den weiteren sozioökonomischen und politischen Kontext des Landes eingeordnet. Der Beitrag schließt mit einer Analyse der Rolle der OSZE und ihrer zukünftigen Möglichkeiten bei der Bekämpfung der Geldwäsche. (ICE2)

[187-L] Solioz, Christophe; Vogel, Tobias K. (Hrsg.):

Dayton and Beyond: perspectives on the future of Bosnia and Herzegovina, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, 171), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2004, 224 S., ISBN: 3-8329-1026-3

INHALT: Zehn Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton befassen sich die internationalen Autoren des Bandes mit der Frage, wie die faktische Dreiteilung des Landes überwunden und Bosnien zu einem selbstverantwortlichen Staat werden kann. Das Buch, entstanden aus den Beiträgen des ersten Seminars der ' Association Bosnia and Herzegovina' im Jahr 2004, gliedert sich in vier Themenkomplexe. Zunächst wird gefragt, ob und inwieweit das Abkommen von Dayton gescheitert ist, beispielsweise hinsichtlich der Schaffung stabiler Institutionen, welche den Herausforderungen der euro-atlantischen Integration gewachsen sind. Des Weiteren werden die Themenbereiche Verfassungsreform, Wirtschaftspolitik, Kultur und Bildung beleuchtet, wobei die Frage nach dem Primat von Gruppenrechten, der konstitutive Charakter der drei ethnischen Gruppen in allen Landesteilen, Kultur und Bildung als Faktoren der Teilung sowie die wirtschaftliche Situation behandelt werden. Neben Momentaufnahmen stehen 'ownership-enhancing strategies' also Strategien für die Übergabe der Entscheidungsgewalt, der politischen Verantwortung von externen Akteuren an die lokalen Kräfte, im Mittelpunkt

der Analysen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Has Dayton Failed?: John B. Allock: Come Back, Dayton: All Is Forgiven! (25-36) Srdan Dizdarevic: The Unfinished State? (37-44); Manfred Nowak: Has Dayton Failed? (45-58); Constitutional Issues: Jakob Finci: The Federal Republic of Bosnia and Herzegovina (61-64); Peter Neussl: The Constituent Peoples Decision of the Constitutional Court and the Sarajevo-Mrakovica Agreement: a 'Milestone Product' of the Dayton Concept? (65-73); Florian Bieber: Towards Better Governance with more Complexity? (74-87); Zija Dizdarevic: Conflicted Constitution: the International Responsibility in Shaping the Democratic Framework (88-96); Economic Development: Rajko Tomas: Efficiency Constraints on the Economy of Bosnia and Herzegovina (99-119); Josef Pöschel: Trade-Offs and Ways Out (120-136); Bozidar Matic: The Need for a Research and Development Policy (137-154); Culture and Education Nicola Kovac: Culture in Multinational Communities: or, How to Live with Differences (157-160); Jasmina Husanovic-Pehar: New Politics and the Sphere of Cultural Production (161-173); Jelena Gajevic The Role of Culture and Education in the Creation of (Cultural) Identity (174-184); Adila Pasalic-Kreso: The Virus of Division: its Permutations and Persistence in the Education Sector (185-201); Conclusion: Tihomir Loza: Unlocking the Future (205-219). (ZPol, VS)

[188-L] Stanicic, Mladen:

The evolution of civil-military relations in South East Europe: the case of Croatia, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 115-130, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Der Verfasser untersucht, welchen Beitrag Parlament, Exekutive (Büro des Präsidenten, Regierung) und nichtstaatliche Organisationen in Kroatien zur Neugestaltung des Verhältnisses von Politik und Militär leisten. In diesem Zusammenhang werden auch Probleme von Transparenz und politischer Verantwortung, Good Governance, Abrüstung und internationaler Unterstützung angesprochen. Es kristallisieren sich vier Punkte heraus, die den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Politik, Gesellschaft und Militär maßgeblich bestimmen: (1) ein fehlendes Verständnis für den Unterschied zwischen Verteidigung und Sicherheit, (2) widersprüchliche rechtliche Bestimmungen, (3) Kompetenzmängel bei der praktischen Umsetzung neuer Beziehungen zwischen Politik und Militär, (4) schwierige wirtschaftliche Situation. (ICE)

[189-L] Stodiek, Thorsten:

Der Aufbau multi-ethnischer demokratischer Polizeien auf dem südwestlichen Balkan, in: Martin H. W. Möllers, Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss., 2005, S. 427-440, ISBN: 3-935979-58-4 (Standort: UB d. Bundeswehr Hamburg(705)-POL001/Z13203/2004/2005)

INHALT: Im Zuge der Polizeireformen bzw. des völligen Neuaufbaus von Polizeien stellt der Aufbau ethnisch gemischter Polizeien in Nachbürgerkriegs- und Konfliktgesellschaften eine besondere Herausforderung dar. In einem Umfeld, das von ethnisch motiviertem Hass und Misstrauen innerhalb der Bevölkerung geprägt ist, müssen Polizeikräfte aus Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen zusammengesetzt sein. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die

Bevölkerungsgruppen - zumindest die Minderheiten - kein Vertrauen in die Sicherheitskräfte finden und entweder flüchten oder parallele Sicherheitsstrukturen aufbauen bzw. zur Selbstjustiz übergehen. Der vorliegende Beitrag demonstriert an den Polizeimissionen auf dem Balkan die Komplexität des Aufbaus multiethnischer Polizeien in Nachkriegsgesellschaften. Zum einen gilt es, das Vertrauen aller Bevölkerungsgruppen in die durch ihre Teilnahme an den Kriegshandlungen militarisierten und auf Grund begangener (Kriegs-)Verbrechen zumindest bei den Bevölkerungsminderheiten diskreditierten Polizeikräfte wieder zu stärken. Zum anderen müssen die spezifischen strukturellen Defizite der ehemals sozialistischen Polizeiapparate (Militarisierung, Zentralisierung, Politisierung, Korruption) beseitigt werden, will man demokratische und Rechtsstaatsprinzipien befolgende Ordnungskräfte aufbauen. Die Analyse der Internationalen Polizeiaktivitäten von OSZE, UNO und EU im Kosovo, in Südserbien und in Mazedonien verdeutlicht diese Komplexität. (ICA2)

[190-L] Stoilov, Georgi:

The transformation process in Bulgaria, 2004, 245 S. (Graue Literatur;

URL: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2004/1442/>)

INHALT: Stoilov gibt einen Überblick über den Stand des Transformationsprozesses in Bulgarien. An eine Skizze des kommunistischen Bulgariens schließt sich eine Erläuterung der Veränderungen der zentralen Faktoren des Transformationsprozesses an: Wahlsystem und Institutionen, Parteienlandschaft, Mediensystem sowie politische Kultur. Zudem gibt der Autor einen Überblick über die neuere demografische Entwicklung und skizziert die Minderheitenpolitik des Landes sowie den Stand der EU-Orientierung. Anschließend analysiert er detaillierter die ökonomische Entwicklung Bulgariens, das mit immensen wirtschaftlichen Problemen, u. a. sozialen Disparitäten, Korruption und, außerhalb der Hauptstadt, einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. Ökonomisch betrachtet zählt Bulgarien zu einem der schwächsten der osteuropäischen Transformationsländer. Dabei beschäftigt Stoilov sich insbesondere mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland, dem wichtigsten Außenhandelspartner des Landes. In den Schlusskapiteln analysiert er die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes vor dem Hintergrund des geänderten globalen Kräfteverhältnisse und hinsichtlich der Bemühungen Bulgariens, sich in die EU und die NATO einzubinden. (ZPol, VS)

[191-L] Taleski, Dane; Damjanovski, Ivan:

Makedonien: EU-Kandidat - und wie weiter?, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 4, S. 13-16

INHALT: "Im Jahr 2001 stellte Makedonien seinen EU-Beitrittsantrag, vier Jahre später erhielt das Land den Kandidatenstatus. Sowohl die politische Elite als auch große Teile der Bevölkerung verbinden viele Hoffnungen mit der EU-Mitgliedschaft. Gleichzeitig herrscht aber auch das Bewusstsein, dass diese kein Allheilmittel gegen die größten Probleme des Landes wie Arbeitslosigkeit und Korruption sein wird." (Autorenreferat)

[192-L] Weichert, Michael:

Westbalkan: ideologische und politische Lager und EU-Integration, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 4, S. 31-33

INHALT: "Trotz des nun schon lange andauernden gesellschaftlichen Wandels nach dem Ende des Realsozialismus ist die ideologische Profilierung der Parteien in vielen Ländern der Region wohl noch nicht abgeschlossen. Alle größeren Parteien der Region befürworten jedoch einen Beitritt ihres Landes zur EU, trotz so mancher Unterschiede in der jeweiligen Europapolitik." (Autorenreferat)

5 Baltische Länder

[193-L] Dorodnova, Jekaterina:

Lettland und die OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ IFSH (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 2004 : Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 65-75, ISBN: 3-8329-1140-5

INHALT: Die OSZE hat Lettland beim Übergang zur Demokratie entscheidende Hilfestellung geleistet und Lettlands angestrebten Beitritt zu NATO und EU gefördert. Ein wichtiges Ziel der OSZE in Hinblick auf Lettland war die Normalisierung der lettisch-russischen Beziehungen. Infolge der Staatsbürgerschafts- und Sprachenpolitik Lettlands war in den russisch-lettischen Beziehungen eine massive Verschlechterung zu beobachten, die für die OSZE das Potenzial eines internationalen Konflikts barg. Es wurden Auswirkungen der lettischen Politik gegenüber der russischsprachigen Minderheit auf die internationale Sicherheit befürchtet. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) von hoher Bedeutung. Der HKNM hat mit seiner Betonung internationaler Normen zu einer Verrechtlichung des Konflikts zwischen Staat und Minderheiten in Lettland beigetragen, wobei die politische Konditionalität des angestrebten EU-Beitritts sein wesentlichstes Argument war. Die 1993 eingerichtete OSZE-Mission in Lettland wurde Ende 2001 geschlossen. Mit den wieder zunehmenden Spannungen in der lettischen Gesellschaft sind OSZE und HKNM nicht mehr befasst. (ICE)

[194-L] Dzvonkaite-Koivula, Virginija:

Multilingualism, social anchorage, social participation and social group identification in the Baltic countries in the beginning of the 1990s, in: Marko Lehti (Hrsg.): The Baltic as a multicultural world: sea, region and peoples, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2005, S. 165-182, ISBN: 3-8305-0975-8 (Standort: UB Passau(739)-02/NK5062/L525)

INHALT: Der soziale Aspekt von Mehrsprachigkeit wird nach Ansicht der Autorin oftmals nur als Kontext oder Bedingung des Erlernens von Fremdsprachen untersucht. In soziolinguistischen Studien wird die Mehrsprachigkeit meist im Hinblick auf die soziale Umwelt, das Verhältnis von Gesellschaft und Identität oder die ethnolinguistische Wahrnehmung thematisiert. Vor dem Hintergrund dieser Forschungsansätze werden im vorliegenden Beitrag die sozialen

Faktoren der Mehrsprachigkeit in den Baltischen Staaten zu Beginn der 1990er Jahre untersucht. Es wird insbesondere die Wechselwirkung von Mehrsprachigkeit mit der sozialen Verankerung, der sozialen Partizipation und der Gruppenidentifikation beleuchtet und ein Vergleich zwischen mehreren Sprachgruppen im Hinblick auf die genannten Faktoren gezogen. Die soziale Verankerung (als Struktur), die soziale Partizipation (als Funktion) und die Häufigkeit von sozialen Kontakten stellen dabei drei wesentliche Aspekte des theoretischen Konzepts des sozialen Netzwerks dar. Die soziale Verankerung beschreibt vor allem das Ausmaß, in dem das Individuum formellen und informellen Gruppen angehört. Der Schwerpunkt der vorliegenden Ausführungen liegt also auf dem individuellen Verständnis der Mitgliedschaft in diesen Sprachgruppen. (ICI)

[195-L] Elsuwege, Peter van:

Russian-speaking minorities in Estonia and Latvia: problems of integration at the threshold of the European Union, (ECMI Working Paper, 20), Flensburg 2004, 58 S. (Graue Literatur; URL: http://www.ecmi.de/download/working_paper_20.pdf)

INHALT: "The restoration of the Baltic states' independence, back in 1991, brought about a number of political and legal challenges. The presence of large non-titular communities in Estonia and Latvia has proven to be the most pressing of these. Notwithstanding the fact that the European Commission already in 1997 concluded that 'on the whole the rights of the Russian-speaking minorities are observed and safeguarded', the legal status of these living relics of the Soviet period remains controversial. A resolution of the Council of Europe Committee of Ministers, adopted on 13 June 2002, criticised the protection of national minorities in Estonia. In the lead-up to the December 2003 parliamentary elections, the Russian Duma adopted a resolution 'on gross violations of human and minority rights in the Republic of Latvia'. Dmitry Rogozin, chairman of the Parliamentarian Committee on International Relations, announced that Russia should consider the weapon of economic sanctions to put pressure on the Baltic state, which he described as 'a land of hooligans' where 'Nazis have come to power'. Whereas these statements have to be situated within the context of the ongoing election campaign, the remarks of Alvaro Gil-Robles, European Council Commissioner for Human Rights, are to be taken more serious. During his visit to Riga in October 2003, the High Commissioner criticized the lack of citizenship for more than twenty per cent of Latvia's population and recommended the granting of voting rights to non-citizens in municipal elections. On the other hand, Günter Verheugen, EU Commissioner responsible for enlargement, declared that Latvia fulfils all the criteria in the field of societal integration and has complied with all international requirements regarding its ethnic minorities. The striking differences between the statements of the Council of Europe and European Union representatives contribute to the existing ambiguity surrounding the legal status of Estonia's and Latvia's Russian-speaking and often stateless minorities. This issue is of particular importance in the light of these countries' accession to the EU on 1 May 2004. The question remains whether this new situation will bring changes to the legal status of the Russian-speaking population in general and the noncitizens in particular. This paper tries to trace the origins of the existing problems, taking into account the Baltic states' specific historical and constitutional framework. In addition, it tries to evaluate the relevant EU legislation in order to define the rights of non-citizens in an enlarged EU." (excerpt)

[196-L] Feest, David:

'Neo-korenizacija' in den baltischen Sowjetrepubliken?: die Kommunistische Partei Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 3, S. 263-280 (Standort: UB Bonn(5)-Z 55180)

INHALT: Das Beispiel der Sowjetisierung Estlands bietet die Möglichkeit, die Frage nach dem Charakter und der Praxis der sowjetischen Nationalitätenpolitik neu zu bewerten. Hier wurde in die Praxis umgesetzt, was in den Jahren von Stalins Herrschaft zu den kanonisierten Vorstellungen über die Nation geworden war. Diese hatten in den Kriegsjahren erheblich an Bedeutung gewonnen und wurden in den westlichen Randgebieten unter neuen Bedingungen realisiert. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst untersucht, welchen Stellenwert das Nationale innerhalb der Kommunistischen Partei Estlands (KPE) nach dem Zweiten Weltkrieg hatte und wie sich die unterschiedlichen Vorstellungen der estnischen Kommunisten zu den Auffassungen, aber auch zu den machtpolitischen Strategien der Moskauer Zentrale verhielten. Daraufhin wird dargestellt, wie das nationale Prinzip nach dem Zweiten Weltkrieg eine manifeste Rolle spielte, indem die örtliche Parteiführung offenbar nach nationalen Quoten besetzt wurde, die den Esten - freilich hauptsächlich den Russlandfreundlichen - eine dominante Position im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Estlands (KPE) sicherten. Die Parteisäuberungen von 1950 markierten, wie der letzte Abschnitt zeigt, ein abschließendes Ende einer moderaten Nationalitätenpolitik in Estland. (ICA2)

[197-L] Geciene, Ingrida:

Democracy and the middle class: Western theoretical models in a post-Communist context, in: Carol Harrington, Salem Ayman, Tamara Zurabishvili (Eds.): *After communism : critical perspectives on society and sociology*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2004, S. 235-255 (Standort: UB Siegen(467)-31NZP1311)

INHALT: Gegenstand des Beitrags sind Probleme, die sich bei der Übertragung westlicher Konzepte auf den Prozess sozialen und kulturellen Wandels in der postkommunistischen Welt ergeben. Prominente Konzepte sind beispielsweise die der Mittelschicht und der Zivilgesellschaft, die es als Vorbedingung eines Demokratisierungsprozesses aufzubauen gelte. Am Beispiel Litauens zeigt die Verfasserin, dass dieser orthodoxe Standpunkt westlicher Intellektueller und Wissenschaftler mit der Realität postsozialistischer Transformation nicht übereinstimmt. Über die Propagierung eines westlichen Weltbilds hinaus hat eine solche Übertragung auch praktische Auswirkungen, wenn nämlich vor allem solche Forschungsprojekte finanziell unterstützt werden, die sich gut in das westliche Weltbild einordnen lassen. (ICE)

[198-L] Gicquel, Catherine-F.; Makarov, Victor; Zolkos, Magdalena (Hrsg.):

The Challenge of mobility in the Baltic Sea Region, (The Baltic Sea Region : Northern Dimensions - European Perspectives, Bd. 2), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2005, 207 S., ISBN: 3-8305-0924-3 (Standort: SB München(12)-2005.39516)

INHALT: "Mobility is rapidly becoming one of the most salient features of European societies. This process is particularly visible in the Baltic Sea area. Here, the European Union meets its immediate neighbours; a wealthy Scandinavia meets struggling post-communist economies; long-established democracies meet developing ones; secularised Protestantism meets fervent

Catholicism and Orthodoxy; and post-modernity meets traditionalism, modernisation and nation-building. The mobility around the inner sea of Europe is thus fraught with challenges and uncertainty. There is a transfer of know-how, but also of drugs; of development aid, but also of trafficked women and children; of international civil servants, but also of economic migrants. The mobility of people and capital creates pockets and corridors of wealth, but will it also lead to brain-drain, rural exodus and outbursts of xenophobia? The mobility of ideas enriches the cultures, but is it also bound to generate clashes between competing and contradictory values, provoke discontent on the part of those who perceive their lifestyles as threatened by the contact with others? To explore these issues, *The Challenges of Mobility in the Baltic Sea Region* puts the political, economic, cultural, and spatial dynamics of Baltic Sea region in the spotlight through the theoretical prism of mobility." (author's abstract). Content: Catherine-F. Cicquel, Victor Makarov, Magdalena Zolkos: Preface (7-8); Marta Reuter: Introduction: Taking Aim at Mobility (9-14); Jan Hecker-Stampehl: Functions of Academic Mobility and Foreign Relations in Finnish Academic Life. A Historical Survey from the Middle Ages until the Middle of the 20th Century (15-39); Tiina Metso: German Influence on Estonian and Baltic German Corps Duel and Song Traditions (41-56); Victor Makarov: Mobile Ideas, Resilient Values? How Well Does the 'Rich' Concept of Democracy Travel? (57-75); Zanda Mankusa: Contacts Between the Evangelical Churches in the Baltic Sea Region since World War II: Importance and Development (77-93); Emilian Kavalski: The EU as a Vehicle of Ideational Mobility: The Extension of its Normative Power to the Baltics and the Balkans (95-114); Maria Moynihan: (Re)making Geography: Cross-Border Integration, Socialisation in Cross-Border Interaction and Local-Level Mobility in the Baltic Sea Region (115-135); Andreas Goldthau: Labour Mobility, Adjustment and Economic Growth. Some Reflections on CEE Emerging Economies (137-156); Egle Tafenau: Mobility of People, Goods and Ideas as the Causes of Spatial Income Inequalities and Spreading: The Context of the Baltic Countries (157-173); Audra I. Mockaitis: When West Meets East: Culture Contrasts and Business Challenges in the Baltic Sea Region (175-192); Catherine-F. Cicquel, Victor Makarov, Magdalena Zolkos: Conclusions: Moving On With Mobility (193-202).

[199-F] Gruber, D. (Bearbeitung):

Analyse wirtschaftlicher Gegebenheiten von estnischen und ethnisch-russischen Klein- und Mittleren Unternehmen in Estland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Estland

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0391-6716537, Fax: 0391-6716533)

[200-L] Hecker-Stampehl, Jan; Bannwart, Aino; Brekenfeld, Dörte; Plath, Ulrike (Hrsg.):

Perceptions of loss, decline and doom in the Baltic Sea region. (The Baltic Sea Region : Northern Dimensions - European Perspectives, Bd. 1), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2004, 403 S., ISBN: 3-8305-0565-5 (Standort: UB Heidelberg(16)-2005A2139)

INHALT: "Dieser Band beschäftigt sich mit Perzeptionen von Untergang im Ostseeraum. 'Untergang' soll dabei als Analysekategorie in einem konstruierten Raum erprobt werden. Anfang

der neunziger Jahre wurde die Region in einer beispielhaften 'region-building' Euphorie als ein einheitliches Territorium und ein beispielhaftes Projekt der Kooperation, des Friedens und der Verständigung wiedererschaffen. Gerade die Prognosen einer glanzvollen Zukunft der Region als eine Zone wirtschaftlichen Wachstums, technologischer Innovation, hohen Bildungsstandes und wissenschaftlicher Kooperation machten sie zu einer 'Pilotregion' in einer sich erweiternden Europäischen Union. Die dabei häufig aufgezeigte Entwicklungslinie, die in der 'Rückkehr nach Europa- Rückkehr nach Hause' mündete, provoziert die Fragen nach den Brüchen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Aino Bannwart, Dörte Brekenfeld, Jan Hecker-Stampehl, Ulrike Plath: Perceptionen des Untergangs. Grundlagen und Perspektiven (11-26); Andreas Urs Sommer: Some Reflections on the Metaphysics of Decline and Fall (27-32); Nils Erik Forsgård: Some Reflections on Decline and Fall in History (33-38); Johanna Oksala: The Postmodern Loss of Identities (39-46); Hansjörg Küster: Loss as Characteristic in an Ever Changing Sea Region: The Nature of the Baltic Sea (47-58); Verena Hupasch: Das Verschwinden einer monastischen Kultur oder der Untergang des Dominikanerordens im Ostseeraum (59-70); Henrike Kornmilch: Die Madonna auf der Mondsichel als Zeichen des Triumphes über das Heidentum (71-96); Hendriette Kliemann: Russlands nordisches Image und der Wandel des Nordens um 1800 (97-112); Robert Schweitzer: Turning Defeat into Victory: The Reinterpretation of the Russo-Swedish War of 1808/09 in 19th Century Finland (113-130); Stefan Gammelien: The Humiliated Great Power: Sweden under the Influence of the 'Russian Menace' and in Discord with 'Little Brother' Norway, 1814-1905 (131-144); Ralph Tuchtenhagen: 'Germanic Sea' - The Baltic Sea in German Historiographical Discourse, 1890-1945 (145-166); Pami Aalto: European Integration and the Declining Project of Building a Baltic Sea Region (167-184); Aino Bannwart: The Decline of the Soviet Empire and the Baltic States (185-200); Mindaugas Jurkynas: Decline of Ideological Politics in New Democracies: The Case of Lithuania (201-220); Catherine-F. Gicquel: Perceptions of Loss, Decline and Doom as Part of the Construction of a Common Identity in the Baltic Sea Area (221-236); Inder Pikturniene: Marketing as a Possible Reason for Culture and Language Changes: Theoretical Considerations and Implications in the Case of Lithuania (237-260); Jan Hecker-Stampehl: The History of Nordic Co-operation: Success Story or Series of Shipwrecks? (261-276); Dörte Brekenfeld: Die Fünfzehn Vorzeichen des Jüngsten Gerichts. Ein Angst-Szenario in Bildern für die Zeit vor dem Weltuntergang (277-298); Ulrike Plath: Untergang oder Reform? Die Deutschen im Baltikum zu Beginn des 19. Jahrhunderts (299-322); Asta von Derau: The Illusion of Homogeneity and the Fear of Diversity: Visions of Cultural Loss and National Decline in the German Migration Discourse (323-330); Maria Goloubeva, Diana Ieleja: Conceptualising the Fear of Losing National Identity as a Result of European Integration: The Case of Latvia (331-342); Marta Reuter: Fear of the Other and the Emergence of Regional Identity in the Baltic Sea Area (343-354); Bernd Henningsen: Die schwedische Tragödie oder von der Krise einer Gesellschaft: Olof Palme, Tschernobyl, die 'Estonia' und Anna Lindh (355-370); Jörg Hackmann: Zwischen Zerstörung und Rekonstruktion: Beobachtungen zu historischen Altstädten zwischen Lübeck und Narva nach 1945 (371-398).

[201-L] Henningsen, Bernd (Hrsg.):

Changes, challenges and chances: conclusions and perspectives of Baltic Sea Area Studies, (The Baltic Sea Region : Northern Dimensions - European Perspectives, Bd. 3), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2005, 253 S., ISBN: 3-8305-1082-9 (Standort: BSB München(12)-2006.11436)

INHALT: "The Baltic Sea Region is a discernible area in the New Europe, with more or less open borders, a rapidly growing economy, common political interest, common security problems, and similar environmental and transport calamities. The region is culturally not homogeneous but it endures related identities, overlapping heritages, with a-in large parts-common history. The idea of a violent, military conflict among the states of the Baltic Sea Region would seem to have become unthinkable. The process of increasing co-operation - and the horrors of war! - have led to a web of interdependence, held together by interest, policies, treaties etc. As a result, this region is now a model of peaceful transformation. In this way, the history of conflict in the 20th century would seem to have contributed positively to the peaceful and co-operative situation, which we enjoy today." (author's abstract). Content: Bernd Henningsen: Introduction (7-12). I. Socio-Cultural Foundations of Regional Identity - Henrik Stenius: The Socio-Cultural Foundation of the Emergence of a Regional Identity in the Baltic Sea Region (15-18); Marija Krilova: An Essayistic Draft on the Formation of a Regional Identity in the Baltic Sea Region (19-24); Egle Rindzeviciute: Framing Lithuanian Cultural Policy in the 1990s (25-49); Lotta Weckström: The Invisible Opponent. A Study about Feelings of National Belonging, Finnishness and Immigration of Second Generation Finns in Sweden (51-66); Skaidra Trilupaityte: Politics of Cultural Integration: The Great Return after 1990 (67-82); Luisa Donsi: Nordic Suggestions of Italian Travellers. The North in 20th-century Italian Travel Literature (83-100); Helge Dauchert: The EU Enlargement - A Challenge to Germany's "Europeanised" National Identity (101-116). II. Institutions and Region-Building - Uffe Jakobsen: Political Institutions and Region Building: Implementing Democratic Values in the Baltic Sea Region? (119-128); Sergiy Bozhko: Prerequisites and Factors in the Formation of the System of Security and Cooperation in the Baltic Sea Region (129-144); Catherine-F. Gicquel: Eu-Accession: Similar Answer of the Swedish, Finnish and Estonian Parliaments? (145-160); Magdalena Zolkos: Human Rights and the Politics of Regional Articulation: A Post Scriptum to the CBSS Commissioner's Office (161-183). III. Economic Transformation - Tiiu Paas: New Challenges and Changes for Economic Transformation of the Baltic Sea Area (187-192); Gert-Jan Hospers: Regions in the Market: The Marketing of the Oresund Region (193-210); Krzysztof Leszczynski: Transport Patterns in Oresund Region - Indicators of Regional Integration? (211-224); Akvile Motiejunate: Labour Markets in the Baltic States During Economic Transformation: A Gender Perspective (225-251).

[202-L] Herslund, Lise:

Das verborgene Land: soziale Netzwerke in einer ländlichen Region Lettlands, in: Land-Berichte : sozialwissenschaftliche Halbjahresschrift über ländliche Regionen, Jg. 8/2005, H. 2, S. 5-17

INHALT: "Dieser Aufsatz versucht, verschiedene soziale Netzwerke in Lettland in ihrer Eigenschaft als Ressource für die Entwicklung und Diversifikation von Einkommen zu erfassen. Die Analyse basiert auf einer Umfrage in ländlichen Haushalten und Unternehmen in einer unterentwickelten ländlichen Region. Die meisten der Landbewohner leben von Transfereinkommen und Subsistenzlandwirtschaft. Diese Gruppe ist durch die Isolation von offiziellen Institutionen und dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Sie hängen von Nachbarn, der Familie und der sozialen Unterstützung ab, um ihr Dasein zu sichern. Personen, die in der Stadt erwerbstätig sind, haben ihre Anstellung mit Hilfe ihrer Freunde und Verwandte erlangt. Die wenigen Unternehmen in der ländlichen Region vertrauen auf Netzwerke, die mittels Freunde und anderer Geschäftsleute entstehen, mit dem Ziel, Absatzmärkte, Zulieferer und Finanz-

kräfte zu erhalten. Ein tieferes Verständnis dieser sozialen Netzwerke im ländlichen Bereich ist unabdingbar, um die Bedingungen für diese Entwicklung zu begreifen. Die vorherrschenden eng lokalen und geschlossenen Netzwerke sind indessen nicht sehr effizient, um neues Wissen zu implementieren. Um neue Erfahrungen zu sammeln, bemühen sich Personen aktiv um Information und neue Kontakte." (Autorenreferat)

[203-L] Huldt, Bo:

The post-cold war transition in the Baltic Sea region: a decade of small states activism, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): *International security in a time of change: threats - concepts - institutions* : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 392-406, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Die "Friedensdividende" der 1990er Jahre eröffnete für die kleinen Staaten im Ostseeraum eine einzigartige Chance, politisch aktiv zu werden und geleitet von ihren eigenen Interessen eine regionale Sicherheitsstruktur aufzubauen. Zwar war dies nicht möglich, ohne auf die Interessen größerer Mächte Rücksicht zu nehmen, aber die allgemeine Unterstützung durch die - weit entfernten - USA, das Desinteresse Deutschlands und die Ohnmacht Russlands eröffneten einen weiten Handlungsspielraum. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte der Rat der Ostseestaaten (Council of the Baltic Sea States, CBSS). Zehn Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus den baltischen Staaten kommt die sicherheitspolitische Entwicklung in der Region mit der Mitgliedschaft in der EU zu einem Abschluss. (ICE)

[204-F] Jasilionis, Domantas, Ph.D.; Stankuniene, Vlada, Prof.; Ambrozaitiene, Dalia (Bearbeitung); Shkolnikov, Vladimir, Ph.D. (Leitung):

Longitudinal data on differential mortality in Lithuania

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** 2002-2005 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Lithuania

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 2004-06 **ENDE:** 2007-06 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0381-2081-147, e-mail: shkolnikov@demogr.mpg.de)

[205-L] Lehti, Marko (Hrsg.):

The Baltic as a multicultural world: sea, region and peoples, (The Baltic Sea Region : Northern Dimensions - European Perspectives, Bd. 4), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2005, 218 S., ISBN: 3-8305-0975-8 (Standort: UB Passau(739)-02/NK5062/L525)

INHALT: Das Ende des Kalten Krieges hat die Baltischen Staaten ins Rampenlicht politischer und kultureller Kooperationen gerückt, denn die Ostseeregion hat seit diesem Zeitpunkt eine starke Position als dynamische europäische Subregion erhalten. Ähnlich wie beim Mittelmeerraum ist es jedoch auch hier schwierig, die Region genauer zu definieren und einzugrenzen. Das Meer spielt zwar eine bedeutende Rolle, aber sein politischer und wirtschaftlicher Einfluss ist unbestimmt und unvorhersehbar. Im vorliegenden Band wird der baltische Raum

aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, wobei der Schwerpunkt auf einer genaueren Definition der baltischen Region und des Ursprungs ihrer Einheit sowie auf einer Analyse ihrer Multikulturalität und Multinationalität liegt. Während sich einige Beiträge auf die gesamte Ostseeregion beziehen, beschäftigen sich andere mit einzelnen baltischen Staaten oder bestimmten Städten und Gemeinden. Das Baltikum wird insgesamt als ein Raum verstanden, welcher anregende Möglichkeiten bietet, den nationalen Zentralismus durch andere Formen der Staatenbildung jenseits des Nationalstaats zu ersetzen. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, eine multiethnische, multilinguale und multikulturelle Region sowie die Mannigfaltigkeit ihrer Identitäten näher zu bestimmen. (ICI)

[206-L] Mertelsmann, Olaf (Hrsg.):

Estland und Russland: Aspekte der Beziehungen beider Länder, (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 11), Hamburg: Kovac 2005, 322 S., ISBN: 3-8300-1510-0

INHALT: Der Band ist aus einem interdisziplinären Forschungsprojekt zu den russisch-estnischen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert hervorgegangen, das an der Universität Tartu/Dorpat durchgeführt wurde. In den Beiträgen geht es nicht um einen allgemeinen Überblick zur gemeinsamen Geschichte der beiden Länder, sondern es sollen '(v)erschiedene Aspekte der Beziehungen beider Länder (...) beleuchtet' (7) werden. Entsprechend breit fällt das Themenspektrum aus: Neben Untersuchungen z. B. über die Funktion der Generalgouverneure im Baltikum, das Problem des Alkoholmissbrauchs oder das Studium an der Universität Tartu finden sich Beiträge über den Werdegang zweier Historiker sowie über einzelne Geschehnisse aus der Zeit vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Anti Selart: Steinkuhl und Zabolockij. Ein Kommentar zur Chronik Johann Renners (9-30); Mati Laur: Die Verortung des Baltikums im Russischen Imperium zu Beginn der Regierungszeit Katharinas II. (31-52); Lea Leppik: Die Generalgouverneure im Baltikum - Instrumente zur Vereinheitlichung des Russischen Imperiums oder ein Schutz der baltischen Sonderordnung? (53-76); Tiit Rosenberg: Die russische baltische Historiographie in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (77-108); Ludmila Dubjeva: Anton Nikitic Jansinskij als Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität Jur'ev (Dorpat/Tartu) 1896-1911 (109-126); Karsten Brüggemann: Kontinuität in der Revolution: Der russische Blick auf das Baltikum während der 'Zeit der Wirren' 1917-1920 am Beispiel der weißen Bewegung (127-156); Jaak Valge: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das Gold der Bolschewiki in Estland 1920-1922 und die Folgen (157-192); Eero Medijainen: Optieren für Estland - eine freiwillige oder eine erzwungene Migration 1920-1923? (193-211); Michail V. Skarovskij: Orthodoxe estnische Gemeinden in Nordwestrussland im 19. und 20. Jahrhundert (213-228); Olaf Mertelsmann: Das Studium an der Universität Tartu in der Stalinzeit (229-248); Tonu Tannberg: Die unbekannte Amnestie. Berijas Rehabilitierungspläne 1953 am Beispiel der Estnischen SSR (249-273); Olaf Mertelsmann: Der Zusammenhang von Sowjetisierung und Alkoholmissbrauch aus der Sicht der estnischen Bevölkerung (275-288); Uwe Liszkowski: Brückenbauer in eine fremde Welt. Georg von Rauch als Russlandhistoriker (289-312); Tatjana Sachovskaja / Mare Rand / Tatjana Kuzovkina: Das Jurij Lotman-Archiv in Tartu (313-320). (ZPol, VS)

[207-L] Nikolajew, Christina-Judith:

Zum Zusammenhang zwischen nationaler Identitätsbildung und Katholischer Kirche in Litauen: in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Tübingen 2005, 264 S. (Graue Literatur; URL: http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2005/2154/pdf/Dissertation_Christina-Nikolajew.pdf; http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977923649&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=977923649.pdf)

INHALT: "Behandelt wird die nationale Identitätsbildung der Litauer unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhangs mit der Katholischen Kirche in Litauen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten, historischen Teil, der auf den Arbeiten verschiedener Wissenschaftler basiert, wird die geopolitische Lage, die Katholische Kirche und die Identität und das Selbstverständnis der Litauer und die der litauischen Geistlichkeit vorgestellt. Der zweite Teil stellt die untersuchte publizistische Quelle 'Tevynes Sargas' vor. Der dritte Teil ist eine Untersuchung der Darstellung von Personen in den Korrespondentenberichten je nach Volkszugehörigkeit. Gezeigt wird wie die vorwiegend zum Klerus zu zählenden Korrespondenten die Litauer und die Anderen (Juden, Russen, Polen) in diesen Berichten darstellen. Die Untersuchung ergibt, dass die Katholische Kirche nicht selbst die Emanzipationsbestrebungen der Litauer angeregt hat. Aber ihre Träger, einige wenige Bischöfe und viele litauische Priester, haben der Bevölkerung die Notwendigkeit der Emanzipation vermittelt. Damit leisteten sie einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des Katholischen, als auch zum Erhalt des Litauischen, unter den Bedingungen russischer Okkupation." (Autorenreferat)

[208-L] Onken, Eva-Clarita:

Demokratisierung der Geschichte in Lettland: staatsbürgerliches Bewußtsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit, Hamburg: R. Krämer 2003, 294 S., ISBN: 3-89622-061-6 (Standort: UB Siegen(467)-21LXVT1000)

INHALT: "'Die Aufarbeitung findet längst statt, sie braucht nur mehr Zeit.' Mit diesen Worten charakterisierte 1998 der damalige Präsidentenberater Armands Gutmanis die aktuellen lettischen Diskurse über die eigene Vergangenheit. Wie vielfältig sich dieser Prozess gestaltet, thematisiert die vorliegende Arbeit. Sie verbindet dabei gleich mehrere Themenkomplexe: Der zentralen Analyse lettischer Debatten und Kontroversen um die politische Vergangenheit des 20. Jahrhunderts wird zunächst die Diskussion der wissenschaftlichen und politischen Debatten über die Nation und die zukünftige Gestaltung des multiethnischen Nationalstaats vorangestellt. Hier wird die lettische Diskussion im Kontext neuerer Theorien und Konzepte der Nation und des postsowjetischen Nationalismus betrachtet. Vor dem Hintergrund verschiedener Theorien über 'Geschichte', 'Gedächtnis' und 'Identität' befasst sich die anschließende Darstellung mit der lettischen Geschichtsschreibung und den Debatten über die jüngere Vergangenheit. Dabei wird besonders das Verhältnis von professioneller Geschichtsschreibung und Gedächtnis sowie die Rolle des Historikers im Prozess kollektiver Identitätskonstruktion diskutiert. Das leitet über zu der zentralen Frage nach Möglichkeiten und Mechanismen der politischen Inanspruchnahme von Geschichte in der Demokratie. Es geht letztlich um die Demokratisierung der Geschichte in Lettland im ersten Jahrzehnt der wiedererlangten Unabhängigkeit, also um die Fähigkeit, Differenzen und Widersprüche sowohl in den Sichtweisen der Vergangenheit als auch im alltäglichen politischen Geschehen auszuhalten und zu tolerieren." (Autorenreferat)

[209-L] Rindzeviciute, Egle:

Framing Lithuanian cultural policy in the 1990s, in: Bernd Henningsen (Hrsg.): Changes, challenges and chances : conclusions and perspectives of Baltic Sea Area Studies, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2005, S. 25-49, ISBN: 3-8305-1082-9 (Standort: BSB München(12)-2006.11436)

INHALT: "The article focuses on the process of reforming Lithuanian cultural policy in 1990s. The cultural policy discourses that developed in the spheres of legislation and public debate reveal a search for the new principles, which would motivate and legitimize the state's involvement in cultural field through the means of public policy, as well as a struggle in negotiating new power positions by cultural elites. When gaining diverse forms, language and history were used for making sense of both newly re-established statehood and inherited Soviet organizational structures." (author's abstract)

[210-L] Santis, Ramona Saavedra:

Lettland: Antisemitismus im historischen Gedächtnis, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 39-42

INHALT: "Im historischen Gedächtnis der Letten gilt die sowjetische Okkupation als das große Trauma. Im Zeichen der Glorifizierung jeglicher anti-sowjetischer Kräfte werden dabei lettische Kollaborateure mit Nazi-Deutschland rehabilitiert und der eigene Anteil an der Ermordung der lettischen Juden ignoriert." (Autorenreferat)

[211-L] Smith, David J.:

Multiculturalism: the regulation of ethno-political disputes in Post-Soviet Estonia and Latvia, in: Marko Lehti (Hrsg.): The Baltic as a multicultural world: sea, region and peoples, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2005, S. 183-213, ISBN: 3-8305-0975-8 (Standort: UB Passau(739)-02/NK5062/L525)

INHALT: Der Autor untersucht die politischen Auswirkungen der Mehrsprachigkeit im postsowjetischen Estland und Lettland im Hinblick auf die Frage, wie sich die ethno-politischen Auseinandersetzungen seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991 bis zum EU-Beitritt im Mai 2004 entwickelt haben. Da beide Staaten in den letzten Jahren einen friedlichen Weg zur ethno-politischen Stabilität gefunden haben, ist ferner nach den möglichen Gründen für diese Stabilität zu fragen. Der Autor zeigt in seiner Analyse, in welcher Weise es den Ländern Estland und Lettland gelungen ist, die hohen Bevölkerungsanteile von Nicht-Staatsangehörigen im Hinblick auf die Mitgliedschaft der EU und anderer internationaler Regierungsorganisationen auszugleichen. Denn die EU-Mitgliedschaft hatte in beiden Staaten einen neuen Diskurs der Staatsbildung hervorgerufen, der auf dem Konzept der multikulturellen Integration beruht. Der Autor untersucht die Bedeutung dieses Konzepts für die beiden Staaten und erörtert abschließend die Frage, ob diese zwei Länder tatsächlich als "aufstrebende multikulturelle Demokratien" bezeichnet werden können. (ICI)

[212-L] Spohr Readman, Kristina:

Germany and the Baltic problem after the Cold War: the development of a New Ostpolitik 1989-2000, London: Routledge 2004, XIV, 264 S., ISBN: 0-7146-5515-5 (Standort: UB Bonn(5)-2004-3850)

INHALT: Die Verfasserin behandelt die Stellung des wiedervereinigten Deutschland in Europa in historischer Perspektive. Vor dem Hintergrund des dramatischen politischen Wandels der Jahre 1989-1991 setzt sie sich mit der Entwicklung der Deutschlandfrage in Europa seit 1871 auseinander und zeigt, welche Rolle Deutschlands Ostpolitik in diesem Kontext spielt. Sie wendet sich dann der deutschen Westeuropapolitik der Jahre 1991 bis 2000 zu und analysiert den verteidigungs-, europa- und wirtschaftspolitischen Wandel der deutschen Interessen nach der Wiedervereinigung. Die Analyse der deutschen Ostpolitik nach 1991 konzentriert sich zunächst auf die bilateralen Beziehungen zu Russland. Eine zweite Fallstudie zur Ostpolitik Deutschlands behandelt sodann die Politik gegenüber den baltischen Staaten und macht die Folgen der deutschen Prioritätensetzung auf die Beziehungen zu Russland für die baltischen Staaten sichtbar. Von den fünf Schlüsselproblemen der Deutschlandfrage - Einheit, Identität, bürgerliche Kultur, Raum, Macht - sieht die Verfasserin die ersten drei Probleme mittlerweile als gelöst an. (ICE)

[213-L] Tigasson, Külli-Riin:

Wahlkampf gegen Europa: die Wahlen zum Europäischen Parlament in Estland 2004, in: Jens Tenscher (Hrsg.): Wahl-Kampf um Europa : Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 293-315, ISBN: 3-531-14340-9 (Standort: ULB Münster(6)-MK5110/186)

INHALT: Dieser Wandel der politischen Kommunikation bzw. des Wahlkampfes, der sich in vielen westlichen Ländern abzeichnet, wird häufig mit dem Stichwort "Amerikanisierung" beschrieben. Damit gemeint sind Merkmale wie Personalisierung der Kampagne, Wahlkampf als Kandidaten-Wettstreit, Angriffswahlkampf (negative campaigning), die zunehmende Konzentration der Kampagnen auf eindeutige Zielgruppen, das Ereignis- und Themenmanagement oder die Professionalisierung. Der Autor betont zunächst, dass das Stichwort "Amerikanisierung" irreführend ist, weil es implizit darauf verweist, dass eben jene Merkmale gegenwärtiger Kampagnenkommunikation exklusiv US-amerikanischen Ursprungs sind. So erweisen sich die politischen Kampagnen in Estland, wo die Wahlkampagnen weniger restriktiv als in den USA behandelt werden, in mancherlei Hinsicht sogar "amerikanischer" als das US-amerikanische "Vorbild". Um diese These zu belegen und um das Niveau der Professionalisierung und Kommerzialisierung der estnischen politischen Kommunikation einzuschätzen, wird im vorliegenden Beitrag die EP-Wahlkampagne 2004 in einen größeren historischen Kontext eingebettet und mit estnischen Wahlkampagnen der vergangenen zwölf Jahre verglichen. Dabei wird ein besonderer Blick auf die Rolle der Wahlwerbung und die massenmediale Agenda geworfen. Dabei stehen das politische und das Mediensystem Estlands und zum anderen der spezifische politische Kontext, in dem die Europawahl 2004 stattfand, im Fokus der Betrachtung. (ICA2)

6 Polen

[214-L] Bingen, Dieter:

Von der "neuen Ostpolitik" zur Wiedervereinigung: das Ende der Nachkriegszeit im deutsch-polnischen Verhältnis, in: Andrea Löw, Kerstin Robusch, Stefanie Walter (Hrsg.): Deutsche - Juden - Polen : Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert ; Festschrift für Hubert Schneider, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 245-259, ISBN: 3-593-37515-X

INHALT: Unter "neuer Ostpolitik" ist die Politik der so genannten Normalisierung zu verstehen, die die SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel zwischen 1970 und 1973 gegenüber den Ostblockstaaten verfolgte. Die neue Ostpolitik war eine abgeleitete Funktion der auf staatliche Wiedervereinigung zielenden Deutschlandpolitik und basierte auf der Westeinbindung der Bundesrepublik. Ihre schwersten Belastungsproben waren die Afghanistan-Invasion der UdSSR und die Polenkrise 1980-1982. Sinnbild der Kontinuität deutscher Ostpolitik unter Schmidt und Kohl war der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Der Umbruch 1989/1990 bildete einen historischen Einschnitt in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Auch die "Gemeinsame Erklärung" der Bundesrepublik und Polens vom November 1989 kann als historische Zeitenwende in der Mitte Europas gelten. Seit der Wiedervereinigung kann von einer "Ostpolitik" im traditionellen Sinne nicht mehr gesprochen werden. (ICE2)

[215-L] Brdulak, Jacek; Godlewska, Hanna; Matlachowski, Jan:

Tendenzen der Bildungsentwicklung in Polen in den Jahren 1990-2004, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 37/2005, H. 3/4, S. 16-25
(URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_05.pdf)

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick über den im Rahmen der Systemtransformation der 1990er Jahre in Polen ausbrechenden Bildungsboom und die Veränderungen der Bildungslandschaft, vor allem im Bereich der Hochschulen. Die dargestellten statistischen Daten verdeutlichen im Vergleich zur EU und auch Deutschland, dass das polnische Hochschulwesen in den letzten Jahren eine markante Entwicklung genommen hat. PISA sowie andere Erhebungen zum Schulwesen stellen allerdings die Effizienz des polnischen Schulwesens, insbesondere die Ausbildung der polnischen Landbevölkerung, in Frage. Im Vergleich mit den anderen hoch entwickelten Wirtschaftsländern fällt das Bildungsniveau der polnischen Landbevölkerung wesentlich ab. Dadurch, dass Netz und Informationstechnologien den Zugang zu Wissen erleichtern, spielt der Fernunterricht im polnischen Bildungswesen, vor allem für die Erhöhung der beruflichen Qualifikation, eine immer größere Rolle. Neben zahlreichen statistischen Daten zum polnischen Bildungswesen erörtert der Beitrag abschließend die wesentlichen Methoden des Fernunterrichts, d.h. neben Rundfunk- und Fernsehunterricht mit Interaktion per Telefon, Fax, Computer oder Video, durch Computer bzw. Internet gestütztes Lernen und Lernen mit Videokonferenzen, insbesondere das E-Learning als breit angelegtes Experiment. (ICH)

[216-L] Brücker, Herbert:

Werden unsere Löhne künftig in Warschau festgesetzt?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 84/2005, H. 5, S. 278-282 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Osterweiterung der EU löst in Deutschland Ängste aus, die sich in drei Erwartungen manifestieren: (1) die Konkurrenz von Niedriglohnanbietern aus den Beitrittsländern verdrängt deutsche Unternehmen vom Markt, (2) deutsche Unternehmen werden wegen niedriger Lohnkosten und Steuervorteilen in den Beitrittsländern statt in Deutschland investieren und (3) das hohe Einkommensgefälle zwischen Deutschland und den Beitrittsländern wird zu einer Massenzuwanderung führen, die wiederum steigende Arbeitslosigkeit und fallende Löhne in Deutschland zur Folge hat. Obwohl aus handelstheoretischer Perspektive (Heckscher-Ohlin-Samuelson Modell) viel für die Berechtigung der Befürchtungen spricht, unternimmt der Beitrag den Versuch einer empirischen Überprüfung und kommt zu dem Schluss, dass die Vorteile der Osterweiterung insgesamt mögliche nachteilige Folgen in Einzelaspekten überwiegen. So lässt sich am Beispiel der Autoindustrie beweisen, dass 'Outsourcing' in die Beitrittsländer weltweit mit einer steigenden Wettbewerbsfähigkeit verbunden ist. Die Zuwanderung wiederum wird für Deutschland durch den hohen Anteil qualifizierter Migranten ein Gewinn sein, während die Verschiebung der Freizügigkeit zu Wohlfahrtsverlusten führen würde. Insgesamt gibt es wenig Gründe, die Osterweiterung zu fürchten. 'Im Gegenteil, die Osterweiterung dürfte insgesamt eher zu steigenden als zu fallenden Löhnen in Deutschland führen.' (IAB)

[217-L] Cichocki, Marek A.:

Polen nach den Wahlen: außenpolitische Grundlinien der neuen Regierung, in: Integration : Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 29/2006, H. 1, S. 61-65 (Standort: USB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.iep-berlin.de/publik/integration/heft-1-06/Cichocki.pdf>)

INHALT: "Mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat in Polen eine bislang stark auf innenpolitische Themen konzentrierte politische Kraft die Verantwortung auch für die Außenpolitik übernommen. Die ersten Schritte der neuen Regierung weisen allerdings ein hohes Maß an außen- und europapolitischer Kontinuität auf. In der Periode vor dem Beitritt war die Integration in die NATO und die Europäische Union der Hauptwegweiser der polnischen Außenpolitik. Inzwischen, nach dem Beitritt, bildet sich allmählich eine neue Interessendefinition heraus, die trotz aller politischen Unterschiede unter den Parteien bestimmend geworden ist. Sie betrifft eine aktive Rolle für die Entwicklung der östlichen Dimension der Union, die Etablierung einer starken polnischen Position innerhalb der Europäischen Union durch variable Koalitionen sowie eine Modifizierung der Kooperation mit den USA." (Textauszug)

[218-L] Dylla, Daria:

Die Europapolitik der neuen Regierung Polens: eine Bestandsaufnahme, in: Politik im Netz, Jg. 7/2006, H. 36, o.A. (URL: http://www.politik-im-netz.com/pin_rl/archiv/paufsatz/Action.lasso?-database=pin_aufsatz.fp3&-layout=internet&-response=/pin_rl/archiv/paufsatz/arc_auf_det.lasso&Ident_such=A-159&-search)

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Europapolitik der 2005 gewählten, konservativ-populistischen Regierungspartei 'Recht und Gerechtigkeit' (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) in Polen. In einem ersten Schritt wird zunächst die Wahlkampfstrategie der PiS im Politikfeld der Außen- bzw. Europapolitik beleuchtet, die durch Europaskeptizismus geprägt ist. Der polnische Wahlkampf 2005 wird dabei weniger als Manifestation von europapolitischen Überzeugungen der PiS-Mitglieder betrachtet, sondern vielmehr als rationaler, zielorientierter und letztlich erfolgreicher Versuch angesehen, die in der polnischen Gesellschaft tief verwurzelten Sensibilitäten wieder zu beleben und für das politische Ziel nutzbar zu machen. Der zweite Schritt veranschaulicht sodann die außenpolitische Prioritätenhierarchie der Marcinkiewicz-Regierung vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der polnischen Bevölkerung einen dauerhaften, europafeindlichen Kurs nicht mitträgt. Als Prioritäten werden die Aufrechterhaltung und die Vertiefung der strategischen Beziehungen zu den USA (beruhend auf einer aktiven Zusammenarbeit im Rahmen der NATO), der Aufbau einer starken Position Polens innerhalb der EU, das Engagement bei einer gemeinsamen EU-Ostpolitik und die Unterstützung der weiteren EU-Osterweiterung sowie die Energieversorgungssicherheit definiert. Hervorzuheben ist hier die Relevanz der Europäischen Verteidigungspolitik, die die zweite Säule der polnischen Sicherheitspolitik darstellt. Der dritte Schritt erörtert die mögliche Ausrichtung der 'neuen' bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Die neue Politik der Bundeskanzlerin Merkel gegenüber Polen einerseits und der Pragmatismus von Ministerpräsident Marcinkiewicz andererseits bieten nach Einschätzung der Autorin eine Chance für die Bereinigung der verhaltenen Atmosphäre zwischen Berlin und Warschau. Konfliktherde könnten jedoch die divergierenden Meinungen im Hinblick auf eine gesamteuropäische Russlandpolitik sowie die Frage des EU-Beitritts der Türkei in sich bergen. Damit die Regierung Polens für ihre europapolitischen Zugeständnisse nicht durch die Wähler abgestraft wird, muss die polnische Bevölkerung durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit für das europäische Projekt gewonnen werden. Gleichzeitig könnte eine solche Kampagne den Handlungsspielraum der Regierung für den Fall verkleinern, dass der Gebrauch europaskeptischer Äußerungen opportun erscheint. (ICG2)

[219-L] Fedorowicz, Hania:

The Polish laboratory: civil society as a political public sphere, in: Medien-Journal : Zeitschrift für Kommunikationskultur, Jg. 29/2005, Nr. 2, S. 4-20

INHALT: Der Beitrag beschreibt wie die zivile Gesellschaft Polens das "alte" bürokratische System an die Wand spielte, es entzauberte und der verlogenen Ideologie und dem Informationsmonopol des Staates eine Vision der Wahrheit entgegensetzte. Untadelige Persönlichkeiten an der Spitze der Demokratiebewegungen schafften dann den Sprung an die Spitze des Staates, Synonyme für Integrität und Moral. Diese Transformation der Gesellschaft erfolgte aufgrund einer Veränderung von "unten", ausgehend von einer Zivilgesellschaft, die sich außerhalb des totalitären Staates Räume für soziale Autonomie und selbst bestimmtes Handeln sowie für unzensurierte Kommunikation geschaffen hatte. Die kommunikative Dimension wurde dabei durch zwei korrelierende Phänomene bestimmt: dem Entstehen einer autonomen vom Monopol des Parteienstaats unabhängigen gesellschaftlichen Sphäre und der Herausbildung kommunikativer Strukturen, Beziehungen, Identitäten und Medien mit eigener Publikations- und Verteilungswegen, die zur Herstellung von Öffentlichkeit mit eigener politischer Wirkungsmacht führte. Dies wird am Beispiel der Zeitung "Gazeta Wyborcza" und ihrer Be-

deutung als Wächter der demokratischen politischen Kultur und Sprachrohr der demokratischen Transformation verdeutlicht. (UN)

[220-L] Gaisbauer, Helmut P.:

Ideologie oder Strategie?: polnischer Euroskeptizismus nach dem EU-Beitritt, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 35/2006, H. 2, S. 173-187 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Knapp zwei Jahre nach dem EU-Beitritt Polens versucht dieser Beitrag festzustellen, inwieweit sich euroskeptische Haltungen und Positionen in Polen verändert haben. Dabei unterscheidet er zunächst zwischen 'direktem Euroskeptizismus' der WählerInnen und 'repräsentiertem Euroskeptizismus'. Ausgehend vom Befund, dass die Wahlen zur Europäischen Parlament im Juni 2004 aus polnischer Sicht als klassische second order elections zu gelten haben, unternimmt dieser Beitrag eine Analyse der Position der verschiedenen Parteien in den Wahlkämpfen zur EP-Wahl und der Bezugnahmen auf den Europäischen Verfassungsvertrag. In einer Gegenüberstellung zweier Modelle zur Erfassung von 'repräsentiertem Euroskeptizismus' wird herausgearbeitet, inwieweit die respektiven Positionen ideologisch bedingt sind oder eher strategisch als Reaktion auf den Parteienwettbewerb zu Stande kommen. Dabei kommt der Beitrag zu dem Schluss, dass die Mehrzahl der euroskeptischen Positionen als strategisch zu bewerten ist." (Autorenreferat)

[221-L] Garsztecki, Stefan:

Polnische Selbstverwaltungen auf dem Weg zu mehr Effizienz und regionalem Selbstbewußtsein, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 264-275, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Der Beitrag analysiert zunächst die Erfahrungen und die aktuelle Situation der Selbstverwaltungseinheiten Polens sowie gesetzgeberische Maßnahmen in diesem Bereich insbesondere mit Blick auf die Krise der Politik und auf die angespannten Staatsfinanzen. In einem zweiten Kapitel werden anschließend die Umsetzung der EU-Strukturinstrumente auf regionaler und lokaler Ebene dargestellt, wobei insbesondere auch gefragt wird, welche Anpassungsmaßnahmen noch erforderlich sind. Da es sich bei dem Beitritt Polens zur EU nicht nur um ein technisches, sondern auch um ein politisches und kulturelles Unterfangen handelt, wird in einem weiteren Kapitel der Einfluss der EU auf die Entwicklung des regionalen Selbstbewusstseins diskutiert, da hierin neben dem zentralen Regierungshandeln der zweite Faktor für die Fortschreibung und den Erfolg der Dezentralisierung zu suchen ist. Der polnische Gesetzgeber ist insgesamt seit 2003 in der Anpassung der Selbstverwaltungsstrukturen an die EU einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Der für die Abrufung der EU-Strukturmittel unverzichtbare Nationale Entwicklungsplan wurde weiter präzisiert und mit etlichen Maßnahmen gegen Korruption - u.a. einer Novelle des Gesetzes über die Regionalen Rechnungskammern - wurde versucht, das Vertrauen der Bürger in staatliches Handeln auch auf lokaler und regionaler Ebene wieder zu gewinnen. Allerdings fehlt nach wie vor ein eigenes, modernes Gesetz über die Mitarbeiter der Selbstverwaltungen, welches zu mehr Transparenz und bürgernahem Handeln beitragen könnte. (ICA2)

[222-L] Janas, Carmen:

Zum Wandel von Familienstrukturen: ein deutsch-polnischer Vergleich, Aachen: Mainz 2005, 209 S., ISBN: 3-86130-412-0 (Standort: USB Köln(38)-13Y3082)

INHALT: Ziel der Untersuchung ist es, die gemeinsame Geschichte Deutschlands und Polens in Hinblick auf die Entwicklung der Familienformen in beiden Ländern seit dem Mittelalter zu dokumentieren. Der erste Teil behandelt Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Familienstrukturen, wiewohl die große Vielfalt der vorgefundenen Lebensformen eine Typologie schwierig macht. Im zweiten und dritten Teil wird das Bild der deutschen bzw. der polnischen Familie nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt, wobei politische und kulturelle Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts stimmen die Familienstrukturen in beiden Staaten überein. In den folgenden Jahrzehnten läuft die Entwicklung auseinander, bis es in den 1990er Jahren wieder zu einer Annäherung kommt. Der aktuelle Niedergang der Familie impliziert eine Wiederkehr der Vielfalt von Familienformen, wie sie für die traditionelle Gesellschaft des 16. bis 18. Jahrhunderts charakteristisch war. (ICE2)

[223-L] Jarosz, Maria:

Macht, Privilegien, Korruption: die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende, (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 21), Wiesbaden: Harrassowitz 2005, 290 S., ISBN: 3-447-05296-1

INHALT: Die Verfasserin befasst sich mit den Schattenseiten der postsozialistischen Gesellschaft Polens und der Transformation. Es geht um die Deformationen des Staates, um aus dem Kommunismus übernommene oder neu entstandene Privilegien und Marginalisierungen sowie um die Korruption als informelle Parallelstruktur öffentlichen Handelns. Im ersten Teil setzt sich die Verfasserin mit dem Phänomen der Macht und deren Desorganisation in Gestalt von Politik- und Staatsversagen auseinander und veranschaulicht exemplarisch an der Analyse des Bergbaus die mangelhaften Programme, inhaltlichen Fehler, politischen Verzerrungen und Dysfunktionen der polnischen Transformation. Der zweite Teil zeichnet ein Bild von der Polarisierung der polnischen Gesellschaft, von Privilegien und sozialen Ungleichheiten, Armut und Reichtum, Arbeitslosigkeit, Marginalität, Bildungsbarrieren und Selbstmorden als Ausdruck für die Verfassung der Gesellschaft. Der dritte Teil ist der Entstehung und dem Ausmaß von Korruption gewidmet, vor allem der Korruption im Umfeld des Militärs und der politischen Korruption. In zahlreichen Punkten wird die Zeit der polnischen Volksrepublik als Vergleichsfolie herangezogen. (ICE)

[224-L] Krzeminski, Ireneusz:

Polen/ Ukraine: traditioneller und "moderner" Antisemitismus, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 13-16

INHALT: "In der letzten Dekade ist in Polen ein starker Anstieg des 'modernen', d.h. ideologisch begründeten Antisemitismus zu bemerken, während der religiös begründete konstant bleibt. Dabei spielt die unter den Polen weitverbreitete Meinung, dass die polnischen Leiden während des 2. Weltkriegs im Vergleich zum Holocaust ungenügend erinnert werden, eine zentrale Rolle. In der Ukraine wiederum ist die Intensität des Antisemitismus regional sehr unterschiedlich - am stärksten ist er im Westen ausgeprägt." (Autorenreferat)

[225-L] Lang, Kai-Olaf:

Machtwechsel in Warschau: Kurswechsel in der Außenpolitik?, (SWP-Aktuell, 2005/53), Berlin 2005, 8 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1493)

INHALT: "Aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen ging die traditionalistisch-patriotische Partei 'Recht und Gerechtigkeit' (PiS) als Sieger hervor. Sie stellt mit Kazimierz Marcinkiewicz den Chef der mittlerweile amtierenden Minderheitsregierung. Ende des Jahres wird eine der PiS-Führungsfiguren, Lech Kaczynski, Staatspräsident. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 hatte die PiS durch eine europaskeptische, nationale und deutschland-kritische Rhetorik aufhorchen lassen. Im Kontrast hierzu signalisiert die Regierung Marcinkiewicz den Partnern in der EU einstweilen Flexibilität und Kooperationsbereitschaft. Solange die neue politische Equipe in Warschau in ihrer Außen- und Europapolitik pragmatisch bleibt und sich innenpolitisch nicht formell mit radikalen Gruppierungen liiert, sollte Polen von seinen Partnern in der EU eingebunden und nicht ausgegrenzt werden." (Autorenreferat)

[226-L] Malinowski, Krzysztof:

Europäische Sicherheitsstrategien: Deutschland und Polen, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 14/2006, Nr. 50, S. 41-54 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Deutschland und Polen bedürfen eines erneuerten strategischen Kontextes für ihre partnerschaftlichen Beziehungen. Die unterschiedlichen Haltungen zu Militäreinsätzen sind durch historische Erfahrungen bestimmt. Falls die schwarz-rote Koalition für Deutschland wieder die Rolle des euro-atlantischen Vermittlers übernimmt, wird sich das positiv auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirken." (Autorenreferat)

[227-L] Myck, Michal; Morawski, Leszek; Mycielski, Jerzy:

Employment fluctuations and dynamics of the aggregate average wage in Poland 1996-2003, (DIW Diskussionspapiere, 545), Berlin 2006, 21 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp545.pdf>)

INHALT: "The aggregate average wage is often used as an indicator of economic performance and welfare, and as such often serves as a benchmark for changes in the generosity of public transfers and for wage negotiations. Yet if economies experience a high degree of (nonrandom) fluctuation in employment the composition of the employed population will have a considerable effect on the computed average. In this paper we demonstrate the extent of this problem using data for Poland for the period 1996-2003. During these years unemployment in Poland almost doubled. We show that about a quarter of the growth in the average wage during this period could be contributed purely to changes in employment." (author's abstract)

[228-L] Niewiadomska-Frieling, Anna:

Politische Parteien Polens nach 1989: Zusammenhang zwischen den cleavage-Positionen und den EU-Positionen der polnischen Parteien in den Parlamentswahlen 1997 und 2001, Berlin 2006, 336 S. (Graue Literatur; URL: <http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=979396271>; <http://www.diss.fu-berlin.de/cgi-bin/zip.cgi/2006/69/Fub-diss200669.zip>)

INHALT: "Parteienforschern bot sich nach 1989 die einmalige Gelegenheit, die Geburt von Parteiensystemen in den neuen Demokratien Osteuropas zu verfolgen. Nach der antikommunistischen Wende in Osteuropa waren zwar die Voraussetzungen für die Entstehung demokratischer Parteien gegeben, ihre Institutionalisierung hat sich jedoch als komplizierter Prozess erwiesen. Polen im 'Vorzimmer' der Europäischen Union, war auf dem Weg zu einem konsolidierten Parteiensystem. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union bot die Möglichkeit, unterschiedliche Hypothesen über strukturelle und politische Faktoren, die die Politik moderner Parteien zu einem großen Teil erklären, zu prüfen. In dieser Dissertation werden zum einen die Rahmenbedingungen der Entwicklung des polnischen Parteiensystems beschrieben, zum anderen werden die Gerinnungsprozesse ihrer Konfliktstrukturen dargestellt. Dabei wird die Frage nach den die Parteiensysteme prägenden Konfliktlinien besonders intensiv diskutiert. Die Erklärung der Entstehung eines Systems rivalisierender Parteien durch soziostrukturelle Konflikte (cleavages) ist eine der etabliertesten Theorien in der modernen Politikwissenschaft, die im Wesentlichen auf die Arbeit von Lipset/ Rokkan (1967) zurückreicht. In dieser Abhandlung sollen die politischen Positionen der polnischen Parteien, deren Einbettung in die Sozialstruktur sowie europapolitischen Standpunkte analysiert werden. Des Weiteren wird untersucht, in welchem Zusammenhang die cleavage-Positionen mit den EU-Positionen der polnischen Parteien in den Parlamentswahlen 1997 und 2001 standen. Das Ergebnis der Studie deutet darauf hin, dass das Zusammenspiel der cleavages die Positionen der Parteien in einem hohen Grad bestimmt. Während die ökonomische Dimension wenig zur Erklärung der EU-Standpunkte beiträgt, besitzen die kulturell beladenen Konflikte eine höhere Erklärungskraft." (Autorenreferat)

[229-L] Nowak, Jerzy M.:

Changes in NATO and Poland's national interest, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): *International security in a time of change: threats - concepts - institutions* : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 331-354, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Der Verfasser zeigt zunächst, mit welchen Herausforderungen sich die NATO in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges auseinandersetzen muss. Im Mittelpunkt stehen hier die Abnahme territorialer Bedrohung und die Zunahme asymmetrischer und unkonventioneller Bedrohungen, die Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit und die Entwicklung einer "neuen" Verteidigungsfähigkeit. Das Interesse gilt im Folgenden der Solidaritätskrise innerhalb der NATO Anfang 2003 im Vorfeld des Irak-Krieges, die die strategische Diffusität der NATO sichtbar machte. Der Verfasser diskutiert die klassischen Ziele der NATO im Kontext der neuen Herausforderungen. Er fragt zudem nach der Position der NATO in Europa - nach der Institutionalisierung und Konsolidierung der US-Präsenz, nach transatlantischen Lösungen im Verhältnis zu Russland und zur Ukraine und nach der künftigen Strategie der NATO in Europa. Abschließend wird dargestellt, wie eine Anpassung der

polnischen Interessen an die Entwicklung der NATO aussehen kann und welche strategischen, materiellen und psychologischen Probleme sich in diesem Kontext ergeben. (ICE)

[230-L] Pfäfflin, Julian:

Das Präsidentenamt im polnischen Regierungssystem, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 37/2005, H. 1/2, S. 42-52
(URL: http://www.gesw.de/ao/ao_12_05.pdf)

INHALT: Die Republik Polen ist ein Musterbeispiel der vergleichenden Demokratie- und Transformationsforschung, an Hand derer sich drei Phasen der Liberalisierung, der Demokratisierung und der Konsolidierung festmachen lassen. Im Bereich der Konsolidierung der neuen Demokratien spielt das Präsidentenamt eine bedeutende Rolle. Auf diesem Hintergrund untersucht der Beitrag die Entstehung des heutigen Regierungssystems Polens, insbesondere die Entwicklung des Präsidentenamtes in der Verfassungsgebung und der konkreten Ausgestaltung durch die Amtsinhaber. Dabei steht im weiteren Verlauf die Frage nach der typologischen Einteilung des Regierungssystems entsprechend den Idealtypen der Vergleichenden Regierungslehre, dem parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystem mit den verschiedenen Ausprägungen und Begrifflichkeiten, im Vordergrund. Daran anschließend wird der Weg der Verfassungsgebung vom Runden Tisch über die Kleine Verfassung bis zur heute gültigen Neuen Verfassung behandelt. Zudem werden die Verfassungspraxis der Amtsinhaber und ihr Einfluss auf die Verfassungsgestaltung untersucht. Als Fazit werden drei wesentliche Aspekte festgehalten: der Ablauf des Konsolidierungsprozesse in Polen, der Prozess der Verfassungsgebung von 1989 bis 1997 und der Einfluss der Präsidenten und ihrer unterschiedlichen Amtsführung auf diesen Prozess.(ICH)

[231-L] Ruchniewicz, Krzysztof:

Der Umgang mit der Vergangenheit in postkommunistischen Gesellschaften: Polen nach 1989, in: Alfons Kenkmann, Hasko Zimmer (Hrsg.): Nach Kriegen und Diktaturen : Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem ; Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Essen: Klartext-Verl., 2005, S. 69-80, ISBN: 3-89861-531-6 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-hisj400k33)

INHALT: Der Verfasser skizziert den "Historikerstreit" über die Einschätzung der Geschichte Polens zwischen 1945 und 1989 in der polnischen "Dritten Republik". Die wichtigsten Themen in dieser Debatte sind die Beurteilung der Souveränität der Volksrepublik Polen, der totalitären Charakter Nachkriegspolens sowie die Einschätzung der wirtschaftlichen Modernisierung nach 1945. Grundsätzlich unterscheidet der Verfasser drei Hauptorientierungen: eine "radikale Negation", einen "kritisch-analytischen" Ansatz und eine Haltung der "gemäßigten Affirmation". (ICE)

[232-L] Sakson, Andrzej:

Die Kluft wächst: das Deutschlandbild der Polen, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 14/2006, Nr. 50, S. 125-129 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Kluft in den deutsch-polnischen Beziehungen hat sich nach dem Beitritt Polens zur EU weiter vertieft. Im Gegensatz zu den offiziellen Äußerungen von Politikern geht der Experten- und Mediendiskurs von einer Krise im bilateralen Verhältnis aus. Meinungsumfragen in Polen zeigen, dass die Sympathie der Polen gegenüber den Deutschen merklich sinkt. Es wächst die Überzeugung, dass eine dauerhafte Versöhnung zwischen beiden Völkern schwierig ist." (Autorenreferat)

[233-L] Salustowicz, Piotr:

Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Sozialwesen in Polen, in: Ludger Kolhoff, Christine Gruber (Hrsg.): Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für die Sozialwirtschaft : Dokumentation einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. (BAG SMW), in Kooperation mit dem fh-campus wien, Department Soziale Arbeit und Sozialmanagement vom 6.-8.11.2003 in Wien, Augsburg: ZIEL, 2005, S. 187-218, ISBN: 3-937210-14-8 (Standort: FHB Köln(832)-63PQZ337)

INHALT: Fragen sozialer Sicherung, sozialer Grundrechte und einer Europäischen Sozialpolitik waren bis zum Treffen des Europäischen Rates in Lissabon 2000 und in Nizza 2001 weitgehend wirtschaftlichen Prioritäten der EU untergeordnet. Seit Lissabon wird die EU nicht mehr nur als eine Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft, sondern auch als eine Sozial- und Wertegemeinschaft gesehen. Der vorliegende Beitrag diskutiert die Frage, was das Globalziel der EU "Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen", für Polen nach der Osterweiterung von 2004 bedeutet. Als wichtige Auswirkungen des EU-Beitritts für den Sozial- und Wohlfahrtsstaat Polen werden genannt: (1) Veränderungen in der Gesetzgebung bezüglich des Arbeitsrechts, Freiheit der Niederlassung, der Schutzmaßnahmen; (2) ein hinreichendes Wirtschaftswachstum, das auf die Kondition des Sozialwesens in Polen einen maßgebenden Einfluss haben wird; (3) die Migration von Arbeitskräften aus Polen in andere EU-Länder. Insgesamt lässt sich auch für Polen der Trend zum kontinentalen "Welfare-Regime" feststellen, bei dem Beiträge und Steuern die finanzielle Basis bilden. Es gibt aber Tendenzen zur Dezentralisierung und zur Privatisierung. Die finanzielle Lage des Staates ist recht prekär, die Arbeitsproduktivität eher niedrig, und die Arbeitslosigkeit hoch; damit einhergehend breitet sich Armut aus. Daher ist insgesamt zu befürchten, dass sich der Staat aus der Verantwortung zurückziehen wird und die Kosten auf die Gemeinden und die Betroffenen überwälzt. (ICA2)

[234-L] Strzalkowski, Karolina:

Jugend und Alkohol in Polen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Risikofaktoren in der postkommunistischen Realität am Beispiel des Konsums und Missbrauchs von Alkohol unter Jugendlichen, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 6, Psychologie, Bd. 735), Bern: P. Lang 2005, 605 S. (Standort: UB Bonn(5)-2006/2479)

INHALT: "Der Alkoholkonsum unter Jugendlichen nimmt seit den 90er Jahren in vielen europäischen Ländern und insbesondere im ehemaligen Ostblockraum stetig zu. Beunruhigend ist dabei, dass der Alkohol für viele junge Europäer immer häufiger zu einem festen und selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens wird. Im ehemaligen Ostblockraum fällt die zunehmende Alkoholproblematik zeitlich mit dem politisch-wirtschaftlichen Umbruch und den damit verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen zusammen. Am Beispiel Polens beleuchtet

die Studie auf einer theoretisch-deskriptiven Ebene einen möglichen kausalen Zusammenhang dieser beiden Entwicklungen. Im Vordergrund steht dabei die Identifikation mikro- und makrosozialer Risikofaktoren des jugendlichen Alkoholgebrauchs in der postkommunistischen Realität. Welche Veränderungen vollziehen sich in Familie und Peergroup seit dem politischen Umbruch? Wie findet sich die Gesellschaft im neuen kapitalistisch-demokratischen Wirtschafts- und Staatssystem zurecht? Die Arbeit diskutiert zudem, welche Rolle und Verantwortung den Medien sowie den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern im Zusammenhang mit dem Alkoholkonsumverhalten zukommt und geht Fragen der Prävention nach." (Autorenreferat)

[235-L] Surdej, Aleksander; Gadowska, Kaja:

Political corruption in Poland, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, No. 65), Bremen 2005, 48 S. (Graue Literatur;
URL: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/ap/fsoAP65.pdf>)

INHALT: Der Beitrag über die politische Korruption in Polen gliedert sich in zwei Untersuchungsgegenstände: Die erste Studie befasst sich mit den Ursprüngen der Korruption im postkommunistischen Polen. Dabei gliedern sich die Ausführungen bzw. das Datenmaterial von 1991 bis 2004 in folgende Punkte zum aktuellen Ausmaß der Korruption: (1) Indikatoren der Korruption - Wahrnehmung, Korruptionspraktiken, strukturelle Korruption; (2) korruptionsfördernde Faktoren - Privatisierungstempo, Handhabung des öffentlichen Beschaffungswesens, Rolle des Geheimdienstes im polnischen Transformationsprozess. Die zweite Studie beleuchtet in einer Fallstudie den Klientelismus in der schlesischen Bergbauindustrie seit Beginn des Transformationsprozesses 1990 bis 2003. Die Befunde basieren auf Netzwerkanalysen, Befragungen sowie Inhaltsanalysen von Wirtschaftsprogrammen zur Restrukturierung dieses Industriezweiges, Artikeln und Inspektionsberichten. Nach einer Darstellung der Organisationsstruktur der Bergbauindustrie werden die Untersuchungsergebnisse in Angaben (1) zum Massenklientelismus im Kontext der Beschäftigungssituation der Bergleute und (2) zum individuellen Klientelismus bzw. Vetternwirtschaft (zusätzliche Einkommensquellen durch die Verbindung der Bergbaugesellschaften zu der Privatwirtschaft) unterteilt. Ferner werden Ausprägung und Ausmaß des Klientelismus anhand der 'Umdrehungen des Positionenkarussells' verdeutlicht, also dem Netzwerk der Machtzirkel in Bergbau und Politik. Abschließend werden in einer Zusammenfassung die Hauptgründe und Konsequenzen für das Auftreten von Netzwerken mit klientelistischen Verbindungen im Bergbau genannt. (ICG2)

[236-L] Tarkowska, Elzbieta:

Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in Polen, in: Magherita Zander (Hrsg.): Kinderarmut : einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 34-51, ISBN: 3-531-14450-2

INHALT: Armut und Arbeitslosigkeit stellen das hauptsächliche gesellschaftliche Problem im heutigen Polen dar. Ende 2003 lebten 12% der Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums. Auf diesem Hintergrund befasst sich der Beitrag vor allem mit der Armut unter Kindern und Jugendlichen bzw. ihrer Familien. Eine Betrachtung der vorliegenden Forschung zeigt auf, dass das Phänomen des niedrigen Alters eng verbunden ist mit anderen Merkmalen und Aspekten der polnischen Armut, mit ihrem ländlichen Charakter und mit der Konzentra-

tion und Regionalisierung von Armut, d.h. mit der besonders schwierigen Situation von Kindern in städtischen und ländlichen Armutsenklaven. Ein weiteres Thema des Beitrags ist die zeitliche Dimension von Armut als einer länger anhaltenden Lebenslage, die von einer Generation auf die nächste übertragen wird, die so genannte soziale Vererbung, eine typische Form der Kinderarmut. Es wird betont, dass Armut sich vor allem in der Vernachlässigung von Alltagsbedürfnissen, der Diskriminierung in Bildungseinrichtungen und in der frühen Kinderarbeit manifestiert. Eine besonders schwierige Situation haben behinderte Kinder oder solche aus Familien mit Alkohol- und Gewaltproblemen. Um der Gefahr der Verfestigung von Armut entgegen zu wirken, sind von Seiten der Regierung entscheidende strategische Maßnahmen notwendig, z.B. Investitionen in Bildung, Stipendien, kostenfreie Internate, Busfahrtscheine. Nur dann können Familien trotz ihrer Armut zumindest Perspektiven erkennen. (ICH)

[237-L] Tutaj, Jerzy:

Kirche und Religiosität in Polen vor und nach der politischen Wende, in: Gerhard Besier, Hermann Lübke (Hrsg.): Politische Religion und Religionspolitik : zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2005, S. 185-195, ISBN: 3-525-36904-2 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8715)

INHALT: Der Beitrag untersucht die Entwicklung der Einstellung zu Kirche und Religiosität in Polen vor und nach dem Beginn des politischen Transformationsprozesses 1989. In das Thema einfürend wird zunächst die Gestaltung und Verankerung der Religiosität bzw. der katholischen Kirche, also das Verhältnis von Staat und Kirche, seit 1945 beschrieben. Der Hauptteil der Ausführungen basiert auf empirischem Datenmaterial für den Zeitraum 1988 bis 2003 und berücksichtigt folgende Aspekte: (1) Selbstaussagen zur Religiosität, (2) Verhältnis zur konkreten Religion bzw. Konfession, (3) Häufigkeit des Gebets sowie (4) Akzeptanz religiöser Überzeugungen. Die Analysen machen deutlich, dass der Marxismus die Religiosität in Polen begünstigte und stärkte - jedoch nur deren formelle, z.T. auch als oberflächlich eingestufte Form. Die Zeit der Freiheit dagegen verursacht eine systematische Abnahme an Religiosität im formellen Sinne, sie bewegt sich aber trotzdem noch auf relativ hohem Niveau. Dagegen kann eine Zunahme der individuellen Religiosität festgestellt werden. (ICG2)

[238-L] Wilkiewicz, Zbigniew:

Polen: ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 37/2005, H. 3/4, S. 3-15 (URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_05.pdf)

INHALT: Aus Anlass der einjährigen EU-Mitgliedschaft Polens zieht der Beitrag eine positive Bilanz für die Wirtschaft und das Wirtschaftswachstums des Landes und zitiert einen veröffentlichten Regierungsbericht der polnischen Regierung, dem zufolge der EU-Beitritt maßgeblich zur Festigung günstiger makroökonomischer und struktureller Tendenzen im Außenhandel, auf dem Arbeitsmarkt und in der Landwirtschaft beigetragen hat. Angesichts der sehr hohen Arbeitslosenrate, der gravierenden regionalen Asymmetrien und der Herausforderungen durch die Wissensgesellschaft stehen Polen jedoch weiterhin weit reichende und schmerzhaft Reform- und Anpassungsprozesse bevor. Hier folgt die polnische Politik eher dem für die britische Europapolitik typischen neoliberalen Pfad, um sich die Chance für den Aufholprozess im Verhältnis zur alten EU offen zu halten. Auf EU-Ebene und in Bezug auf

die historische Erinnerungskultur bestehen Unterschiede zwischen polnischen und westeuropäischen Eliten, die es zu überbrücken gilt. Angesichts der deprimierenden EU-Krise des Frühsommers 2005 wird sich also erst mittelfristig abschätzen lassen, wie viel der positive "Blitzstart" Polens wirklich wert war.(ICH)

7 Rumänien

[239-L] Boia, Lucian:

Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2006, H. 27, S. 13-20 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
URL: <http://www.bpb.de/files/M5Q95M.pdf>)

INHALT: "Die periphere Lage Rumäniens hat kulturelle Eigenheiten begründet: die Dialektik des Rückzuges auf sich selbst bei gleichzeitiger Öffnung in Richtung ausländischer Vorbilder; eine starke Identifikation mit der Nation; die Tendenz zum politischen Autoritarismus." (Autorenreferat)

[240-L] Degeratu, Claudiu:

Romania's participation in the fight against international terrorism: implications for civil-military relations and the security sector reform, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 185-196, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Der Beitrag behandelt Rumäniens Beteiligung an der internationalen Koalition der "Willigen" zur Bekämpfung des Terrorismus. Zu den außenpolitischen Aktivitäten Rumäniens gehören auch gesetzgeberische Schritte sowie Rumäniens Engagement auf multilateraler und regionaler Ebene. Außerdem wurde die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiviert. Die Reform der Militärkultur in Rumänien, die politische Kontrolle über das Militär und der Kampf gegen den Terrorismus werden durch den bevorstehenden NATO-Beitritt Rumäniens einen Aufschwung erfahren. (ICE)

[241-L] Dobre, Ana Maria:

The dynamics of Europeanisation, regionalisation and regionalism: the Romanian case of regional re-construction, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 53/2005, H. 4, S. 540-556

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Rumänien untersucht den post-kommunistischen institutionellen Wandel im Rahmen des innenpolitischen Übergangs bzw. der Adaption an die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft. Dabei konzentrieren sich die Ausführungen auf die regionale und territoriale Reform unter besonderer Berücksichtigung der politischen Rolle der Eliten in den nationalen Verwaltungen sowie auf sub-nationaler re-

gionaler Ebene. In das Thema einführend, präsentiert die Autorin zunächst ihr Konzept der Europäisierung und ihr innenpolitischer Einfluss. Der zweite Schritt liefert und erklärt die Schlüsselbegriffe der EU-Bedingungen für den Bereich der Regionalpolitik gegenüber Rumänien. Hier konzentrieren sich die Quellen auf die Jahresberichte der Europäischen Kommission und deren Richtlinien für den EU-Beitritt Rumäniens. Der dritte Schritt untersucht schließlich die politischen Aktivitäten des osteuropäischen Landes im Zuge des Europäisierungsdruckes und hinsichtlich der innenpolitischen Vorgaben. Dabei gliedern sich die Ausführungen in zwei Perioden: (1) die Regierung in Form einer Koalition von 1996 bis 2000 sowie (2) die Ein-Parteien-Regierung von 2000 bis 2004. Die Untersuchung zeigt, wie schwerfällig der Wandel der institutionellen Regierungsstrukturen von statten geht. Ferner sind eine nationalistische politische Kultur, historische Muster bei der institutionellen Entwicklung sowie althergebrachte Vorstellungen von Politik in der rumänischen Gesellschaft auszumachen, so dass bei dem EU-Beitrittskandidaten nur pragmatische bzw. graduelle Veränderungen im Bereich der staatlichen und sub-staatlichen Organisation bestehen. (ICG2)

[242-L] Dungaciu, Dan:

Alternative modernities in Europe modernity, religion and secularization in South-Eastern Europe: the Romanian case, (Max Planck Institute for Social Anthropology Working Papers, No. 68), Halle 2004, 20 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.eth.mpg.de/pubs/wps/pdf/mpi-eth-working-paper-0068.pdf>)

INHALT: "The last census in Romania (2002) indicated that Romania is one of the most religious countries in Europe (the same situation has been registered in 1992: 87.5% of the population declared itself Christian Orthodox - 0.04% atheists - and the level of confidence in the Orthodox Church has constantly been high, 80-90%, in polls and surveys). How can such an evolution be explained, after fifty years of atheist and dogmatic rule? The usual 'explanation' supplied by some hurried commentators is that religion has become, after 1989, a 'substitute ideology' (an ideological Ersatz) replacing the old ideology (the communist one) - now 'disenchanted' and, therefore, refuted and eliminated. This so-called explanation remains, at best, naive. First of all because the disenchantment of the communist ideology occurred, at least in Romania, even before the Soviet occupation of this part of Europe, and the real popular enthusiasm stirred - very rarely - by the Communist Party (1945: the defeat of fascism in Europe; 1968: the opposition to the invasion of Czechoslovakia etc.) clearly vanished in the eighties. Therefore, to claim that the communist ideology was a sort of Weltanschauung before 1989 is quite absurd. Even more, the most religious sections of the Romanian population in the nineties are the young people and the oldest ones, that is those groups least affected by communist ideology. The explanation, in my view, should be looked for in the processes of modernization that characterized the history of Romania - and of the entire South-Eastern Europe - from the end of the 19th century until today. Religion - and the Church - have been involved, in different and subtle ways, in this process. Recently, Grace Davie has accurately examined the nature of European religion within a global context. In Europe, the idea that as the world modernizes it will necessarily secularize, has become a conviction but there is scant evidence for secularization in other spaces, despite convincing indicators of modernization in those areas. Grace Davie's point is that Europe increasingly looks like an exceptional case when it comes to the matters of faith. The argumentation is adequate, as far as Western Europe is concerned. But I shall argue in my paper that we cannot talk about a European modernity as such, because, from the point of view of religion, there are at least two models

of modernization - and modernities - in Europe: the first one is typical for the Western Europe, the second one for the South-Eastern Europe (the Orthodox area). The process of modernization in Mitteleuropa could be a third model, although it is rather an intermediary model between the two." (author's abstract)

[243-L] Gabanyi, Anneli Ute:

Rumänien vor dem EU-Beitritt, (SWP-Studie, S 31), Berlin 2005, 28 S. (Graue Literatur; URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1444)

INHALT: "Im Dezember 2004 schloss Rumänien seine fünf Jahre zuvor eingeleiteten Beitrittsverhandlungen mit der EU ab und unterzeichnete am 25. April 2005 seinen Beitrittsvertrag mit der EU, doch die für den 1. Januar 2007 vereinbarte Aufnahme kann unter gewissen Umständen um ein Jahr hinausgezögert werden. Erstmals setzte die Europäische Kommission einen neuen Sanktionsmechanismus in Gang, nach dem sich die EU das Recht vorbehält, den Beitritt Rumäniens (und Bulgariens) bei Nichterfüllung der vorgegebenen Reformziele um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 zu verschieben. Die zentrale Fragestellung der Studie lautet: Sollte die EU den vorgesehenen Beitrittstermin zum 1. Januar 2007 einhalten oder eine Verschiebung um ein Jahr verfügen? In einem ersten Schritt werden die Veränderungen in den Rahmenbedingungen analysiert, unter denen Rumänien seine Beitrittsverhandlungen abschloss. Das Hauptaugenmerk gilt jedoch den strukturellen Schwächen und den prozessbedingten Hemmnissen, die den EU-Beitritt Rumäniens am 1. Januar 2007 verhindern könnten. Befürworter einer Verschiebung des Beitrittstermins begründen dies mit dem Hinweis darauf, dass eine längere Vorbereitungszeit Rumänien Gelegenheit bieten würde, sich gründlicher auf die Herausforderungen der EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Dabei wird jedoch übersehen, dass Rumänien nur dann zu verstärkten Reformbemühungen angeregt werden könnte, wenn nicht - wie im vorliegenden Falle - nur der Beitrittstermin, sondern der Beitritt als solcher ungewiss wäre. Die Studie gelangt zu dem Schluss, dass eine Verschiebung des Beitritts Rumäniens trotz evidenter Mängel aus einer Vielzahl von Gründen kontraproduktiv wäre." (Autorenreferat)

[244-L] Gaul, Jens-Peter; Rajewski, Alice:

Mit kleinen Schritten in die Zukunft: Forschung und Forschungsförderung in Rumänien, in: Wissenschaftsmanagement : Zeitschrift für Innovation, Jg. 12/2006, H. 2, S. 22-25

INHALT: "Rumäniens Weg in die Europäische Union ist spätestens seit der Unterschrift des Beitrittsvertrages am 25. April 2004 klar vorgezeichnet. Auch wenn der für Anfang 2007 geplante Beitritt sich möglicherweise noch um ein Jahr verschiebt, so wird das Land über kurz oder lang seinen Platz in der europäischen Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft finden. Rumänien kann von diesem Integrationsprozess nur profitieren. Nach wie vor lebt fast ein Viertel der knapp 22 Millionen Menschen zwischen dem Banat und der Schwarzmeerküste unter der Armutsgrenze. Forschung und Entwicklung sind für die künftige Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung." (Autorenreferat)

[245-F] Pop, Simona, M.A. (Bearbeitung); Hafez, Kai, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Rolle der interkulturellen Kommunikation in der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit - deutsche Unternehmenskommunikation am Standort Rumänien

INHALT: Gegenstand des Dissertationsvorhabens ist eine Untersuchung der interkulturellen Kommunikation in der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit am Beispiel der Kommunikationsprozesse zwischen Deutschen und Rumänen, die in Wirtschaftsunternehmen tätig sind. Dabei soll analysiert werden, welche Rolle gegenseitige Erwartungen, kulturell bedingte Missverständnisse, Vorurteile und Fehlwahrnehmungen spielen, und welche kulturellen Muster bzw. Werte sich in dieser Beziehung erkennen lassen. In einer Welt, in der die "Globalisierung" zu einem übergreifenden Schlagwort geworden ist, stellt sich gleichwohl die Frage nach den bilateralen Beziehungen. Im Zuge dieser Entwicklung sind somit die deutschen Unternehmen und ihre rumänischen Mitarbeiter und Geschäftspartner zunehmend auf eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit angewiesen. Die tägliche Beobachtung zeigt, dass Deutschen und Rumänen an und für sich gerne zusammenkommen, um miteinander zu arbeiten. Beide Seiten stoßen aber in vielen Fällen nach einer ersten "Good will-Phase" wider Erwarten auf Kommunikationsschwierigkeiten und sind voneinander meistens enttäuscht. Dies führt häufig dazu, dass beide Partner aus ihrer Enttäuschung heraus verallgemeinern und Pauschalurteile fällen. Es entsteht ein negativer Image-Effekt. Der Sprung zur Sensations-Berichterstattung in den Medien ist dann nicht weit. Um diese Annahmen zu überprüfen, wird eine schriftliche Befragung deutscher und rumänischer Fach- und Führungskräfte durchgeführt. Wo eine besondere Problematik erkennbar ist, werden dann mündliche Leitfadengespräche mit einzelnen Personen durchgeführt. Abschließend wird der Versuch unternommen, die Ergebnisse der Befragung zusammenzufassen, um sie in Form von Vorschlägen für eine gute Zusammenarbeit einem größeren Kreis von Interessenten zugänglich zu machen. Angesichts der sich verstärkenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien und der Tatsache, dass bislang noch keine spezifische Untersuchung zu Rumänien vorliegt, wird das Thema für die bilateralen Beziehungen in der Zukunft immer größere Bedeutung haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Rumänien

ART: Dissertation; gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Friedrich-Naumann-Stiftung

INSTITUTION: Universität Erfurt, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft, insb. Vergleichende Analyse von Mediensystemen, Kommunikationskulturen (Nordhäuser Str. 63, 99089 Erfurt)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: simonapop@yahoo.com)

[246-F] Wundrak, Rixta, Mag.rer.soc.oec. (Bearbeitung); Heller, Wilfried, Prof.Dr. (Betreuung):

Migration und Transformation in Rumänien: eine Fallstudie zu Migrationsbewegungen und MigrantInnengruppen in Bukarest

INHALT: Das Forschungsprojekt fokussiert den Zusammenhang zwischen der sozialen, ökonomischen und politischen Transformation und der Immigration in Bukarest. Die Forschung zielt auf die aktuellen Migrationsprozesse und deren Einbettung bzw. Funktion im Gesellschaftssystem der Stadt, auf Handlungsmuster von Migrantinnen, die Bedeutung von ökonomischem und sozialem Kapital sowie die Bedeutung von sozialen Netzwerken und den sie durchziehenden Machtstrukturen. Die gewählte Fallstudie für die Dissertation hat die Rekonstruktion von Interaktionsprozessen in und zwischen ImmigrantInnengruppen und immigrier-

ten sowie rumänischen HändlerInnencommunities in Bukarest zum Inhalt. Die Darstellung eines ganzheitlichen Bildes der sozialen Wirklichkeit verschiedener gesellschaftlicher Milieus und Gruppen in einer osteuropäischen Stadt, 15 Jahre nach dem politischen Wandel, hat zum Ziel, fallübergreifende, typologisierte und theoretische Aussagen über die Komplexität und die Zusammenhänge von Migrations- und Interaktionsprozessen in einer Transformationsgesellschaft treffen zu können. Dabei sollen die drei soziologischen Ebenen: die Ebene gesellschaftlicher Diskurse (politische, mediale und wissenschaftliche), die Ebene von gesellschaftlichen Strukturen (z.B. politische Systeme) und die Handlungsebene (Interaktionen), miteinbezogen werden. Ihre Wechselwirkung und die Bedeutung von Machtdynamiken auf und zwischen diesen drei Ebenen soll in der Forschung beachtet werden. Forschungsziele: 1. interne Migration: Nachvollzug von rural-urbanen Migrationsketten, Volumen und Typen von Migrationsgruppen, Relevanz sozialer Netzwerke; 2. transnationale Migration: Dichte Beschreibung von Migrationssystemen, der Interaktion zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, Darlegung von sozialen Räumen und deren funktionalem Charakter in der Stadt. Überblick über die wichtigsten Merkmale der Zuwanderung in Bukarest: 1. quantitativer Überblick; 2. deskriptive Darstellung der rumänischen Migrationspolitik, Grad der Problematisierung, Formen der Regulierung; 3. dichte Beschreibung und Typenbildung der Lebenswelt der transnationalen MigrantInnen in Bukarest. Forschungsfragen: Welche Migrationsprozesse treten vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen in Bukarest in Erscheinung? Welche Migrationstypen können gebildet werden und welche sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen stehen dahinter? Wie funktionieren soziale Netzwerke in diesem Zusammenhang? Wie werden sie im Rahmen von Migrationsprozessen aufgebaut, erhalten, genutzt? In welcher Weise steht räumliche und soziale Mobilität in Zusammenhang, welche Machtstrukturen können umrissen werden? Welche Wechselbeziehungen zwischen strukturellen Determinanten (politische Regulierung, nationale und internationale Gesetzgebung, wirtschaftliche Strukturen) auf der einen, und Handlungsmustern (kulturellen, schichtspezifischen, wirtschaftlichen, rollenspezifischen, familiären usw.) auf der anderen Seite, können festgeschrieben werden? *ZEITRAUM*: 1989-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bukarest

METHODE: 1. Forschungsansatz der verstehenden Soziologie (interpretative Sozialforschung); 2. rekonstruktives Vorgehen (Fallrekonstruktion bzw. rekonstruktiv hermeneutische Auswertungen von Datenmaterial). Methodentriangulation (Dokumentanalysen, Fragebogen, offene Interviews, Teilnehmende Beobachtung). 1. Sammeln und Auswerten von vorhandenem statistischem Material (Sekundärdatenanalyse, Diskursanalyse); 2. Offene Leitfaden-Interviews mit Parteien, NGOs, Stadtverwaltung, StadtplanerInnen, MeinungsforscherInnen, BotschafterInnen, VereinsvertreterInnen, JournalistInnen und offene, narrative Interviews mitnationalen MigrantInnen; 3. offene Interviews mit transnationalen MigrantInnen; 4. Teilnehmende Beobachtung; 5. schriftliche Fragebogenerhebung mit MigrantInnen. Untersuchungsdesign: Ethnographie (nach Traditionen der Sozialanthropologie und Stadtforschung) Fallrekonstruktion (Fallebene ist die Lebenswelt der MigrantInnen in Bukarest)

VERÖFFENTLICHUNGEN: Chinesische ImmigrantInnen in Bukarest: Eine neue Minderheit in Rumänien? in: Heller, Wilfried; Jordan, Peter; Kahl, Thede; Sallanz, Josef (Hrsg.): Ethnizität in der Transformation. Zur Situation nationaler Minderheiten in Rumänien. Münster: LIT 2005. Wiener Osteuropa Studien (in Druckvorbereitung).+++Chinese migration to Bucharest after 1989. 2005 (in Vorbereitung). *ARBEITSPAPIERE*: Netzerkennung und Transformation am Beispiel der chinesischen MigrantInnen-Community in Bukarest. Unveröff. Paper zur Tagung 2004. DVPW Arbeitskreis "Postsozialistische Gesellschaften". Thema: "Einfluss informeller Strukturen und nicht legitimer Akteure auf die politische und wirtschaftliche Transformation in Osteuropa". 2004.+++Chinese in Bucharest: transnational migration-

networks in Eastern-Europe since 1989. Paper für die Marie-Curie-Konferenz in Florenz, veranstaltet vom Europäischen Migrationszentrum Berlin. 2004.+++Ethnographie. Methodologische Diskussionen und methodische Verfahren. Am Beispiel der Fallstudie zur Lebenswelt der chinesischen Immigranten in Bukarest. Paper für die Methodenwerkstatt (5. und 6. Dezember 2005) am Methodenzentrum für Sozialforschung an der Universität Göttingen. 2005.

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2002-09 *ENDE:* 2006-02 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Potsdam Campus Golm, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Geographie Abt. Humangeographie (Postfach 601553, 14415 Potsdam)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0331-977-2286, Fax: 0331-977-2717, e-mail: wundrak@rz.uni-potsdam.de)

8 Tschechische Republik / Slowakische Republik

[247-L] Chorvát, Ivan:

Sociology between order and chaos, in: Carol Harrington, Salem Ayman, Tamara Zurabishvili (Eds.): *After communism : critical perspectives on society and sociology*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2004, S. 155-165 (Standort: UB Siegen(467)-31NZP1311)

INHALT: Der Verfasser skizziert zwei Grundvarianten soziologischen Denkens, seit diese Disziplin existiert. In der ersten Variante (Comte, Spencer) ist die gesellschaftliche Ordnung hinter einer endlosen Kette zufälliger Ereignisse verborgen. In der zweiten Variante verbirgt die gesellschaftliche Ordnung die Kontingenz des Chaos. Der Unterschied zwischen beiden Perspektiven reflektiert für den Verfasser den Unterschied zwischen Demokratie und Totalitarismus. Totalitäre Regime müssen das Individuum kontrollieren, jegliche Kontingenz an eine Ordnung binden und die Gesellschaft in falscher Harmonie einengen. So kann die Soziologie in ihrem Bemühen, eine anscheinend zufällige Realität zu verstehen, für ein totalitäres Regime nützlich erscheinen, in ihrer Analyse bestehender Praktiken als provisorisch und fragwürdig aber auch gefährlich. Dies spielt sich in der ambivalenten Haltung des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei zur Soziologie wider. Für den Verfasser ist das Verhältnis zwischen Ordnung und Chaos tatsächlich das einer instabilen Ambiguität. (ICE)

[248-L] Chytil, Oldrich:

Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Sozialwesen in Tschechien, in: Ludger Kolhoff, Christine Gruber (Hrsg.): *Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für die Sozialwirtschaft : Dokumentation einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. (BAG SMW), in Kooperation mit dem fh-campus wien, Department Soziale Arbeit und Sozialmanagement vom 6.-8.11.2003 in Wien, Augsburg: ZIEL, 2005, S. 175-186, ISBN: 3-937210-14-8 (Standort: FHB Köln(832)-63PQZ337)*

INHALT: Die Erweiterung der Europäischen Union um die mitteleuropäischen Staaten stößt auch auf Kritik, und zwar sowohl in den Mitgliedsstaaten als auch in den Beitrittsländern. So befürchtet man in den west- und osteuropäischen Ländern einen weiteren Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats, das Einschmuggeln eines "Trojanischen Pferds" mit der Implementation

wirtschaftsorientierter Kriterien im Bereich der Systeme sozialer Sicherung. Diese EU-Richtlinien forcieren vor allem finanzielle und wirtschaftliche Aspekte der sozialen Sicherung. So fordert die EU eine Absenkung des Niveaus der sozialen Sicherung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Konsolidierung des Staatshaushalts, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und den Umbau des Sozialsystems. Der Beitrag kommentiert weitgehend die "neoliberalen" Richtlinien, wie sie im Gesamtbericht über die Vorbereitungen der Tschechischen Republik auf den EU-Beitritt von 2002 vorliegen: "Im Rahmen der Vorbereitungen für den EU-Beitritt ist es wichtig, dass das System des sozialen Schutzes in der Tschechischen Republik in Übereinstimmung mit ähnlichen Systemen der übrigen Mitglieder der EU stehen wird. Es ist aber genauso wichtig für die Tschechische Republik, sich nicht mit den Problemen des Sozialschutzes von vielen Mitgliedstaaten der EU zu beschäftigen, weil dieses Land keine genügenden Reserven für die Aufrechterhaltung von übertriebenen sozialen Kosten hat". (ICA2)

[249-L] Czesana, Vera; Kofronova, Olga:

Einstellungen zur Bildung und bevorzugte Bildungswege in der Tschechischen Republik, in: Europäische Zeitschrift Berufsbildung, 2004, H. 33, S. 35-44 (Standort: USB Köln(38)-XH2605; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Stellenwert und Prestige der Bildung sind infolge der soziökonomischen Veränderungen nach 1989 gestiegen. Die tschechische Bevölkerung misst der Bildung als Faktor für Erfolg im Leben jedoch immer noch weniger Bedeutung bei als die Bürger in entwickelteren Ländern. Dennoch streben die Jugendlichen einen möglichst hohen Bildungsstand an, wobei der Hauptanreiz im erwarteten finanziellen Gewinn liegt. Zu den charakteristischen Merkmalen der tschechischen Bevölkerung gehören ein hoher Anteil an Personen mit Qualifikationen der ISCED-Stufe 3, ein geringer Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung mit einem Abschluss auf der Stufe der Grundbildung (ISCED 1 und 2) oder ohne Abschluss (ISCED 0) und ein geringer Anteil mit Abschlüssen des Tertiärbereichs (ISCED 5 und 6). In den 1990er Jahren gingen die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen des Sekundarbereichs stark zurück, und Bildungsgänge des Sekundarbereichs mit Maturita-Abschluss und Hochschulstudiengänge fanden verstärkt Zuspruch. Einer weiteren Entwicklung des Tertiärbereichs stehen unzureichende Kapazitäten in den Hochschuleinrichtungen entgegen. Die Tschechische Republik weist zudem eine sehr geringe intergenerationelle Bildungsmobilität auf. Die Beteiligungsquote an der Weiterbildung ist niedriger als in der EU, und die Motivation ist, vor allem bei gering qualifizierten Personen, schwach." (Autorenreferat)

[250-L] Esmaeili Djavadi Langeroudi, Sasan:

The EU and eastern enlargement from an institutionalist point of view: a critical evaluation of Czech Republic's economic readiness for accession to the European Union, Hamburg 2006, XIII, 236 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2006/2750/pdf/Promotion%20Langeroudi%20II.pdf>; http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=978080009&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=978080009.pdf)

INHALT: "The developments within Central and Eastern Europe at the beginning of the 1990s had a tremendous impact not only in shaping the new face of Europe but they also challenged the most significant policy tool within Europe, namely the European Union. In June 1993 at

the Copenhagen Council, the EU decided to start accession negotiations with those countries who could cope with the democratic and economic challenges of the membership. This thesis tries to discuss critically at least two issues regarding these developments. It tries to offer an analysis of the reasons why the EU had made the decision to enlarge eastwards, even though the advantages were not clear. A further aim will be to raise issues about the criteria set up by the EU in order to determine an applicant country's readiness for membership. A case study of the Czech readiness will be the focus of analysis. The EU has determined that any state may apply to become a member of the Union so far as it fulfils the criteria of being an independent, democratic European state and has a functioning market economy as well as meeting the obligations of the *Acquis Communautaire*. Therefore, this thesis discusses in its first part the issue of European identity and the question, whether the Czech Republic could be considered as being European. The second part deals with two further issues. Even though the Czech Republic is European and an independent state, does it fulfil the other two conditions of membership, namely, the criteria of being a democracy and having a functioning free market economy. The latter will be the focus of analysis. By applying the tools of two institutional approaches, specifically the 'Sociological Institutionalism' and 'New Institutional Economics' the author tries to evaluate critically the economic readiness of the Czech Republic at the beginning of 2004." (author's abstract)

[251-L] Fiala, Petr:

Der Transformationsprozess in Tschechien, in: Peter Bachmaier, Beata Blehova (Hrsg.): *Der kulturelle Umbruch in Ostmitteleuropa : der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik Tschechiens, der Slowakei, Polens und Ungarns im Kontext der internationalen Beziehungen*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 93-106, ISBN: 3-631-53011-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.10521)

INHALT: Der Autor untersucht die Situation in der Tschechischen Republik nach dem EU-Beitritt in Bezug auf die Frage, ob die Konsolidierung hier schon so weit fortgeschritten ist, dass man aus politologischer Sicht den Transformationsprozess als beendet betrachten und das Land für eine konsolidierte Demokratie halten kann. Er betrachtet im einzelnen folgende Grundebenen bzw. -phasen der Konsolidierung, wobei ein Maßstab für die Konsolidierungsstufe der Grad ist, zu welchem diese Phasen in dem sich transformierenden oder bereits transformierten politischen System realisiert worden sind: (1) die konstitutionelle, durch die Verfassung festgelegte Konsolidierung, unter der im weiteren Sinn die Festlegung und das Funktionieren des Verfassungssystems verstanden wird; (2) die Konsolidierung der Systeme von Interessengruppen und politischen Parteien; (3) die Konsolidierung des Verhaltens und der Regeln der informellen politischen Akteure, wie z.B. der Armee, der Unternehmer oder auch radikaler Gruppierungen; (4) die Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft, die in der Regel die Zeitspanne einer Generation in Anspruch nimmt. (ICI2)

[252-L] Gehrold, Stefan; Wolf, Daniel:

Wirtschaftswunder Slowakei: Musterknabe oder neuer Bösewicht in der Europäischen Union?, in: *KAS-Auslands-Informationen*, 2005, Nr. 11, S. 57-77 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_7702_1.pdf)

INHALT: "Seit einiger Zeit locken niedrige Einkommens- und Körperschaftssteuern zahlreiche westliche, auch deutsche Unternehmen in die Slowakei. Doch während die einen die in dem osteuropäischen Land initiierte Reform des Steuer- und Sozialsystems begrüßen und auch die Weltbank voll des Lobes ist, sprechen andere, so etwa der frühere deutsche Bundeskanzler Schröder und sein schwedischer Amtskollege Person, von einem 'Steuerdumping', dass das EU-Wirtschaftsgefüge empfindlich stört. In der Vergangenheit weitgehend agrarisch strukturiert, war die Slowakei unter kommunistischer Herrschaft zur industrialisierten Vorzeigeregion des Warschauer Paktes avanciert. 1989 kamen Marktwirtschaft und Preisliberalisierung - ein hoffnungsvoller Weg, der indes in der Meciar-Ära sein vorläufiges Ende fand. Erst das 1998 beschlossene Reformpaket der Regierung Dzurinda brachte erneut die Wende: Ausländische Investoren fassten wieder Vertrauen, der slowakische Arbeitsmarkt ist heute einer der flexibelsten Europas. Gewiss darf noch nicht von einem 'Wirtschaftswunder Slowakei' gesprochen werden. Doch darf gesagt werden, dass es eine gute Politik trotz globaler Strömungen durchaus vermag, national und regional Dinge in Bewegung zusetzen." (Autorenreferat)

[253-L] Gehrold, Stefan:

Perspektiven in der Energiepolitik der Tschechischen und Slowakischen Republik, in: KAS-Auslands-Informationen, 2006, Nr. 2, S. 50-74 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_8094_1.pdf)

INHALT: "In der Tschechischen Republik, wo der Energiemarkt besonders von drei Gruppen, der CEZ-Gruppe, den beiden Gesellschaften Jihoceská energetika a.s. und Jihomoravská energetika a.s. sowie der Prazská energetika a.s., beliefert wird, wurden 2003 über 83000 GWh produziert. In der Slowakischen Republik wurden im gleichen Jahr etwas über 31000 GWh vorwiegend aus Kernenergie, fossilen Brennstoffen und Wasserkraft produziert, Hauptenergieerzeuger waren Slovenské elektrárne a.s., Slovenská elektrizačná prenosová sústava a.s. und Teplárne Kosice a.s. Ziel der künftigen Energiepolitik Prags sind Unabhängigkeit, Sicherheit und vertretbare Entwicklung. Neben fossilen Brennstoffen kommt hier der Atomkraft, etwa dem Projekt Temelín, besondere Bedeutung zu. In Bratislava dagegen wird die Nutzung von Kernenergie, heimischen Primärquellen, erneuerbaren Energiequellen sowie von Quellen mit Herstellung von Wärme und Elektrizität forciert. Auch hier hat die Nutzung der Atomkraft Vorrang - das AKW Mochovce spricht für sich. Für die Slowakei ist die Energiepolitik zudem Teil ihrer Reformstrategie. Falls sich die erhofften energiepolitischen Erfolge einstellen sollten, wäre dies somit auch ein Impuls für den slowakischen Reformkurs insgesamt." (Autorenreferat)

[254-L] Kraus, Tomáš:

Aspekte des Antisemitismus in Tschechien, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 8-12

INHALT: "Antisemitismus ist in der Tschechischen Republik bei weitem nicht so ausgeprägt wie in anderen europäischen Ländern, im Osten wie im Westen. Trotzdem kann man mit der heutigen Situation nicht zufrieden sein. Verschiedene Tendenzen stimmen nachdenklich." (Autorenreferat)

[255-L] Maryska, Ivo:

Tschechien: der Weg in die EU 1989-2004, in: Gerald G. Sander, Ivo Maryska (Hrsg.): Die Europäische Union vor neuen Herausforderungen : Verfassung - Osterweiterung - Welthandel, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 89-113, ISBN: 3-631-52596-6

INHALT: Der Beitrag stellt den Beitrittsprozess der Tschechischen Republik zur EU in drei Phasen dar: (1) revolutionäre Euphorie der Jahre 1989 bis 1992; (2) Überwindung der westlichen Zurückhaltung, Assoziierungsvertrag und Beitrittsantrag; (3) mühsamer Weg zum Beitrittsvertrag (Beginn der Beitrittsverhandlungen, Berichte der EU-Kommission, Sonderthemen Benes-Dekrete und Temelín, Anpassung des Rechts, Übergangsregelungen, Referendum). Vor diesem historischen Hintergrund wird der Einfluss der Entwicklungs- und Strukturpolitik der EU als konkretes Beispiel der Europäisierung in der Vorbeitrittsphase analysiert. Abschließend werden die wichtigsten politischen Denkströmungen in Tschechien in der europäischen Zukunfts- und Verfassungsdebatte dargestellt (Havel, Klaus; sozialdemokratische, bürgerliche und liberale Positionen). (ICE2)

[256-L] Miháliková, Silvia:

Europabilder in der slowakischen Politik, in: Vrääth Öhner, Andreas Pribersky, Wolfgang Schmale, Heidemarie Uhl (Hrsg.): Europa-Bilder, Innsbruck: Studien-Verl., 2005, S. 119-139, ISBN: 3-7065-4139-4 (Standort: UB Passau(739)-02MK5050028)

INHALT: "Die Europabilder in der Slowakischen Politik, die Silvia Mihalikova rekonstruiert, sind Teil der Gründungsgeschichte dieses neuen europäischen Staates in Österreichs Nachbarschaft: Der Beitrag verfolgt deshalb die Genese der slowakischen Europabilder in ihrer Beziehung zur Entstehung der slowakischen Parteienlandschaft und politischen Kultur in ihrem - besonders engen - Wechselspiel mit den Europäischen Reaktionen auf die slowakische Politik. Mihalikova zeigt am Beispiel der Staatssymbole, dass der - heute in vielen Weltregionen heftig diskutierte - nation building-Prozess in der Slowakei Teil eines Neuentwurfs von nationaler Geschichte und Identität ist, der das Bild einer europäischen Zukunft des Landes mitreflektiert: Der EU-Beitritt erscheint so nicht bloß als politischer Prozess, sondern wird in seiner kulturellen Dimension - im Sinne von politischer Kultur und von Lebensstilentwürfen - sichtbar." (Textauszug)

[257-L] Pecinka, Pavel:

Grün- und Umweltpolitik in Tschechien nach 1989, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 43-48

INHALT: "Die mittlerweile fünfzehnjährige Geschichte eines grünen Parteilebens in der Tschechischen Republik war geprägt von grundlegenden personell-programmatischen Kehrtwendungen. Die gegenwärtige Partei der Grünen scheint jedoch, trotz (neo)liberal-grüner Konkurrenz von Abtrünnigen mit gemeinsamer Parteivergangenheit, endlich relativ konsolidiert. In der Zwischenzeit hat sich auch eine zunehmend konzise staatliche Umweltpolitik etabliert, nachdem es in den 1990er Jahren diesbezüglich einige Rückschläge gegeben hatte." (Autorenreferat)

[258-L] Sicha, Jan:

Bildersprache und Politik: über die deutsch-tschechische Bewältigung der Vergangenheit, in: Internationale Politik, Jg. 61/2006, Nr. 5, S. 49-51 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Jahrzehntelang haben die Vertriebenenfrage und der Umgang mit der Historie das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen vergiftet. Heute, zwei Jahre nach Tschechiens EU-Beitritt, ist diese Phase vorbei. Das Collegium Bohemicum in Usti nad Labem/ Aussig soll bald einen komplexen Blick auf die Geschichte der Deutschen in Böhmen werfen." (Autorenreferat)

[259-L] Stefancik, Radoslav:

Das christliche Element in der slowakischen Parteienlandschaft, in: KAS-Auslands-Informationen, 2006, Nr. 2, S. 18-49 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL:

http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_8093_1.pdf)

INHALT: "Katholische und evangelische Intellektuelle haben die Geschichte der Slowakei entscheidend mitgeprägt. Nachdem sie bereits im 18. Jahrhundert im Verbund mit Protestanten zur slowakischen Renaissance beigetragen hatten, gründeten Katholiken 1894, auch unter dem Eindruck der Sozialenzyklika 'Rerum Novarum' Leos XIII. sowie der kirchenfeindlichen Haltung des ungarischen Hofes, die Katholische Volkspartei (KN). In Abgrenzung zu dieser entstand 1913 die Slowakische Volkspartei (SL'S) um den Pfarrer Andrej Hlinka, die indes nach 1918 zu einer rechtsorientierten katholisch-nationalen Partei wurde und sich ab 1925 Hlinkas Slowakische Volkspartei (HSL'S) nannte. Nach 1945 verhinderte die kommunistische Herrschaft zunächst jede parteipolitische Aktivität des christlichen Lagers, doch überlebte die katholische Bewegung im Untergrund. Erst 1990 kam es zur Gründung der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) unter Führung Ján Carnogurskys sowie später, nach Erlangung der slowakischen Eigenstaatlichkeit und als Reaktion auf die Wahlgesetznovelle Meciar, zur Bildung der Slowakisch-Christlichen Union (SDKU) sowie der Partei der Ungarischen Koalition (SMK). Heute steht die Christdemokratie in der Slowakei gefestigt da." (Autorenreferat)

[260-L] Stübner, Jos:

Transformation und Nationalismus: die Auswirkungen des Systemwandels auf die Lage der slowakischen Roma, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 37/2005, H. 3/4, S. 26-37 (URL: http://www.gesw.de/ao/ao_34_05.pdf)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit den Diskriminierungen der Roma in der jungen postsozialistischen Slowakei. Dabei geht es um die Frage, ob die Roma-Minderheit im Vergleich zu anderen Minderheiten ein besonderes Opfer des Transformationsprozesses darstellt und ob sich eine grundsätzliche Aussage hinsichtlich eines grassierenden Nationalismus oder Rassismus als Folge der Transformation entlang der auf Minderheiten bezogenen Problemfelder treffen lässt. Diese Schwerpunktthemen werden aus rechtlicher, politischer und ökonomischer Perspektive und auf der Basis theoretischer Überlegungen der Transformationsforschung beleuchtet. Zunächst werden in einer Analyse der autoritären Regierungsphase Vladimir Meciar

ars die Homogenisierungsbestrebungen und der Populismus als Resultat der Transformationsprozesse erörtert. Darin schließt sich eine Betrachtung der seit dem Machtwechsel 1998 von Mikulas Dzurinda geleiteten Regierung und ihrer Konsensmodelle zur Lösung der Minderheitenfrage an. Die Überlegungen verdeutlichen, dass die Roma in der Tat durch die Homogenisierungsbestrebungen und nationalistischen Tendenzen der Meciar-Regierung massive Diskriminierungen erfahren haben und diesen auch unter der nachfolgenden Regierung immer noch ausgesetzt sind. Chancen für eine Veränderung werden unter anderem in der neuen Minderheitenpolitik der Regierung Dzurindas, jedoch vor allem in der integrativen Wirkung internationaler Strukturen gesehen. (ICH)

[261-L] Vodicka, Karel:

Das politische System Tschechiens, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 290 S., ISBN: 3-8100-4083-5 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MG96000/12)

INHALT: "Das Buch beinhaltet Analysen aller Gebiete, die für politische Vorgänge relevant sind, sowie eine Reihe von grundlegenden Daten. Eingeleitet wird das Buch mit dem Abriss der Entwicklung des politischen Systems von der ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 bis zur Teilung der CSFR 1992. Der Schwerpunkt liegt auf einer Darstellung der Institutionen des gegenwärtigen politischen Systems und ihrer Funktion im politischen Prozess. Es werden insbesondere die Grundprinzipien, die Verfassungsinstitutionen auf zentraler und kommunaler Ebene und das Parteiensystem erörtert. Die Rolle der Interessengruppen und der Massenmedien im politischen Geschehen werden analysiert. Untersucht wird auch politische Kultur sowie die Chancen der Konsolidierung Tschechiens im mitteleuropäischen Kontext." (Autorenreferat)

9 Ungarn

[262-L] Acs, Zoltan; O'Gorman, Colm; Szerb, Laszlo; Terjesen, Siri:

Could the Irish miracle be repeated in Hungary?, (Discussion Papers on Entrepreneurship, Growth and Public Policy, 3305), Jena 2005, 26 S. (Graue Literatur;
URL: <https://papers.econ.mpg.de/egp/discussionpapers/2005-33.pdf>)

INHALT: "In today's global knowledge economy, foreign direct investment (FDI) plays a major role in the economic development of emerging economies. Knowledge spillovers from multinational enterprises create entrepreneurial opportunities. These knowledge spillovers could have a positive effect on entrepreneurial activity and move a country from a knowledge-using to a knowledge-creating economy. Using case studies and data from Global Entrepreneurship Monitor (GEM), we explore how inward FDI impacts indigenous entrepreneurial activity in two countries, Ireland and Hungary. We find significant differences in entrepreneurial activity between Ireland and Hungary and suggest that enterprise development policies should focus on enhancing knowledge spillovers from FDI, increasing human capital and promote occupational choice, and enable the commercialization of new technology." (author's abstract)

[263-L] Agh, Attila:

The future of Europe as seen from Hungary: the need for an enlarged identity in an enlarged Europe, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2006, H. 1, S. 91-104

(URL: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG1_2006/AGH.PDF)

INHALT: "The EU finds itself in a deep identity crisis. This may be summarized as follows. Westernized Europe has reached its geographical limits with Eastern enlargement. Solidarity has reached its limits due to 'support fatigue' in the net contributor states. Policy integration has reached its limits and the first period of the Lisbon Strategy has been a failure. 'Elite Europe' has reached its limits and people are taking to the streets or voting negatively in referendums. The reform capacity of the big founding states, Germany and France, has reached its internal limits and the EU must wait patiently while they deal with their domestic problems. This is not a fatal paralysis of the EU, just a temporary pause while it regroups its forces. In order to overcome this crisis a new vision must be developed in the form of a new, 'enlarged' European identity in an enlarged Europe. However, as things stand at the moment, after little more than a year Central Europe has yet to be accepted in the hearts and minds of many citizens of the EU-15, who have come to the realization, after a long period of 'innocence', that the golden days are gone. Instead, vague forms of victimization have emerged: the 'Eastern invasion' is blamed for everything. Hungary is in many ways a typical Central European state but it has also developed a number of characteristic features. Hungary is the most Europeanized East Central European country, but at the same time it suffers from deeper contradictions than its fellow new Member States. Amongst the latter Hungary is an enthusiast for EU democracy and further integration, including the EU institutions and Constitution. In this way it demonstrates not only its centuries-long attachment to a European identity but also a high level of dissatisfaction with domestic developments. This dissatisfaction has been generated by the most virulent 'Kulturkampf' in Central Europe and the extreme party polarization generated by the birth pangs of the unified rightist party FIDESZ-Hungarian Civic Union. However, the new Central European Member States have much in common, not least 'Kulturkampf'. They have a common history with and share the goal of 'catching up' with Europe. Before accession, all of them experienced a democratic deficit, followed by a post-accession crisis, coming under the twofold pressure of meeting EU requirements (external) and the demand for social consolidation (internal). The new Member States have to cope with both a quantitative and a qualitative catching-up process and consolidate their membership, which will entail membership of the eurozone and implementation of the Lisbon Strategy. The EU has not made these tasks any easier for them. At the same time, consolidating membership for the new members is a positive form of 'enforced development' and represents a great historical opportunity. However, the EU must also realize that the new Member States are still heavily occupied with coping with a pre-Lisbon Agenda (restructuring, among other things), although common efforts to redesign the Financial Framework for 2007-2013 could help to overcome the EU's identity crisis." (author's abstract)

[264-L] Babos, Tibor; Royer, Linda:

Regulating the intelligence system and oversight in the Hungarian constitutional democracy, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 149-167, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Die Verfasser formulieren zunächst Anforderungen an eine demokratische Kontrolle der Geheimdienste aus politiktheoretischer Sicht. Sie stellen im Folgenden die historische Entwicklung und die aktuelle Situation in Hinblick auf die demokratische Kontrolle der Geheimdienste in Ungarn dar, wobei vor allem nach den Interaktionen zwischen Geheimdiensten, politischen Institutionen und Öffentlichkeit gefragt wird. Die Verfasser plädieren für eine Reform der politischen Kontrolle der Geheimdienste, die den aktuellen neuen Sicherheitsanforderungen Rechnung trägt. Auch unter den neuen, demokratischen Strukturen von Politik und Gesellschaft in Ungarn erweisen sich die Geheimdienste nach wie vor als fest in der Vergangenheit verwurzelt. Hier bedarf es einer Transformation und Europäisierung, die den Herausforderungen der kollektiven Sicherheit in Europa entspricht. (ICE)

[265-L] Baierlein, Jochen:

Gesundheitsstatus und Gesundheitssystem in Deutschland und Ungarn: Ungarn auf dem Weg in die Europäische Union, Würzburg 2005, 104 S. (Graue Literatur; URL: http://opus.bibliothek.uni-wuerzburg.de/opus/volltexte/2005/1598/pdf/Promotionsarbeit_ak-tuelle_Version.pdf; http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=977815552&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=977815552.pdf)

INHALT: Die Studie leistet einen Überblick über die Gesundheitssysteme der beiden Länder Deutschland und Ungarn vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Daten der Arbeit sind überwiegend den nationalen Statistiken der jeweiligen Länder bzw. Datenbanken der westlichen Welt entnommen. Die Untersuchung gliedert sich in drei Teilbereiche: Der erste Teil beinhaltet allgemeine Informationen über Deutschland und beschreibt den Gesundheitsstatus der Bevölkerung und das dazugehörige Gesundheitssystem. Der zweite Teil befasst sich in gleicher Weise mit Ungarn. Im dritten Teil wird der Leitgedanke "Europa" eingebracht. Außerdem wird eine Methode für die Bewertung der Gesundheitssysteme aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht dargestellt. Hinsichtlich des Gesundheitsstatus ist für Deutschland eine hohe Lebenserwartung hervorzuheben, die durch eine konstante Reduzierung der häufigsten Todesursachen sowie der Kinder- und Müttersterblichkeit bedingt ist. Im deutschen Gesundheitssystem wird der Schwerpunkt auf allgemeine Zugänglichkeit sowie ein hohes Niveau an Leistungserbringern und technischer Ausstattung gelegt. Eine deutliche Schwäche des deutschen Gesundheitssystems ist seine Aufgliederung und strenge Trennung insbesondere zwischen GKV und Sozialer Rentenversicherung, wovon letztere den Großteil der rehabilitativen Versorgung abdeckt, auf der einen Seite und zwischen ambulanter und auf der anderen Seite stationärer Versorgung. Im Vergleich zu Deutschland lässt sich in Ungarn eine niedrigere Lebenserwartung von über 8 Jahren für die männliche, sowie 5,7 Jahren für die weibliche Bevölkerung erkennen. Ungarn hat sich für ein soziales Sicherungssystem - insbesondere Krankenversicherungssystem - entschieden. Die gesamtwirtschaftliche Situation gilt als stark genug, den Transformationsweg hin zu einem Versicherungssystem zu begehen. Im Wesentlichen zeigt sich bei der Betrachtung der Reformvorgänge im Gesundheitswesen, dass zwar suffiziente Maßnahmen erkannt wurden, der eingeschlagene Reformweg jedoch nicht mit aller Konsequenz begangen wird. (ICG2)

[266-L] Fábian, Gergely:

Die Auswirkungen des EU-Beitritts auf das Sozialwesen in Ungarn, in: Ludger Kolhoff, Christine Gruber (Hrsg.): Die EU-Erweiterung - Herausforderungen für die Sozialwirtschaft : Dokumentation einer Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft e.V. (BAG SMW), in Kooperation mit dem fh-campus wien, Department Soziale Arbeit und Sozialmanagement vom 6.-8.11.2003 in Wien, Augsburg: ZIEL, 2005, S. 157-174, ISBN: 3-937210-14-8 (Standort: FHB Köln(832)-63PQZ337)

INHALT: Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass am Anfang des Systemwechsels im allgemeinen und der Osterweiterung im besonderen Ungarn und Polen am ehesten auf die notwendigen Veränderungen vorbereitet waren - Polen eher politisch, während Ungarn infolge von Wirtschaftsreformen in den 1980er Jahren für den Beitritt am besten gerüstet war. So war es wenig erstaunlich, dass das neue System politischer Institutionen nach den westlichen Vorbildern der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates in wenigen Monaten etabliert werden konnte. Im vorliegenden Beitrag werden die Zusammenhänge der ökonomischen Internationalisierung, der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Armut und Migration in Ungarn analysiert, welche nicht nur die innenpolitische Entwicklung des letzten Jahrzehnts, sondern auch die Rahmenbedingungen des EU-Beitritts beeinflussten. Der Autor rekapituliert die Diskussionen darüber, wie die regionalen Unterschiede sich durch die Osterweiterung entwickeln werden. Viele Experten sind der Meinung, dass die Kluft zwischen den reichen und armen Regionen sich noch vertiefen wird. Der Autor erwartet eine ausgewogene Entwicklung in der Ökonomie, in den Kooperationsmöglichkeiten und durch diese Entwicklung auch eine Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung des Landes insgesamt. (ICA2)

[267-L] Huszak, Loretta:

Die Wirkung des europäischen Integrationsprozesses auf die ungarische Regionalpolitik, in: Wolfgang Fach, Wolfgang Lutz (Hrsg.): Region und Vision: regionalpolitische Leitbilder im Vergleich, Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., 2005, S. 121-139, ISBN: 3-86583-065-X (Standort: TUB Berlin(83)-REG36-18)

INHALT: Vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung 2004 sowie der EU-Strukturpolitik im Sinne einer forcierten europäischen Integration untersucht der Beitrag die Entwicklung der ungarischen Regionalpolitik im vergangenen Jahrzehnt. Ausgangspunkt der Analyse ist, dass Ungarn grundsätzlich ein zentralistisch eingerichteter Staat ist, mit - historisch betrachtet - wenig Erfahrungen im Bereich des Föderalismus bzw. der Dezentralisierung. Auch aus diesem Grund ist der Prozess des EU-Beitritts mit gewissen gesellschaftlichen und politischen Spannungen verbunden, die nicht zuletzt auf eine forcierte Regionenbildung zurückzuführen sind. Da von regionaler Symbolik oder gar regionenbezogener kollektiver Identität im Fall Ungarns noch nicht die Rede sein kann, stellt sich die Frage, warum die Regionen in Ungarn nicht als Leitbilder gelten. Was stellen dann eigentlich die ungarischen Regionen dar, wie sind sie entstanden und welche gesellschaftspolitischen und administrativen Funktionen haben sie? Das Thema des Beitrages ist somit nicht die symbolische, sondern vielmehr die praktische Regionalpolitik Ungarns. Beschrieben werden der schwierige Weg sowie die Hintergründe des politischen Modellwechsels der ungarischen Regionalpolitik vom Zentralismus zum Dezentralismus. So werden in einem ersten Schritt die nationalen Anpassungsmaßnahmen in Ungarn an die Strukturen und Verfahren der Regionalpolitik der EU dargestellt, und zwar (1) die Anpassung der nationalen Gesetze an die EU-Normen und (2) die Einführung

des dezentralen Systems der Entwicklungsregionen im Sinne der EU-Strukturpolitik. Der zweite Schritt erörtert schließlich die wissenschaftlichen und politischen Diskussionen über die territoriale Gliederung der Verwaltungseinheiten Ungarns. Die Ausführungen machen deutlich, dass die Europäisierung substaatlicher Strukturen in Ungarn bereits begonnen hat. Gleichwohl kann hier noch lange nicht von einem dezentralisierten, schon gar nicht von einem regionalisierten Staatswesen gesprochen werden. (ICG2)

[268-L] Kipke, Rüdiger:

Das politische System Ungarns: eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 154 S., ISBN: 3-531-13603-8 (Standort: ULB Münster(6)-MG98000/6)

INHALT: "Der Band vermittelt nach einer kurzen Übersicht zur jüngsten Geschichte Ungarns zunächst einen Einblick in die politischen Prozesse beim Übergang zur postkommunistischen Republik und die politische Entwicklung seither. Ein Schwerpunkt liegt in der Darstellung des parlamentarischen Regierungssystems. Einen weiteren bilden die gesellschaftlichen Organisationen politischer Teilhabe, die Parteien und Interessenverbände. Ein abschließender Blick gilt Fragen der Wirtschaftspolitik und der ökonomischen Entwicklung des Landes. Die ungarische Verfassung, die rechtliche Grundlage des politischen Systems, ist im Anhang vollständig abgedruckt." (Autorenreferat)

[269-L] Kovács, András:

Ungarn: von antijüdischen Vorurteilen zum politischen Antisemitismus, in: Ost-West-Gegeninformationen, Jg. 17/2005, Nr. 3, S. 17-24

INHALT: "Seit der Wende kann in Ungarn Antisemitismus auch offen ausgesprochen werden. Ob aber antisemitische Haltungen politisch brisant werden können, hängt einerseits davon ab, ob sie von einer maßgeblichen sozialen Gruppe getragen werden, und andererseits, ob sie von Teilen der Elite salonfähig gemacht werden." (Autorenreferat)

[270-L] Kovács, Éva:

Wie wird Europa in Ungarn kommuniziert?, in: Vrääth Öhner, Andreas Pribersky, Wolfgang Schmale, Heidemarie Uhl (Hrsg.): Europa-Bilder, Innsbruck: Studien-Verl., 2005, S. 103-118, ISBN: 3-7065-4139-4 (Standort: UB Passau(739)-02MK5050028)

INHALT: "Der Beitrag von Eva Kovacs - Wie wird Europa in Ungarn kommuniziert? - rekonstruiert vor dem Hintergrund ihrer historischen Vor-Bilder das visuelle Imaginäre der ungarischen Europabilder, wie sie um den Beitritt Ungarns zur EU 2004 in politischen Kampagnen und den Medien kommuniziert wurden. Aus dieser ideengeschichtlichen Perspektive verdeutlicht Kovacs die prägende Wirkung alter ungarischer Europa-Mythologeme ebenso wie jene der traditionellen Muster der ungarischen politischen Kultur, deren zwei ideologische Lager - 'Urbanisten' und 'Volkstümler' - auch im 21. Jahrhundert unterschiedliche Europabilder kommunizieren. Diese auch heute noch gängigen, traditionellen Europabilder werden abschließend durch das Auftreten neuer, postmoderner Sujets relativiert: Handelt es sich dabei um erste Züge des Entstehens eines ungarischen Europabildes, das in der globalisierten Ikonographie der internationalen Medien zum Ausdruck kommt?" (Textauszug)

[271-F] Kulik, Margarete, M.A. (Bearbeitung); Neyer, Gerda, Dr.; Hoem, Jan-M., Prof.Dr.
(Betreuung):

The interplay of relationship dynamics and fertility in Hungary

INHALT: Sozialer, gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher Wandel in Ungarn und damit einhergehende Veränderungen im Fertilitäts- und Nuptialitätsverhalten junger Erwachsener.

ZEITRAUM: 1970-2001 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Ungarn

METHODE: Theorien: Easterlin Hypothese, Second Demographic Transition Theory, Economic Crisis Hypothesis, Value of Children Theory, Normative Constraints; Methodik: Event history analysis. Untersuchungsdesign: Panel **DATENGEWINNUNG:** Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: 8.931; Herkunft der Daten: Hungarian Central Statistical Office, Budapest). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

ART: Dissertation **BEGINN:** 2002-10 **ENDE:** 2006-06 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0381-2081-177, e-mail: kulik@demogr.mpg.de)

[272-L] Kulik, Margarete C.:

The emergence of cohabitation as a first union and its later stability: the case of Hungarian women, (MPIDR Working Paper, 2005-031), Rostock 2005, 30 S. (Graue Literatur; URL:

<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2005-031.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: WP-2005-031

INHALT: "With the transition of the 1990s in the countries of Central and Eastern Europe, the demographic behavior of their populations has changed drastically. This paper focuses on Hungary where some of these developments like falling marriage rates were evident even before 1990. We examine the emergence of cohabitation as a first union and the stability of such relationships. Are they rather transformed into marriage or do they end in dissolution? How long do Hungarian woman stay in these unions? In addition to some descriptive statistics we apply event history analysis because this allows us to study the impact of individual-level characteristics on such choices. The data used is the Hungarian Generations and Gender Survey collected around November 2001. The analysis shows that there are marked differences in behavior between periods and that factors like pregnancy or employment do influence the decision for cohabitation as well as its further development." (author's abstract)

[273-L] Küpper, Herbert:

Nach dem "Statusgesetz": weitere Anläufe zur Lösung der Frage der "Ungarn jenseits der Grenzen", in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 54/2006, H. 1, S. 1-23

INHALT: Die Frage der magyarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten beschäftigt Ungarn seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Sie wurde jedoch erst nach der Wende 1989/90 öffentlich thematisiert. Die ungarischen Regierungen schlossen bilaterale Abkommen über den Schutz der wechselseitigen Minderheiten ab und schufen neue Regelungen im innerstaatlichen Recht ("Statusgesetz"). Diese Mischung aus Unilateralismus und Bilateralismus blieb

auch in der Folge kennzeichnend für die ungarische Nationalitätenpolitik. Ungeklärt ist weiterhin die Frage der Staatsangehörigkeit der Auslandsungarn, die nach dem Vertrag von Trianon ihre ungarische Staatsangehörigkeit verloren hatten und für die einige Gruppierungen eine "Ferneinbürgerung" anstreben. Als Antwort auf die Popularität entsprechender Bestrebungen erleichterte die Regierung die Einbürgerung ethnischer Ungarn, stockte die materiellen Zuwendungen an Auslandsungarn auf und wertete die Stellung der Auslandsungarn in der Verfassung auf. (ICE)

[274-L] Pogatsa, Zoltan:

Aborted regionalisation in Hungary, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Gegenwartsforschung ; Zeitschrift des Südost-Instituts, Jg. 53/2005, H. 4, S. 520-539

INHALT: Der Beitrag beleuchtet den politischen Prozess der Dezentralisierung in Ungarn von den 1990er Jahren bis zum EU-Beitritt 2004, der als eine maßgebliche Bedingung für die erfolgreiche europäische Integration gilt. Hierbei macht der Autor einen ins Stottern geratenen Prozess der Regionalisierung aus, was wohl auf eine fehlende verbindende Governance-Ebene zwischen der lokalen Ebene und der Zentralregierung sowie auf eine Bedrohung der lokalen politischen Souveränität durch wachsende Abhängigkeit von dem Zentrum zurückzuführen ist. Diese politische Situation erklärend, beginnen die Ausführungen zunächst mit einer Darstellung der ungarischen Verwaltungsstruktur. Der zweite Schritt beschreibt sodann die durch die EU inspirierten Reformen der Regionalpolitik in dem osteuropäischen Land. Der dritte Schritt umfasst abschließend eine Betrachtung der Dezentralisierungs-Politik in Ungarn. (ICG2)

[275-L] Rosta, Gergely:

Der Wertewandel in Ungarn seit der Wende von 1989, in: Peter Bachmaier, Beata Blehova (Hrsg.): Der kulturelle Umbruch in Ostmitteleuropa : der Transformationsprozess und die Bildungs- und Kulturpolitik Tschechiens, der Slowakei, Polens und Ungarns im Kontext der internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 299-313, ISBN: 3-631-53011-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2005.10521)

INHALT: Der Autor bezieht sich in seiner Untersuchung des Wertewandels in der ungarischen Gesellschaft nach den Umbrüchen von 1989 auf empirische Ergebnisse, die sowohl den direkten als auch den indirekten Wandel der Werte zu erfassen versuchten. Zum ersten Typ gehören hauptsächlich die von Laszló Füstös und Árpád Szokolczai auf der Grundlage des Rokeych-Tests durchgeführten Wertestudien sowie ein ähnlicher - allerdings nur 16 Items umfassender - Wertetest, der in der bislang größten Studie über die Wertvorstellungen der ungarischen Jugend verwendet wurde. Diese Ergebnisse werden den Resultaten der "Europäischen Wertestudie", die eher zum zweiten Typ, der indirekten Annäherungsweise, zählt, gegenübergestellt. Die vorgestellten Daten stammen aus repräsentativen soziologischen Umfragen innerhalb der ungarischen Bevölkerung. Im Mittelpunkt stehen insbesondere drei Fragestellungen: Welche Werteprioritäten sind für die ungarische Gesellschaft am Ende des zweiten Millenniums typisch? Welche Veränderungen sind im Spiegel der seit der Wende durchgeführten soziologischen Wertestudien erkennbar? Wie verhält es sich mit den heutigen Wertorientierungen der Jugendlichen? (ICI2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Abdolvand, Behrooz 117
Acs, Zoltan 262
Adolf, Matthias 117
Adomeit, Hannes 44
Agh, Attila 263
Ahrens, Geert-Hinrich 73
Alber, Jens 1
Alizada, Sevinj 45
Ambrozaitiene, Dalia 204
Andreeva, Elena 152
Angermüller, Johannes 135
Aphrasidse, David 74
Atanasov, Petar 168
Auch, Eva-Maria 142

B

Baberowski, Jörg 102
Babos, Tibor 264
Bach, Maurizio 2
Bachmaier, Peter 20, 21
Baierlein, Jochen 265
Bancila, Ramona 22
Bandelj, Nina 169
Bannwart, Aino 200
Baranova, Kira 120
Barna, Claudia 170
Baumeister, Sebastian 186
Beilock, Richard 25
Berg, Andrea 75
Bieber, Florian 171
Bildt, Carl 3
Bingen, Dieter 214
Blehova, Beata 20
Boia, Lucian 239
Brcic, Ivan 172
Brdulak, Jacek 215
Brekenfeld, Dörte 200
Brixa, Bettina 153
Brown, David J. 23
Brücker, Herbert 216
Bruder, Franziska 103
Buhbe, Matthes 24, 76
Bühler, Christoph 167, 173
Busch, Klaus 4

Buscher, Herbert 30

C

Cede, Franz 118
Charrad, Kristina 5
Chorvát, Ivan 247
Chubarova, Tatiana V. 154
Chytil, Oldrich 248
Cichocki, Marek A. 217
Clément, Carine 155
Conkievich, Elaine M. 77
Cornell, Svante E. 143
Czesana, Vera 249

D

Damjanovski, Ivan 191
Danilov, Dmitrij 78
Dauderstädt, Michael 6
Davis, Howard 135
Daxner, Michael 174
Degeratu, Claudiu 240
Dieringer, Jürgen 15
Dimitrova, Daniela V. 25
Dobre, Ana Maria 241
Doka, Dhimiter 175
Dorodnova, Jekaterina 193
Dungaciu, Dan 242
Durkot, Juri 79
Dylla, Daria 218
Dzvonkaite-Koivula, Virginija 194

E

Earle, John S. 23
Ebert, Christa 139
Ederveen, Sjef 26
Eichwede, Wolfgang 58
Eisele, Gudrun 7
Elo, Kimmo 46
Elsuwege, Peter van 195
Engelbutzeder, Olesia 119
Enste, Dominik H. 27
Esmaeili Djavadi Langeroudi, Sasan 250
Evas, Tatjana 34

F

Fábian, Gergely 266
 Färber, Gisela 120
 Fedorowicz, Hania 219
 Fedtke, Gero 104
 Feest, David 196
 Fehr, Helmut 28
 Fenz, Hendrik 80
 Fiala, Petr 251
 Fischer, Sabine 47, 81
 Fossum, John Erik 34
 Freise, Matthias 5, 7
 Frick, Pius 105
 Fritz, Erich G. 82
 Fuchs, Dieter 29

G

Gabanyi, Anneli Ute 243
 Gabrisch, Hubert 30
 Gadowska, Kaja 235
 Gaisbauer, Helmut P. 220
 Gambold Miller, Liesl L. 121
 Garsztecki, Stefan 221
 Gattig, Alexander 34
 Gaul, Jens-Peter 244
 Geciene, Ingrida 197
 Gehrold, Stefan 252, 253
 Germann, Wilhelm N. 31
 Gicquel, Catherine-F. 198
 Gimpelson, Vladimir 23
 Giro, Xavier 135
 Godlewska, Hanna 215
 Gorzka, Gabriele 32
 Götz, Roland 48
 Gruber, D. 199
 Grünewald, Jörn 106
 Gruska, Ulrike 83

H

Hadzikadunic, Emir 176
 Hafez, Kai 245
 Halbach, Uwe 49
 Hecker-Stampehl, Jan 200
 Heinemann-Grüder, Andreas 84
 Heinrich, Hans-Georg 50
 Heller, Klaus 107
 Heller, Wilfried 246
 Henningsen, Bernd 201
 Hensell, Stephan 177

Herslund, Lise 202
 Hilarion, Bishop 156
 Hoem, Jan-M. 271
 Höll, Otmar 66
 Höpken, Wolfgang 178
 Houle, Rene 167
 Huber, Mária 85
 Huldtt, Bo 203
 Huszak, Loretta 267

I

Ismayr, Wolfgang 33

J

Jabandzic, Nada 179
 Janas, Carmen 222
 Jarosz, Maria 223
 Jasilionis, Domantas 204
 Jawad, Pamela 86
 Jongsma, Ard 9
 Jordan, Peter 174

K

Kalenyuk, Iryna 157
 Kannwischer, Christian 10
 Kapeliushnikov, Rostislav 23
 Kappeler, Andreas 144
 Karabeshkin, Leonid 122
 Karkoszka, Andrzej 31
 Kempe, Iris 24, 180
 Kipke, Rüdiger 268
 Klotzle, Kurt 180
 Koch, Eckart 11
 Koehler, Jan 158
 Kofronova, Olga 249
 Kolesnik, Svetlana 136
 König, Marietta 145
 Kovács, András 269
 Kovács, Éva 270
 Koytcheva, Elena 181
 Kramer, Mark 108
 Krasnodebski, Zdzislaw 34
 Kraus, Tomás 254
 Kremenyuk, Victor 51
 Kropatcheva, Elena 52
 Krzeminski, Ireneusz 224
 Kulik, Margarete 271
 Kulik, Margarete C. 272
 Kunze, Thomas 87, 109

Küpper, Herbert 273
Kusznir, Julia 58
Kutscherenko, Diana 157

L

Lang, Kai-Olaf 225
Lehmann, Hartmut 23
Lehti, Marko 205
Leifer, Paul 174
Liebert, Ulrike 34
Lindner, Rainer 44, 53, 88
Lindstrom, Nicole 182
Lobova, Ludmilla 54, 146
Lorenz, Astrid 89
Lücke, Matthias 159
Lukov, Vadim 55
Lysiak, Gisela 34

M

Maatsch, Sönke 34
Magun, Vladimir 167
Mahmoud, Toman Omar 159
Makarov, Victor 198
Malashenko, Alexei 147
Malinowski, Krzysztof 226
Mangott, Gerhard 56, 66, 90, 148
Mansfeldová, Zdenka 34
Maryska, Ivo 255
Matlachowski, Jan 215
Medvedev, Sergei 57
Melegh, Attila 12
Merkel, Wolfgang 1
Mertelsmann, Olaf 206
Michaleva, Galina 58
Miháliková, Silvia 256
Mileva, Janeta 183
Missong, Alfred 149
Mitrofanova, Anastasija V. 160
Morata, Francesco 34
Morawski, Leszek 227
Moroff, Holger 59
Muco, Ledia 186
Musial, Bogdan 110
Mycielski, Jerzy 227
Myck, Michal 227

N

Neyer, Gerda 271
Niewiadomska-Frieling, Anna 228

Nikolajew, Christina-Judith 207
Nospickel, Claudia 35
Nowak, Jerzy M. 229
Nuriyev, Elkhan 91

O

O'Gorman, Colm 262
Onken, Eva-Clarita 208
Onyszkiewicz, Janusz 60
Orlov, Boris 111
Orlov, Boris S. 161

P

Packham, Kathrin 34
Panchugov, Hristo 170
Pankov, Vladimir 162
Pecinka, Pavel 257
Pfäfflin, Julian 230
Plamper, Jan 107
Plath, Ulrike 200
Pleines, Heiko 123, 124, 125, 126, 127
Plotnikov, Nikolaj 128
Pogatsa, Zoltan 274
Pollack, Detlef 40
Ponarin, Eduard 135
Pop, Simona 245
Pushkareva, Natalia 112

R

Rahmanova-Schwarz, Delia 150
Rahr, Alexander 129
Rajewski, Alice 244
Rakusanova, Petra 34
Reisz, Robert D. 36
Rentrop, Petra 163
Riegler, Henriette 184
Riegler, Johanna 164
Rindzeviciute, Egle 209
Rolf, Malte 113
Rosta, Gergely 275
Roth, Klaus 174
Royer, Linda 264
Ruchniewicz, Krzysztof 231
Ryabov, Andrei 92
Ryshenkov, Sergej 58

S

Saage, Richard 114
Sadegh-Zadeh, Kaweh 117

- Sahm, Astrid 115
Sajdik, Martin 61
Sakson, Andrzej 232
Salamun, Michaela 185
Salustowicz, Piotr 233
Santiago Fink, Helen 186
Santis, Ramona Saavedra 210
Schatte, Julia 93, 137, 165
Scherrer, Jutta 116
Schild, Georg 13
Schlüchter, Anita 130
Schmelzer-Schwind, Kristina 166
Schneider, Eberhard 94, 95
Schnepf, Sylke Viola 37
Schomacher, Georg 131
Schröder, Hans-Henning 124, 125
Schroeder, Wolfgang 38
Schubert, Marlene 39
Schünemann, Manfred 96
Schwabecher, Heinrich 62
Senn, Martin 56
Sherr, James 63
Shevtsova, Lilia 97, 98
Shkolnikov, Vladimir 167, 204
Sicha, Jan 258
Siedschlag, Alexander 14
Siegl, Walter 64
Simon, Gerhard 132
Simons, Greg 138
Smith, David J. 211
Smyshliaeva, Maria 139
Solioz, Christophe 187
Souleimanov, Emil 151
Spohr Readman, Kristina 212
Sproede, Alfred 133
Stanicic, Mladen 188
Stankuniene, Vlada 204
Stefancik, Radoslav 259
Stock, Manfred 36
Stodiek, Thorsten 189
Stoilov, Georgi 190
Strovsky, Dimitry 138
Strzalkowski, Karolina 234
Stübner, Jos 260
Sturm, Roland 15
Sumper, Andreas Michael 65
Surdej, Aleksander 235
Swiderski, Edward M. 140
Szerb, Laszlo 262
- T**
Taleski, Dane 191
Tarkowska, Elzbieta 236
Tatar, Marius 170
Telegdy, Almos 23
Terjesen, Siri 262
Thissen, Laura 26
Thomas, Amos Owen 141
Tiemann, Guido 40
Tigasson, Külli-Riin 213
Timmermann, Heinz 56, 66, 67
Todorakov, Vladimir 170
Trenin, Dimitri 66
Trenin, Dmitri 99
Trenin, Dmitrij 56
Tutaj, Jerzy 237
- U**
Umbach, Frank 68
- V**
Vantu, Irina 23
Vedder, Anja 34
Visan, Ruxandra 23
Vodicka, Karel 261
Vogel, Heinrich 69
Vogel, Tobias K. 187
Voicu, Alexandru 23
Vyslonzil, Elisabeth 174
- W**
Warkotsch, Alexander 70
Weichert, Michael 192
Wellmann, Christian 122
Wiest, Margarete 100
Wilkiewicz, Zbigniew 238
Winters, Jutta 16
Wipperfürth, Christian 71
Wolf, Daniel 252
Wundrak, Rixta 246
Wyrozumska, Aleksandra 34
- Y**
Yakovlev, Andrei 123
- Z**
Zagorovskaya, Olga 43

Zagorski, Andrei 72
Zeddies, Götz 17
Zellner, Wolfgang 18
Zimmer, Annette 5, 7
Zlepko, Dmytro 101
Zolkos, Magdalena 198
Zuleeg, Manfred 19
Zürcher, Christoph 158

Sachregister
A

Abrüstung 188
 Abwanderung 175
 Aggression 110
 Agrarbevölkerung 121
 Agrargebiet 121
 Agrargesellschaft 121
 Agrarpolitik 17, 125, 238
 Agrarreform 118
 Albaner 184
 Albanien 175, 177, 184, 185, 186
 Alkohol 234
 Alkoholismus 152, 234
 Alkoholkonsum 152, 206, 234
 Altersversorgung 39, 173
 Altruismus 105
 Altstadt 200
 Amerikanisierung 213
 amtliche Statistik 23
 Angriffskrieg 110
 Antikapitalismus 110
 Antike 142
 Antisemitismus 161, 163, 210, 224, 254, 269
 arabische Länder 54
 Arbeiterklasse 164
 Arbeitgeber 38
 Arbeitsbedingungen 38
 Arbeitsbeziehungen 22, 38
 Arbeitslosenunterstützung 26
 Arbeitslosigkeit 23, 26, 30, 35, 167, 223
 Arbeitsmarkt 4, 37, 38, 201
 Arbeitsmarktentwicklung 16, 23, 26, 30
 Arbeitsmarktforschung 23
 Arbeitsmarktpolitik 26
 Arbeitsmigration 4, 16, 150, 159, 198
 Arbeitsstatistik 23
 Armenien 45, 50, 77, 151, 158
 Armut 1, 35, 37, 162, 164, 223, 236, 266
 Armutsbekämpfung 35, 159
 Aserbaidschan 45, 50, 80, 91, 151, 158
 Asien 1, 25, 33, 62, 99, 117, 129, 218
 Assoziierung 176, 185, 255
 Ästhetik 114
 Atommacht 62

Ausbildung 37, 167
 Ausland 273
 Ausländer 199, 246
 Ausländerfeindlichkeit 161, 224
 ausländischer Arbeitgeber 199
 ausländischer Arbeitnehmer 159
 Auslandsinvestition 124, 169, 216
 Außenhandelspolitik 10
 Außenpolitik 33, 44, 46, 47, 49, 50, 52, 53, 54, 56, 57, 58, 59, 62, 63, 64, 65, 66, 68, 70, 71, 72, 81, 82, 87, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 132, 146, 190, 212, 217, 218, 225
 Auswanderung 159
 auswärtige Kulturpolitik 53
 Autonomie 101, 104, 144, 170, 196, 219
 autoritäres System 69, 75, 80, 89, 96, 97, 100, 158, 166, 239
 Autoritarismus 84, 89, 97

B

Ballungsgebiet 246
 Baltikum 8, 23, 24, 30, 31, 34, 39, 40, 41, 50, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213
 Bankenaufsicht 125
 Benutzer 25
 Bergbau 127, 223, 235
 Bergbauberuf 235
 Bergmann 235
 berufliche Integration 37
 berufliche Selbständigkeit 23
 berufliches Selbstverständnis 138
 Berufsbildung 167
 Berufsverlauf 167
 Besatzungsmacht 103
 Beschäftigung 167, 272
 Beschäftigungseffekt 26, 216
 Beschäftigungsentwicklung 23, 227
 Beschäftigungsform 23
 Beschäftigungssituation 235
 Besteuerung 124
 Bevölkerung 2, 98, 118, 167, 205, 207, 211, 275

- Bevölkerungsentwicklung 190
 Bilanz 238
 bilaterale Beziehungen 46, 48, 53, 58, 59,
 71, 72, 74, 87, 119, 193, 206, 212,
 214, 218, 226, 232, 258, 273
 Bildung 37, 187, 236, 249
 Bildungsangebot 215
 Bildungsexpansion 36
 Bildungsgang 249
 Bildungsniveau 37, 181, 249
 Bildungsökonomie 157
 Bildungspolitik 9, 20, 21, 42, 132, 157
 Bildungsprogramm 9
 Bildungsreform 157
 Bildungsverhalten 249
 Bildungswesen 20, 21, 157, 174, 215
 Binnenmarkt 216
 Binnenwanderung 246
 Biographie 167
 Bischof 207
 Bodenrecht 125
 Bologna-Prozess 42
 Bolschewismus 110
 Bosnien-Herzegowina 176, 178, 179, 187
 Bosnier 179
 Bruttoinlandsprodukt 30
 Bulgare 181
 Bulgarien 31, 40, 42, 170, 173, 181, 183,
 190
 Bundesrepublik Deutschland 8, 11, 16, 34,
 44, 46, 48, 53, 69, 71, 82, 107, 117,
 190, 198, 201, 212, 214, 218, 222,
 226, 232, 245, 258, 265
 Bundesrepublik Jugoslawien 171
 Bürger 221
 Bürgerkrieg 74, 109, 142, 143, 145, 172,
 178, 179, 189
 Bürgermeister 73
 Bürgerrecht 28
 bürgerschaftliches Engagement 7
 Bürokratie 97, 98
- C**
 Chaos 247
 chemische Industrie 55
 China 99, 129
 christdemokratische Partei 259
 Christentum 242, 259
- Corporate Governance 8, 123
- D**
 Dänemark 34
 Demographie 99, 173, 265, 272
 demographische Faktoren 25
 demographische Lage 190
 demographischer Übergang 272
 Demokratie 1, 29, 41, 82, 86, 90, 94, 100,
 137, 149, 165, 166, 197, 211, 230,
 247, 250, 251, 261
 Demokratieverständnis 183
 Demokratisierung 8, 40, 41, 61, 69, 74, 75,
 77, 80, 82, 84, 85, 86, 90, 92, 94, 118,
 130, 136, 140, 157, 158, 180, 187,
 197, 201, 208, 219, 250, 264, 266
 Deprivation 236
 Deregulierung 38
 Despotie 87
 Deutscher 200, 232
 Deutsches Reich 200
 Deutschland 166, 222
 Deutschlandfrage 212
 Diaspora 184, 273
 Dienstleistung 16
 Diktatur 87, 88, 102, 106, 113, 118
 Diktatur des Proletariats 106
 Direktinvestition 61, 169, 262
 Diskriminierung 87, 135, 236, 260
 Disziplin 113
 Dorf 121, 175
 Drittes Reich 106
 Drogenkriminalität 177
 Druckmedien 136
- E**
 Ehe 271
 Ehepaar 173
 Ehepartner 173
 Eigentum 105
 Einkommen 159, 167, 202, 235
 Einkommensumverteilung 6
 Einkommensverteilung 162
 Einwanderungspolitik 159, 246
 Elektrizität 253
 Elite 28, 75, 269
 Eltern 173
 Emanzipation 207
 Energieerzeugung 253

- Energiepolitik 55, 61, 117, 132
Energietechnik 253
Energieträger 253
Energieverbrauch 253
Energieversorgung 55, 61, 125, 129, 180, 253
Energiewirtschaft 124, 129, 253
Entscheidungsprozess 123
Entspannungspolitik 214
Entstaatlichung 233
Entwicklungsland 1, 25, 26, 31, 33, 45, 49, 50, 54, 62, 74, 75, 77, 80, 83, 86, 87, 91, 99, 104, 129, 135, 141, 142, 145, 150, 151, 158, 168, 171, 172, 175, 176, 177, 178, 179, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 191, 218
Entwicklungspolitik 49, 159, 187
Erdgas 117, 124, 125
Erdöl 117, 124, 125
Erinnerung 163
Erster Weltkrieg 206
Erwerbsbevölkerung 23
Erwerbstätigkeit 23, 30
Erziehung 21
Estland 23, 30, 39, 40, 41, 195, 196, 198, 199, 201, 206, 211, 213
ESVP 13, 44, 226
ethnische Beziehungen 135, 144, 151, 187, 189
ethnische Gruppe 151, 181, 187, 195, 239, 260
ethnischer Konflikt 45, 142, 144, 145, 151, 189, 211
ethnische Struktur 104, 148, 189, 205, 211
Ethnizität 174
EU 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13, 15, 16, 17, 19, 22, 24, 30, 31, 34, 44, 45, 46, 49, 52, 54, 55, 56, 57, 59, 61, 63, 64, 65, 67, 69, 71, 81, 82, 88, 117, 119, 120, 134, 156, 166, 171, 180, 189, 198, 203, 215, 216, 221, 225, 226, 238, 248, 250, 256, 267, 270
EU-Beitritt 1, 5, 7, 10, 20, 26, 58, 60, 101, 170, 176, 183, 185, 190, 191, 192, 193, 195, 201, 211, 220, 228, 238, 241, 243, 244, 250, 251, 255, 256, 261, 270
EU-Erweiterung 3, 10, 11, 13, 16, 17, 24, 26, 30, 34, 55, 99, 119, 156, 170, 182, 183, 195, 216, 218, 238, 241, 250, 263, 265, 267, 274
EU-Politik 8, 10, 16, 17, 24, 35, 44, 49, 59, 65, 119, 132, 156, 170, 180, 183, 225, 238, 255, 267, 274
Europa 3, 4, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 16, 18, 20, 21, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 57, 68, 83, 85, 101, 108, 117, 120, 125, 128, 153, 156, 171, 174, 180, 182, 183, 184, 188, 189, 192, 200, 216, 219, 238, 242, 256, 263, 270
europäische Identität 8, 101, 250, 263
europäische Integration 1, 6, 8, 10, 11, 13, 15, 16, 17, 19, 24, 35, 55, 58, 101, 153, 156, 170, 171, 174, 176, 180, 182, 183, 187, 191, 192, 195, 200, 213, 216, 218, 241, 243, 250, 255, 256, 263, 265, 267, 274
Europäische Kommission 9, 243
europäischer Markt 10, 11, 16, 55, 61
europäische Sicherheit 18, 24, 44, 49, 226
europäische Sozialpolitik 17
Europäisches Recht 183
europäische Zusammenarbeit 17
Europäisierung 1, 15, 19, 101, 170, 176, 182, 241, 255, 267, 274
Europaparlament 213, 220
Europapolitik 6, 13, 19, 58, 60, 101, 192, 212, 218, 225, 228
Europarat 8
Europawahl 213, 220
EU-Staat 16, 17, 35, 217
evangelische Kirche 198, 259
Exekutive 90, 188
Exil 179
Exklusion 35, 113, 236
- F**
Familie 202, 222, 234
Familie-Beruf 1
Familiengründung 173, 181, 271
Familienpolitik 222
Feminismus 112
Fernsehen 136, 141
Fernsehproduktion 141
Fernsehprogramm 141
Fest 113
Feudalismus 121

-
- Film 107
 Finanzierung 39, 244
 Finne 201
 Finnland 198, 200, 201
 Flucht 179
 Föderalismus 84, 100, 171, 221
 Förderungsprogramm 16, 221
 Forschung 32, 125, 244
 Forschungsansatz 59, 194
 Forschungspolitik 187, 244
 Forschungsstand 15, 275
 Forschung und Entwicklung 44, 244
 Französische Revolution 112
 Frau 37, 179, 181, 272
 Frauenbewegung 112
 Frauenerwerbstätigkeit 37, 272
 Freiheit 44
 Freiraum 219
 Freiwilligkeit 23
 Frieden 149
 Friedenspolitik 83, 187
 Friedensprozess 187
 Friedenssicherung 18, 187
 Friedensverhandlung 83
 Fruchtbarkeit 1, 181, 271
 Führungsposition 78
 Fundamentalismus 149, 160
- G**
- Geburtenentwicklung 173, 271
 Geburtenhäufigkeit 173
 Gedächtnis 210
 Gedenkstätte 116
 Geheimdienst 235, 264
 Geld 139, 186
 Geldpolitik 26
 Geldtransfer 159, 186
 Gemeindeverfassung 261
 Generation 236
 Geographie 205
 Geopolitik 8, 12, 45, 67, 99, 129, 180, 207
 Georgien 31, 45, 49, 74, 83, 86, 142, 145, 158
 Geschichtsbewusstsein 208
 Geschichtsbild 103, 131, 172, 208, 210
 Geschichtsschreibung 172, 208
 Gesellschaft 2, 92, 114, 132, 140, 275
 Gesellschaftsbild 140
 Gesellschaftsordnung 140, 247
- Gesellschaftspolitik 4
 Gesellschaftstheorie 140
 Gesetzesnovellierung 100
 Gesetzgebung 33, 209
 Gesundheit 154
 Gesundheitspolitik 154, 265
 Gesundheitsversorgung 154, 265
 Gesundheitswesen 154, 265
 Gewalt 106, 163, 179
 Gewaltmonopol 189
 Gewaltverzicht 189
 Gewerkschaft 4, 22, 38, 94, 155
 Gewerkschaftspolitik 26
 Glaube 242
 Gleichberechtigung 37
 Global Governance 125
 Globalisierung 12, 169
 Governance 5, 7, 58, 182, 274
 Grenzgebiet 101
 Großbritannien 34, 184
 Großmacht 69, 116
 Großstadt 246
 Grundrecht 95
 grüne Partei 257
 Gruppenzugehörigkeit 194
 Guerilla 103
 GUS 71, 99, 159
- H**
- Handel 16, 134
 Handelshemmnis 119
 Handelspolitik 17, 55, 61, 119
 Handelsrecht 119
 Handlungsfähigkeit 59
 Harmonisierung 19
 Hauptstadt 175, 246
 Hegemonialpolitik 110
 Hegemonie 45
 Heirat 181, 271, 272
 Herkunftsland 150, 159
 Hermeneutik 140
 Herrschaft 75, 113, 114, 158, 223
 Herrschaftssicherung 114
 herrschende Klasse 97
 Hitler, A. 107
 hoch Qualifizierter 216
 Hochschulbildung 9, 36, 249
 Hochschule 9, 32, 36, 42, 206
 Hochschulpolitik 32, 36, 42

Hochschulwesen 9, 42, 215
Humankapital 262

I

Identifikation 194
Identität 131, 140, 169, 179
Identitätsbildung 131, 179, 200, 207
Ideologie 160, 161, 224
Illegalität 177
Image 153
Indikatorensystem 35
industrielle Beziehungen 38
Inflation 152
Informationspolitik 40
informelle Kommunikation 202
Inklusion 113
Innenpolitik 69, 83, 91, 93, 96, 97, 132, 182, 185, 225, 241, 266
innere Sicherheit 31, 174, 180, 186
Institutionalisierung 59, 187, 250
Institutionalismus 250
institutionelle Faktoren 26, 27, 39, 44, 169
institutioneller Wandel 7, 41, 51, 92, 94, 98, 140, 169, 170, 182, 190, 241, 274
Institutionenökonomie 250
Institutionstheorie 250
Instrumentalisierung 100
Inszenierung 114
Integrationspolitik 10, 35, 99
Interessengruppe 251
Interessenorientierung 17, 127, 169
Interessenpolitik 17, 47, 48, 67, 127, 229
Interessenvertretung 5, 7, 33, 261
interkulturelle Kommunikation 245
internationale Beziehungen 8, 20, 24, 44, 45, 52, 54, 55, 57, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 67, 69, 71, 81, 86, 88, 96, 132, 153, 166, 174, 180, 191, 198, 203, 214
internationale Führungsmacht 129
internationale Hilfe 74, 77, 115, 188
internationale Politik 14, 21, 24, 52, 55, 57, 63, 64, 86, 180
internationaler Vergleich 22, 23, 25, 26, 30, 39, 42
internationaler Wettbewerb 216
internationales Abkommen 59, 68
internationale Sicherheit 18, 45, 57, 64, 70, 72, 174, 180, 193, 203, 229
internationale Verflechtung 43

internationale Wanderung 159, 246
internationale Wirtschaftsbeziehungen 45, 48, 50, 55, 61, 65, 134
internationale Zusammenarbeit 44, 45, 48, 50, 53, 54, 57, 64, 65, 67, 70, 71, 141, 189, 201, 203, 245
Internationalisierung 19
Internet 25
interpersonelle Kommunikation 245
Investition 134, 244
Iran 62
Irland 262
Islam 54, 99, 146, 147, 149
islamische Gesellschaft 147
Islamismus 70, 143, 146, 147
Italien 201

J

Japan 129
Joint Venture 117
Journalismus 138
Jugend 234, 236
Jugendlicher 26, 234, 275
Jugoslawien 172, 178, 184
junger Erwachsener 271
Justiz 44, 95, 118

K

Kampagne 270
Kanada 73
Kapitalbewegung 61
Kapitalismus 126, 164
Kapitalmarkt 16
Kapitalverkehr 16
Kasachstan 50, 75, 135, 141
katholische Kirche 207, 259
Kaukasusregion 3, 49, 143, 147, 148, 158
Kernenergie 62, 115, 253
Kernkraftwerk 115
Kernwaffe 62, 68
Kettenmigration 246
Kinderarbeit 236
Kinderwunsch 173, 271
Kirche 132, 237
Kirgistan 50, 75, 150
Klassengesellschaft 164
Kleinbetrieb 199
Kleinstaat 203
Klerus 207

-
- Klima 152
 Kloster 200
 Koalition 54
 Koalitionsbildung 17
 Koalitionspolitik 17
 Kollaboration 103
 Kommerzialisierung 262
 kommunale Selbstverwaltung 95, 261
 Kommunalpolitik 33
 Kommunikation 219
 Kommunikationsforschung 138
 Kommunikationspolitik 138
 Kommunikationstechnologie 25
 Kommunismus 102, 104, 106, 110, 114, 254, 259
 kommunistische Partei 108, 144, 196
 Komplexität 2
 Konfliktbereitschaft 149
 Konfliktbewältigung 83
 Konfliktlösung 24, 83, 149, 151
 Konfliktpotential 149
 Konfliktregelung 18, 49, 83, 145, 148, 151
 Konfliktstruktur 83, 149, 228
 Konfliktverhalten 149
 Konservatismus 78
 konservative Partei 225
 Konsolidierung 230, 251, 261
 Konstruktivismus 47
 Kontingenz 247
 Kontrollsystem 100
 Konvergenz 42
 Körper 113
 Korruption 27, 125, 149, 186, 223, 235
 Kosovo 47, 178, 189
 Krankenversicherung 154, 265
 Krieg 47, 179
 Kriegsverbrechen 103, 178
 Krise 238
 Kroatien 172, 178, 184, 188
 Kultur 44, 101, 131, 140, 187
 kulturelle Beziehungen 11, 44
 kulturelle Faktoren 25, 169, 181, 198, 245
 kulturelle Identität 104, 153, 169, 187, 196, 201
 kulturelle Vielfalt 104, 131
 Kulturgeschichte 131
 Kulturimperialismus 141
 Kulturkonflikt 228
 Kulturpolitik 20, 21, 209
 Kulturwandel 20, 139
 Kündigungsschutz 26
 Kunst 114
- L**
- Landbevölkerung 121
 Landflucht 246
 ländliche Entwicklung 121
 ländlicher Raum 121, 202
 Landwirt 121
 Landwirtschaft 8, 55, 121, 127, 202, 215, 238
 landwirtschaftliche Entwicklung 121
 Lebensalter 181
 Lebensbedingungen 152
 Lebenserwartung 204, 265
 Lebensstil 256
 Legislative 90, 123, 188
 Legitimation 69
 Legitimität 100
 Leitbild 58
 Lettland 30, 34, 39, 40, 193, 195, 200, 202, 208, 210, 211
 Liberalisierung 158
 Liberalismus 105, 128, 230
 Litauen 30, 31, 39, 40, 197, 200, 201, 204, 207, 209
 Litauer 207
 Literatur 107, 201
 Lohn 26, 202, 227
 Lohnhöhe 216, 227
 Lohnpolitik 26
 lokale Faktoren 141, 175
 Loyalität 69
- M**
- Macht 56, 223
 Machtkampf 91, 108
 Machtpolitik 91
 Machtwechsel 83, 225
 Management 123
 Mann 37, 272
 Marginalität 152, 223
 Marktwirtschaft 38, 43, 136, 154, 162, 164, 233, 250
 Marxismus 237
 Maschinenbau 55
 Massenkultur 113

- Massenmedien 33, 95, 135, 136, 138, 213, 261
Massenmord 102
Massenvernichtungswaffe 72
Mazedonien 168, 189, 191
Medien 93, 136, 138, 163, 166, 190, 219
Medienpolitik 136
Medienrecht 136, 138
Medientechnik 25
Medienwirtschaft 136, 141
medizinische Faktoren 265
medizinische Versorgung 265
Mehrparteiensystem 90, 92
Mehrsprachigkeit 194
Meinungsfreiheit 87, 136
Menschenrechte 28, 112, 118, 128, 166, 195
Menschenrechtsverletzung 87, 149, 178
Mentalität 131
Messung 23
Migrant 184, 246
Migration 150, 174, 175, 184, 200, 206, 246, 266
Migrationspolitik 159, 246
Militär 60, 78, 110, 168, 188, 223, 240
militärische Intervention 226
militärische Präsenz 229
militärischer Konflikt 142, 145, 149
Militärpolitik 78
Militärregierung 78
Minderheit 87, 193, 195, 239, 246, 260
Minderheitenpolitik 8, 190, 193, 195, 273
Minderheitenrecht 193, 195, 273
Mitgliedschaft 60
mithelfender Familienangehöriger 23
Mittelalter 142, 222
Mittelbetrieb 199
Mitteleuropa 4, 10, 16, 29, 33, 35, 37, 38, 41, 183, 263, 270
Mittelschicht 197
Mittelstand 197
Mobilität 198, 249
Modernisierung 74, 78, 106, 133, 136, 242
Moldau 50, 101
Mongolei 25
Montenegro 171
multikulturelle Gesellschaft 194, 205, 211
Multilateralität 70
multinationales Unternehmen 12, 262
Mythos 153
- N**
Nachbarschaft 202
Nachfrageentwicklung 30
Nachkriegszeit 196
Nahost 1, 31, 33, 45, 49, 50, 62, 74, 77, 80, 83, 86, 91, 117, 142, 145, 151, 158, 180, 218
Nahostpolitik 62
Nationalbewusstsein 207
nationale Identität 43, 47, 104, 116, 122, 150, 169, 201, 207, 208, 239, 260
nationale Politik 57, 169, 257
nationale Sicherheit 51
nationales Stereotyp 12, 232
Nationalismus 74, 87, 144, 151, 160, 208, 260
Nationalitätenfrage 104, 144, 196, 273
Nationalsozialismus 103, 106, 110
Nationalstaat 2, 13, 15, 144, 183, 260
NATO 14, 31, 47, 50, 51, 52, 60, 63, 64, 99, 180, 190, 229, 240
Naturrecht 130, 133
Neoliberalismus 21, 38, 248
neue Bundesländer 107
neue Technologie 262
Neuzeit 142, 222
nichteheliche Lebensgemeinschaft 271, 272
nichtstaatliche Organisation 118, 165, 240
Niedriglohnland 216
Nordamerika 50, 52, 54, 56, 57, 64, 68, 71, 72, 73, 83, 85, 88, 91, 117, 218
Norwegen 200
- O**
Obdachlosigkeit 125
OECD 31
OECD-Staat 37
öffentliche Förderung 244
öffentliche Kommunikation 135
öffentliche Meinung 124, 169
öffentlicher Haushalt 39
öffentlicher Raum 163
öffentlicher Sektor 125, 235
öffentliche Verwaltung 177
Öffentlichkeit 34, 124, 209
ökonomische Entwicklung 11

- ökonomische Faktoren 11, 17, 37
 ökonomischer Wandel 200, 201
 Opposition 88, 102
 Ordnungstheorie 247
 Organisationen 5, 7, 22
 Organisationsform 42
 organisierte Kriminalität 186
 orthodoxe Kirche 156, 160, 242
 Ostasien 25, 99, 129
 Osterweiterung 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 11, 13,
 14, 15, 16, 17, 19, 24, 26, 30, 35, 50,
 51, 55, 60, 64, 81, 119, 156, 183, 203,
 216, 218, 233, 240, 248, 250, 263, 266
 Ostmitteleuropa 20, 21, 28, 42, 182
 Ostpolitik 24, 46, 60, 212, 214, 218
 Ostseeraum 198, 200, 201, 203, 205
 Ost-West-Wanderung 1, 159
 OSZE 18, 73, 77, 145, 151, 186, 193
 Outsourcing 216
- P**
- Parlament 33, 95, 230
 Parlamentarismus 261
 Parlamentswahl 90, 91, 225, 228
 Partei 1, 33, 39, 76, 90, 92, 95, 217, 251
 Parteiengesetz 94
 Parteienrecht 76
 Parteiensystem 40, 76, 94, 95, 190, 228,
 256, 259, 261
 Parteigründung 147, 259
 Parteipolitik 228, 257, 259
 Partizipation 33, 37
 Partnerbeziehung 173, 272
 Partnerverlust 272
 Peer Group 234
 Personalisierung 213
 Personenkult 107
 Phänomenologie 133
 Pole 207
 Polen 5, 7, 8, 10, 16, 20, 28, 30, 31, 32, 34,
 39, 40, 42, 43, 103, 214, 215, 217,
 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224,
 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231,
 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238
 Policy-Ansatz 15
 Politik 15, 92, 163, 223, 235, 254, 267,
 269
 Politikberatung 14
 politische Agenda 217
 politische Bewegung 28, 112, 147, 160,
 206
 politische Beziehungen 24, 46, 49, 62,
 206, 218
 politische Einstellung 156, 161, 210, 220,
 224, 228, 254, 269
 politische Elite 43, 58, 82, 90, 91, 92, 95,
 98, 136, 235, 241
 politische Emanzipation 98, 207
 politische Entscheidung 5, 17, 98
 politische Entwicklung 22, 41, 42, 59, 73,
 74, 75, 80, 93, 94, 127, 205, 261, 268
 politische Faktoren 25, 43, 128, 228
 politische Folgen 115, 186
 politische Führung 46, 62, 82, 87, 91, 124,
 126, 206, 218, 225
 politische Gruppe 94
 politische Herrschaft 88
 politische Ideologie 87, 128
 politische Institution 2, 47, 100, 158
 politische Integration 2, 10, 31, 34, 147
 politische Kommunikation 270
 politische Kontrolle 168, 188, 240, 264
 politische Kriminalität 235
 politische Krise 91, 98, 108, 180
 politische Kultur 33, 73, 86, 87, 88, 89, 90,
 92, 124, 126, 127, 137, 174, 189, 190,
 213, 232, 235, 239, 241, 251, 256,
 261, 270
 politische Macht 47, 78, 82, 88, 90, 91, 92,
 98, 99, 100, 108, 124, 126, 127, 184,
 187, 206, 225
 politische Meinung 228
 politische Ökonomie 17
 politische Partizipation 5, 166
 politischer Akteur 5, 47, 59, 123, 148, 251
 politische Reform 41, 49, 127, 170, 241,
 243, 253, 267, 274
 politischer Einfluss 78, 85, 127, 136, 184
 politischer Konflikt 24, 98, 108, 148, 185,
 192, 193, 211, 228
 politischer Prozess 10, 31, 43, 78, 82, 86,
 90, 92, 94, 98, 118, 123, 126, 156,
 170, 182, 183, 184, 206, 228, 235,
 237, 241, 243, 250, 267, 274
 politischer Wandel 5, 7, 14, 18, 21, 28, 31,
 39, 74, 77, 79, 85, 90, 92, 98, 108,
 118, 126, 137, 138, 150, 156, 170,

- 182, 190, 200, 219, 229, 241, 246,
251, 268, 274, 275
- politische Sanktion 243
- politisches Bewusstsein 208
- politisches Handeln 28, 46, 218
- politisches Interesse 17
- politische Situation 45, 49, 82, 87, 88, 90,
91, 94, 99, 101, 128, 170, 180, 183,
225, 241, 243, 274
- politisches Programm 1, 217, 218, 228
- politisches Regime 90, 98
- politisches System 33, 39, 40, 75, 76, 82,
84, 86, 87, 88, 89, 94, 95, 100, 118,
126, 132, 211, 221, 228, 237, 243,
261, 267, 268, 274
- politische Stabilität 10, 24, 31, 45, 82, 86,
88, 89, 94, 99, 126, 158, 171, 180, 186
- politische Steuerung 2, 58, 123, 158
- politische Strategie 46, 54, 57, 85, 99, 148,
218, 228
- politische Struktur 86, 98, 184, 243
- politisches Verhalten 47
- politische Theorie 14, 105
- politische Unabhängigkeit 58
- politische Verfolgung 113
- politische Verhandlung 123
- politische Willensbildung 166
- Politisierung 146, 160
- Polizei 177, 189
- Positivismus 133
- postkommunistische Gesellschaft 6, 38,
75, 82, 89, 121, 132, 135, 138, 144,
153, 158, 164, 231, 233, 237, 248, 266
- Präsident 57, 78, 82, 89, 90, 95, 98, 230
- Präsidentschaftswahl 73, 82, 83, 88, 89,
90, 225
- Präsidialsystem 76, 84, 93, 94, 230
- Prävention 234
- Presse 135, 139, 219
- Pressefreiheit 137, 166
- Priester 207
- Privathaushalt 159
- Privatisierung 121, 136, 233, 235
- Privatwirtschaft 235
- Privileg 223
- Produktion 152
- Produktionsverlagerung 216
- Produktivität 26, 30
- Proletariat 164
- Proliferation 72
- Protektion 177, 235
- Protestantismus 259
- Prozess 5, 95
- R**
- Radikalismus 143, 146
- Ranking 12
- Rassismus 135
- Recht 19, 119, 130, 131, 133, 174
- Rechtsanwendung 105
- Rechtsbewusstsein 105, 128, 133
- Rechtslage 165
- Rechtsordnung 33, 130, 183
- Rechtsphilosophie 128, 133
- Rechtsprechung 124
- Rechtsradikalismus 161
- Rechtsstaat 33, 82, 94, 118, 124, 125, 130,
166
- Rechtsstellung 195
- Rechtstheorie 105, 128, 130, 133
- Rechtsverständnis 133
- Rechtswesen 118
- Rechtswissenschaft 128, 131
- Reformpolitik 39, 43, 78, 84, 96, 98, 132,
154, 209, 221
- Reformprogramm 78, 154, 253
- Regierung 33, 41, 56, 95, 230, 241, 261
- Regierungspolitik 41, 46, 62, 155, 218,
225
- Regierungswechsel 41, 79, 85, 217, 218,
225
- Region 41, 58, 201, 205
- regionale Entwicklung 15, 148, 175, 202,
205, 267
- regionale Faktoren 141, 175, 224, 236, 274
- regionale Identität 267
- Regionalisierung 15, 84, 101, 154, 170,
182, 221, 241, 267, 274
- Regionalismus 132, 241
- Regionalpolitik 33, 170, 182, 241, 267,
274
- Reichtum 164, 223
- Religion 101, 237, 242
- Religionsgemeinschaft 82
- Religionszugehörigkeit 237
- religiöse Bewegung 147, 160, 259
- religiöse Faktoren 146, 224
- religiöse Partei 147, 259

- religiöser Konflikt 147
 religiöser Sozialismus 237
 Religiosität 237, 242
 Renaissance 259
 Rentenversicherung 39
 Repression 196
 Revolution 74, 86, 206
 Risikoverhalten 152
 Rohstoffpolitik 87
 Rohstoffsicherung 50
 Rohstoffvorkommen 87
 Rumänien 8, 10, 22, 23, 32, 40, 42, 101,
 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246
 Rundfunkanstalt 136
 Russe 193, 199, 207
 russische Sprache 141
 Russland 8, 24, 25, 31, 32, 40, 44, 46, 47,
 48, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 57, 58,
 59, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69,
 70, 71, 72, 73, 74, 76, 78, 81, 82, 83,
 84, 87, 90, 92, 93, 94, 96, 97, 98, 99,
 100, 101, 103, 105, 109, 112, 114,
 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121,
 122, 123, 124, 125, 126, 128, 129,
 130, 131, 133, 134, 135, 136, 137,
 138, 139, 140, 141, 143, 144, 146,
 147, 148, 149, 150, 152, 153, 154,
 155, 156, 160, 161, 162, 164, 165,
 166, 167, 180, 193, 200, 206, 207,
 212, 218
 Rüstung 93
 Rüstungskontrolle 56, 68
- S**
- Säkularisierung 156, 242
 Schattenwirtschaft 27
 Schulwesen 215, 249
 Schwangerschaft 272
 Schwarzarbeit 27
 Schweden 200, 201
 Selbstbild 207
 Selbstmord 152, 223
 Selbstverständnis 153
 Selbstverwaltung 221
 Separatismus 83, 122, 148
 Serbe 184
 Serbien 171, 172, 178, 184, 189
 Serbien und Montenegro 31
 Sezession 144
- Sicherheit 31, 44
 Sicherheitspolitik 14, 18, 45, 47, 49, 50,
 51, 54, 56, 57, 62, 64, 65, 66, 68, 190,
 203, 226, 229
 Slowakei 5, 7, 8, 20, 30, 32, 39, 40, 252,
 253, 256, 259, 260
 Slowene 184
 Slowenien 30, 31, 39, 169, 182, 184
 Souveränität 231
 soziale Anerkennung 135
 soziale Bewegung 112, 155, 219
 soziale Beziehungen 121, 173, 202
 soziale Einstellung 37
 soziale Entwicklung 28, 205
 soziale Faktoren 181, 269
 soziale Folgen 35, 115
 soziale Gerechtigkeit 112
 soziale Herkunft 194
 soziale Indikatoren 227
 soziale Integration 2, 35, 147, 173, 195
 soziale Isolation 152
 soziale Lage 161
 soziale Partizipation 194
 sozialer Konflikt 228
 sozialer Raum 246
 sozialer Wandel 20, 140, 150, 162, 219,
 234, 246, 271, 275
 soziale Schichtung 164
 soziale Schließung 35
 soziale Sicherung 162, 233, 248, 266
 soziales Milieu 246
 soziales Netzwerk 173, 194, 202, 246
 soziales System 126
 soziales Verhalten 140
 soziale Umwelt 140
 soziale Ungleichheit 6, 37, 112, 126, 164,
 190, 223, 236, 260
 soziale Unterstützung 202
 soziale Wirklichkeit 140
 Sozialismus 105, 107, 128
 sozialistischer Staat 102, 219
 Sozialeistung 4
 Sozialordnung 162
 Sozialpolitik 4, 6, 8, 26, 35, 39, 58, 125,
 154, 162, 233, 248
 Sozialrecht 128
 Sozialstaat 248
 Sozialstruktur 92, 125, 126, 164, 190, 228
 Sozialversicherung 162

- Sozialwesen 162
 Sozialwirtschaft 248, 266
 soziokulturelle Faktoren 12, 201
 Soziologie 247
 sozioökonomische Entwicklung 86, 152
 sozioökonomische Faktoren 152
 sozioökonomische Folgen 115
 sozioökonomische Lage 86
 Spanien 34
 Spieltheorie 17
 Sprache 101, 140, 194, 207
 Sprachwandel 140
 Staat 39, 76, 114, 124, 156, 165, 177, 223, 237
 Staatenbildung 74, 86, 144, 150, 171, 184, 211, 256, 259
 Staatenbund 171
 staatliche Einflussnahme 88, 124, 136
 staatliche Lenkung 88, 124
 Staatsangehörigkeit 1, 211, 273
 Staatsform 75, 88, 268
 Staatssozialismus 36
 Staatstätigkeit 124
 Staatszerfall 172
 Stadt 175
 Stadtrand 175
 Stadtteil 175
 Stalinismus 102, 106, 107, 108, 110, 113, 196, 206
 Standortfaktoren 117
 Sterblichkeit 152, 204
 Stereotyp 12, 256
 Steuern 120
 Steuerpolitik 16, 26, 39, 120, 252
 Stiftung 166
 Strafverfolgung 186
 Stress 152
 Strukturpolitik 182
 strukturschwache Region 202
 Strukturwandel 38, 222, 238
 Südosteuropa 3, 11, 18, 33, 171, 174, 180, 184, 188, 189, 192, 242
 supranationale Beziehungen 13
 Systementwicklung 89
 Systemveränderung 33, 40, 174
- T**
- Tadschikistan 50, 75, 104, 150
 Tageszeitung 219
- Tarifpolitik 4
 Teilzeitarbeit 23, 167
 territoriale Integrität 122
 Terrorismus 50, 54, 57, 68, 72, 102, 106, 109, 138, 143, 147, 148, 149, 168, 229, 240
 Textilindustrie 55
 Tod 152
 Toleranz 135
 Totalitarismus 102, 104, 106, 111, 231, 247
 Tötungsdelikt 152
 Tradition 271
 transatlantische Beziehungen 1, 226, 229
 Transferleistung 202
 transnationale Beziehungen 15, 150
 Transparenz 73
 Transport 201
 Transportgewerbe 55
 Trauma 179
 Tschechische Republik 5, 7, 11, 16, 20, 30, 31, 32, 34, 39, 40, 41, 42, 101, 248, 249, 250, 251, 253, 254, 255, 257, 258, 261
 Tschechoslowakei 28, 247, 261
 Tschetschenien 49, 82, 96, 109, 143, 146, 149
 Türkei 181
 Türkei 1, 33, 218
 Turkmenistan 87
- U**
- UdSSR 51, 102, 103, 104, 106, 107, 108, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 133, 138, 144, 153, 158, 164, 196, 206
 UdSSR-Nachfolgestaat 8, 10, 23, 24, 25, 30, 31, 32, 34, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 103, 104, 105, 109, 112, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152,

- 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 180, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 218, 224
- Ukraine 10, 31, 40, 50, 52, 53, 60, 63, 73, 79, 85, 95, 101, 103, 115, 127, 132, 134, 157, 224
- Umweltpolitik 17, 257
- Unfall 115
- Ungar 273
- Ungarn 5, 7, 8, 16, 20, 22, 30, 31, 32, 39, 40, 41, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275
- UNO 83
- Unternehmen 11, 123, 202, 245, 262
- Unternehmenskultur 262
- Unternehmenspolitik 262
- Unternehmer 124, 139
- USA 50, 52, 54, 56, 57, 64, 68, 71, 72, 73, 83, 85, 88, 91, 117, 218
- Usbekistan 75, 104, 135, 150
- Utopie 114
- V**
- Verantwortung 154
- Verbandesystem 94
- Verfassung 1, 13, 19, 33, 84, 90, 94, 95, 187, 230, 251, 261, 268
- Verfassungsänderung 19, 69
- Verfassungsgebung 13, 19, 34, 156, 220, 230
- Verfassungsgericht 33
- Vergangenheitsbewältigung 103, 132, 178, 208, 231, 232, 258
- Verhalten 167
- Verhaltensmuster 139
- Verhandlung 59, 123, 255
- Vernetzung 150
- Verständnis 135
- Verteidigungspolitik 56, 66, 68
- Verteilungspolitik 218
- Vertrauen 221
- Verwaltung 33, 118, 124, 125, 241, 267, 274
- Vielvölkerstaat 102, 104
- Völkermord 102
- Völkerrecht 44
- Vorurteil 245, 269
- W**
- Wahl 73, 94
- Wahlergebnis 73, 88, 90, 225, 228
- Wahlkampf 73, 213, 218, 220
- Wahlrecht 195
- Wahlssystem 33, 40, 190
- Wahlverhalten 213
- Wärme 253
- Warschauer Pakt 108
- Wasserkraft 253
- Website 12
- Weißrussland 43, 50, 88, 89, 115, 163
- Weiterbildung 249
- Weltbild 47, 135
- Weltgesellschaft 110
- Welthandel 119
- Weltmarkt 117
- Weltordnung 12, 99
- Weltpolitik 64
- Weltrevolution 110
- Werbung 234
- Wert 101
- Wertorientierung 101, 156, 275
- Wertwandel 20, 21, 139, 275
- Westeuropa 6, 34, 36, 153
- westliche Welt 112, 129, 131, 153
- Wettbewerbsbedingungen 216
- Wettbewerbsfähigkeit 216, 248
- Widerstandsbewegung 103
- Wiedervereinigung 212, 214
- Wirtschaft 38, 43, 44, 82, 88, 99, 122, 124, 132, 134, 187, 252, 265
- wirtschaftliche Abhängigkeit 117
- wirtschaftliche Faktoren 25, 43, 69, 141, 265
- wirtschaftliche Folgen 159, 186
- wirtschaftliche Integration 10, 11, 120
- wirtschaftliche Lage 39, 45, 134, 180, 187, 199, 252
- Wirtschaftsbeziehungen 11, 98, 134, 190
- Wirtschaftselite 127
- Wirtschaftsentwicklung 30, 71, 79, 89, 125, 159, 169, 174, 180, 187, 190, 205, 231, 262, 266, 268
- Wirtschaftshilfe 83
- Wirtschaftskriminalität 186
- Wirtschaftsliberalismus 125, 169

Wirtschaftsordnung 43
Wirtschaftspolitik 13, 53, 58, 61, 98, 125,
127, 169, 187, 252, 268
Wirtschaftsreform 123, 125, 132
Wirtschaftssystem 126, 265
Wirtschaftswachstum 93, 159, 215, 238,
262
Wirtschaftsweise 88
Wissen 262
Wissenschaft 32, 140, 267
wissenschaftliche Beratung 14
Wissenschaftspolitik 32, 157
Wissensmanagement 262
Wissenstransfer 262
Wohlfahrt 4
Wohlfahrtsökonomie 227
Wohlfahrtsstaat 4, 233, 248, 266
Wohlstand 10
Wohnverhältnisse 1
WTO 119

Z

Zahlungsverkehr 159
Zeitarbeit 23
Zeitung 12
Zensur 137, 138, 219
Zentralasien 50, 70, 75, 87, 104, 129, 135,
141, 150, 180
Zentralismus 104
Zigeuner 181, 260
Zivilgesellschaft 1, 5, 7, 28, 78, 83, 86, 94,
118, 126, 132, 136, 166, 174, 188,
219, 251
Zukunftsperspektive 187
Zuwanderung 175, 216, 246
Zweiter Weltkrieg 103, 206, 224
Zypern 33

20. Jahrhundert 32, 114, 157, 249

21. Jahrhundert 32, 100, 157, 249

Institutionenregister

- Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insb. Allgemeine VWL und Finanzwissenschaft 120
- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer Sektion 02 Verwaltung in der Mehrebenenpolitik 120
- Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für Literaturwissenschaft, insb. osteuropäische Literaturen 139
- Europa-Universität Viadrina, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine BWL, insb. betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung 40
- Fachhochschule Fulda, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Jean Monnet Chair of European Integration 22
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen 58, 123
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg Zentrum für OSZE-Forschung -CORE- 52, 150
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Programm 2 Öffentliche Güter und Wirtschaftspolitik 159
- Max-Planck-Institut für demografische Forschung 167, 181, 204, 271
- Österreichisches Institut für Internationale Politik -ÖIIP- 66
- Universität Bremen, Jean Monnet Centre for European Studies -CEuS- 34
- Universität Erfurt, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft, insb. Vergleichende Analyse von Mediensystemen, Kommunikationskulturen 245
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Policy Forschung und Verwaltungswissenschaft 41, 42
- Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie 199
- Universität Magdeburg, Fak. für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Institut für Soziologie Bereich Makrosoziologie 135
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaften Nachwuchsgruppe "Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance" 5, 7
- Universität Potsdam Campus Golm, Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Geographie Abt. Humangeographie 246
- Universität Stuttgart, Fak. 10 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. II Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung 29
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche -WIIW- 134

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des Informationszentrums Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Internet-Service

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften wurde 1969 von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Seit Dezember 1986 ist es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet, in der die Abteilung des IZ zwei Aufgaben übernahm: Die Bestandssicherung unveröffentlichter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten der DDR und den Informationstransfer von und nach Osteuropa. Außerdem bietet das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS (<http://www.cews.org/>) als Abteilung des IZ zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung.

Die Datenbanken FORIS und SOLIS

FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: FORIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 42.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SI-

DOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Sommer 2006 ca. 335.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 14.000

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken FORIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International

The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
76012 Karlsruhe
Deutschland
Tel.:+49 (0)7247-80 85 55
www.stn-international.de

GBI

Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Information mbH
Postfach 81 03 60
81903 München
Deutschland
Tel.:+49 (0)89-99 28 79-0
www.gbi.de/_de

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der neue interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und FORIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden (www.infoconnex.de).

Im **Internetangebot des IZ** bzw. der GESIS steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der FORIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung; dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in FORIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken FORIS und SOLIS bietet das IZ entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Die Abteilung Informationstransfer in der GESIS-Servicestelle Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Sie unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe **sowiOnline** Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken FORIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe **sowiPlus** werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/sowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die Institute der GESIS (Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.)

IZ (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn)

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und

ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim)

bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank FORIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank FORIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie
- der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Elektronischer Service des IZ

Das IZ-Telegramm, das vierteljährlich über Neuigkeiten und Wissenswertes aus dem IZ berichtet sowie der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“ können auch in elektronischer Version bezogen werden. Ein E-mail-Abonnement des IZ-Telegramms erhalten Sie über

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Textfeld: subscribe iz-telegramm *IhrVorname IhrNachname*

Der Betreff bleibt leer, statt *IhrVorname IhrNachname* können Sie auch *anonymous* eingeben.

Für den Newsletter gilt:

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Text im Betreff: subscribe oenews

Umfassende und aktuelle Informationen zum Gesamtangebot der Serviceleistungen des IZ inklusive Preise, Download- und Bestellmöglichkeiten finden Sie im Internet - alles auf einen Blick unter:

www.gesis.org/IZ/IZ-uebersicht.htm

GESIS - Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.

**Informationszentrum
Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Deutschland
Tel.:+49 (0)228-2281-0
Fax:+49 (0)228-2281-120
E-mail:iz@bonn.iz-soz.de

Abteilung Informationstransfer
in der GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Deutschland
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0
Fax:+49 (0)30-23 36 11-310
E-mail:iz@berlin.iz-soz.de

